BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 3 **Köln, Anfang März 1961** **DM 2,—**

Sechster Jahrgang - Postverlagsort Köln - G 1800 E

Inhalt:

- *Dr. Achim von Borries, „Die Lage"* S. 195
- *Lord Boyd Orr, „Die Probleme des neuen Atom-Zeitalters"* S. 208
- *Dr. Hermann Rauschning, „Der Präsident, ‚der Mut zu einer neuen Politik' hat"* S. 214
- *James P. Warburg, „Die USA, Deutschland und die NATO"* S. 230
- *Horst Andel, „Ferien von der Weltgeschichte? (Portugal und seine Kolonien heute)"* S. 236
- *Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund, „Chaos oder Planung"* S. 250
- *Manfred Forster, „Am Krankenbett des Dollars"* S. 258
- *Melitta Wiedemann, „Die großen Zeichen"* S. 271
- *„Die Offenbarungen des Dr. Richard Jaeger"* S. 280
- *Buchbesprechungen* S. 282
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 287

Dr. Achim von Borries

Die Lage

Das Kongo-Komplott

Als die Nachricht von der Ermordung des kongolesischen Ministerpräsidenten Patrice Lumumba in Leopoldville eintraf, stieß man in den Kreisen der zahlreichen wieder in die Kongo-Hauptstadt zurückgekehrten Belgier mit Sekt fröhlich auf das „große Ereignis" an. Ganz abgesehen von ihrer Widerwärtigkeit, sollte sich nur allzubald zeigen, wie voreilig diese fatale Siegesfreude der ehemaligen Kolonialherren war, die offensichtlich wähnten, nun sei das schwierigste Hindernis für die Wiederherstellung ihres Einflusses im Kongo endlich beseitigt. So kurzsichtig und fragwürdig die belgische Kongopolitik immer gewesen ist, so problematisch und kurzsichtig war auch diese Begeisterung über den politischen Mord, für den der von den Belgiern, genauer gesagt, von dem im Kongo engagier-

ten belgischen Kapital ausgehaltene Präsident der zum Separatstaat erhobenen abgesplitterten Südprovinz Katanga, Tschombè, verantwortlich ist.

Daß Tschombè nur das ausführende Organ anderer Mächte ist und daß sein Regime sich ohne diese Unterstützung von seiten der ehemaligen Kolonialmacht nicht halten könnte, weiß die Welt seit langem. Und sie erinnerte sich dieser Tatsache in dem Augenblick, in dem Lumumbas Ermordung bekannt wurde. Das sollten die Belgier selbst sehr schnell zu spüren bekommen, als die an der Untat in erster Linie Schuldigen. In zahlreichen Hauptstädten der Welt, keineswegs nur in solchen des Ostblocks, vor allem vielmehr in denen der jungen afrikanischen und asiatischen Staaten, erhob sich ein Proteststurm gegen Belgien, mit dem die Urheber des Verbrechens an Lumumba wohl kaum gerechnet hatten. Daß diese Welle des Protestes, die Solidarität in der Empörung von dem größeren Teil der bundesrepublikanischen Presse als „gelenkt", wenn nicht gar unmittelbar „von Moskau inspiriert" bezeichnet worden ist, zeigt nur die gefährliche außenpolitische Blindheit, um nicht zu sagen Vermessenheit jener Presse. Gefährlich darum, weil man einmal mehr sich über das wache politische Bewußtsein der unabhängigen afrikanischen und asiatischen Völker getäuscht, deren Mentalität völlig verkannt hat.

Da, wo so entschieden protestiert wurde, hatte man nur allzu gut verstanden: daß diese Ermordung Lumumbas nichts anderes bedeutete als den Höhepunkt, im übertragenen Sinne des Wortes „den Gipfel" dessen, was man nicht anders denn als das Kongo-Komplott Belgiens und gewisser anderer Westmächte bezeichnen kann. Die afro-asiatischen Nationen haben die Lektion begriffen, die Belgien — und nicht nur Belgien — seit Sommer vergangenen Jahres ihnen und der ganzen Welt in Sachen Neo-Kolonialismus gegeben hat. Allzu hoch wollten die Belgier spielen. Besonders geschickt wollten sie den Kern ihres ehemaligen Ausbeutungsgebietes über die unvermeidliche Liquidation des Kolonialismus in Afrika hinwegretten. Heute ist Belgien in der ganzen Welt moralisch isoliert, selbst im Kreise seiner Nato-Verbündeten ist man bemüht, sich, und sei es nur um des eigenen Rufes willen und scheinbar, noch in letzter Stunde von der belgischen Kongo- und vor allem Katanga-Politik vorsichtig zu distanzieren. Wenn die Belgier und ihre westlichen Mit-Kolonialisten die Ermordung Lumumbas als Erfolg feierten, dann verkannten sie, daß gerade dieses Ereignis nichts anderes als ein Phyrrhus-Sieg für sie war.

Nicht zufällig wurde Lumumba gerade in diesen Wochen ermordet und damit aus dem politischen Kräftespiel am Kongo ausgeschaltet. Walter Lippmann schrieb dazu: „Wenn man sich den Ablauf der Dinge genauer ansieht, so gibt es in der Tat Grund, anzunehmen, daß der Mord an Lumumba in jenem Augenblick begangen wurde, als der Westen dabei war, Plänen für die Befriedung des Kongos zuzustimmen, die die Freilassung Lumumbas einschlossen." Das war eine der ersten entscheidenden Initiativen der neuen amerikanischen Regierung, vor allem dem wachen politischen Verstand des neuen amerikanischen Delegierten bei den Vereinten Nationen, Adlai Stevenson, zu verdanken. Nach monatelangen west-östlichen Manipulationen im Kongo hatte Stevenson sozusagen in letzter Minute erkannt, zu welchem weltpolitischen Desaster diese Politik führen mußte, und er hatte begonnen, das Steuer herumzuwerfen. In Washington erkannte man endlich, daß Lumumba nicht zufällig und nicht durch irgendwelche auswärtige Machenschaften rechtmäßiger Ministerpräsident des Kongo geworden war, daß er vielmehr unter allen kongolesischen Politikern dank seiner außerordentlichen persönlichen Autorität, seiner Faszinationskraft und seiner politischen Energie eine Sonderstellung einnahm. Man begriff, ganz unabhängig von gefühlsmäßigen Sympathien und Antipathien, die Unersetzlichkeit des umstrittenen Mannes für

jede sinnvolle Kongo-Politik. Denn Lumumba war ein Element der so unerläßlichen Integration des Kongo-Gebietes und damit der Wegbereiter einer fruchtbaren politischen Entwicklung dieses Landes. Seine Gegner aber und die im Kongo engagierten kolonialistischen Mächte förderten nicht ohne Absicht die unheilvolle Desintegration. Nicht ohne Absicht — das zeigt die Argumentation der Belgier, die nach dem Prinzip des „teile und herrsche" verfuhren. Die Desintegration des Kongo ist nicht etwa nur auf ein politisches Unvermögen der Kongolesen oder auf deren schlechten Willen zurückzuführen, sondern weitgehend auf diese Praktiken des Auslandes. Und die Belgier nahmen dann die von ihnen selbst geförderte Desintegration zum Vorwand ihrer Rückkehr in das ehemalige Kolonialgebiet! Sie haben faktisch seit Herbst 1960 am Kongo, nicht nur in Katanga, ihre Macht wieder installiert.

Offensichtlich waren die USA bereit, sich endlich mit der Sowjetunion über eine weltpolitische Neutralisierung des Kongo und über die Voraussetzungen für eine wirkliche Unabhängigkeit dieses Landes zu verständigen. Ob sie wollten oder nicht, sie mußten dabei Lumumba berücksichtigen, den einzigen wirklich populären nationalen Politiker seines Landes. Die von ihm angestrebte staatliche Zentralisierung des in verschiedene Stammesgebiete zerfallenden Territoriums ist die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Erschließung des Landes zum Wohle der einheimischen Bevölkerung. Lumumba war bereit gewesen, dabei belgische Hilfe in Anspruch zu nehmen, denn er wußte nur zu gut, daß der Kongo noch lange Zeit auf ausländische Hilfe angewiesen sein wird. Aber er wollte nicht die eben errungene Unabhängigkeit den ehemaligen oder neuen Kolonialherren „verkaufen". Er kannte die besondere Bedeutung gerade des wirtschaftlich so ertragreichen Katanga für den ganzen Kongo. Und dieses Katanga gedachten die Kolonialherren nicht aus der Hand zu geben. Sie bedienten und bedienen sich dabei des Separatisten Tschombè. Als Lumumba von Oberst M o b u t u , der ihn widerrechtlich hatte verhaften lassen, an Tschombè ausgeliefert wurde, war das Schicksal des Ministerpräsidenten abzusehen. Denn Tschombès partikularistisches, mit dem belgischen Kapital verbundenes Interesse und die nationalen zentralistischen Bestrebungen Lumumbas schlossen einander aus. In dem Augenblick aber, in dem endlich die Einsicht in Washington und New York gesiegt hatte und Lumumba vor einem neuen politischen Triumph stand, in diesem Augenblick wurde er ermordet.

Die zielbewußt geförderte westliche Lumumba-Legende machte aus dem kongolesischen Ministerpräsidenten einen Quasi-Kommunisten, einen blutrünstigen anarchistischen Hasardeur mit unreifen und gefährlichen politischen Phantasien. In Wirklichkeit waren Lumumbas Ausstrahlungskraft und seine Konzeption gefährlich nur für diejenigen, denen es mit der Unabhängigkeit des Kongo nicht wirklich ernst ist. Ihr Verhalten ließ Lumumba weltpolitische Unterstützung da suchen, wo er sie, aus welchen Gründen immer, sogleich fand: beim Ostblock. Auch dies ein klassisches Beispiel mehr dafür, wie man afrikanische oder asiatische Nationen durch eine fragwürdige Politik an die Seite Moskaus geradezu drängt! Im Falle Kuba haben die USA das ja bereits einmal, in unmittelbarer Nachbarschaft, erlebt.

Keineswegs ist nur belgisches Kapital im Kongo, vor allem in Katanga, engagiert. Erst kürzlich hat in diesen Blättern Horst A n d e l auf die entsprechenden a m e r i k a n i s c h e n Interessen hingewiesen. Aber auch damit ist der Kreis der für die Beseitigung Lumumbas (des vom Parlament mit großer Mehrheit gewählten Ministerpräsidenten!) Verantwortlichen noch nicht geschlossen. Die Kongo-Krise ist von dem Tage an, da Lumumba selbst die V e r e i n t e n N a t i o n e n um Hilfe bei der Sicherung der Unabhängigkeit des Kongo anrief, auch

zu einer Krise der UN geworden. Das Verhalten der Vereinten Nationen im allgemeinen und ihres Generalsekretärs im besonderen kann hier nur gestreift werden. Fest steht jedenfalls, daß trotz vieler verbaler Versicherungen weder Herr Hammarskjöld noch die Vertreter der Weltorganisation im Kongo selbst es fertig gebracht haben, Lumumba vor den Anschlägen seiner Gegenspieler zu schützen. Und das nicht einmal in dem Augenblick, in dem der Ministerpräsident als Gefangener des Putschisten Mobutu unter den Augen der UN und in Anwesenheit von Vertretern der internationalen Presse grausam gefoltert wurde! Ebenso wenig geschah von seiten der UN etwas Entscheidendes, um die Auslieferung des gefangenen Lumumba an seinen Todfeind Tschombè zu verhindern, die zur Ermordung Lumumbas führen mußte! So ist denn die ganze Problematik der heutigen Struktur der Weltorganisation, der Legislative wie der Exekutive, im Kongo drastisch offenbar geworden, und man muß dringend wünschen, daß unabhängig von der jetzt vordringlichen Kongo-Lösung auf längere Sicht aus diesem Debakel praktische Konsequenzen gezogen werden. Man kann geteilter Meinung sein über das Ausmaß der Mitverantwortung Hammarskjölds an der Bluttat von Katanga, mit allen ihren Folgen; gewiß ist, daß das Prestige des Generalsekretärs nicht zufällig sehr gesunken ist.

Wo steht Bonn?

Aber selbst damit sind noch nicht alle im engeren und weiteren Sinne an diesem Musterbeispiel spät-kolonialistischer Politik Schuldigen genannnt. Man sollte sich in der Bundesrepublik endlich darüber klar werden, daß die Außenpolitik der heutigen Bonner Regierung uns seit langem schon zum Verbündeten, man muß leider sagen zum Komplizen jener westlichen Mächte macht, die die Urheber solcher kolonialistischer Komplotte sind oder in anderer Weise das bis zum Übermaß strapazierte Wort von der „Freien Welt" Lügen strafen. Das galt schon immen. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß man auch in Afrika Unterstützung der westeuropäischen Kolonialmächte ist eine außenpolitische Hypothek der Bundesrepublik, die diese noch teuer zu stehen kommen wird. Man vergesse nicht, daß die jungen afro-asiatischen Staaten solche Erfahrungen mit Bonn schon jetzt berücksichtigen, wenn sie in der Deutschlandfrage Stellung nehmen. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß man auch in Afrika um die fragwürdige Bundesgenossenschaft zwischen Bonn und Brüssel weiß, dann haben die Demonstrationen auch vor der deutschen Botschaft in Accra, der Hauptstadt von Ghana, diesen Beweis geliefert. Sie sind ein Alarmzeichen und sollten als ein solches begriffen werden! Alle Beteuerungen Bonns, es verurteile den Mord an Lumumba, wiegen die Taten dieser Bundesregierung nicht auf, die eine ganz andere Sprache sprechen.

Diese fatalen Konsequenzen der NATO-Politik Bonns werden hierzulande noch immer mit einer Handbewegung als „unvermeidlich" abgetan. Kein Wunder, hinkt doch das politische Bewußtsein in der Bundesrepublik vielfach hinter der weltpolitischen Wirklichkeit noch immer in erschreckender Weise hinterher. Breite Schichten in diesem Lande leben in einer politischen Scheinwelt. Das wird geradezu erschreckend von der folgenden beispielhaften Episode demonstriert. Am Nachmittag des 13. Februar sah man in den Rosenmontagszügen an Rhein und Ruhr zahlreiche Lumumba-Masken — und am Abend desselben Tages wurde die schon vorher vom Moskauer Rundfunk verbreitete, im Kongo zunächst dementierte Meldung von Lumumbas Ermordung dann bestätigt! So nahe liegen fragwürdiger „Ulk" (Ausdruck der politischen Selbstentfremdung derer, die sich an ihm beteiligen! Von anderen aber als Ablenkung und Verharmlosung wohlorganisiert!) und blutige politische Wirklichkeit nebeneinander. Diese Wirklich-

keit mit all ihren Problemen brach am Abend dieses Rosenmontages jäh ein in ein hochgepeitschtes „fröhliches Treiben", das allzusehr den Charakter eines „faulen Zaubers" hatte, wie sich nun zeigte. Immerhin wußte man ja lange vor der Ermordung Lumumbas um dessen Bedeutung als politischer Führer des Kongo, und man wußte auch, daß der gefangene Ministerpräsident durch Folterungen furchtbar entstellt worden war!

Es wiederholte sich hier freilich nur, was man im Laufe des letzten Jahres schon zweimal erlebt hatte, im Falle der Geburt des persischen Thronfolgers und in dem der Hochzeit des belgischen Königs. Die Illustrierten und die Massenpresse hatten den deutschen Leser unaufhörlich mit erbaulichen Geschichten über die Vorgänge am persischen und am belgischen Hofe gefüttert; der nur wenig unterrichtete Leser mußte diese privaten Interna der Herrscherfamilien mit der Wirklichkeit ihrer von strukturellen Problemen schwer belasteten Länder verwechseln. Als dann plötzlich die Nachrichten über Unruhen in Persien und über den eindrucksvollen Streik in Belgien kamen, war man konsterniert und verstand nicht diesen „überraschenden" Umschlag! Das große Glück des persischen Kaiserpaares und belgischen Königspaares wurden unversehens entzaubert, ohne daß die Leser jener Blätter nun endlich über die Zusammenhänge aufgeklärt worden wären.

Diese organisierte Ahnungslosigkeit eines sehr großen Teiles der Bevölkerung der Bundesrepublik erleichtert der Bundesregierung jene Politik der Bundesgenossenschaft mit den noch immer kolonialistischen Mächten. Es paßt in dieses Bild, daß in keinem anderen Lande die Protestkundgebungen afrikanischer, asiatischer, aber auch einheimischer (deutscher) Studenten gegen die für den Mord an Lumumba Verantwortlichen von der Polizei so kontrolliert und eingeschränkt wurden wie gerade in diesem westdeutschen „Musterstaat" der „Freien Welt". Die Afrikaner und Asiaten werden sich dabei ihr Teil gedacht haben. Erstaunlich ist dergleichen freilich nicht. Denn während Bonn kein Hehl macht aus seinen Sympathien für die dunklen Punkte der westlichen Welt, ob sie nun Franco und Salazar, Syngman Rhee und Tschiang-kai-schek, Menderes oder Mobutu heißen, ob es sich um Südafrika, Belgien oder das Frankreich des Algerien-Krieges handelt — werden gleichzeitig diejenigen, die innerhalb dieser „Freien Welt" ihren Völkern die Freiheit erkämpfen wollen, von Bonn als „Mitläufer Moskaus" behandelt, von der Mehrheit der bundesrepublikanischen Presse mehr oder weniger offen als „Agenten des verschwörerischen Weltkommunismus" denunziert. Das war im Falle Lumumba so wie im Falle Castro und im Falle Galvão, um nur einige der jüngsten Fälle zu nennen. Es gilt zum Beispiel auch im Falle Ferhat Abbas und all derer, die für ein freies Spanien gekämpft haben oder kämpfen.

Amokläufer für das „Abendland"

Eifrig betätigen sich als solche Denunziatoren innerwestlicher Freiheitsbewegungen Repräsentanten der Bundesrepublik, die besonders gerne wortreich von „Freiheit" und „Christentum" reden. Unter dem Vorwand antikommunistischer Wachsamkeit sind sie bemüht, im eigenen Lande die Opposition einzuschüchtern und mundtot zu machen. Gleichzeitig treten sie als „antikommunistische" Apologeten der zahlreichen „unheiligen Allianzen" der Bundesrepublik auf. Zu diesen Politikern gehört etwa der Bundestags-Vizepräsident Dr. Richard Jaeger (CSU). Seit Jahren schon macht er ganz offen Propaganda für Franco und Salazar und natürlich auch für Tschiang-kai-schek. Aber nicht genug damit, dieser Vorkämpfer des „Christlichen Abendlandes" schrieb im Dezember vorigen Jahres in einer Münchener Zeitung: Afrika habe noch mindestens ein halbes Jahrhundert euro-

päischer Herrschaft gebraucht! In demselben Aufsatz nannte Jaeger den damals schon gefangenen und mißhandelten Lumumba „den ziegenbärtigen Hitler aus dem Urwald". Vor kurzem hat er nun auch, wie nicht anders zu erwarten, den portugiesischen Hauptmann Galvão geschmäht, dem es gelang, mit seiner „Aktion Sant Maria" die Aufmerksamkeit der Welt auf die Unfreiheit und die sozialen Verhältnisse in Portugal und seinen Kolonien zu lenken.

Dieser selbe Herr Dr. Jaeger ist aber in den letzten Wochen auch noch durch eine andere Äußerung hervorgetreten, die durchaus in diesen Rahmen paßt. Im Bayerischen Rundfunk erklärte er, der schwerste Mangel des heutigen deutschen Strafrechtes sei das Fehlen der T o d e s s t r a f e. Er forderte die Wiedereinführung der Todesstrafe für schwere Fälle von Landesverrat, also für eindeutig politische Vergehen, und nannte in diesem Zusammenhang den Namen des ehemaligen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten F r e n z e l. Aber das ist noch nicht alles. Dr. Jaeger ging viel weiter. Er scheute sich nicht, die Gegner der Todesstrafe zu diffamieren und sich eines Jargons zu bedienen, der vor zwanzig Jahren in diesem Lande üblich war: Die Argumente gegen die Todesstrafe entstammten der „liberalen und marxistischen Mottenkiste" des vergangenen Jahrhunderts!

Die T o n a r t ist bezeichnend. Und daß ein maßgeblicher christlich-demokratischer Politiker es wagt, heute schon wieder s o zu sprechen, muß als höchst beunruhigendes Symptom gelten. Ein anderer heutiger Vizepräsident des Bundestages, Dr. Thomas D e h l e r (FDP), hatte vor einigen Jahren als Bundesjustizminister eine seiner politischen Sternstunden, als er im Bundestag ein schlechthin überwältigendes Plädoyer gegen die Todesstrafe hielt. Mit einer sachlich wie menschlich höchst eindrucksvollen denkwürdigen Rede antwortete dieser aufrechte Liberale dem schon damals von einem Teil der CSU und von der Deutschen Partei vorgebrachten Verlangen nach Wiedereinführung der Todesstrafe. Noch vor Jahresfrist aber sagte der bedeutende Psychologe Prof. Dr. Alexander M i t s c h e r l i c h in einem Vortrag über „Die Wiederkehr des Verdrängten" vor der BBC: „Deutschland kennt seit 1949 die Todesstrafe nicht mehr. Nach allem, was vorangegangen war, eine verständliche Entwicklung. Von allem prinzipiellen Streit um die Frage Todesstrafe oder nicht? abgesehen: für Deutschland liegt hier ein spezielles, sozusagen ein „selbstverständliches" Problem. Würde sie in unserem Land wieder eingeführt, so meine ich voraussagen zu können, was darnach kommen wird — wenig Gutes." Diesen Worten eines besonnenen Mannes, der die Frage der Todesstrafe als „sicheren Indikator für künftige Entwicklungen" in Deutschland bezeichnet hat, ist heute wenig hinzuzufügen.

Alarmierend aber ist nicht nur, d a ß, sondern w i e der CSU-Bundestagsvizepräsident die Wiedereinführung der Todesstrafe fordert; empörend, abstoßend und erschreckend ist seine „Argumentation". Sie liegt auf derselben Ebene wie die von gewissen Leuten der CDU/CSU betriebene Hetze gegen den ehemaligen Antifaschisten und Emigranten Willy B r a n d t. Wir haben hier weiß Gott of genug die politische Kehrtwendung der SPD kritisiert und als verhängnisvoll bezeichnet, die mit dem Namen Willy Brandt heute verbunden ist. Und wir gedenken nichts davon zurückzunehmen. Aber das betrifft die heutige außenpolitische Konzeption der Sozialdemokraten. Diese Konzeption unterscheidet sich von der der CDU in allem Entscheidenden nicht mehr. Gerade darum sucht nun die Regierungspartei nach irgendwelchen Argumenten gegen Brandt und greift in die Vergangenheit zurück, in der Hoffnung, bestimmte Ressentiments gegen den Berliner Bürgermeister mobilisieren zu können. Und das wirft ein bezeichnendes Licht auf den bedenkenlosen Gesinnungsopportunismus der CDU/CSU!

Solches sind, beschämend genug, die Praktiken einer Partei, die sich nicht scheut, Leute wie Herrn Oberländer, Herrn Kraft, Herrn Seebohm in ihre Reihen aufzunehmen, die nach wie vor eine so zwielichtige Erscheinung wie Herrn Dr. Globke, den engsten Vertrauten des Bundeskanzlers, schützt und eine unnachsichtige öffentliche Aufklärung seines Falles offensichtlich zu verhindern sucht. Dieser Partei gehören auch Herr Strauß, Herr Dr. Schröder und Herr von Hassel an. Herr Strauß, der rüstungs-monomane Bundesverteidigungsminister, ist gerade dabei, seine politische Hausmacht weiter auszubauen, die ihm als Grundlage dienen soll für eine Verwirklichung seiner weitzielenden politischen Ambitionen (Bundeskanzleramt). Man spricht von ihm als dem künftigen Vorsitzenden der Bayerischen CSU. Herr von Hassel ist Regierungschef eines Landes, das durch zahlreiche Fälle á la Heyde—Sawade als Schongebiet für ehemalige Nazis unrühmlich bekannt geworden ist; er spielt eine entscheidende Rolle bei den Wahlkampfvorbereitungen der CDU.

Der Fall Schröder

Von dem Herrn Bundesinnenminister Dr. Schröder weiß man, daß die Hauptbeschäftigung dieser im Grunde durchaus ephemeren Gestalt die Vorbereitung immer neuer „Maßnahmen" für den Fall eines äußeren oder inneren „Notstandes" ist. Dieser Minister führt seit langem schon einen Kalten Krieg gegen die freimütigen und konsequenten Kritiker der Bonner Restaurations- und Aufrüstungspolitik. Wie es hierzulande, ohne energischen Widerspruch aller wirklichen Demokraten zu finden, schlechte Gewohnheit geworden ist, denunziert er diese Opposition als „kommunistisch". Dabei bedient er sich solch leicht durchschaubarer und eines Ministers doch wohl kaum würdiger Taschenspieler-Kunststückchen wie höchst widersinniger neuer Definitionen des Begriffs „kommunistisches Tarn-Organ". An die Stelle des Beweises tritt die bloße faktisch diffamierende Behauptung auf Grund einer solchen höchst willkürlichen Begriffs-Definition! So hat Herr Dr. Schröder am 9. Februar auch diese Zeitschrift als kommunistisches Tarn-Organ bezeichnet. Der Leser findet an anderer Stelle dieser Blätter eine Stellungnahme des Herausgebers und Verlegers zu diesem Angriff des Bundesinnenministers.

In diesem Zusammenhang haben wir nur noch folgendes zu sagen: Gerade solche Machenschaften werden uns veranlassen, die Auseinandersetzung mit dieser Art von Innen- und Außenpolitik fortsetzen. Denn diese Bundesregierung provoziert eine derartige schonungslose Auseinandersetzung! Wohin ist ein Staat gekommen wie dieser, in dem der Verfassungsminister vor dem Parlament die konsequenten Kritiker der Aufrüstungs- und Restaurations-Politik einfach als „kommunistische Tarn-Organisation" bezeichnen darf, ohne für solche schwerwiegende Behauptung irgendeinen Beweis vorlegen zu brauchen! Solcher Anschuldigungen zwecks Diskreditierung ihrer demokratischen Opposition bedient sich eine Regierung, die sich gleichzeitig ganz offen mt Leuten wie Franco und Salazar verbündet, von anderem ganz zu schweigen (s. o.)!

Derselbe Bundestags-Vizepräsident Dr. Thomas Dehler, der seinerzeit den Bundestag durch eine gehaltvolle Rede wider die Todesstrafe so beeindruckt hat, sieht sich heute einmal mehr sehr heftigen Angriffen von seiten der CDU/CSU ausgesetzt, weil er freimütig von den Versäumnissen Bonns in der Frage der Wiedervereinigung und einer besonnenen Politik gegenüber der Sowjetunion spricht und die Bundesrepublik gemäß Wortlaut und Geist des Grundgesetzes (das schützen zu müssen die Bundesregierung so oft behauptet ...) ein staatliches Provisorium nennt. Dr. Dehler scheut sich auch nicht, die de-facto-Existenz zweier deutscher Staaten als Ausgangspunkt jedes ernsthaften poli-

tischen Bemühens um die Wiedervereinigung zu bezeichnen, ohne daß er aus seiner entschiedenen Ablehnung des Kommunismus jemals ein Hehl gemacht hätte. Diese Ketzereien gegen die bundesdeutschen Tabus, über deren Einhaltung man in Bonn argwöhnisch wacht, haben dem liberalen Politiker schwere Attacken von seiten der Regierungsparteien eingetragen.

Wir werden in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift eingehend Stellung nehmen zu dem Problem „Provisorium". Ganz unabhängig aber von allen anderen schwerwiegenden politischen Erwägungen und Tatsachen ist hier das eine allerdings einmal mit allem Nachdruck festzustellen: solange dieser Staat von Leuten wie Herrn Dr. Jaeger, Herrn Dr. Schröder, Herrn Strauß, Herrn von Hassel, Herrn Seebohm, Herrn Globke usw. — solange diese Bundesrepublik von solchen Leuten „repräsentiert" wird, werden ihn alle diejenigen freiheitsliebenden und demokratisch gesinnten Deutschen nur als ein „Provisorium" betrachten können, die sich der deutschen Wirklichkeit zwischen 1933 und 1945 erinnern und willens sind, diesen wahrhaftig bitterernsten geschichtlichen Erfahrungen politisch konsequent Rechnung zu tragen — nicht durch Beteuerungen, Beschwichtigungen, erbauliche Reden, sondern durch die politische Praxis, den Aufbau eines wirklich freien demokratischen Staates und eine unzweideutige Friedenspolitik. Das ist der Geist, in dem nach 1945 die Wiedererrichtung eines deutschen Staates begann und der auch noch die Väter des Grundgesetzes inspiriert hat, von dem aber heute hierzulande beschämenderweise kaum noch ein Hauch zu spüren ist. Diese Zeitschrift wird auch in Zukunft das ihrige zu tun versuchen, um diesen Geist des Friedens und der Freiheit in der Bundesrepublik zu fördern und sie wird dabei gerade im Jahre des Eichmann-Prozesses, der Auseinandersetzungen um Herrn Globke und der Anschuldigungen des Herrn Bundesinnenministers der Worte eingedenk sein, die ihr im März 1960 der Dichter Hermann Hesse schrieb: „Ganz besonders freut es mich, daß Sie so tapfer und unermüdlich Ihren Lesern den Schandfleck der Bundesregierung sichtbar machen, die Besetzung hoher und höchster Ämter mit zum Teil schwerbelasteten Nationalsozialisten."

Der Kampf um den Neutralismus

Die heftigen Angriffe des Herrn Dr. Schröder gegen die Kritiker der inzwischen auch von der SPD akzeptierten Bonner Aufrüstungspolitik, mit all ihren Konsequenzen, kamen freilich nicht von ungefähr. Es hat den Anschein, als versuche die Bundesregierung jetzt die sich abzeichnende Schwächung und Aushöhlung ihrer außenpolitischen Position durch einen verstärkten innenpolitischen Druck auf alle jene zu kompensieren, die das sich anbahnende außenpolitische Debakel der Regierung Adenauer seit Jahr und Tag prophezeit haben. Und die heute warnen vor den Folgen eines Beharrens auf einer außenpolitischen Konzeption, deren Scheitern offensichtlich ist, ohne daß die Bundesregierung daraus Konsequenzen zieht! Alles, was Bonn in den letzten Wochen aus Washington vernommen hat, war dazu angetan, die Befürchtungen zu bestätigen, die von seiten der Bundesregierung mehr oder minder unverhohlen anläßlich der Wahl Kennedys zum Präsidenten geäußert worden waren. Bonn soll und wird mehr bezahlen (der deutsche Steuerzahler wird das sehr bald zu spüren bekommen!) und gleichzeitig modifizieren die USA ihre bisherige starre Politik gegenüber der Sowjetunion! Das neue Zwiegespräch Washington—Moskau bedeutet eine Relativierung der Bedeutung der NATO. Wenn Herr Dr. Schröder vom inneren oder äußeren Notstand der Bundesrepublik spricht, auf den diese sich durch die Notstandsgesetzgebung rechtzeitig vorbereiten müssen so wird man ihm heute angesichts der weltpolitischen Entwicklung entgegnen müs-

sen: Ein Notstand droht nicht für die Bundesrepublik, wohl aber für die Bundesregierung, die ihre Außenpolitik noch immer nicht den Realitäten anpassen will. Allerdings — dieser Notstand des Regimes Adenauer wird auch zu einem Notstand der Bundesrepublik werden, wenn die Bundesregierung nicht rechtzeitig zu einem Kurswechsel gezwungen wird!

Nein, es steht nicht gut um die Aktien Bonns in der westlichen Welt! Besonders interessant und zugleich bedenklich war im Rahmen der erwähnten Ausführungen des Bundesinnenministers vom 9. Februar die absichtsvolle Verbindung der Begriffe Neutralismus und Kommunismus. Herr Dr. Schröder versucht nun mit der ganzen Autorität seines Amtes der deutschen Öffentlichkeit noch einmal zu suggerieren, was durch die weltpolitische Entwicklung gerade der letzten Wochen besonders eindrucksvoll Lügen gestraft worden ist: Neutralismus und Kommunismus seien identisch, der Neutralismus sei nur eine Erfindung der Kommunisten, gewissermaßen auch eine „Tarn-Politik", mit Hilfe derer die angebliche kommunistische Weltverschwörung gefördert werden solle. Wir haben in der Nummer 11/12/60 zu diesem im Laufe des vergangenen Jahres immer mehr in den Vordergrund getretenen Problem-Komplex Neutralismus bereits einiges gesagt. Und wir werden uns in Zukunft in diesen Blättern mit diesem so wichtigen Thema noch wiederholt und unter verschiedenen Gesichtspunkten zu beschäftigen haben. So können wir uns heute darauf beschränken, auf einen bemerkenswerten Umstand hinzuweisen. Die neue Verdächtigung des Neutralismus durch den bundesdeutschen Innenminister fiel in einem Augenblick, in dem die Vereinigten Staaten zum ersten Mal eine neutralistische Haltung grundsätzlich als sinnvoll und auch ihrem eigenen Interesse entsprechend akzeptieren!

Die USA sind in Sachen Neutralismus ein gebranntes Kind! Der Bürgerkrieg von Laos mit seinen Implikationen war eine Lektion für sie. Washington, genauer gesagt das Pentagon, versuchte seit langem, das exponiert gelegene und zu einer neutralistischen Politik neigende Laos einzubeziehen in seine antikommunistische Front in Südostasien. Die Amerikaner inszenierten, wie heute die Spatzen von den Dächern pfeifen, den Putsch, durch den die neutralistische Regierung gestürzt und durch ein ausgesprochen pro-westliches Regime ersetzt wurde. Das mehr oder minder offene Eingreifen der Amerikaner in innerlaotische Auseinandersetzungen rief sehr bald, wie nicht anders zu erwarten, die Sowjets und die Chinesen auf den Plan. Die Bürgerkriegsfraktionen in Laos wurden Exponenten der beiden Weltmachtblöcke. Es muß betont werden, daß die Sowjetunion und China ein neutralistisches Laos vorher ausdrücklich akzeptiert hatten, während die Amerikaner ihrerseits sich mit einer solchen Ausklammerung des Landes aus den weltpolitischen Spannungen nicht zufrieden gaben, sondern die neutralistische Regierung des Prinzen Souvanna Phouma stürzen ließen. Daraufhin intensivierte dann der Osten seine Unterstützung der neutralistischen Kreise und der nord-laotischen Nationalbewegung Pathet Lao. Den Amerikanern gelang es nicht, ihrer Fraktion zum Siege in diesem Bürgerkrieg zu verhelfen. Als das pro-westliche Regime erkannte, daß ihm der endgültige Triumph versagt blieb (nicht zuletzt darum, weil die Mehrheit der laotischen Bevölkerung dieses Regime ablehnt!) lancierte es die Sensationsmeldung über ein angebliches Eingreifen der Rotchinesen in den Bürgerkrieg. Die Absicht war nur allzu leicht erkennbar: Auf diese Weise sollten die USA zu einer direkten Intervention zugunsten ihres Satelliten veranlaßt werden. Daß es sich um eine Falschmeldung handelte, hat vor kurzem ein Minister der prowestlichen Regierung in Laos ganz offen zugegeben!

Die Folgen eines militärischen Eingreifens der USA, das heißt einer direkten Intervention Washingtons in Laos, ließen sich leicht voraussehen. Schwerwiegende weltpolitische Verwicklungen bahnten sich an. Die Engländer und Franzosen, die frühzeitig Washington für eine neutralistische Lösung in Laos zu gewinnen versucht hatten, warnten dringend vor einem solchen unsinnigen und verhängnisvollen Schritt. Vielleicht hat nur der Präsidentenwechsel das drohende Unheil verhütet! Denn die neue amerikanische Administration zeigte von Anfang an gerade in den ostasiatischen Fragen eine ziemlich realistische Haltung. Heute ist man in Washington soweit, daß man eine weltpolitische Neutralisierung des umkämpften Königreiches nicht nur hinzunehmen geneigt ist, sondern eine solche Lösung für dringend notwendig erklärt und sie selbst anstrebt. Ungeachtet gewisser noch zu überwindender Schwierigkeiten bahnt sich eine Verständigung zwischen Washington und Moskau über Laos an. Und zwar ein K o m p r o m i ß im Sinne des N e u t r a l i s m u s.

Wie die USA im Falle Kongo schließlich doch bereit waren, Lumumba als unentbehrlichen politischen Faktor anzuerkennen, so sind sie im Falle Laos nun offensichtlich bereit, den Repräsentanten des neutralistischen Kurses, Prinz Souvanna Phouma, als Schlüsselfigur der laotischen Politik zu akzeptieren. Dieser Prinz gilt, ähnlich wie Lumumba im Kongo, als die bedeutendste politische Persönlichkeit seines Landes. — Diese Berücksichtigung des Neutralismus als eines sinnvollen, konstruktiven, ja in gewisen Fällen unerläßlichen weltpolitichen Prinzips durch die USA beschränkt sich aber bereits nicht mehr auf Laos. Auch für den Kongo scheinen ähnliche Pläne zu bestehen oder doch in Vorbereitung zu sein. — Wie schwierig immer in der Praxis die Verständigung über die Neutralisierung bestimmter Zonen zwischen Ost und West oder eine Ausklammerung von Grenzzonen beider Machtblöcke aus diesen sein mag — das Entscheidende ist zunächst, daß die USA als Vormacht des Westens ihre starre doktrinär-antineutralistische Haltung aufgegeben haben und an verschiedenen Stellen der Erde nach neuen Lösungen suchen. Es heißt heute nicht mehr: „Wer nicht für mich ist, der ist gegen mich" — denn die Amerikaner haben lernen müssen, daß das eine in der heutigen Weltpolitik geradezu selbstmörderische Konzeption ist!

Man ist offensichtlich in Washington wie in Moskau bestrebt, den weltpolitischen Dialog, der unter Präsident Kennedy bereits begonnen hat, auch durch die Verschärfung der Lage im Kongo nicht gefährden zu lassen. Das gilt insbesondere für das Problem der Abrüstung. Hüben wie drüben beginnt man, der anderen Seite in einem gewissen Maße zu vertrauen, wenn sie von ihrem Interesse an Abrüstung und Entspannung spricht. So wenig mit einer solchen Klima-Verbesserung die Probleme selbst schon gelöst sind, so notwendig ist sie doch als psychologische Voraussetzung dieser Lösungen.

Zur gleichen Zeit aber weiß man in Bonn nichts Besseres zu tun, als den Neutralismus plump zu diffamieren, eine verstärkte Aufrüstung und eine Intensivierung der Notstandsvorbereitungen zu fordern! Kein einziger positiver politischer Gedanke, kein einziger Beweis eigenen guten Willens, keine Bereitschaft, Frieden und Freiheit s o zu schützen, wie sie heute allein noch geschützt werden können! All das zeigt, wie widersinnig und anachronistisch die ganze Konzeption des Regimes Adenauer heute ist (sie war es längst, aber heute tritt das anachronistische Widersinnige besonders kraß zu tage). Doch man unterschätze die Hartnäckigkeit dieser Regierung nicht, die sich verzweifelt an ihre unhaltbar gewordene Politik klammert und die deutschen Kritiker dieser Politik schmäht. Im weltpolitischen Rahmen darf man heute gewiß mehr Hoffnung auf Entspannung, Abrüstung und die Sicherung des Friedens durch konstruktive Lösungen

in allen Teilen der Erde haben als im vorigen Jahre. Bonn aber steht noch immer abseits dieser ermutigenden sinnvollen Tendenzen in West und Ost, es widersetzt sich ihnen nach wie vor starrsinnig. Und es ist nicht wählerisch in den Mitteln, wo es gilt, das Überspringen des Funkens auf die Bundesrepublik zu verhindern.

Die weltpolitische Entwicklung verläuft zu Ungunsten d i e s e r Bundesregierung. Gerade in Washington hat man sich von ihren weltpolitischen Einflüsterungen jetzt mit Entschiedenheit befreit. Das Waffenarsenal der Bundesrepublik mag weiterhin größer werden — ihren außenpolitischen Kredit wird sie immer mehr einbüßen, gerade je ausschließlicher sie auf die Waffen schwört! Außenpolitische Sterilität, Aufrüstungs-Hypertrophie, innenpolitische Praktiken und Gefährdung der Währung gehören zusammen. Je eher und je unmißverständlicher aber den Vertretern einer solchen ebenso gefährlichen wie widersinnigen und unserer Aller unwürdigen Politik von ihrem eigenen Volke der Kredit entzogen wird — desto früher und entschiedener kann es zu einer zeitgemäßen Politik kommen, die Frieden, Freiheit und Wohlstand sichert und die Voraussetzungen auch für die Wiedervereinigung schaffen hilft.

Nachsatz:

Nach Redaktionsschluß erhalten wir die Nachricht von dem unmißverständlichen Urteil des Bundesverfassungsgerichts in dem langwierigen Fernsehstreit zwischen Bund und Ländern. Das Gericht hat die auf Veranlassung der Bundesregierung im vergangenen Jahr gegründete „Deutschland-Fernsehen-GmbH" als verfassungswidrig erklärt. Es hat damit den Bundeskanzler und nicht zuletzt den um „Freiheit und Ordnung" so besorgten Bundesinnenminister zur Ordnung gerufen und ihnen mit aller Deutlichkeit verfassungswidriges Verhalten bescheinigt. Die regierungsfreundliche „Kölnische Rundschau" schrieb dazu am 1. März: „Der letzte Februartag des Jahres 1961 wird wohl für immer als der schwärzeste Tag der dritten Regierung Adenauers in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen."

Lord Boyd Orr

Die Probleme des neuen Atom-Zeitalters

Der Verfasser des folgenden Aufsatzes, Lord (seit 1. 1. 49) Boyd Orr, ist einer der bedeutendsten und angesehensten Ernährungs- und Landwirtschafts-Fachleute der Welt. 1880 geboren, wurde John Boyd Orr nach führender Tätigkeit an verschiedenen britischen Forschungs-Instituten und zahlreichen praktischen Studien in verschiedenen Teilen der Welt — vor allem in den Ländern des Commonwealth — anläßlich der Gründung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) im September 1945 in Quebec zu deren erstem Generaldirektor gewählt. Dieses Amt hatte er bis Juni 1948 inne. Wiederholt trat Boyd Orr mit Vorschlägen für die Sicherung der Ernährung und des Lebensunterhalts der ständig wachsenden Erdbevölkerung hervor. 1949 erhielt er den Friedensnobelpreis. Im April 1952 führte Boyd Orr die britische Delegation auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Moskau. Als Präsident des „British Council for the Promotion of International Trade" besuchte er 1956 und 1959 China.

Den folgenden Text hat Lord Boyd Orr liebenswürdigerweise den „Blättern" als Originalbeitrag zur Verfügung gestellt. D. Red.

Die in der Welt von heute alle Länder berührenden politischen und wirtschaftlichen Probleme lassen sich nur verstehen auf dem Hintergrund der neuen Mächte der modernen Wissenschaft.

Wissenschaft und Krieg

Man denke zunächst an die neuen Waffen, die die Wissenschaft hervorgebracht hat. Die Berichte über die, unabhängig voneinander durchgeführten, Untersuchungen der Forschungsabteilung des Rockefeller Brother's Trust und der Universitäten von Baltimore und Stanford kamen zu dem gemeinsamen Ergebnis, daß im Kriegsfalle rund 30 Prozent der Bevölkerung der USA, das heißt etwa 60 Millionen Menschen, getötet werden würden. Ein vorsichtiger Bericht der Pugwash-Konferenz — die meisten dieser Wissenschaftler waren Nobelpreis-Träger und nicht mehr im Regierungsdienst, so daß sie die Freiheit hatten, zu sagen, was sie glaubten — wurde von dem Chefredakteur einer führenden britischen Tageszeitung dahingehend ausgelegt, daß in einem rücksichtslos ausgekämpften Krieg mit modernen Waffen 90 Prozent der Bevölkerung der nördlichen Hemisphäre umkommen würden! Es ist offensichtlich, daß, wie der frühere amerikanische Präsident Eisenhower gesagt hat, ein weiterer Weltkrieg unsere Zivilisation völlig zerstören und vielleicht die menschliche Spezies auslöschen würde. Es wird nun entweder keinen Krieg oder keine Zivilisation mehr geben, und womöglich kein menschliches Dasein mehr. Ein Ende der jahrtausendelangen Folge von Kriegen würde die revolutionärste politische Veränderung in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bedeuten. Das dringlichste Problem unserer Zeit ist, wie der Krieg verhütet werden kann.

Wissenschaft und Wirtschaft

Wissenschaft und Technologie, die die Wasserstoff-Bombe hervorgebracht haben, haben auch den Übergang von dem langen Zeitalter des Güter-Mangels — in dem, wie Malthus zeigte, die Bevölkerung die Tendenz hatte, schneller zu wachsen als die Erzeugung von Nahrungsmitteln, so daß Hunger und Armut für die Mehrheit der Menschheit unvermeidliche Folgen waren — zu einem neuen Zeitalter der Fülle für die ganze Erdbevölkerung herbeigeführt. In den Industriestaaten, in denen die moderne Wissenschaft zur Anwendung kommt, ist das Problem nicht mehr länger, wie hinreichend Güter produziert werden können; das Problem ist, wie man die immer zahlreicher mit weniger und weniger Arbeit produzierten Güter so verteilt und verbraucht, daß sie sich nicht über die wirt-

schaftliche Nachfrage hinaus anhäufen, so daß die Räder der Industrie langsamer laufen müssen, mit wirtschaftlicher Not und Arbeitslosigkeit als Folgen. Das wirtschaftliche Problem von heute besteht darin, eine sich ausdehnende Weltwirtschaft ins Leben zu rufen, um mit der rasch wachsenden Kapazität auf der Produktionsseite Schritt zu halten. Damit verbunden ist das soziale Problem der Anpassung der Erziehung, so daß die Arbeiter, befreit von einer langen Arbeitszeit, fähig sind, aus ihrer neuen freien Zeit Genuß und Gewinn zu ziehen.

Wissenschaft und Bevölkerungsproblem

Auch die Biologie hat große Veränderungen herbeigeführt. In der Medizin zum Beispiel hat die Bezwingung der Krankheiten in den Ländern, in denen sie zur Anwendung gekommen ist, die mittlere Lebenserwartungen der Neugeborenen seit 1900 um zwanzig Jahre ansteigen lassen. Dies neue Wissen kommt nun in allen Ländern zur Anwendung, mit einem Rückgang der Sterblichkeit als Folge, aber ohne daß dem ein Rückgang der Geburtsrate entspricht, so daß die Erdbevölkerung immer schneller wächst. Im 19. Jahrhundert betrug die durchschnittliche Wachstumsrate jährlich etwa 8 Millionen. Heute beträgt sie 50 Millionen, und es ist berechnet worden, daß sie in fünfzehn Jahren 75 Millionen betragen wird. Schon werden Schätzungen gemacht, wie lange die Erde in der Lage sein wird, ihre ständig anschwellende menschliche Bevölkerung zu ernähren.

Die Revolte der farbigen Rassen

Radio und Kino, die in die Dörfer der unterentwickelten Länder eingedrungen sind — in denen die Eingeborenen früher über die unmittelbare Umgebung ihrer Wohnstätten hinaus nahezu nichts von der Welt wußten — geben ihnen ein Bewußtsein von dem großen Unterschied zwischen ihrer Armut und dem Wohlstand der westlichen Welt. Das, zusammen mit der Ausbreitung der Erziehung unter der Jugend der wohlhabenderen Klasse, hat zu einem Aufstand gegen die europäischen Nationen geführt, von denen jene Völker beherrscht wurden. Der weiße Mann ist aufgefordert, abzudanken. Die großen europäischen Imperien nähern sich jetzt ihrer völligen Liquidierung.

Die ehemals unterworfenen Nationen versuchen durch Industrialisierung politische und wirtschaftliche Gleichheit mit ihren früheren Beherrschern zu erlangen. Ihre Naturschätze, die einen großen Teil des Rohmaterials für die Industrien der westlichen Welt liefern und von westlichem Kapital kontrolliert werden, werden zumeist durch die nun unabhängigen unterentwickelten Nationen „nationalisiert" und zugunsten dieser Völker selbst benutzt. Nasser, der den Suezkanal beschlagnahmte und damit durchkam, ermutigte die anderen nun unabhängigen Nationen, seinem Beispiel zu folgen. Es sieht ganz so aus, als neige sich der Tag dem Ende zu, an dem es billige importierte Rohstoffe gab, die von Eingeborenen gegen niedrige Löhne gewonnen wurden.

Wissenschaft und Einheit der Welt

Die Telegraphie und das Düsenflugzeug haben die Welt kleiner gemacht, als ein kleines europäisches Land Anfang des letzten Jahrhunderts war. Wir sind nun eine Welt, in der das Interesse der verschiedenen Nationen so miteinander verknüpft ist, daß kein wichtiges Geschehnis in irgendeinem Teil der Welt sich ereignen kann, ohne daß jedermann davon irgendwie betroffen wird.

Die alte Idee absoluter nationaler Souveränität ist nicht mehr länger haltbar. Selbst die beiden neuen Großmächte, die USA und die UdSSR, müssen berücksichtigen, ob irgendein von ihnen geplanter Schritt von ihren Verbündeten und den block-freien Ländern gebilligt wird. Darum widmen die Auswärtigen Ämter einen großen Teil ihrer Arbeit der Propaganda, um für ihre eigenen politischen

Bestrebungen die Unterstützung der Welt zu gewinnen und diejenigen ihrer Gegner zu diskreditieren.

Die Lage im Kalten Kriege ist nicht unähnlich der Rivalität politischer Parteien in demokratischen Ländern, nur daß es in diesen eine Regierung gibt, die Gesetz und Ordnung aufrechterhalten kann und dafür sorgt, daß die in den Wahlen siegreiche Partei ihre Politik mit friedlichen Mitteln durchführt: auf internationaler Ebene hingegen gibt es keine Weltregierung, die in der Lage wäre, in diesem Rahmen Gesetz und Ordnung zu schützen.

Rein „körperlich" sind wir nun eine Welt, politisch aber gibt es statt Einheit einander widerstreitende Gruppen von Nationen, die nichts als militärische Macht respektieren.

Kann unsere westliche Zivilisation im Atomzeitalter überleben?

Das sind einige der Veränderungen, die das Einwirken der Wissenschaft auf die menschliche Gesellschaft innerhalb einer einzigen Generation herbeigeführt hat, der Wissenschaft, die in den letzten sechzig Jahren größere Fortschritte als in den zweitausend Jahren vorher gemacht und uns plötzlich aus der alten Welt des neunzehnten Jahrhunderts in das von ihr so verschiedene neue Atomzeitalter hineingestoßen hat. Die Menschheit sieht sich nun der ungeheuer schwierigen Aufgabe gegenüber, die Struktur der Gesellschaft so zu berichtigen, daß die großen neuen Mächte der Wissenschaft dem Menschen dienstbar gemacht werden können, anstatt ihn zu zerstören.

Die dazu notwendige revolutionäre Veränderung würde alle Länder einschließen und könnte nur durch die Zusammenarbeit der Großmächte durchgeführt werden, die, wenn sie gemeinsam handeln, die Unterstützung aller Nationen für einen gemeinsam beschlossenen Plan zur Anpassung der Gesellschaft an das neue Zeitalter gewinnen könnten.

Einige hervorragende Denker, zumeist Wissenschaftler, bezweifeln, ob die politischen Führer, die die Regierungen kontrollieren, den Charakter und die Größe der Aufgabe begreifen und ob sie die Weitsicht und den guten Willen haben, ihre Lösung in Angriff zu nehmen. Bertrand Russell zum Beispiel sagte kürzlich im britischen Oberhaus, es bestünde nicht mehr als eine Chance von fünfzig Prozent, daß am Ende dieses Jahrhunderts auf der Erde noch menschliche Wesen leben würden. Andere Denker meinen, unsere Gesellschaft sei im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert so erfolgreich gewesen, daß sie ihre Funktion erfüllt habe und zu der für das neue Zeitalter notwendigen Veränderung nicht mehr imstande sei. Sie glauben, daß wir hindurchgehen durch Niedergang und Verfall unserer Phase der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und daß wahrscheinlich eine aufsteigende asiatische Zivilisation unser Nachfolger sein wird.

Zusammenarbeit — der Weg zum Überleben

Unsere westliche Zivilisation, die der Menschheit so viele große schon wirkliche und noch größere mögliche Wohltaten gebracht hat, könnte der Welt weiterhin Führung geben, wenn die politischen Führer in den westlichen Ländern die Mängel des alten Systems erkennen würden; etwa, daß dieses System zwei Weltkriege zwischen Nationen innerhalb der westlichen christlichen Zivilisation nicht verhütete; und daß es in der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre weit verbreitete Arbeitslosigkeit und Armut trotz jeder Möglichkeit zum Überfluß nicht verhinderte. Wenn unsere Zivilisation zusammenbricht, so wird dies nicht auf Angriffe von außen, sondern auf innere Schwäche zurückzuführen sein. Sowohl

der Faschismus wie der Kommunismus waren innere Revolten gegen das Unvermögen, das politische und wirtschaftliche System modernen Bedingungen anzupassen. Ist dies den Führern unserer Zivilisation klar, so sollten sie versuchen, das alte System so zu ändern, daß es für das neue Zeitalter, das Zeitalter der Kernphysik, paßt.

Wären sie dazu bereit, dann müßten sie — an Stelle einer in einer rapide sich verändernden Welt unmöglichen rein negativen Politik der Erhaltung des „Status quo" und einer Anhäufung von Waffen zu seiner Verteidigung, deren man sich nicht ohne Selbstmord bedienen kann — versuchen, einen dynamischen, positiven Aufbau-Plan zu entwickeln, an dem alle Nationen gemeinsam arbeiten könnten, um die moderne Wissenschaft in den Dienst der Wohlfahrt der ganzen Menschheit zu stellen; und sie würden alle Nationen einladen, unabhängig von ihrer offiziellen Ideologie zusammenzuarbeiten bei der Durchführung dieses Planes.

Es liegt nahe, daß der erste Punkt dieser neuen Politik die Abrüstung sein sollte. Während sich die Soldaten über die Methoden der Kontrolle „raufen", könnten alle Länder dazu aufgefordert werden, ihren Militär-Haushalt um, sagen wir, zehn Prozent im ersten Jahre herabzusetzen und die Hälfte dieser Einsparungen in einen Fonds für internationale Entwicklung unter Aufsicht der Vereinten Nationen einzuzahlen. Da die gesamten militärischen Budgets aller Regierungen sich auf rd. 400 Milliarden DM pro Jahr belaufen, so würde dies einer Summe von 20 Milliarden DM entsprechen. Aus diesem Fond, der keine zusätzlichen Steuern einschließen würde, könnten die unentwickelten Länder zunächst einmal Anleihen erhalten, um Nahrungsmittel anzukaufen, deren Überfluß den Westen in wirtschaftliche Verlegenheiten bringt, ferner zum Ankauf von wesentlichen Konsumgütern und dann von Investitionsgütern, zur Steigerung ihres Wohlstandes durch Erschließung ihrer natürlichen Reichtümer.

Der Fonds muß von erfahrenen Wirtschaftlern, die alle Gebiete der Welt vertreten, verwaltet werden. Aus ihm müssen nach wirtschaftlichen Prinzipien Anleihen für klar abgegrenzte, konkrete Projekte ohne politische Klauseln oder Fallstricke gewährt werden. Die Anleihen müssen jedoch mit der Verpflichtung verbunden sein, Zinsen oder Tilgung auf das Kapital zu zahlen, sobald die Projekte genügend Wohlstand hervorgebracht haben, um akute Armut zu beseitigen, mit einem begrenzten Spielraum für die Rückzahlung der Anleihe.

In dem Maße, in dem der Weltmarkt für Rüstungsgüter abnimmt, würde damit ein Markt für Verbrauchs- und Investitionsgüter erschlossen werden, welche für die Entwicklungsaufgaben in den armen Ländern benötigt werden; und damit würde Arbeitslosigkeit als Folge des Rückganges der Rüstungsproduktion verhütet. In einigen Ländern ist die drohende Gefahr, den Markt für Rüstungsgüter zu verlieren, eines der Hindernisse für den Frieden.

Die Steigerung des Lebensstandards und der Erziehung, die ein Anwachsen des Wohlstandes in den armen Ländern begleiten würden, würden ein Fallen der Geburten-Rate zur Folge haben, wie es in Europa geschah, wo die „Bevölkerungs-Explosion" begann und wo sich der Bevölkerungsanstieg entsprechend dem Wachstum des Lebensstandards verlangsamte, um nun anscheinend Stabilität erreicht zu haben.

Vermutlich das wichtigste Ereignis einer solchen Folge von aufeinander bezogenen Ereignissen, mit schrittweiser und gleicher Abrüstung als Ausgangspunkt, würde das Zusammenwirken von Menschen aus Ländern mit verschiedenen Systemen an konkreten Wirtschaftsplänen zum gemeinsamen Wohl aller Nationen sein. Das würde dazu beitragen, die feindselige politische Atmosphäre des Kalten Krieges durch ein besseres Verstehen und wachsende Freundschaft und steigendes Vertrauen in der internationalen Politik zu ersetzen.

Es könnte eingewandt werden, daß die industrialisierten Länder den armen Ländern bereits finanzielle Hilfe gewähren. Aber diese Hilfe wird gegeben, um politische oder wirtschaftliche Kontrolle zu gewinnen. Bei weitem die größte Hilfe wird von Amerika gegeben. Sie besteht hauptsächlich aus Rüstungsgütern und militärischem Personal zur Ausbildung von Soldaten dieser Länder in der Hoffnung, daß sie Amerika helfen werden, den Vormarsch des Kommunismus zum Halten zu bringen. Willkommen geheißen von den alten Männern, wie Tschiang Kai-schek und Syngman Rhee, die im Abtreten sind, werden solche Anleihen von den Universitäts-Studenten, denen die Zukunft gehört, als eine Verletzung ihrer neu gewonnenen Unabhängigkeit angesehen.

Auf jeden Fall reicht alle die Hilfe — einschließlich der nützlichen, zinstragenden Anleihen seitens der Weltbank — nicht aus, um die Produktion in den armen Ländern weit rascher zu steigern, als die Not infolge des rapiden Bevölkerungszuwachses steigt. Wenn die Armut in den unentwickelten Ländern verschwinden soll, dann ist weit massivere Hilfe notwendig. Die einzige Quelle massiver Hilfe ohne weitere Steigerung der bereits schweren Steuerbelastung besteht in einem Rückgriff auf die Einsparungen an den gewaltigen militärischen Budgets, die sich Zug um Zug bei Abrüstung ergeben werden.

Frühere Bewegungen für eine Zusammenarbeit der Völker

Die Idee einer Zusammenarbeit von Nationen zur Steigerung des Wohlstands der Welt und des Welthandels ist nicht neu. In den dreißiger Jahren, als die Arbeitslosigkeit in den industrialisierten Ländern so weit verbreitet war, berief der Völkerbund Ausschüsse, welche einen Plan zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in der Welt ausarbeiten sollten. Dieser Plan sollte der Not der Menschen Abhilfe bringen und zugleich ein Instrument gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise sein. Um das Jahr 1938 berieten Delegierte aus zweiundzwanzig Nationen, einschließlich Rußlands und Amerikas, diesen Plan. Der Ausbruch des Krieges im Jahre 1939 machte dieser Bewegung ein Ende.

Sie lebte auf der Hot Springs Konferenz wieder auf, die Präsident Roosevelt im Jahre 1944 einberief. Daraus entstand im Jahre 1945 die Food and Agricultural Organisation (FAO) der United Nations, d. h. ein Spezialorgan der Vereinten Nationen für Fragen der Landwirtschaft und Ernährung in der gesamten Welt. Nachdem es gelungen war, die Nationen zur Zusammenarbeit bei der Überwindung der Ernährungskrise nach Kriegsende zu gewinnen, berief die FAO 1946 eine Konferenz nach Kopenhagen ein. Diese Konferenz beriet einen Plan für internationale Zusammenarbeit in einem Weltrat für Ernährung (World Food Board), der den Auftrag erhalten sollte, die Weltproduktion an Nahrungsmitteln zu verdoppeln — wie es den damaligen Schätzungen über den Bedarf der Menschheit entsprach.[1]) Der Weltrat sollte einen garantierten Weltpreis für eine Reihe von Stapel-Nahrungsmittel anbieten. Diese Garantie konnte die geschätzte Quantität hervorrufen, die verteilt und verbraucht werden konnte. Der

[1]) Es sei hier vermerkt, daß heute in riesigen zum Teil immer dichter besiedelten Gebieten der Erde — insbesondere Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, aber auch Südeuropas — die Unterernährung der breiten Massen der Bevölkerung so groß ist, daß sie nicht mehr in der Lage sind, regelmäßige und wirtschaftlich ergiebige Arbeit zu leisten. Sie liegt im Durchschnitt pro Kopf bei der Hälfte der notwendigen Kalorienzahl und bei einem Drittel dessen, was wir in den Industrieländern heute tatsächlich verbrauchen. Diese Unterernährung gilt gerade für die dörflichen Bevölkerungen. Wir erinnern den Leser an die Photographien aus dem Kongo, an die Hungermeldungen aus China, an die alarmierende Lage in weiten Gebieten Indiens und in den vernachlässigten Gebieten Lateinamerikas. Der Herausgeber.

Weltrat sollte ferner eine Weltreserve zum Ausgleich schlechter und guter Ernten schaffen und die Agrarpreise in engen Grenzen stabilisieren.

Die Konferenz nahm den Plan einstimmig an. Sie ernannte Lord Bruce, einen ehemaligen Premierminister von Australien, zum Vorsitzenden eines internationalen Ausschusses, der den Plan für den Welternährungsrat in weiteren Einzelheiten auszuarbeiten hatte. Rußland verpflichtete sich zur Mitarbeit unter der Bedingung, daß Amerika und Großbritannien an dem Ausschuß mitarbeiten würden. Als aber der Ausschuß im April 1957 zusammentrat, war Großbritannien gegen ihn, weil er seine Politik der Einfuhr billiger Nahrungsmittel stören könnte; und Amerika mit seinem großen Wohlstand in einer vom Kriege verarmten Welt entschied, daß es in seinem Interesse sein würde, von sich aus zu tun, was nötig war. Truman's Punkt Vier und bilaterale Abkommen, bei denen die finanzielle Macht in den Händen Amerikas verblieb, erreichten ein wenig von dem, was der Welternährungsrat durchsetzen sollte.

Heute verfügt Amerika über Berge von überschüssigen Nahrungsmitteln, welche die hungrigen Nationen nicht kaufen können und die für Amerika eine wirtschaftliche Last sind; es hat über 5 Millionen Arbeitslose, und diese Arbeitslosigkeit könnte am besten durch eine Steigerung des Welthandels beseitigt werden. Es war ja Amerika, welches die „große Idee" einer Zusammenarbeit der Welt zu wirtschaftlicher Blüte und Frieden hatte und im Völkerbund, in den Vereinten Nationen und in der Hot-Springs-Konferenz für einen Welt-Ernährungsplan gleichfalls eine solche „große Idee" erblickte. Hat es jetzt vielleicht Anlaß, sich die Sache noch einmal zu überlegen? Es könnte ja das Motto seiner Wirtschaft „Was für General Motors taugt, das taugt auch für Amerika" ändern und sagen: „Was für die Menschheit taugt, das taugt für General Motors".

Die einzige Hoffnung auf Überleben

Die Menschen der gesamten Erde würden hinter einem Lande stehen — ob es nun die Vereinigten Staaten oder Rußland oder irgendeine industrialisierte Nation ist —, das einen Plan wie den oben genannten vorwärts trägt, oder sonst einen wirtschaftlichen Plan, der die Zusammenarbeit der Völker für ihr gegenseitiges Wohl herbeiführt. Die ganze Welt würde hinter einem Volk stehen, das anbietet, mit allen Nationen gemeinsam zu handeln, denen es klar ist, daß ihr wirtschaftlicher Wohlstand und ihre Sicherheit vor einem Kriege der Vernichtung von der gemeinsamen Arbeit aller Völker abhängen: sie müssen die politische und wirtschaftliche Struktur der Welt so anpassen, daß die moderne Wissenschaft der Steigerung des Wohles aller Menschen dienen kann.

In dieser kleinen Welt ist eine solche Zusammenarbeit die einzige Alternative zum Kalten Kriege mit seinem Wettrüsten, das unvermeidlich mit der Katastrophe enden wird. Die Nation, die einen Plan zur Zusammenarbeit vorlegt — und dies ist die einzige Hoffnung für ein Überleben unserer westlichen christlichen Zivilisation —, wird die moralische und intellektuelle Führung der Welt haben: die Führung in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft für die große Epoche, welche die moderne Wissenschaft möglich gemacht hat.

Copyright „Blätter für deutsche und internationale Politik"

Hermann Rauschning

Der Präsident, der „Mut zu einer neuen Politik" hat*)

Die Ausblicke führender bundesdeutscher Politiker in das Jahr 1961, mit der Mahnung verknüpft, die Nerven zusammenzuhalten für die schweren „Auseinandersetzungen um die Erhaltung des Bestehenden" (vgl. Heft 1/1961 dieser Zeitschrift) lassen erkennen, wie wenig der Deutsche auf die politische Wendung vorbereitet ist, die sich mit dem Regierungsantritt des neuen Präsidenten USA's vollzieht. Es wäre vermessen, nach kaum mehr als drei Wochen Amtstätigkeit eine Charakterisierung der Politik Präsident J.F. Kennedy's zu versuchen, wenn sich nicht bereits in dieser kurzen Zeitspanne klare, entschiedene Züge einer in Ziel, Methode wie Tempo neuen Politik abgehoben hätten. Den besten Zugang zu dem „Wendepunkt" der Politik, wie es in der amerikanischen Presse ausgedrückt wird, gewinnt der Deutsche durch einen Rückblick auf die nun zu Ende gegangene Periode Eisenhower. Wer freilich, dem Bericht aus Washington in einer der größten bundesdeutschen Zeitung folgend, die acht Jahre Eisenhower'scher Präsidentschaft als eine Periode des Atemholens, des Ausruhens auffaßt, der wird kaum ein Verständnis für den Charakter der neuen Politik gewinnen und in ihr nur das bedauernd finden, was aus den Ausblicken auf die Zukunft in der Bundesrepublik herausklingt: Beunruhigung über die „Erhaltung des Bestehenden". Auch entspricht die Charakterisierung der Eisenhower-Periode als eine solche des Atemholens keineswegs dem Urteil, das die Mehrheit der amerikanischen Politiker über sie hegt. Als Jahre der Lässigkeit, der Trägheit — supinenes — bezeichnet sie vielmehr Joseph Alsop, der angesehene Journalist. Es sind die Jahre des Verschiebens dringlicher Lösungen, des Zauderns vor Entscheidungen aus Scheu vor den Kosten. Es ist eine Zeit des Hinhaltens, des Versäumens von Chancen, des Verlustes der politischen Initiative, des Hintreibens, des Verschleppens, des Verhandelns ohne den rechten Willen zu Lösungen, die Zeit des Vertröstens auf künftige Positionen der Stärke, die, wenn sie da sein sollten, sich als solche der Gegenseite erwiesen. Es ist die Zeit des politischen Finassierens, des Pokerspieles, des Bluffens und des Am-Rande-des-Abgrundes-Hinstolperns, die Zeit, die nicht nur in der Bundesrepublik zu der Weisheit führte, „zu halten, was man hat" und dabei das, was man wirklich hält, wie jener Hund auf der Brücke verliert, der, um das Spiegelbild seiner Beute im Bach zu fassen, seinen Brocken fallen ließ. Wohin man blickt, welches Problem man anvisiert, es fehlt am Willen, ihm auf den Grund zu gehen. Es fehlt am Willen,dieveränderte politische Wirklichkeit in ihren neuen Dimensionen, in ihrer endgültigen, nicht mehr rückgängig zu machenden konkreten Gestalt zu erkennen und als Grundlage des politischen Handels zu akzeptieren. Diese Politik, die eine Atmosphäre der Irrealität, des „als ob" um sich verbreitet hat, die sich in dem Irrgarten der eigenen Propaganda mit ihren Verdrehungen und Halbwahrheiten verlaufen hatte, ist der Grund für den so ominösen Prestigeverlust der USA unter Eisenhower, den er nicht zugeben wollte, der aber durch die Veröffentlichung des Untersuchungsergebnisses durch Kennedy bestätigt worden ist. Wenn diese Politik, bei der niemand wußte, wie er wirklich dran war, was gespielt wurde, wo es ernst war, zu Ende ist, so wird das jeder begrüßen, der nicht das Zwielicht dem vollen Tageslicht, die Halbwahrheit der Wahrheit vorzieht; und daß sie zu Ende

*) Vgl. Hermann Rauschning, Mut zu einer neuen Politik; Berlin, Kaethe Vogt, 1959.

ist, das ist das erste Charakteristikum der Politik des neuen Präsidenten. Was immer geschehen mag, ob Kennedys Politik zu ihrem Ziel führt, oder ob er tragisch scheitert, das eine Verdienst kann ihm schon jetzt nicht genommen werden, daß er durch den Dunst und Brodem der Illusionen und Phrasen durchgestoßen ist und seine Nation wie ihre Bundesgenossen zwingt, die Lage in ihrem ganzen Ernst zu sehen. Es ist nicht nur das Ende des status quo, das mit dem Regierungsantritt J. F. Kennedys unwiderruflich wurde. Nicht der Beginn des ersehnten „Tauwetters" nach einem langen Winter des Mißvergnügens ist das Wesentliche. Es liegt nicht in eines einzelnen Menschen Vermögen, daß ihm der glorreiche Sommer durch Sonne folgen werde. Das Neue ist vielmehr, daß nicht nur die Sorge für das Bestehende im Vordergrund der Politik steht, sondern daß die großen, die wirklichen, die entscheidenden Probleme der Zukunft der Menschheit zum Thema der vorsorgenden praktischen Politik gemacht werden, die großen Probleme der Kooperation aller Völker in den Fragen der Friedenssicherung, der Hilfe für aufstrebende Völker und der Vorbereitung für das ungeheure Wachstum der Menschheit in der nächsten Generation; Themen, die bisher von den sogenannten „Realpolitikern" der Tagesprobleme als solche von „Schwärmern" unter den Teppich gekehrt worden sind.

Niemand wird den guten Willen des bisherigen Präsidenten, die Lauterkeit seines Charakters und seine ernstlichen Bemühungen um Frieden und Beilegung des Kalten Krieges bestreiten. Das ist auch in diesen Blättern wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Wie kein anderer verfügte er über ein Kapital von Autorität, Ansehen und Liebe, das es ihm ermöglicht hätte, die Gefolgschaft der Nation auch für schwierige und opfervolle, unpopuläre Handlungen zu gewinnen und Widerstände zu brechen. Er hat dieses Kapital nicht genutzt. Er hat Ansehen wie Autorität in kleiner Scheidemünze von Helfern und Gegnern vertun lassen. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, daß auch der beste Wille und lauterste Charakter in der Politik nicht ausreichen, stehen ihm nicht politisches Temperament und wohl gegründete Kenntnis des Metiers zur Seite, so ist es die einer nationalen Tragödie nahe kommende politische Unzulänglichkeit Eisenhowers. Während seiner Amtszeit hatten viele Möglichkeiten bestanden, die Weltlage zum Besseren zu wenden, wenn der Gewandzipfel Gottes, nach dem Bismarck'schen Wort, ergriffen worden wäre. Er wurde es nicht. So ist die Periode Eisenhower zur Amtszeit eines wohlmeinenden Nichtpolitikers geworden, die abermals erwiesen hat, daß nur derjenige, der das Handwerk der Politik von der Pike an in Staub und Schweiß erlernt hat, seinen Mann stehen kann, nicht der Amateur. Auch in diesem Punkt hat sich die Lage völlig geändert. Schon die ersten Maßnahmen des jugendlichen Präsidenten verraten die feste Hand des Sachkenners, des Mannes, der das „know how" beherrscht, der, wenn nötig, mit Rücksichtslosigkeit und Zähigkeit, wie einst Franklin D. Roosevelt, den politischen Widerständen zu begegnen, aber auch Kräfte weitherzig und ohne Vorurteil zu sammeln und zu integrieren versteht. Nicht ein ehrwürdiges nationales Monument, sondern ein aktiver, ideenreicher Politiker voll Initiative, voller Aushilfen, jugendlich elastisch, ein Pragmatiker und trotzdem einer geistigen Konzeption gewisser Vertreter der aufsteigenden Generation sitzt nunmehr im Sattel der Macht der USA. Ein Mann, der sich nicht damit begnügt, der Regierungschef seiner Nation zu sein und die laufenden Tagesgeschäfte schlecht und recht zu erfüllen, sondern der als starke Persönlichkeit auch der bestimmende Faktor der Legislative sein, der seiner Nation nicht nur „neue Horizonte" weisen, sondern sie zu erreichen helfen will.

Reden sind noch keine Taten. Aber die Rede J. F. Kennedys anläßlich des Regierungsantritts kommt einer solchen nahe. Man muß sie im englischen Wortlaut

lesen, statt in den schlaffen Worten des Nach-Hitler-Zeitungsdeutsch, um den Geist, die Sorge, den Ernst eines fast verzweifelnden Patrioten, aber auch den Willen und die Entschlossenheit, das sittliche Pathos und die Gläubigkeit zu spüren, die in ihr von dem ersten bis zum letzten Satz spürbar sind und sie himmelweit von den zusammengeleimten trivialen Regierungserklärungen üblicher Art unterscheiden. Diese Rede ist in ihrer Kürze und Klarheit ein großes Dokument; es ist die Dokumentation einer großen Persönlichkeit. Mit Recht hat man an die großen Reden Abraham Lincolns mit ihrem sittlichen Pathos erinnert, das sich so grundtief von dem optimistischen Überlegenheitsbewußtsein späterer Präsidenten unterscheidet. Es ist derselbe tragische Ernst, der wie im amerikanischen Bürgerkrieg nun in einem fast ausweglosen Weltbürgerkrieg zum Ausdruck kommt. Der evangelistische und transzendentale Geist Amerikas, das amerikanische Ideal seien nie besser ausgesprochen, rühmt James Reston, der auch den Stil und die Musik der die Schönheit der englischen Sprache erneuernden Rede anerkennt. Er nennt sie ein revolutionäres Dokument, nicht nur beredt, sondern moralisch und sogar religiös, mit dem Willen, das nationale Leben wie die Beziehungen zu Freunden und Gegnern von Grund auf umzugestalten. Hier spräche kein Zyniker, der nur eine theatralische Vorstellung gibt, sondern jemand, der meint, was er sagt. Der amerikanische Idealismus habe sich in jugendlichem Ernst mit der amerikanischen Macht verbunden. Wer von der Wahrheit des französischen Wortes überzeugt ist — kann man hinzufügen —: le style c'est l'homme, der wird von dieser so weit aus den Niederungen politischer Dürftigkeit sich erhebenden Rede wohl auf den Charakter des Autors schließen. Sie enthält sich aller billigen Versprechungen und ist ein einziger beredter Aufruf an die eigene Nation wie an die Gemeinschaft aller Nationen, sich der Größe der gemeinsamen Herausforderung zu einem neuen großen Fortschreiten der Menschheit gewachsen zu zeigen. Mit dem Sendungsbewußtsein der jungen, ganz dem 20. Jahrhundert angehörigen Generation erinnert der Präsident an den revolutionären Ursprung des amerikanischen Gemeinwesens und bekennt sich zu ihren Prinzipien der Menschenrechte und Freiheit, die Amerika mit aller Kraft bis zum letzten zu verteidigen willens sei, zugleich aber auch entschlossen, mit allen an den großen Aufgaben der Zukunft zusammenzuarbeiten. Er gelobt Hilfe für die aufstrebenden Völker, nicht um ihre Stimmen zu gewinnen, sondern weil es das Rechte sei. Er sagt eine Allianz des Fortschrittes mit den Nationen der westlichen Hemisphäre zu, um die Ketten der Armut zu sprengen; und er bekennt sich zu den United Nations als „unserer letzten Hoffnung in einem Zeitalter, in dem die Instrumente des Krieges weit die des Friedens überflügelt haben." Im Brennpunkt der Rede steht die fast beschwörende Aufforderung an die kommunistischen Mächte, sich zu einem neuen Versuch des Friedens bereit finden zu lassen, da die gegenwärtige Lage mit ihrem rasenden Wettlauf beider Mächtegruppen, dem Versuch, das Gleichgewicht des Schreckens doch noch zu eigenen Gunsten ändern zu können, unerträglich sei. Nicht aus Furcht solle man verhandeln, aber auch nicht Furcht vor dem Verhandeln haben. Beide Seiten sollten sich der Probleme annehmen, die sie verbänden, statt sich mit dem abzumühen, was sie nur weiter trenne. Er fordert ernsthafte und präzise Vorschläge für die Inspektion und Kontrolle der Waffen und die Unterstellung der absoluten Zerstörungsmacht unter die absolute Kontrolle aller Nationen. Er schlägt vor, gemeinsam einen „Landeplatz der Kooperation im Dschungel des Mißtrauens" zu schaffen und statt eines bloßen Machtgleichgewichtes zielbewußt eine „Welt unter dem Gesetz" zu schaffen.

Das ist nicht angelsächsischer „cant", als was der zynisch, skeptisch und bitter gewordene Nach-Hitler-Deutsche, offenbar keines Aufschwunges mehr fähig, ge-

neigt sein wird, den hochgemuten Appell der Kennedy'schen Rede abzutun. Es ist der Ausdruck eines neuen „mood", einer neuen Stimmung, wie es einige Kommentatoren sehen, eines Geistes, der sich in Teilen der jüngeren Generation Amerikas von der Ratlosigkeit der früheren „lost generation", der „angry young men", der „beatniks" und dem Verlorenen des „Age of Anguish" abzuheben beginnt, einer Generation sehr robuster Realisten, aber eines Realismus mit geistigen Direktiven. Ab sie sich gegenüber den dem Materialismus und Egoismus und der Bezauberung von den modernen Wundern des großen „Warenhauses für kleines Glück" verfallenen Massen durchsetzen und weitere sehr schwierigere Hindernisse werden überwinden können, ist eine andere Frage. Vielleicht kann man das, was sich in USA unter Präsident Kennedy anzumelden beginnt, mit dem vergleichen, was vor einigen dreißig Jahren deutsche „verzweifelnde Patrioten" und die jüngere Generation zu ihrem „Aufbruch" führte, zu einer echten Bewegung nationaler und sozialer Erneuerung, die, von der saumseligen Sozialdemokratie im Stich gelassen, von dem an seine eigene politische Philosophie nicht mehr recht glaubenden deutschen Liberalismus mit Achselzucken abgefertigt, vom Nationalsozialismus in Gemeinschaft mit der deutschnationalen Reaktion mißbraucht und korrumpiert worden ist. Aber der amerikanische Aufbruch braucht nicht einen ähnlichen Weg zu gehen; er kann zu einer wirklichen Erneuerung, zu einer neuen Phase der amerikanischen Revolution führen, im Beispiel und der Nachfolge von Franklin D. Roosevelts „doktrinloser" Revolution, aber in einem weit umfassenderen Maße und mit einem viel weiter gespannten Ziel als sie. Der neue Geist hätte, wie Roscoe D r u m m o n d aus Washington erläutert, mit der Erkenntnis zu beginnen, daß „politics as usual" und „business as usual" so wenig den Frieden in den 60er Jahren gewinnen könnten, wie der Krieg in den 40er Jahren so hätte gewonnen werden können. Es gelte ein neues nationales Klima zu schaffen, in dem die Nation bereit sei, mehr von sich selbst zu verlangen und zu geben, und willens sei, einige Fransen am Konsumenten-Luxus wegzuschneiden. Könne der Präsident die Nation zu einer bereitwilligen Antwort darauf aufwecken, urteilt das „Nationalkomittee für einen wirksameren Kongreß", so wird er eine „chemische Änderung in dem politischen Körper" hervorgerufen haben.

2.

In einer zweiten Rede, in seiner Adresse über den Stand der Nation im Kongreß, hat der Präsident versucht, diese Änderung durch eine aufrüttelnde Warnung in Gang zu bringen. Es ist ein ungewöhnlich dunkles Bild, das er im Gegensatz zu den sonstigen Gepflogenheiten von der Lage entwirft, eine Beurteilung, die sich weit von der ungleich günstigeren durch Eisenhower's letzten Bericht unterscheidet. Nicht seit den Tagen Pearl Harbour's habe ein Präsident eine so düstere Charakteristik der Lage gegeben, registrierte die Presse. An der Heimatfront: die Wirtschaft ist im Griff einer ernsten Rezession. Die Arbeitslosigkeit, zur Zeit 5,5 Millionen betragend, ist im Ansteigen. Die Bankrotte häufen sich. Das Verdienstvolumen schrumpft. Die Expansion der Wirtschaft ist unzureichend. Ein besonderes Problem ist die passive Zahlungsbilanz, die zu einem bedenklichen Goldabfluß geführt hat. An der Weltfront: klipp und klar in Frage gestellt ist es, ob eine Nation, so organisiert und regiert wie die Vereinigten Staaten, bestehen und ausdauern könne. Jeder Tag läßt die Gefahr wachsen. Die Zeit rennt davon.

Es ist ein grimmiges Bild, das der Präsident von der Gesamtlage der Nation entwirft. Er beschönigt und vertuscht nichts; betont die Schwächen und Versäumnisse. Fast könnte man an die Absicht, mit einer Art Schocktherapie die Nation aufzuwecken, denken. Von mancher Seite wird die Meinung vertreten, es sei

etwas zuviel des Guten. Wenn sich gewichtige Stimmen aus naheliegenden Gründen bemühen, klar zu machen, daß der Ernst des Präsidenten mehr die außenpolitische Lage beträfe als die Wirtschaftslage, so kann doch nicht abgestritten werden, daß seit der großen Weltwirtschaftskrise der frühen 30er Jahre die amerikanische Wirtschaft sich nicht in einer so unbefriedigenden Lage befunden hat wie jetzt. Ob man sie als Rezession oder Stagnation bezeichnen will, ist nicht das Entscheidende. Den deutschen Leser wird es weniger interessieren, was der Präsident in seiner Botschaft und in einem 12-Punkte-Programm, das er Haus und Senat zugehen ließ, zur Abhilfe forderte. Es sind vorläufig kleine Aushilfen, und man kann zweifeln, ob sie ausreichen werden, wenn sie nicht nur als Soforthilfen kräftig durchgreifende Maßnahmen vorbereiten sollen. Der Präsident hat die Nation nicht im Zweifel gelassen, daß er in einem Konflikt zwischen Voll-Beschäftigung und Preisstabilität sich zur Expansion der Wirtschaft entscheiden und sich über eine Inflation erst später den Kopf zerbrechen werde. In welcher Weise eine Kombination inflatorischer mit deflatorischen Maßnahmen notwendig sein wird, ob direkte Eingriffe der Regierung in das Preisgefüge wie in die Lohnstruktur notwendig sein werden, wird die nahe Zukunft erweisen. Denn mit der Methode Coué, wie es „Fortune", die große Monatsschrift für Big Business versucht, mit gutem Zureden und Vertrauen allein ist die aus dem Leim geratene amerikanische Wirtschaft nicht zu kurieren und kann die Entwicklung der augenblicklichen Rezession zu einer wirklichen Depression nicht verhindert werden. Zu vieles stimmt nicht zueinander. Den deutschen Leser wird in diesem Zusammenhange die Frage der Rückwirkung auf die deutsche Lage interessieren. In einem Punkte, der passiven Zahlungsbilanz Amerikas, ist sie auf sehr empfindliche Weise in Mitleidenschaft gezogen worden, durch die strikte Forderung Amerikas, die Bundesrepublik solle ihre Gold- und Devisenreserven aus der eigenen aktiven Zahlungsbilanz in einer sehr zu Buch schlagenden Weise verwenden, um Amerikas Zahlungen für auswärtige Hilfe abzulösen. Dabei interessiert die Frage nach der Dauer der amerikanischen Rezession, die von bundesdeutscher Seite nur als eine vorübergehende Konjunkturschwankung aufgefaßt wird. Ohne daß hier auf eine Charakterisierung der amerikanischen Wirtschaft eingegangen werden kann, muß doch soviel gesagt werden, daß die Hoffnungen der Bundesregierung auf eine baldige Erleichterung der wirtschaftlichen Lage Amerikas kaum gerechtfertigt sind. Das sehr komplexe Wirtschaftssystem ist seit längerer Zeit falsch geleitet worden. Die Lohnstruktur hat die Produktivität überholt. Die Preise sind überhöht, die Produktion vielfach zersplittert. Amerika ist in dem Wachstum seines Wirtschaftsvolumens von den Konkurrenzländern der sogenannten freien Welt weit überholt worden. Verglichen mit dem Wachstum der Arbeitskraft steht die Industrie praktisch still, auf der Stelle. Dem ist nicht allein mit Spritzen abzuhelfen, nicht mit Defizitspenden, Steuerermäßigungen. Hinter der Rezession steht vielmehr ein sehr viel ernsteres Problem als das einer vorübergehenden Konjunkturkrise. Das unzulängliche Wachstum der amerikanischen Wirtschaft, die Unstimmigkeiten in der Preisbildung und in der Lohnstruktur deuten auf eine große Strukturkrise des amerikanischen Wirtschaftssystems. In ihrer gegenwärtigen Verfassung ist die amerikanische Wirtschaft schlechterdings nicht mehr konkurrenzfähig. Stahl z. B. ist im Begriff, den Markt anderen Ländern zu überlassen. Ist das amerikanische Produkt schon nicht der Konkurrenz anderer Länder des Westens gewachsen, wie soll es der Konkurrenz der straff disziplinierten Wirtschaft der kommunistischen Länder standhalten! Die Konkurrenz eines so abhängigen Landes wie die Bundesrepublik wird man durch nachhaltigen Druck, das Lohnniveau und damit die Produktionskosten zu erhöhen, vielleicht aus dem Felde schlagen können. Dasselbe ist anderen Ländern gegenüber nicht möglich.

Man wird von dem neuen Präsidenten annehmen dürfen, daß er die Notwendigkeit einer revolutionären Wandlung des amerikanischen Wirtschaftssystems in ihrer Bedeutung voll erkannt hat, und daß es diese Erkenntnis ist, die den Ernst seines Ausblickes bestimmte, nicht das oberflächlicher Kritik geringfügig erscheinende Krisensymptom. Dem Präsidenten unterstellen, daß er selbst nicht an die lange Dauer wirtschaftlicher Schwierigkeiten glaube, weil die amerikanische Wirtschaft von immenser Stärke und ausreichend flexibel sei, so daß es nur gewisser Anpassungen bedürfe, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, heißt den Ernst, die Aufrichtigkeit und die tiefere Sorge Kennedys verkennen und die Wirkung seiner Einsicht abschwächen. Er sieht die amerikanische Wirtschaft nicht als isoliertes System, das sich in der Isolierung gesund erhalten kann, sondern als Instrument in dem großen Zusammenhang einer auch wirtschaftlich zu einer Einheit kommenden Welt; er sieht ihre neue Funktion, er realisiert ihre unlösbare Verbindung mit den politischen Aufgaben der USA. Sein Urteil ist von der Zukunft her bestimmt, nicht von der Gegenwart mit ihrer kurzfristigen Betrachtungsweise. Wie der Präsident allerdings dem Dilemma begegnen und vermehrte Regierungsausgaben mit der Erhaltung des Dollarwertes, einem ausgeglichenen Budget ohne Inflation und ohne protektionistische Maßnahmen vereinen will, das ist vorläufig noch nicht absehbar. Was seine Politik bisher auszeichnet, ist der rücksichtslose Mut zur Wahrheit, das Unterlassen jeder Beschönigung. Er geht der Selbstgefälligkeit und dem Überlegenheitsgefühl des Amerikaners zu Leibe und zeigt, daß der erste Platz in der Welt nicht eine Selbstverständlichkeit sei, daß das reiche Volk mit dem höchsten Lebensstandard sein noch nicht heißt, die Führung in der Welt zu haben und zu behaupten. Daher seine Bemühungen um eine bessere wissenschaftliche Erziehung, in der Amerika sichtbar auf einen zweiten Rang zurückgeglitten ist. Mit Recht hebt die Würdigung der Politik Kennedys nicht nur ihre Aufrichtigkeit und Festigkeit hervor, sondern auch, daß mit ihr Amerika von der Defenfive und dem bloßen Widerstand nun zur Offensive übergegangen ist.

Das wird auch in dem Nachdruck sichtbar, mit dem der Präsident die Rüstung der Vereinigten Staaten zu verstärken und bestehende Lücken schnellstens zu schließen fordert. Daß diese Bestrebungen im Widerspruch zu den Forderungen stehen, mit Abrüstung und Rüstungskontrollen einen dauerhaften Frieden zu begründen, braucht den Politiker nicht zu beschweren; denn die Notwendigkeit, beides zu gleicher Zeit zu betreiben, liegt angesichts der Schwierigkeit und Langfristigkeit von Verhandlungen, Abmachungen und ihrer Durchführung, mit unausbleiblichen Kriesen, zu offen da, als daß es besonderer Rechtfertigung bedürfe. Der Präsident hat in diesem Zusammenhang die Bemerkung gemacht, man dürfe keine Schwäche zeigen, die den Gegner veranlassen könnte, seine überlegenen Machtmittel schließlich doch noch politisch einzusetzen. Wie und wann indessen, angesichts dieser widerspruchsvollen Lage der Absprung von der Aufrüstung in die Abrüstung gewagt, wie man um die prekäre Ecke herumkommen soll, das bleibt ungewiß. Es muß auch hier auf Einzelheiten in den geforderten Maßnahmen verzichtet werden, die vielmehr einer besonderen Untersuchung überlassen bleiben müssen. Eines Zweifels über die Richtigkeit eines in diesem Zusammenhang geäußerten Satzes des Präsidenten können wir uns indessen nicht enthalten. Er hat in seiner Inauguralrede gesagt: „Nur wenn unsere Waffen über jeden Zweifel hinaus ausreichend sind, können wir über jeden Zweifel gewiß sein, daß sie nie angewandt werden." Gibt es eine Formel für das ausreichende Maß an Rüstung, kann es eine solche überhaupt geben? Dabei werden die zwei schlimmsten Kriegsgefahren außer Acht gelassen: der Krieg aus bloßem Irrtum und der Atomkrieg als unausbleibliche Steigerung eines als „begrenzte Aktion" mit „konventionel-

len" Waffen begonnenen Krieges. In welcher Vernichtungsgefahr die Menschheit in jedem Augenblick steht, wie nur um Haaresbreite die Katastrophe gerade noch eben vermieden worden ist und aus welchem geradezu lächerlichen Zusammentreffen an sich belangloser Irrtümer und Fehlleistungen die Katastrophe heraufbeschworen werden kann, beweist jenes lange geheimgehaltene Vorkommnis im Oktober vorigen Jahres, als eine Warnungsstation in Thule durch eine falsch interpretierte Radarmeldung das amerikanische Strategische Luftkommando in den äußersten Alarmzustand brachte.

Bei näherer Prüfung stellt sich das Militärprogramm Kennedys als ein sehr maßvolles heraus. Nach dem Urteil Sachverständiger handelt die Administration in ihren Vorschlägen mit bemerkenswerter Vorsicht. Es werden 53 neue Transportflugzeuge gefordert, davon 30 Düsenflugzeuge. Das Polaris-Unterseeboot-Programm soll beschleunigt durchgeführt werden. Das ist kaum mehr als eine Vorausverlegung der Ablieferungstermine bereits beschlossener Ausweitungen der Rüstung. „Viel Geschrei und wenig Wolle" erbrachte die Auseinandersetzung über die ominöse Raketenlücke. Es ist zweifelhaft, ob eine solche Lücke überhaupt besteht. Die Sowjets sind auf einigen Gebieten Amerika beträchtlich voraus; an anderen Punkten hat Amerika die Überlegenheit. Mit der minute-man-Rakete, mit einer Reichweite von 4600 Meilen, besitzt Amerika auf diesem Gebiet eine wirksame Waffe. Wichtiger und künftige, besonnene Entscheidungen verheißend ist des Präsidenten Anordnung, Studien anzustellen über die strategischen Waffen und die Abschreckungsstrategie, über die Voraussetzungen einer begrenzten Kriegführung und über die Militärbasen und Installationen außerhalb der USA. Man wird daraus auf den Willen schließen müssen, auch im militärischen Sektor aus den bisherigen, für allzu erwiesen gehaltenen Theorien und Doktrinen mit Bezug auf die tatsächliche Weltlage heraus und der Sache auf den Grund zu kommen. Die Frage, ob und wie weit Basen im Ausland noch notwendig sind, kann zu erheblichen politischen Erleichterungen in den Beziehungen zu Rußland führen, da einige dieser Basen eine direkte Bedrohung des russischen Territoriums und eine Provokation darstellen, die sich ein starker, souveräner Staat auf die Dauer nicht gefallen lassen kann, so wenig Amerika solche Installationen unmittelbar vor seinen Toren, etwa in Kuba, dulden würde. Was die Doktrin des „Buschfeuer-Krieges" anlangt, so ist die Lehre des auch in der Bundesrepublik sattsam bekannten Kriegsprofessors Kissinger, die er soeben durch ein neues Buch „The necessity of choice" weiter entwickelt hat, in ihren Voraussetzungen wie der Schlußfolgerung, die „massive Abschreckung" durch eine „gestufte" zu ersetzen, äußerst fragwürdig. Würde sie akzeptiert, so würde das voraussichtlich dazu führen, daß auch auf diesem Gebiet die Bundesrepublik wie in der Frage der Zahlungsbilanz die Rechnung würde bezahlen müssen. Es würde zu einer erheblichen Vermehrung der Fußtruppen mit „konventionellen" Waffen, statt der von dem bundesdeutschen Kriegsherren erwünschten Ausstattung mit Atomwaffen kommen, die aber mit ziemlicher Sicherheit nicht zu erwarten ist. Richtig ist, daß angesichts der Doppelseitigkeit totaler Zerstörungsmöglichkeit die atomare Abschreckung höchstens noch in der Verteidigung der wichtigsten Gebiete, d. h. Nordamerikas selbst wirksam ist. Die massive Vergeltung hat jede Glaubwürdigkeit, etwa in Verbindung mit der Frage Berlin oder Deutschland, verloren. Die richtige Schlußfolgerung aus dieser Tatsache ist nicht auf militärischem, sondern auf politischem Gebiet und allein auf ihm zu ziehen. Man wird indessen das Resultat der angeordneten Untersuchungen abwarten müssen, um Kennedy's Militärpolitik beurteilen zu können. Bis dahin wird man aus der Anordnung selbst entnehmen dürfen, daß der Präsident auch auf diesem heiklen Gebiet der Wahrheit auf den Grund kommen

und mit lieb gewordenen, halb durchdachten Theorien und Machtpositionen in seinem Willen zur Sachlichkeit aufräumen will.

Ehe diese Betrachtung sich dem eigentlichen, dem außenpolitischen Gebiet, auf dem allein die großen, lebenswichtigen Entscheidungen für alle Nationen fallen, zuwenden kann, ist es notwendig, noch einen kurzen Blick auf Maßnahmen zu werfen, die der Präsident zur Sicherung seiner Autorität und der Durchführung seiner Politik eingeleitet hat. Auch hier wird die Umsicht und der Realismus „JFK's" evident. Wie in der Wirtschaft wird hinter den konkreten Maßnahmen ein weiter zielender Wille und eine Einsicht in die innere Struktur des amerikanischen Gemeinwesens sichtbar, die in Verbindung mit der praktischen Politik nicht häufig ist. Wer nicht nähere Kenntnis über das Funktionieren des amerikanischen Regierungssystems besitzt, wird die Bedeutung der Kabinettsbildung und einiger Maßnahmen des neuen Präsidenten nicht richtig würdigen. Der Präsident soll zwar immer mit dem Rat seines Kabinetts regieren, aber er bedarf nicht dessen Zustimmung. Wesentlich stärker als der deutsche Bundeskanzler bestimmt er die Politik. Aber er ist keineswegs gewiß, daß seinen Anordnungen Folge geleistet wird. Der Präsident hat es in der Hand, auf verschiedene Weise mit seinem Kabinett zu arbeiten. Eisenhower delegierte seine Macht zu freigiebig und behielt die letzte Entscheidung und Kontrolle nicht immer in der Hand. Auch muß jeder Präsident mit dem unerschütterlichen Beharrungsvermögen der Bürokratie und gelegentlich sogar mit ausgesprochener Obstruktion der Ämter in der Durchführung seiner Anordnungen rechnen. Selbst dem so gewiegten und erfahrenen Taktiker Franklin D. Roosevelt ist das gelegentlich unterlaufen. Nebenzentren einer eigenen, fast autonomen politischen Willensbildung haben sich in den Jahren seit dem zweiten Weltkrieg herausgebildet. Das über fast die Hälfte des amerikanischen Budgets disponierende „Pentagon" mit der damit verbundenen wirtschaftlichen Macht hat zu einer Gruppenbildung geführt, die C. Wright Mills als die „Power Elite" (in seinem bekannten Buch desselben Titels) bezeichnet. Die Interessengemeinschaft des Militärs mit der Schwerindustrie ist ein Phänomen, das früher schon in Deutschland wesentlich zu einem besonders radikalen Militarismus des Militärs wie des Zivils geführt und zur Machtergreifung des Nationalsozialismus beigetragen hat. Der neue Präsident hat es verstanden, bereits in den ersten Tagen seiner Regierung wenigstens einer, sich zu einer groben Gefährdung der amerikanischen Außenpolitik entwickelnden Anmassung dieser Gruppe, nämlich eigenmächtigen Appellen der Generale und Admirale an die Öffentlichkeit über militärische und politische Fragen, durch eine Art „Maulkorbverfügung" Einhalt zu gebieten. Der eigentliche Kampf mit dieser Gruppe, die starken Einfluß im Kongreß wie in der Presse besitzt, steht indessen dem Präsidenten noch bevor. Es wird nicht leicht sein, den auch von Eisenhower in seiner Abschiedsadresse gebrandmarkten „military-industrial complex" unter Kontrolle zu bringen. Ihm ist es, trotzdem er die Autorität eines militärischen Fachmannes besaß, jedenfalls nicht gelungen.

Der Präsident hat einen Stab von Männern zusammengerufen, um aus ihnen sein Kabinett zu bilden, dessen personelle Zusammensetzung an sich schon ein Programm und ein Beispiel wohl überlegter Planung und kluger Berücksichtigung wichtiger Kräftefelder ist. Der belesene und historisch gebildete Präsident ist allem Vernehmen nach ein geschickter Taktiker, nicht nur ein vorausschauender Planer, der durch sich in ihren Kompetenzen überschneidende Zuweisung der Aufgaben an mehrere Mitarbeiter, wie Roosevelt, die letzte Entscheidung in allen wichtigen Fragen sich selbst sichert. Eine Charakterisierung der im Vordergrund des Interesses stehenden Persönlichkeiten im einzelnen soll hier nicht versucht werden. Der deutsche Leser wird über sie durch die deutsche Tagespresse unter-

richtet sein. Es genügt zu sagen, daß es ein Team überwiegend junger, tatkräftiger, praktischer Männer ist, mehr oder weniger alle Pragmatiker, im persönlichen Leben erfolgreich. Unter ihnen befindet sich auch ein bekannter Neger. Einige der Mitglieder opfern, um der Mitarbeit willen, erhebliche Vermögen und Einkünfte, einer drei Millionen Dollar. Es sind Persönlichkeiten, die der Sache dienen; es sind Männer, die sich innerlich verpflichtet fühlen, die nichts für sich selbst erreichen wollen. Politisch aufschlußreich ist die Ernennung des erfahrenen und in der Bundesrepublik wohl bekannten John J. Mc Cloy zum Chef der Abrüstungsangelegenheiten. Als Hoher Kommissar der Bundesrepublik wurde er, in der Charakteristik der amerikanischen Presse, der „Architekt, der dieses Land aus militärischer in zivile Kontrolle überführte", eine Aufgabe, die auf einem anderen Niveau aufs neue in Deutschland gestellt werden könnte. Nicht weniger wichtig und bezeichnend ist die Berufung George F. Kennans, des bekannten außenpolitischen Non-konformisten, auf einen wichtigen Auslandsposten, eines Mannes, der schon durch seine Kenntnis des Russischen für die künftigen Aufgaben eines West-Ost-Gespräches wertvoll ist.

Der amerikanische Präsident ist trotz seiner Machtfülle kein Diktator. Er ist durch das amerikanische System von Gegengewichten und Kontrollen (checks and balances) in seiner politischen Willensbildung so kontrolliert, daß es einer starken Persönlichkeit und eines gewiegten Taktikers bedarf, um sich durchzusetzen. Denn der amerikanische Parlamentarier ist ein eigenwilliger Charakter; er läßt sich nicht so leicht wie der Deutsche „auf Vordermann ausrichten", einschüchtern und mit kleinen Tricks überlisten. In diesem Zusammenhang mag ein parlamentarisches Manöver als Zeichen dafür erwähnt werden, mit welcher Vorsorge der neue Präsident die Durchführung seiner Politik im voraus zu sichern versucht. Es handelt sich um das Brechen des konservativen Einflusses in der wichtigen „Haus-Regel-Kommission", die praktisch jede Gesetzgebung blockieren kann. Der parlamentarische Sieg, den der Präsident, wenn auch mit geringer Mehrheit, errang, sichert ihm zwar keine Freiheit, aber räumt ein ernstes Hindernis für eine neue, auf Verständigung mit dem Osten zielende Politik aus dem Wege. Das Zentrum des amerikanischen politischen Lebens, die Quelle aller politischen Macht, ist, worauf unlängst Walter Lippmann hinwies, die „enorme Majorität des Volkes", das, was man in USA „the Great Public" — groß geschrieben — nennt. Es hat eigenes Gewicht, unabhängig von Haus und Senat, neben und außer den Parteien, — ein Umstand von großer politischer Bedeutung und dem deutschen politischen Leben etwas völlig Fremdes, das statt dessen sich wie vor dem „Gott sei bei uns" davor schützt, daß die Politik „in die Gasse gezerrt" wird. Dieses Great Public wurde, wie Lippman erinnerte, vom Bürgerkrieg bis kurz vor dem ersten Weltkrieg von den Republikanern kontrolliert; die Demokraten kontrollierten es während der Depression bis zum Koreanischen Krieg. Dann hatte Eisenhower als Persönlichkeit, nicht als Parteimann, die Chance, es zu gewinnen und aus ihm und durch es eine neue republikanische Ära zu inaugurieren mit einer erneuerten Partei. Eisenhower verstand jedoch nicht die Chance wahrzunehmen. Ihm fehlten politische Erfahrung, Technik und Initiative. Wohl aber besitzt sie Kennedy und versteht die Wichtigkeit der Gewinnung dieses Fundamentes der politischen Macht. Das ist es, was hinter der Neuerung steht, die Pressekonferenzen des Präsidenten durch Television in jedes Haus zu bringen und the Great Public nicht nur an den wichtigen politischen Fragen teilnehmen zu lassen, sondern es für die Politik des Präsidenten zu gewinnen. Ein mutiges, aber auch risikoreiches Unternehmen, das sich indessen angesichts der nahezu unentschiedenen Wahl und Spaltung des „public" als notwendig erwies. Keine der Parteien hatte die Kontrolle über es gewonnen. Dies nachzuholen ist eine entscheidende

Vorbedingung für eine erfolgreiche Politik. Ist damit eine neue politische Institution im Entstehen, eine zeitgemäße institutionelle Sicherung der politischen Macht und Autorität in der Entwicklung des amerikanischen Gemeinwesens zu einer plesbiszitären Massendemokratie mit ihrer „charismatischen Führerpersönlichkeit"? Die Frage, ob es dieses Great Public der politischen Philosophie Amerikas noch gibt, ob nicht, wie Mills in seinem erwähnten Buch ausführt, vielmehr die amerikanische Gesellschaft mit ihrem Regierungssystem auf dem Wege zu einer Massendemokratie schon weit vorausgeschritten ist, wobei jene „power elite" den Kern einer permanent herrschenden Elite darstellt, mag hier auf sich beruhen. Die Gefahr einer solchen Entwicklung sieht Kennedy; sein Bestreben ist offenbar, ihr entgegenzutreten und die Funktion des großen Publics wiederherzustellen und das politische Leben aus ihm und durch es zu erneuern. Aber noch ein sehr praktischer Grund liegt hinter JFK's Television-Pressekonferenzen. Noch nie in den langen Jahren, während denen er den politischen Markt in Washington beobachtete, „ist ein so lang andauernder und absichtlicher Versuch, die Wahrheit zu unterdrücken, gemacht worden als während der letzten acht Jahre", schrieb kürzlich Drew Pearson. Um die Bahn freizumachen für eine neue Politik, vor allem für eine neue Außenpolitik, muß der Präsident die die wirkliche Lage absichtlich verfälschenden Einflüsse ständig aufs neue wegräumen können. Auch in dieser scheinbar belangsolen Neuerung wird des Präsidenten Voraussicht und Umsicht erkennbar. Der Präsident kann damit rechnen, daß, wenn er in ernsthafte Verhandlungen mit Sowjetrußland eintritt, er seinen unmittelbaren persönlichen Einfluß auf das politisch noch ausschlaggebende Great Public ausüben kann und in entscheidender Stunde sein Gehör hat.

3.

Wird es zu solchen Verhandlungen kommen? Wird das Verhältnis der USA zu Rußland und umgekehrt sich von Grund auf ändern, oder wird sich, wie der Herr Bundeskanzler vom Verhältnis der Bundesrepublik zu Rußland prononciert als unabänderliche Tatsache feststellt, nichts ändern? Eins ist gewiß, wenn es unter Kennedy dazu nicht und nicht mehr bald kommt, wenn es nicht zu einer Verständigung auf breiter Basis zwischen West und Ost führt, dann ist die Atomkatastrophe menschlichem Ermessen nach unvermeidlich. Es ist die letzte Chance zur Beilegung eines Konfliktes, der im Grunde längst jeden Sinn verhoren hat, da die Entwicklung der Wissenschaft und Technik dazu geführt hat, daß, wie vor Jahrzehnten schon Ernst Jünger es voraussah, nur noch in einer Richtung gewollt werden könne. Den Willen zur Verhandlung hat der neue Präsident beredt und sichtlich in voller Aufrichtigkeit, in Sorge um das Schicksal der ganzen Menschheit und im Bewußtsein der notwendigen Opfer, die dafür gebracht werden müssen, bekundet. Verhandlungen nicht mehr auf der Basis des einseitigen Zurückdrängens der Machtsphäre des einen Verhandlungspartners, sondern auf Grund von Konzessionen auf beiden Seiten. Er hat die Vorbedingungen dafür geschaffen, daß die Verhandlungen nicht, wie in der Frage der Rüstungskontrolle und -beschränkung, durch einseitige Interessenvertretungen gestört oder torpediert werden. Es wird sich kaum wiederholen, was unter Eisenhower dem seinerzeitigen Abrüstungskommissar mit Kabinettrang Harold Stassen geschah: daß wohl erwogene, den Russen auf halbem Wege entgegenkommende Vorschläge jedesmal, wenn Fortschritte erzielt wurden, von dem im Pentagon damals herrschenden Extremistenblock sabotiert wurden. Der von Präsident Kennedy zum neuen wissenschaftlichen Berater ernannte Physiker J. B. Wiesner hat erst unlängst erklärt, wenn die amerikanischen Führer wirklich für eine Abrüstung seien und der Kongreß sie billige, so würden die technischen Probleme (wie Inspektion) sich sozusagen von selbst lösen. Mit anderen Worten, nicht

die technische Seite der Abrüstung macht Schwierigkeiten, sondern allein die politische. Deswegen können diese Probleme nicht von der technischen Seite in Angriff genommen werden, sondern nur von der politischen. Der Wille zur Verständigung ist das erste; alles andere ist zweitrangig. Indem man die technischen Schwierigkeiten in den Vordergrund rückt, bemäntelt man nur den fehlenden Willen, an die eigentliche Sache heranzugehen. Man kann auch die verschiedenen Aspekte des Rüstungsproblems nicht als gesonderte Themen behandeln. Eine Kontrolle der Atomwaffen ist ohne eine allgemeine Waffenkontrolle und ohne Vereinbarungen über die Stärke der sonstigen Rüstungselemente undenkbar. Mit jeder Einzelheit ist das ganze Problem gestellt. Darauf hat erst unlängst der bekannte englische Physiker Sir C. P. Snow hingewiesen. Kennedy hat als sein erstes und vornehmstes Ziel bekannt, die Gefahr eines Atomkrieges zu bannen. Er hat darauf hingewiesen, daß diese Gefahr täglich wächst. Das Ziel schließt eine allgemeine Abrüstung ein. Kommt es dazu nicht bald, so werden (wie United Press berichtet) binnen kurzem nicht weniger als zehn Nationen Atombomben und -raketen haben, womit das Schicksal der Menschheit besiegelt sein dürfte. Die Abrüstung ist bisher daran gescheitert, daß der Westen von Rußland verlangt, seine Territorien einer Inspektion durch internationale Kommissare zu öffnen, ohne als Äquivalent dafür mehr als bloß eine Abrüstungsprobe anzubieten. Mit solchen Verhandlungsmethoden kann keine Verständigung erzielt werden. Wenn die Russen einer Inspektion zustimmen sollen, die die Ware liefert, so müssen sie auch mehr als eine bloße „Zeichen-Abrüstung" erlangen. Kennedy ist sich über diese Zusammenhänge klar. Er ist hier ebenso willens, dem Übel auf den Grund zu kommen, wie in der Innenpolitik, und bereit, von neuen Ausgangspunkten in richtiger Einschätzung der tatsächlichen Lage an ernsthafte Verhandlungen heranzutreten. Es ist dabei wohl möglich, daß er die Sache von einem ganz anderen Winkel aus anpackt als bisher, etwa von dem der vorgeschobenen Militärbasen und ihrer Zurückziehung. Er wird sich durch die starken Widerstände im Pentagon von bloßen Maßnahmen nicht abschrecken lassen, wenn sie im Interesse der Erleichterung von Abrüstungsverhandlungen geboten erscheinen. Eine an sich, um der besseren Vorbereitung der neuen Administration für einen fruchtbaren Zugang zu den Problemen sehr notwendige Verhandlungspause ist wegen der akuten Dringlichkeit der ganzen Materie nicht möglich. Das alte Verhandlungspaket noch einmal anzubieten, wäre absurd; improvisieren ist in solchen Entscheidungen auf Leben und Tod nicht möglich. Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, eine vorläufige Verständigung im Gespräch der Spitzenpersönlichkeiten herbeizuführen, zu dem offenbar bis vor kurzem der Präsident auch bereit war.

Gegenüber den Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrollen, deren Lösung eine unerläßliche Voraussetzung der Erhaltung der Menschheit und eines gesicherten Friedens ist, treten alle anderen außenpolitischen Probleme in ihrer Bedeutung zurück, auch die Berlin-Frage und die Regelung des deutschen Schicksals. Es ist falsch und mutet geradezu naiv an, wenn in der Bundesrepublik immer noch die Politik an ein „Junktim" zwischen Abrüstung und „Wiedervereinigung in Freiheit" glaubt. Wenn der Bundeskanzler von einer „kontrollierten" Abrüstung als dem Mittel spricht, durch das die Wiedervereinigung erreicht werden würde, so zeigt das nur, daß der Kanzler die wirkliche Lage noch immer nicht erkannt hat oder anerkennen will. Wie er vor dem Vorstand der Vereinigten Landsmannschaften der abgetrennten Gebiete ausführte, erscheint die Lage so, als ob mit gutem Zureden schließlich und endlich auch Chrustschow „es sicher gerne sehen (würde), wenn durch eine allgemeine kontrollierte Abrüstung Sowjetrußland eine Entlastung erfahren würde". Auf einem so kindlichen Niveau

werden sich die Verhandlungen gewiß nicht abspielen! Die Abrüstung ist ein Komplex von Fragen, an deren Lösung beide Mächtegruppen und mit ihnen alle Nationen das gleiche vitale Interesse nehmen. Die gegensätzlichen Anschauungen über Lösung und Sicherung müssen innnerhalb dieses Fragenkomplexes allein gegeneinander aufgewogen und kompensiert werden. Die Bereitwilligkeit, abzurüsten, ist nicht schon eine Konzession der einen an die andere Machtgruppe, die sie zum Empfang von solchen auf anderen politischen Gebieten berechtigt. Wohl aber ist eine Einigung, wenn auch eine vorläufige, die Voraussetzung für die Beseitigung weiterer Streitfragen zwischen den Westmächten und den kommunistischen Ländern. Es gibt eine lange Liste solcher Fragen. Zu einigen hat sich Kennedy geäußert. Bei anderen, besonders brennenden hat er sich in Schweigen gehüllt. Er hat weder die Berliner Frage noch das deutsche Gesamtproblem in seinen Reden gestreift, zum Erstaunen und Unwillen einiger bundesdeutscher Blätter, zur Besorgnis der Bundesregierung. Gewiß sind Berlin und Deutschland gefährliche Probleme, die zu einer Katastrophe führen können; aber sie sind es nur so lange, als sich die Mächte bis an die Zähne bewaffnet im Wettlauf um einen Vorsprung in den totalen Zerstörungsmitteln einander gegenüberstehen. Ist diese Lage beseitigt, so besteht in der Beurteilung beider Mächtegruppen keine Schwierigkeit mehr, den deutschen Fragenkomplex in einem den beiderseitigen Interessen dienenden Sinne zu lösen, auch wenn solche Lösungen nicht den nationalen Wünschen Deutschlands entsprechen sollten. Die Erklärung für das Schweigen ist somit einfach. Der Präsident ist sich der Rangordnung der Probleme wohl bewußt. Er weiß, daß keines der politischen Probleme lösbar ist, wenn es nicht zu einer großen, tragfähigen Verständigung zwischen USA und UdSSR kommt, und daß eine solche zuerst auf dem Boden der Rüstungsprobleme gesucht werden müsse. Ist eine solche Verständigungsbasis gefunden, dann gelingt es am besten im rein pragmatischen Prozeß des Aushandelns konkreter Vorschläge, eine Lösung zu erarbeiten, nicht von einem im voraus festgelegten Programm aus. Alle Fragen enthalten eine gewisse Toleranz von Lösungsmöglichkeiten, auch die Regelung des Schicksals Berlins. Sich im voraus festzulegen, erschwert das Verhandeln, aber erleichtert es nicht. Es wäre daher gut, wenn die bundesdeutsche Republik mehrere Lösungsmöglichkeiten durchdenken würde, statt sich mit der ihr eigenen doktrinären Sturheit und steriler Bockbeinigkeit auf eine einzige Lösung zu kaprizieren. Nur so kann sie noch als mitbeteiligter Partner am Gespräch teilnehmen und bei der Regelung des deutschen Schicksals auf Gehör rechnen. Verharrt sie bei ihrem jetzigen ideenlosen Festhalten an Illusionen, dann wird sie als quantité négligeable beiseite geschoben und ihr eine Lösung mit derselben harten Hand auferlegt werden, ob sie will oder nicht, wie kürzlich die Zahlung des Milliardenbetrages. Der Präsident ist völlig unsentimental; er wird es auch in der Regelung der deutschen Frage bleiben! Es steht auch außer Frage, daß Kennedy sie nicht ausschließlich, wie das bisher der Fall war, vom Standpunkt der militärischen Sicherheit als ein Element der amerikanischen Strategie in militärischen Kategorien beurteilt, sondern als ein politisches Problem, das seine spezifische Bedeutung im Rahmen der Politik einer bestimmten Völkergruppe hat.

Auf einige Problemkreise muß indessen hingewiesen werden, weil sich hier Symptome einer erneuten Zuspitzung der Lage zeigen, die die Hoffnungen auf eine Verständigung der Großmacht-Blöcke unter Führung des neuen amerikanischen Präsidenten in jüngster Zeit erheblich herabgestimmt haben. Das chinesische Problem bleibt weiter einer der ernstesten möglichen Anlässe eines Krieges. Man darf zwar zu gegebener Zeit auf eine Änderung in der bisherigen China-Politik und mit dem möglichen Eintritt Pekings in die United Nations rech-

nen, sofern diese nicht infolge der neuen Verwicklungen jede Bedeutung verlieren sollten. Die Änderung der amerikanischen China-Politik wird auch hier von dem Verlauf von Abrüstungsverhandlungen und davon abhängen, ob und wie China in das Rüstungskontrollsystem einbezogen werden kann. Präsident Eisenhower hat anläßlich seines Abschiedes von dem neuen Präsidenten verlauten lassen, daß er im Falle einer Änderung der China-Politik offen gegen Kennedy Stellung nehmen und aus seiner sonstigen Reserve heraustreten würde, eine Warnung, die die Lösung dieser Frage nicht leichter macht. In der Hemisphären-Politik Kennedys heben sich Züge ab, deren Folgen noch nicht recht abzuschätzen sind. Die neue Politik ist hier auf eine engere Verflechtung der politischen und wirtschaftlichen Interessen gerichtet. Panamerika wird nicht eine lose Staatengemeinschaft bleiben, sondern nach Formen einer engeren vertraglichen Bindung als eine Art Subföderation suchen, mit gleichgerichteter Außenpolitik. Die Kooperation der USA mit den lateinamerikanischen Nationen soll sich künftig nicht auf Subventionen, Kapitalinvestierungen oder Spenden an Notleidende beschränken. Eine neue politische Konzeption ist im Werden. Die bisherige Doktrin der „Non-intervention" wird für nicht ausreichend gehalten, um die Interessen der Hemisphäre als ein Ganzes zu sichern. Das ist zwar nicht Rückkehr zu der ehemaligen hochhändigen und verhaßten Politik des „Yankee-Imperialismus", aber doch der Wille, in einer noch nicht ersichtlichen Form für USA einen stärkeren Einfluß auf Außen- wie Innenpolitik der lateinamerikanischen Nationen zu sichern; allerdings auch mit größerer Verpflichtung ihnen gegenüber. Die USA werden sich hier als Vormacht gegen jede Einflußnahme anderer Mächte aufs schärfste zur Wehr setzen.

Wird man hier erst künftig mit ernsteren Schwierigkeiten rechnen müssen, so ist Afrika gegenwärtig zu dem Problem geworden, an dem nicht nur die Hoffnungen auf eine Entspannung vereitelt werden können, sondern an dem es in der unausbleiblichen Steigerung von „Buschfeuer-Kriegen" über umfassendere Gewaltaktionen schließlich zum Atomkrieg kommen kann. Die Einzelheiten des Kongokonfliktes müssen hier unerörtert bleiben. Sie sind aus der Tagespresse jedem gegenwärtig. Die amerikanische Afrikapolitik ist unter Eisenhower nicht glücklich gewesen, um das mindeste zu sagen. Man wird bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage nicht vergessen dürfen, daß die Vereinigten Staaten es unterlassen hatten, gelegentlich der Abstimmung über den Kolonialismus in den United Nations letzten Herbst gegen ihn zu stimmen. Obwohl State-Department und amerikanische UN-Delegation für ein offenes Bekenntnis gegen den Kolonialismus waren, entschied sich Eisenhower auf Intervention des englischen Premiers MacMillan für Stimmenthaltung. Man wird auch nicht vergessen, wie die Eisenhower-Administration die Bitte des souverän gewordenen Guineas um Hilfe unbeantwortet gelassen hatte. Wenn dieses Land sich dann an Rußland wandte und von den Sowjets prompt reichlich Hilfe bekam, so werden die USA die Schuld für die Einflußnahme Rußlands auf diesen jungen Staat sich selbst, nicht aber „kommunistischen Intrigen" zuzuschreiben haben. Sich mit der belgischen Kolonialpolitik und ihren gegenwärtigen Nachwehen auch nur von ferne zu identifizieren, müßte die politischen Absichten der USA bei den afrikanischen Völkern suspekt machen. Wie der Kongo einst der Weltskandal des Kolonialismus des 19. Jahrhunderts gewesen ist, so endet er im Sumpf von Intrigen der Geschäftsinteressen und Korruption. Man erinnere sich, daß es das Aufsehen erregende Buch des später als Führer der Iren von den Engländern gehängten Sir Roger Casement war, auf das hin der skandalös ausgenutzte Privatbesitz des smarten Belgierkönigs Leopold II. belgische Staatskolonie wurde. Was das nicht aus reinen Motiven von Belgien frei gegebene Kolonialreich an Versuchun-

gen für politische und ökonomische Freibeuter aller Art darstellte, rief nach Intervention und Kooperation der Mächte, die Ordnung hätten stiften können, so wie sie es vor wenig mehr als hundert Jahren mit der Gründung und Neutralisierung dieses sonderbaren Staatswesens Belgien unter den Coburgern aus der Zusammenfügung strittiger Territorien getan hatten. Statt dessen ist hier ein undurchdringlicher Dschungel von Korruption, Interessen, von politischen Intrigen aufgewachsen, der nicht weniger zum Himmel stinkt als die Sklavenwirtschaft des vollbärtigen Freundes des Cléo de Mérode. Ob und in welchem Maße sich die United Nations unter ihrem Generalsekretär in diesen Dschungel haben hineinziehen lassen, ist in dem Zwielicht, in dem die Vorgänge von allen Beteiligten gehalten wurden, nicht zu erkennen. Es geht nicht um Lumumba, es geht um die Frage, ob Afrika als eine selbständige Zone, als eine neutrale Zone aus dem Machtkampf der Weltmachtblöcke herausgehalten werden kann, oder ob der Kontinent aufs neue unter den Mächten als Interessengebiet aufgeteilt werden solle. Die für Amerika vorgezeichnete politische Linie ist klar. Die Vereinigten Staaten können sich, aus Gründen ihrer Tradition und politischen Philosophie, nur für die Eigenständigkeit, Freiheit und Neutralität Afrikas einsetzen, für die definitive Befreiung der afrikanischen Gebiete von jeder Vorherrschaft durch andere Staaten, in welcher Form auch immer. Ihre Politik wird nur glaubhaft, wenn sie in Kooperation mit Sowjetrußland geschieht, wenn Amerika selbst auf besondere Vorteile und Vorrechte der Einflußnahme verzichtet, wenn es selbst nicht eine neue ökonomische Form der Vorherrschaft erstrebt. Es kann dies alles nur, wenn es nicht, wie unter Eisenhower, um der Verbindung mit England, Frankreich und der Rücksichtnahme auf Belgien willen Kompromisse mit Bestrebungen der alten Kolonialmächte schließt, ihren Einfluß auf neue Weise zu befestigen. Das hätte auch den Bestrebungen der Gliedstaaten der NATO gegenüber zu gelten, die dieses Militärbündnis nach den Ideen Spaaks, gebilligt von Adenauer, als Basis für eine neue „Großraumpolitik" zu nutzen wünschten.

In dem Augenblick nun, in dem die amerikanische Politik unter dem neuen Präsidenten im Begriff steht, die Wendung zu einer konsequenten anti-kolonialistischen Politik zu vollführen, bricht die lange schwelende Flamme hell aus und verhindert eine andernfalls vielleicht mögliche Verständigung USAs mit der Sowjetunion über die Zukunft Afrikas. Präsident Kennedy hat die künftige amerikanische Afrikapolitik auf die Linie ausgerichtet, die er 1957 in einer Rede im Senat dargelegt hatte. Damals erklärte er sich für die Unabhängigkeit Algeriens. In folgerichtiger Entwicklung ist er nunmehr willens, sich ohne Rücksicht auf Belgier, Portugiesen, Südafrikaner, Franzosen oder Engländer für die Unabhängigkeit der afrikanischen Völker einzusetzen und Amerikas und Westeuropas wirtschaftliche Kräfte für die Entwicklung dieser aufstrebenden Gebiete aufzurufen. Zweifelhaft ist es, ob die neue amerikanische Politik die Konsequenz dieses ihres Umsturzes der bisherigen Afrikapolitik erkannt hat. Durchgeführt kann sie nur werden unter der Ägide der United Nations, wenn sie nicht als amerikanischer Neo-Imperialismus aufgefaßt werden soll. Wird sie aber unter den Auspizien der United Nations in Angriff genommen, so kann Sowjetrußland von der Mitwirkung im Aufbau dieses Kontinentes nicht ausgeschlossen werden. Andernfalls werden die United Nations zum Instrument einer einseitigen westlichen Politik. Amerika wird auch das Ziel fallen lassen müssen, die afrikanischen Völker ausschließlich in den Geltungsbereich der Gesellschaftsordnung und der politischen Philosophie des Westens bringen zu wollen. Mit anderen Worten, eine friedliche Ordnung Afrikas kann nur im Rahmen der Neutralisierung dieses Kontinentes erfolgen. Afrika muß zu einer neutralen Zone und zugleich zu einem Aufgabengebiet der kontrollierten Kooperation des We-

stens und Ostens werden. Solange die zwingende Notwendigkeit einer solchen Lösung nicht eingesehen wird, muß Afrika der Erisapfel bleiben, Unfrieden stiften und binnen kurzem zu Katastrophen oder zu dem Anfall des Kontinents an den Osten führen.

Es sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die neue Administration das Problem so sieht. Man muß vielmehr annehmen, daß Amerika entschlossen sei, Afrika als ausschließlich in den Bereich des Westens gehörig zu behandeln. In solchem Zusammenhange muß auch der fast zum Abbruch der Beziehungen führende Konflikt über die United Nations gesehen werden, über den Präsident Kennedy in seiner vierten Pressekonferenz eine ernst gefaßte politische Erklärung abgegeben hat. Ob die politische Explosion der Sowjets über die Tätigkeit des Generalsekretärs des United Nations notwendig war, ob nicht auf andere Weise der Sache des Friedens besser gedient gewesen wäre, sei dahingestellt. Aber der sowjetische Standpunkt, daß die United Nations in ihrer gegenwärtigen Verfassung und Struktur für die ihr bei einer Verständigung der Weltmachtblöcke zufallenden erweiterten Aufgabe nicht ausreichen, kann in seiner Richtigkeit nicht bestritten werden. Die Westmächte werden sich darüber klar sein müssen, daß die United Nations nicht als ein Instrument westlicher Politik verwandt werden können, wenn sie die große Zukunft haben sollen, die ihnen nach dem Bekenntnis des neuen Präsidenten der USA zukommt. Ihre Verfassung ist nichts Endgültiges; sie muß sich dem Wachstum der politischen Realität anpassen. Sie muß gegenwärtig den drei machtpolitischen Tendenzen paritätisch auch in ihrer Exekutive Rechnung tragen, denen des Westens, des Ostens wie der Neutralen. Nur so können sie Funktionen ausüben, die über die eines öffentlichen Sprechsaales und einer Plattform für Propaganda hinausgehen. Der jetzt akut gewordene Konflikt wird zu einer Entscheidung über die Alternative führen, ob die United Nations sich in einen westlichen und östlichen Block aufspalten sollen, um damit den Abgrund zwischen den beiden Machtgruppen noch tiefer zu machen und die Polarisierung der politischen Macht zu ihrem Ende zu führen, — oder ob eine Reform in Angriff zu nehmen sei, wobei die Person des Generalsekretärs eine Nebenfrage, seine Funktion und Prärogativen aber allerdings eine Hauptfrage sein werden. Es genügt nicht, sich für die United Nations zu bekennen, man muß auch ihre Funktion verstärken helfen, das ausgleichende Organ im Widerstreit der Interessen und Ideologien zu sein. Ob angesichts der Heftigkeit des Konfliktes noch Möglichkeiten zu einem besonnenen Einlenken bestehen, um die letzten Alternativen zu wählen, ist zweifelhaft. Der heftigen Sprache der Sowjets treten bereits amerikanische Pressestimmen zur Seite, die den Ausschluß der Sowjetunion aus den United Nations fordern. Präsident Kennedy sieht offenbar die Lage für so gespannt an, daß er, einer Äußerung auf seiner letzten Pressekonferenz zufolge, mit einem Abbruch der Beziehungen zwischen Westen und Osten rechnet, auch wenn er betont, zu einem Gespräch nach wie vor bereit zu sein, solange die Beziehungen die Möglichkeit dazu geben.

Es waltet ein eigener Unstern über den Versuchen, zu einer Entspannung der Lage zu gelangen. Dem U-2-Vorfall mit dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz folgten am Beginn einer verheißungsvollen neuen mutigen Politik des amerikanischen Präsidenten die Kongo-Affäre und die akute Krisis der United Nations. Der Leser dieses Artikels wird fragen, ob somit die Ausführungen über die neue Politik in Amerika nicht zu günstig urteilen, ob man nicht vielmehr als den eigentlichen Kern der neuen Politik die Verstärkung der Widerstandskraft des Westens und die nationale Disziplinierung des amerikanischen Volkes sehen muß, statt einer Verständigung mit Sowjetrußland. Er wird auf die Politik hinweisen, für die die NATO die Basis ist. Präsident Kennedy hat soeben, „ernstlich besorgt"

durch die Kongokrise, eine Schlüssel-Konferenz der NATO ankündigen lassen, in der über eine Verstärkung der Organisation angesichts der wachsenden Spannung mit Rußland beraten werden solle, und das Weiße Haus teilt mit, daß der Präsident den kürzlich zurückgetretenen Generalsekretär der NATO, Spaak, empfangen wird. Die neue Administration hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die amerikanische Außenpolitik, was Europa anlangt, durch das Rahmenwerk der NATO bestimmt und eine auf Partnerschaft gegründete Politik ist. Kennedy hat keine Absicht verlauten lassen, daß an diesen Grundlagen der Politik etwas geändert werden solle. Welcher Raum besteht damit für politische Verhandlungen über das Schicksal Berlins, die Wiedervereinigung Deutschlands, die Absetzung ost- und zentraleuropäischer Nationen aus dem unmittelbaren Machtbereich der Sowjets, für die Zurückziehung von Militärbasen, für den Beginn einer Rüstungsbeschränkung, für eine atomwaffenfreie Zone in Zentraleuropa? Hat sich in der Lösbarkeit dieser Frage überhaupt etwas geändert? Ist nicht die Ernennung des ehemaligen Staatssekretärs Dean G. A c h e s o n zum Vorsitzenden einer Beratungsgruppe, die die Mittel einer Stärkung dieses Bündnisses studieren soll, Anzeichen genug, daß die amerikanische Politik im wesentlichen die alte bleiben wird?

Wenn dieser Artikel trotz solcher Symptome die Meinung vertritt, daß die Politik Kennedys eine Wendung darstellt, die von der vollen Erkenntnis der Notwendigkeit einer Verständigung mit Rußland veranlaßt ist und in einem solchen das Hauptvorhaben sieht, so geschieht das mit allem Vorbehalt in dem Sinne, daß es sich um den B e g i n n einer solchen Wendung und nicht um eine schon in allen Punkten vollzogene handelt. Ob es zu einer vollen Abklärung vor allem in der Erkenntnis der Wichtigkeit neutraler Zonen kommen wird, das wird zu einem großen Teil von der Politik der Sowjetunion abhängen. Werden Kennedy außenpolitische Erfolge in der Richtung auf konkrete Anfänge einer beiden Seiten dienenden Verständigung versagt, so ist eine rückläufige Entwicklung der amerikanischen Politik nicht zu vermeiden. Dann wird aber auch aus dem nationalen Aufbruch des amerikanischen Volkes das Gegenteil dessen werden, was Kennedy als innerpolitisches Ziel vorschwebt: statt einer Erneuerung aus dem Geist der „permanenten" amerikanischen Revolution wird eine amerikanische Art des Faschismus ans Tageslicht kommen, eines gewiß sehr respektablen und gemäßigten und moralischen, unter der Ägide der Power Elite, aber immerhin mit allen bekannten innen- wie außenpolitischen Folgen einer solchen gegenrevolutionären Bewegung. Über die Möglichkeiten einer solchen Entwicklung wäre noch manches zu sagen, aber es genügt hier, eine Warnung auszusprechen. Es ist kaum zuviel gesagt, wenn man Kennedys Politik als den letzten möglichen Versuch, das Unheil einer dritten und endgültigen Weltkatastrophe zu verhindern, auffaßt. Scheitert er, dann gibt es für den Westen nur noch die Alternative Kapitulation oder Atomkrieg! Das bedeutet aber, daß die Kennedy'sche Politik nur Erfolg haben kann, wenn sowohl er den Gegner in einem der vielen Probleme nicht zu einer Kapitulation zu zwingen versucht, als auch er nicht vor eine solche gestellt wird.

Was schließlich die deutsche Bundesrepublik anlangt, so hat sie angesichts der neuen Schwierigkeiten und der noch in den Anfängen steckengebliebenen Wendung der amerikanischen Politik immer noch eine Chance, einen selbständigen Beitrag zu der Verständigung zu leisten und damit für das deutsche Volk einen freieren Raum eigener politischer Entfaltung zurückzugewinnen. Was könnte in solcher Lage ein wirklich befähigter politischer Kopf und starker Wille an der Spitze erreichen! Was könnte das deutsche Volk politisch gewinnen, wenn seine Parlamentarier sich nicht nur willig, wie unter H i t l e r, auf Vordermann ausrichten oder ihrem politischen Sektierertum als die Adepten einer „Weltanschau-

ung" die Zügel schießen ließen und das Volk selbst nur einen Bruchteil der Unabhängigkeit des Urteils und des Mitverantwortungsgefühles der Amerikaner besäßen! Von der bundesdeutschen Regierung ist kein „Mut zu einer neuen Politik" zu erwarten; aber will das deutsche Volk hinter der Fahne der Sicherheit und mit der Parole, „zu halten, was es hat" in die Abdankung als geschichtsbefugte Nation schreiten? Das große Paradoxon dieser Zeit ist: je sicherer man zu werden strebt, desto ungesicherter wird man! Und die Parole, mit der die Freiheit untergeht, ist die Verteidigung der Freiheit mit allen Kosten, selbst auf Kosten der Freiheit!

James P. Warburg

Die USA, Deutschland und die NATO

Der amerikanische Bankier und Politiker James P. Warburg (vgl. Heft 2/61) hielt am 10. Februar 1961 in Albany, N. Y., vor dem State University College of Education and to the World Affairs einen Vortrag über die grundsätzlichen Probleme der amerikanischen Außenpolitik. Wir veröffentlichen im folgenden den deutschen Text des zweiten, das Deutschland-Problem behandelnden Teiles dieser Ausführungen, die uns der Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. D. Red.

Hinsichtlich der Ereignisse in Deutschland habe ich meine 1947 öffentlich zum Ausdruck gebrachte Auffassung nicht geändert: damals warnte ich vor den Konsequenzen der Schaffung eines westdeutschen Separat-Staates. Es war meiner Meinung nach völlig logisch, die drei vereinigten westlichen Besatzungszonen in das Europa-Hilfsprogramm einzubeziehen, aber sowohl unnötig als auch unklug, eine gesonderte westdeutsche politische Einheit zu schaffen. Man brauchte kein Prophet zu sein, um vorherzusehen, daß in diesem Falle die Russen zurückschlagen, ihre eigene Zone zu einem kommunistischen Satellitenstaat machen und damit die Teilung Deutschlands einfrieren lassen würden. Man brauchte ebenso wenig ein Hellseher zu sein, um vorauszusehen, daß jener Aktion sehr bald ein Versuch folgen würde, die Westmächte aus Berlin herauszuwerfen. Dieses Bemühen wurde, wie Sie wissen, durch die berühmte Luftbrücke nach Berlin vereitelt; aber Sie wissen auch, daß diese Zurückweisung das Problem der Aufrechterhaltung einer westlichen Enklave im Herzen des ostdeutschen kommunistischen Staates nicht gelöst hat. In der Tat, das Problem Berlin ist bis heute eine der dornigsten Angelegenheiten im Kalten Krieg geblieben.

Der tschechoslowakische Staatsstreich und die Berlin-Krise führten 1949 zur Gründung des nordatlantischen Vertrages (NATO), in dem die Vereinigten Staaten zum ersten Mal in ihrer Geschichte sich bedingungslos auf die Verteidigung Westeuropas festlegten. Ich war für diese Bindung, obgleich ich die damals vorherrschende Furcht vor einem militärischen Angriff der Sowjets auf Westeuropa nicht teilte, außer wenn Europa vorher durch politische Unterwanderung aufgeweicht und in Asien und im mittleren Osten überflügelt wäre. (Gegen die erste dieser Gefahren schien mir der Marshall-Plan das geeignete Mittel; für das richtige Gegenmittel gegen die andere Gefahr hielt ich eine eher an Asien als an Europa orientierte amerikanische Politik in Asien und dem Mittleren Osten.) Nichtsdestoweniger, da die Furcht vor einer militärischen Invasion in Westeuropa

nun einmal vorhanden war, schien es klug, den Völkern Westeuropas die Zusicherung eines unmittelbaren amerikanischen Eingreifens im Fall eines militärischen Angriffs zu geben.

Was ich aber für höchst unklug hielt, war die Festlegung der Vereinigten Staaten auf eine im voraus bestimmte Strategie im Falle eines solchen Angriffs; vor allem, daß sich die Vereinigten Staaten darauf festlegten, Westeuropa an seiner östlichsten Grenze entlang dem Eisernen Vorhang in der Mitte Deutschlands zu verteidigen. Ich sagte vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats aus, daß eine solche Verpflichtung entweder ein unerfüllbares Versprechen bedeute oder aber zwei Aktionen einschließen würde, die zu unterlassen die T r u m a n - Administration zugesichert hatte: nämlich die dauernde Stationierung einer großen amerikanischen Garnison in Westdeutschland und die Wiederbewaffnung Westdeutschlands selbst. Der demokratische Vorsitzende des Ausschusses, Senator Tom C o n n a l l y (Texas) und der führende Republikaner Senator Arthur V a n d e n b e r g (Michigan) erklärten beide, eine solche Überdehnung der Vertragsverpflichtung werde nicht geduldet werden. Ihre Feststellungen in dieser Sache bildeten die Schlagzeilen der Presse am 11. Mai 1949. Der Senat ratifizierte den Vertrag in diesem Sinne (unter dieser Voraussetzung). Doch wenig mehr als ein Jahr später w u r d e eine große amerikanische Garnison nach Deutschland gesandt und die Vereinigten Staaten forderten, die Westdeutschen sollten wieder bewaffnet werden, um an ihrer eigenen Verteidigung mitzuwirken.

Man hat behauptet, daß die nordkoreanische Aggression diesen großen und bis heute nicht ganz geklärten Umschwung in unserer Politik verursacht habe; eine Behauptung, welche nachweislich unwahr ist. Tatsache ist, daß der nordkoreanische Vorstoß eine bequeme Begründung für eine Entscheidung lieferte, die unvermeidlich geworden war, nachdem sich die Vereinigten Staaten einmal dazu verpflichtet hatten, Westeuropa an seiner Grenze in der Mitte Deutschlands zu verteidigen.

Nach meiner Auffassung sind diese zwei Fehler — die vorzeitige Schaffung eines westdeutschen Separatstaates und die Verpflichtung, Westeuropa am Eisernen Vorhang zu verteidigen — in erster Linie verantwortlich dafür, daß die USA in Europa festgenagelt worden sind, daß die NATO zum Eckstein der amerikanischen Politik wurde und daß die USA veranlaßt waren, auch in der übrigen Welt eine an Europa orientierte Politik zu übernehmen. Wegen der Teilung und Remilitarisierung Deutschlands bleibt Berlin eine Zeitbombe, und ein geteiltes Deutschland bildet das größte einzelne Hindernis für eine europäische Friedensregelung, und weil Deutschland die empfindlichste Front im Kalten Krieg zwischen der Sowjetunion und dem Westen ist, hat sich die Politik der USA auf diese Front konzentriert — und dafür die rapide sich wandelnde Welt vernachlässigt, die in den Vereinten Nationen vertreten ist.

Natürlich haben noch andere Faktoren zu dieser Konzentrierung unserer Politik auf die NATO beigetragen. Vor allem die aggressive Haltung der Sowjetunion und unsere eigene Beschränkung auf die Bewahrung des Status quo in der Welt sowie auf die unsinnige Vorstellung, daß man mit militärischen Mitteln revolutionösen Veränderungen Einhalt gebieten könne.

Dies alles zu betonen, ist beinahe müßig. Es mag die Vergangenheit erklären, aber es trägt wenig bei zu einer Lösung des Problems, dem wir heute gegenüberstehen. Lassen Sie mich nun diesem Problem mich zuwenden.

•

Der westeuropäische Kontinent ist jetzt nicht krank und ist nicht in der Gefahr politischer Unterwanderung und Durchdringung. Dank des Marshallplans und

privater amerikanischer Kapitalanlagen ebenso wie dank seiner eigenen Anstrengungen ist das kontinentale Westeuropa jetzt gesund und wächst wirtschaftlich in einem schnelleren jährlichen Tempo als die Vereinigten Staaten. Die Dollarknappheit — soweit es sich um Europa handelt — hat sich in eine Dollarschwemme verwandelt. Europa verdient mehr Dollar, als es benötigt, und konkurriert mit den Vereinigten Staaten nicht nur auf den Weltmärkten, sondern auf unserem eigenen Binnenmarkt.

Westeuropa ist jetzt nicht von militärischer Invasion aus dem Osten bedroht. Es ist durch totale Vernichtung in einem Kernwaffen-Kriege bedroht, die mit geringerer Wahrscheinlichkeit durch einen Plan oder einen Rechenfehler der Sowjets heraufbeschworen werden könnte als durch die ständig steigende Wahrscheinlichkeit eines Kernwaffenkrieges durch Unfall oder Zufall. Eine Attacke der Sowjets auf Westeuropa — wenn man einmal annimmt, daß eine derartige Attacke je von ihnen in Betracht gezogen wurde — wird nicht durch die NATO-Streitkräfte aufgehalten, sondern durch die Furcht vor dem Kriege mit Kernwaffen.

Da dies der Fall ist, sind die sogenannten „Schildkräfte" der NATO nach meiner Auffassung veraltet und dienen nur noch als ein Stolperdraht, der sichert, daß Amerika verwickelt wird. Dafür würde ein amerikanisches Bataillon genau so ausreichen.

Die Ausrüstung der lächerlich unzureichenden Bodenstreitkräfte der NATO mit Kernwaffen hat es lediglich gewiß gemacht, daß jeder örtliche Zusammenstoß sich automatisch zum Kernwaffenkriege steigern wird. Diese Ausrüstung ist eine Rolltreppe in den Atomkrieg.

Indem man Thor- und Jupiter-Geschosse, auf beweglichen Rampen und mit flüssigem Treibstoff, in Großbritannien, Frankreich, Deutschland oder in der Türkei verteilt, erhöht man die Drohung des Gegenschlages mit Kernwaffen nicht um einen Bienenstich. Diese Geschosse können nicht zweimal in die Luft gejagt werden. Sie können nur als Waffen für einen ersten Schlag dienen und dienen in dieser Eigenschaft eher dazu, einen Angriff zu provozieren, als vor ihm abzuschrecken.

Während der Zeit, in der eine Abrüstung echter Fortschritte harrt, würden stärkere, mit gewöhnlichen Waffen ausgerüstete Streitkräfte auf dem Kontinent den Ansatzpunkt ohne Frage höher legen, an dem örtliche oder zufällige Schießereien auf die Rolltreppe zu einem großen Atomkrieg geraten. Es ist etwas spät am Tage, das zu erkennen. Aber wenn solche Streitkräfte in Europa benötigt werden, dann gibt es keinen Grund, weshalb die Westeuropäer sie nicht selber stellen können. Die Bevölkerung Westeuropas ist nur ein wenig kleiner als die der Sowjetunion und größer als die Bevölkerung der Vereinigten Staaten.

Wenn Frankreich Deutschlands militärisches Übergewicht fürchtet, so braucht es ja nur den Krieg in Algier zu einer Lösung und die 500 000 Mann, die jetzt in Nordafrika stehen, nach Hause zu bringen. Zur Zeit besteht Frankreichs gesamter Beitrag zur Verteidigung Westeuropas in zwei Divisionen unter Normalstärke.

Wenn Europa daran zweifelt, ob seine Sicherheit durch unsere Abschreckungswaffen über lange Strecken garantiert ist — so wie ich daran zweifle, daß unsere eigene Sicherheit oder die Sicherheit irgend einer Nation durch die Politik der Abschreckung garantiert ist —, dann kann Europas Antwort nicht darin bestehen, nach einem eigenen unabhängigen Potential zur Erzeugung von Kernwaffen zu streben, sondern nur darin, konstruktive Ideen zu einer Entspannung zu entwickeln. Bis heute hat es an derartigen Initiativen bedauerlicherweise gefehlt. Ja, schlimmer noch — sowohl Deutschland wie Frankreich haben den Initiativen der Briten und Polen zu einer Zurücknahme der Reibungsflächen,

einem Disengagement, hartnäckigen Widerstand geleistet. Auch ohne den U-2-Zwischenfall wäre die Gipfelkonferenz vom vergangenen Mai ihrem Schicksal nicht entronnen, weil sowohl Kanzler Adenauer wie Präsident de Gaulle verhinderten, daß die deutsche Frage auf die Tagesordnung kam, und weil unsere Regierung der Intransigenz — also der Unbereitschaft zu Verhandlungen — Frankreichs und Deutschlands nachgab. Die Konferenz wäre gescheitert, wenn auch nicht in so sensationeller Form.

*

Europas größte bleibende Schwäche ist sein uralter Mangel an Einmütigkeit. Bis zu einem gewissen Grade ist die Schwäche überwunden — dank des Impetus, den der Marshallplan und später die schöpferische Initiative von Jean Monnet — diesem außergewöhnlichen und phantasiebegabten französischen Staatsmann, dem Schöpfer der Montanunion — gaben. Frankreich und Deutschland sind versöhnt worden, bleiben aber im Streit über handelspolitische Fragen und über das Verhältnis zwischen dem Gemeinsamen Markt der „Inneren Sechs" und Großbritannien und der Freihandelszone der „Äußeren Sieben". Weder Frankreich noch Deutschland haben bisher ihren gehörigen Anteil an der Verantwortung der Welt übernommen. Frankreich, unter de Gaulle, spinnt sich selber in einen romantischen Nationalismus ein und träumt unruhig von vergangener Größe. Deutschland, unter Adenauer, hat es fertig bekommen, die Erinnerung an eine Vergangenheit voller Schande nahezu aus seinem Gedächtnis zu löschen und badet sich egozentrisch in der Sonne einer unerwartet wohlhabenden Gegenwart.

Vermutlich bleibt Frankreich gegenüber nicht viel anderes zu tun übrig, als geduldig auf Frieden in Nordafrika und eine Rückkehr des französischen Mutterlandes zu demokratischer Praxis zu warten. Aber Deutschland gegenüber können und müssen wir etwas tun.

Wir müssen uns meiner Meinung nach von dem Adenauer-Mythos lösen — dem Mythos, daß Deutschland zugleich wiedervereinigt werden und ein NATO-Partner bleiben kann. Während mehr als eines Jahrzehnts haben wir diese beiden, einander ausschließenden Ziele verfolgt. Schließlich aber bleibt uns doch nichts übrig, als die Wahl zu treffen zwischen dem einen oder dem anderen Ziel.

Wenn wir uns für Deutschlands Wiedervereinigung um den Preis seiner militärischen Neutralisierung entscheiden, dann müssen wir einen konstruktiven Vorschlag mit diesem Ziel vorbringen, der den Rückzug fremder Streitkräfte und eine Ost-West-Vereinbarung vorsieht, die es den beiden deutschen Staaten ohne Einmischung von außen überläßt, ihren eigenen Weg zur Wiedervereinigung zu finden. Nach meiner Ansicht könnte der Plan, den Polen in den Jahren 1957/58 vorschlug, einen nützlichen Ausgangspunkt für die Schaffung einer militärisch neutralisierten Zone in Mitteleuropa bilden, welche nicht nur die beiden deutschen Staaten, sondern auch Polen, Österreich und die Tschechoslowakei umfaßt. Wenn wir einen Vorschlag auf diesen oder ähnlichen Linien entwickeln, werden wir gute Gründe haben, darauf zu bestehen, daß der Status quo in Berlin erhalten bleibt — vielleicht unter den Auspizien der Vereinten Nationen —, bis Berlin erneut die Hauptstadt eines geeinten Deutschlands werden kann. Ob die Russen einen solchen Plan akzeptieren würden, werden wir niemals wissen, ehe wir nicht versuchen, es herauszufinden.

Auf der anderen Seite, wenn wir — um Westdeutschland in der NATO zu behalten — die Teilung Deutschlands als permanent hinzunehmen beschließen, dann müssen wir den „ultimate loss" — den Verlust am Ende des Weges — der westlichen Enklave in Berlin ins Auge fassen. Das äußerste, was wir dann erhoffen können, wäre die Evakuierung der Westberliner Bevölkerung nach Westdeutschland.

Die Wahl hängt klar davon ab, welcher Wert wir der NATO-Allianz, insofern sie eine militärische Organisation ist, beimessen.

Meine eigene Meinung ist, daß wir die grundlegende Verpflichtung der Allianz beibehalten sollten, einen Angriff auf Westeuropa als einen Angriff gegen uns selbst anzusehen; daß darüber hinaus die NATO aber nicht mehr der Eckstein unserer Weltpolitik bleiben sollte.

Wenn ich das sage, so bin ich nicht dafür, Westeuropa aufzugeben, sondern ich bin dafür, unsere Beziehung zur Alten Welt zu modifizieren.

Eine Schwierigkeit hinsichtlich der NATO besteht darin, daß es sich um eine geographisch begrenzte und nahezu ausschließlich militärische Allianz handelt; ihr politisches Potential ist niemals entwickelt worden. Eine andere Schwierigkeit ist die, daß die NATO, weil sie eine militärische Allianz ist, einige der am höchsten entwickelten und fortschrittlichsten Demokratien der Erde nicht einschließt und nicht einschließen kann; während sie umgekehrt — unmittelbar und mittelbar — zwei iberische Diktaturen umfaßt, deren eine, Portugal, die hartnäckigste unter den Kolonialmächten ist.

Wir benötigen als den Eckstein unserer Weltpolitik eine politische Gemeinschaft der gleichgesinnten Demokratien — eine Gemeinschaft, welche durch die Vereinten Nationen zu handeln gewillt ist, um die Sache der Gerechtigkeit und Freiheit in der gesamten Welt vorwärts zu bringen.

Eine solche Gemeinschaft darf nicht in militärischer Uniform auftreten. Sie darf nicht in den Vereinten Nationen als ein gleichgeschalteter antikommunistischer Block agieren; nein — ein Element ihrer Stärke würde gerade darin liegen, daß in ihr die Verschiedenheit frei ausgedrückter Meinungen zum Ausdruck kommt.

Dem positiven Eintreten für Frieden, für Gerechtigkeit und für Freiheit gewidmet — und nicht Gegner nur einer Form von Tyrannei —, könnte eine solche Gemeinschaft wesensmäßig gleichgesinnter Demokratien einen Kern in den Vereinten Nationen bilden, welcher das Interesse der zur Zeit schwankenden Völker an sich zieht, die gerade zum ersten Male gekostet haben, wie Freiheit schmeckt.

Wenn ich von einer solchen Gemeinschaft spreche, dann bin ich mir unserer eigenen Mängel in schmerzlicher Weise bewußt. Wir sind keine Diktatur. Wir haben keine Kolonien im klassischen Sinne des Wortes. Aber was in Kuba geschehen ist, sollte uns bewußt machen, daß wir mindestens die Überbleibsel eines wirtschaftlichen Imperiums in uns haben. Und was in Little Rock, in New Orleans und in Athens (Georgia) geschehen ist, sollte uns daran erinnern, daß wir unseren Neger-Mitbürgern gegenüber immer noch eine interne Form des Kolonialismus praktizieren.

Trotz dieser Mängel, die dringend der Heilung bedürfen, bleibt uns keine Wahl, als zu führen, und mit fester Hand zu führen, wie wir es nach meiner gewissen Überzeugung unter Präsident Kennedy tun werden.

Wir müssen die Führung bei der Entspannung der Gegensätze ergreifen, die zu dem Wahnsinn des Wettrüstens geführt haben. Mr. Kennedy hat bereits unsere Gegner im Kalten Kriege mit aufrüttelnden Worten zu einem neuen Anfang aufgerufen: wir sollten „erforschen, welche Probleme uns einigen, statt auf den Problemen herumzureiten, die uns trennen". Ganz gewiß gilt dies für die Suche nach einer Lösung für das Problem Deutschland.

Wir müssen die Initiative zur Kontrolle der Waffen und zur Abrüstung ergreifen, also auf einem Gebiet, für das Präsident Kennedy nachdrücklich gefordert hat, daß „beide Seiten zum ersten Male ernsthafte und genaue Vorschläge formulieren". Die Frage einer Neutralisierung oder einer weiteren Wiederaufrüstung Deutschlands ist in dieser Beziehung von lebenswichtiger Bedeutung.

Wir müssen die Initiative ergreifen, um „die absolute Macht, andere Nationen zu vernichten, unter die Kontrolle aller Nationen zu bringen", wie Präsident Kennedy sagte. Dazu gehört unter anderem, daß die exekutiven Organe der Vereinten Nationen ein neues Gesicht und eine bessere Form bekommen, damit diese ausführenden Instrumente dazu in der Lage sind, die Interessen aller Nationen und Völker unparteiisch zu schützen, der Gerechtigkeit einen Weg zu bahnen und den Frieden kraftvoll durchzusetzen. Das bedeutet, daß zum Schluß a l l e Nationen Mitglied der Vereinten Nationen werden, einschließlich der äußerst wichtigen Länder Deutschland und Kontinental-China. Das bedeutet ferner, daß der Einfluß jener Länder gestärkt werden muß, welche weder der kommunistischen noch der anti-kommunistischen Führung folgen, aber so handeln, wie es nach ihrer Ansicht den besten Interessen der Vereinten Nationen und der gesamten Menschheit dienlich ist.

Schließlich — wenn die gleichgesinnten freien Demokratien im nicht-militärischen Wettbewerb mit den kommunistischen Diktaturen im Rennen bleiben wollen, dann müssen sie ihre wirtschaftlichen Kräfte für eine gemeinsame Anstrengung mobilisieren, um den Hunger, die Armut und die Entwürdigung zu bekämpfen, welche heute einen so großen Teil der menschlichen Rasse bedrücken. Deutschlands wirtschaftliche Kräfte gehören in die allererste Reihe jener Kräfte, welche zu einer gemeinsamen Anstrengung mobilisiert werden müssen. Auch in dieser Beziehung müssen wir führen — nicht etwa nur, weil wir im Wettbewerb mit den Kommunisten stehen, sondern „weil es rechtens ist" und weil, wie Präsident Kennedy mit einer so glänzenden Formulierung weiter sagt, „eine freie Gesellschaft den wenigen, die reich sind, die Haut nicht retten kann, wenn sie den vielen, die arm sind, nicht helfen kann".

Das sind die kategorischen Imperative unserer Epoche. Mit einem altmodischen System von Koalitionen und Allianzen kann man sie nicht erfüllen.

Das Problem Deutschland ist mehr als ein isoliertes Problem; hier geht es um das Scharnier, das uns in eine NATO-orientierte Weltpolitik eingeklemmt hat, die jetzt nahezu völlig ohne Beziehung zu einer veränderten und sich rapide weiter ändernden Welt ist.

Wenn nicht alles, was wir lieben, was uns erfreut und was wir zu verteidigen wünschen, im furchtbaren Weltbrand der Kernwaffen zerstört werden soll, dann steht uns ein langer, harter, seinem ganzen Wesen nach nicht-militärischer Kampf gegen Gegner bevor, die so siegesbewußt sind, wie Menschen nur jemals waren. Ich halte ihr Vertrauen nicht für gerechtfertigt. Der Kommunismus wird uns nicht begraben, wenn wir uns nicht zuvor das eigene Grab schaufeln und uns hineinlegen. Ebensowenig werden wir den Kommunismus mit der Wurzel ausreißen. Keine von beiden Seiten wird den Kalten Krieg „gewinnen", so daß sie den anderen von der Erde fegt. Mit der Zeit, wenn es nicht zu einer Katastrophe kommen soll, wird sich ein m o d u s v i v e n d i, eine Form zu leben, aus zwei sozialen und wirtschaftlichen Systemen herausschälen, welche sich langsam aufeinander zu bewegen — ein m o d u s v i v e n d i zwischen jenen Völkern des Erdballs, welche glauben, daß der Staat dazu da ist, dem einzelnen Menschen zu dienen, und welche es sich leisten können, nach diesem Glauben zu leben; und zwischen jenen, die es sich entweder noch nicht leisten können, nach diesem Glauben zu leben, oder davon überzeugt sind, daß der Mensch dazu da ist, dem Nationalstaat zu dienen.

Auf daß wir diesen langen und heißen Kampf bestehen, muß eine stärkere und weiter fassende Weltorganisation — nicht die NATO oder sonst irgendeine militärische Allianz — der Eckstein unserer Politik werden.

Copyright dt. Übersetzung „Blätter für deutsche und internationale Politik"

Horst Andel

Ferien von der Weltgeschichte?

Portugal und seine Kolonien heute

Für meinen geliebten Herwarth Schwarze

Seit einem Menschenalter ist die halbe Welt schon deshalb gewohnt, Portugal als Land hinter den sieben Bergen anzusehen und die Gestalt des Schneewittchens als Synonym für die Portugiesen zu empfinden, weil seit dieser Zeit keine anderen Zeugnisse mehr über die Grenzpfähle des Neun-Millionen-Staates am Südwestrand Europas drangen als diejenigen, die den Eindruck geradezu paradiesischer Ruhe und Zufriedenheit vermittelten. Um die iberische Version des Märchens von den sieben Zwergen zu vervollständigen, fehlte bisher nur ein Requisit — der Prinz, der Schneewittchen erlöst und heimführt.

Genau seit dem 22. Januar ist die Illusion perfekt und bedroht zugleich: Der ergraute und schon etwas bejahrte Dramatiker, ehemalige Armeehauptmann, Parlamentsabgeordnete und Distriktgouverneur in Angola, Henrique G a l v ã o, fünfundsechszig Jahre alt, einst als Rädelsführer der Opposition zu sechzehnjähriger Kerkerhaft verurteilt, im Januar 1959 aus dem Gefängnisspital in die argentinische Botschaft in Lissabon geflohen, vier Monate darauf nach Südamerika entwichen und seither im Exil in Buenos Aires lebend, ist der heimliche Held, der das portugiesische Märchen um die fehlende Figur bereichert und seine Landsleute, die seit über dreißig Jahren in der künstlich erzeugten Atmosphäre des neunzehnten Jahrhunderts jeder selbständigen politischen Willensbildung entwöhnt waren, durch einen ebenso altmodischen wie kühnen Handstreich in die rauhe Wirklichkeit unseres Zeitalters katapuliert hat.

Galvão war nach dem zweiten Weltkrieg der eigentliche Führer der demokratischen Opposition in Portugal, wurde, als er sich für das Regime als zu unbequem erwies, zum Hochverräter gestempelt und verschwand ohne viel Federlesens hinter den düsteren Mauern des politischen Gefängnisses in der Lissaboner Rua do Lumoeiro. Nach einer abenteuerlichen Flucht, die für seine Phantasie wie für seinen Mut sprach, verzehrte er in Argentinien die ihm vom heimatlichen Diktator skurrilerweise weiterhin pünktlich ausgezahlte Offizierspension, und seine Ehefrau lebte unangefochten in Lissabon. Während die Weltöffentlichkeit noch gebannt auf das Weiße Haus in Washington blickte, in das zwei Tage früher ein neuer Herr eingezogen war, ging eine Gruppe unauffälliger Passagiere mit großem Gepäck an Bord des im Karibischen Meer kreuzenden portugiesischen Luxusdampfers „Santa Maria". Wenige Stunden darauf besetzten die schwer bewaffneten Neuankömmlinge unter Anleitung des Exstrategen Galvão die Kommandobrücke des Schiffes, internierten Kapitän und Mannschaft und nahmen Kurs auf Afrika. Etliche Tage lang blieb das mit rund sechshundert Passagieren und dreihundert Besatzungsmitgliedern besetzte 21 000-Tonnen-Schiff verschwunden. Erst als der Hauptmann Galvão in alle Welt zu funken begann, auf dem Boden der „Santa Maria" habe die Revolution gegen die portugiesische Diktatur begonnen, konnten die von den atlantischen Seemächten ausgesuchten Suchkommandos den Ozeanriesen wieder auf ihren Radarschirmen ausmachen. Es war, als habe Meergott Neptun selbst bis dahin seine schützende Schaumdecke über die Verschwörer gebreitet. Der Dichter und Exilpolitiker Galvão hatte einen neuen Beweis für seine dramatische Begabung geliefert, die Seerechtsexperten aller Nationen vor ein schier unlösbares Problem gestellt und vor allem das erreicht, was die Schweigetaktik der portu-

giesischen Regierung bis dahin mit Erfolg zu verhindern wußte: Das Augenmerk der Welt war auf die Zustände in seinem Heimatland gerichtet.

Einen verzweifelten Augenblick lang sah es aus, als werde das für unser Zeitalter gänzlich ungewohnte Abenteuer nicht viel anders enden als die Piratenstreiche der Seeräuber vor dreihundert Jahren. Die NATO-Macht Portugal rief ihre Verbündeten zu Hilfe, und alsbald machten amerikanische und britische Marineeinheiten Jagd auf den gekaperten Luxusdampfer, für dessen Passagiere fast die gesamte Presse der „freien Welt" Krokodilstränen vergoß. Indessen siegte in Washington und in London diesmal bald die Einsicht, welche verheerenden internationalen Konsequenzen eine Ergreifung Galvãos und seine dann unumgängliche Auslieferung an Portugal haben müßte. Es konnte nicht Aufgabe der USA oder Großbritanniens sein, die portugiesische Diktatur an Bord der „Santa Maria" zu retten. Die Tatsache, daß die derzeit gültige Seerechtskonvention keinerlei Handhabe gegen den Exhauptmann bot, da sie nur die gewaltsame Inbesitznahme eines fremden Schiffes „zu privaten Zwecken" bestraft wissen will, mag beim Zustandekommen dieses Entschlusses ebensosehr mitgewirkt haben wie der Wille des neuen Herrn im Weißen Haus, mit einigen zweifelhaften Praktiken aufzuräumen, durch die seine Vorgänger die demokratische Reputation der Vereinigten Staaten hart genug angeschlagen hatten. Die Verfolgungskommandos der US-Navy scherten sich also auf eilige Anweisung des Pentagons hin nicht mehr um die strategischen Absichten Galvãos und verhandelten nur über das Schicksal der Passagiere. Der britischen Fregatte „Rothesay" ging, ehe sie die „Santa Maria" erreichte, klugerweise der Treibstoff aus, nachdem ein Labourabgeordneter im Unterhaus die Regierung Ihrer Majestät spöttisch gefragt hatte, ob sie der sowjetischen oder der ungarischen Regierung ebenso zur Verfügung stehen werde, falls eine ihrer Schiffsbesatzungen die Freiheit wähle. Die letzten Zweifel an der demokratischen Legitimation des Handstreiches beseitigte der seit seiner Wahlniederlage im Juni 1958 in Brasilien lebende ehemalige portugiesische General Humberto D e l g a d o , der von den Exilportugiesen als rechtmäßiger Präsident ihres Landes angesehen wird und der sich dann auch als Auftraggeber des Hauptmanns Galvão auswies. Noch ehe dieser seinen ursprünglichen Plan aufgab, mit der „Santa Maria" die Küste Angolas anzusteuern und dort die bedeutendste portugiesische Kolonie vom Mutterland loszutrennen, hatte er den größten Erfolg erzielt, der seiner Aktion unter den gegebenen Umständen beschieden sein konnte. Die weltweite Publizität, die die portugiesische Opposition seitdem genießt, wird der Lissaboner Regierung keine Verschnaufpause mehr gönnen. Als Galvão in dem brasilianischen Hafen Recife beidrehte, erwies es sich, daß das größte Abenteuer seines Lebens glimpflicher verlaufen war, als es die schrecklichen Andeutungen einer sensationslüsternen Presse vermuten ließen. Nur ein Todesopfer war zu beklagen, und auch dieses nur, weil es sich bei ihm — einem jungen Schiffsoffizier — um einen Scharfmacher der Geheimpolizei handelte, der den Verschwörern keine andere Wahl ließ.

Seitdem sieht sich die „freie Welt" genötigt, sich mit dem künftigen Schicksal eines Landes zu befassen, vor dessen unhaltbarer politischer und sozialer Situation die Einpeitscher des Antikommunismus bislang nur deshalb hartnäckig die Augen verschlossen, weil Portugal seit je zu den verläßlichsten NATO-Partnern gehörte. Nachdnem Galvão gelang, was die inzwischen ergrauten Führer der vordiktatorialen demokratischen Parteien Portugals seit Jahren vergeblich versuchen, nämlich die Herrschaft des schon drei Jahrzehnte lang unberührt von allen inneren und äußeren Krisen fest im Sattel sitzenden Diktators endlich zu erschüttern, sieht es so aus, als ob man im NATO-Haupt-

quartier nicht mehr lange auf die Sicherheit der portugiesischen Bastion vertrauen könne. In den wenigen Wochen, die seit der „Santa-Maria"-Affäre verflossen sind, hat sich herausgestellt, daß die Position Salazars schwächer ist, als er der Welt mit Hilfe eines jahrelang mit äußerster Akribie betriebenen Nachrichtenembargos weismachen konnte. Die Zeichen stehen in Portugal auf Sturm!

Die „sanfte" Diktatur

Das Phänomen, daß sich die portugiesische Diktatur, die man in völlig falscher Einschätzung ihrer Methoden und Ziele manchmal die „sanfte" nennt, dreißig Jahre lang behaupten konnte, verdankt drei Gründen seine Entstehung: Der geschichtlichen Situation, die sie vorfand; der Tatsache, daß es Salazar verstand, sein Regime nach außen hin geschickt zu kaschieren und sich in der Weltöffentlichkeit ein gewisses Renommée zu erwerben; sowie der geographischen Lage Portugals, das während dieser Zeit abseits der internationalen Interessen lag. Ergänzend dazu hat sich das knapp ein Jahrzehnt später im Nachbarland etablierte Franco-Regime im Lauf der Zeit im wahrsten Sinn des Wortes als „spanische Wand" erwiesen, die das Augenmerk der Welt von den ohnedies unauffälligen Vorgängen in Portugal ablenkte.

Als König Manuel II. aus dem Haus Sachsen-Coburg-Bragança im Oktober 1910 gestürzt wurde und sich vor dem aufgebrachten Mob ins britische Exil rettete, überließ er einen der unstabilsten Staaten Europas seinem ungewissen Schicksal. Die republikanische Verfassung von 1911 vermochte die trostlosen Verhältnisse nicht zu bessern. Parteienhader, revolutionäre Unruhen, politische Korruption und dauernde Finanzkrisen waren an der Tagesordnung. In sechzehn Jahren erlebte das Land acht Präsidenten und vierundvierzig Regierungen. In der Zeit zwischen der Abdankung Manuels und der Machtergreifung Gomes da Costas explodierten in Lissabon über dreihundert Bomben, und achtunddreißig Menschenleben wurden das Opfer der anarchistischen Zustände. Anfang 1926 stöhnte Portugal unter einer Schuldenlast von 134 Millionen Dollar; es stand vor dem Staatsbankrott.

Gomes da Costa holte sich nach seinem Staatsstreich Ende Mai 1926 den Mitbegründer der Katholischen Partei und damaligen Professor Salazar in sein Interimskabinett. Dort scheint Salazar einen so nachhaltigen Eindruck hinterlassen zu haben, daß General Carmona, der kurze Zeit später an die Stelle da Costas trat, sich 1928 den gelernten Nationalökonomen aus Coimbra als Finanzminister in sein Kabinett holte. Der fast unbekannte Gelehrte verlangte als Voraussetzung für ein wirksames finanzielles Sanierungsprogramm so weitreichende Vollmachten, daß ihm unversehens die alleinige Kontrolle aller staatlichen Ausgaben und Tätigkeiten zufiel. Der unpolitische Carmona ließ dem Fachmann freie Hand, und Salazar machte das Unmögliche möglich: Innerhalb von vier Jahren glich er das bis dahin chronisch defizitäre Budget aus, trug die Staatsschuld ab und setzte ein für die damals unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise leidenden Nationen geradezu beispielloses „Austerity"-Programm durch, das den Escudo zu einer Zeit zur harten Währung machte, in der die Währungen anderer Länder ins Bodenlose sanken. Auf den Wogen der dadurch errungenen Popularität segelnd, gründete Salazar 1930 seine „União Nacional", die mit einem verschwommenen Programm der „geistigen und politischen Erneuerung" in die Wahlen von 1932 ging. Die der jahrzehntelangen Unsicherheit müde Bevölkerung honorierte die Verdienste des Professors, der sich, nachdem er Ministerpräsident geworden war, eine neue Verfassung faschistischen und katholisch-ständischen Charakters schuf und auf ebenso lautlose

Weise zum Diktator avancierte, wie er seither die diktatorischen Attribute zu handhaben verstanden hat.

In den unterdessen abgelaufenen neunundzwanzig Jahren ist Portugal nur von einer Regierung — man könnte auch sagen: von einem Mann — regiert worden. Salazar war jahrelang nicht nur Ministerpräsident, sondern auch (1932 bis 1947) Außen- und (1936 bis 1944) Kriegsminister. General Carmona sah sich, ehe er sich dagegen wehren konnte, vom Möchtegerndiktator á la Mussolini zur Gallionsfigur eines Mannes degradiert, der zeitlebens nichts mehr haßte als die Öffentlichkeit.

„Estado novo" — neuer Staat — nannte Salazar das Idealbild einer Nation, das er in Portugal verwirklichen wollte. Dreißig Jahre später — die besten Jahre seines Lebens, die Salazar diesem Wunschbild gewidmet hat — ist das Neue von ehedem anachronistisch geworden. Hinter der für südliche Verhältnisse verblüffenden Fassade von Sauberkeit und Wohlanständigkeit, die man in Portugal überall antrifft, stinkt es entsetzlich nach Verwesung.

Indessen besitzt fast kein Portugiese eine Vorstellung davon, wie die politischen Verhältnisse seiner Heimat aussehen sollen, sofern Salazar eines nicht fernen Tage freiwillig abtritt oder gestürzt wird. Soviel ist sicher: Diktaturen lassen sich nicht vererben. Das sollte der jetzt einundsiebzigjährige „dienstälteste" Autokrat Europas aus dem Schicksal seiner Kollegen gelernt haben. Zudem verfügt er über keinen einzigen Zögling, dem er seine Machtfülle einmal anvertrauen könnte. Andererseits steht aber keineswegs fest, daß ein plötzlicher Zusammenbruch der partriarchalischen Diktatur und feudal-korporativen Aristokratie in Portugal geradewegs zu einer funktionsfähigen Demokratie führt. Wissen die Portugiesen überhaupt, was sie sich unter einem demokratischen System vorzustellen haben?

Nach dem Ende der absoluten Monarchie erlebten die Älteren unter ihnen eine über drei Jahrfünfte lang andauernde Anarchie. Die jungen Portugiesen sind im Vakuum des Regimes aufgewachsen, in der nach dem Vorbild der Hitlerjugend geschaffenen staatlichen Jugendorganisation „Mocidade Portuguesa" erzogen worden und kennen nur eine politische Partei, die längst zum Mitläuferverein herabgesunkene „União Nacional" Salazars. Ihre politische Meinungsbildung vollzieht sich mit Hilfe einer durch eine perfekte Vorzensur gegängelten Presse. Wer in den Cafés so unvorsichtig ist, seinen Unmut über das Regime laut zu äußern, muß gewärtig sein, daß ein Agent der PIDE, der gefürchteten politischen Polizei, in der Nähe ist und ihn „verpfeift". Der Umstand, daß wegen der geringfügigsten Kritik lange Kerkerhaft droht, wird dadurch nur unwesentlich gemildert, daß die Angehörigen währenddessen ein staatliches Salär erhalten. Diese Regelung ist nur die Vorsichtsmaßnahme eines Diktators, der seine politischen Feinde vernichten, „um alles in der Welt aber keine Märtyrer aus ihnen machen" möchte, wie Salazar selbst einmal zynisch sagte.

Diese kalte Autokratie hat Salazar dann auch im Lauf der Zeit alle Freunde und Mitstreiter gekostet, die ihm einst halfen, Portugal vor dem Untergang zu retten. Sowohl der 1958 mit Hilfe kaum verschleierter Wahlmanipulationen besiegte oppositionelle Präsidentschaftskandidat Delgado als auch der Exhauptmann Galvão gehörten ursprünglich zu seinen begeistertsten Jüngern. Daß die Leere um Salazar in den letzten Jahren immer größer wurde, hat seine Ursache indessen weniger in seiner schon legendären Unnahbarkeit als in der zum Schrecken des Regimes allmählich sogar im sorgfältig gefilterten politischen Klima des Landes wie wuchernde Pilze um sich greifenden Erkenntnis, daß der einst so revolutionäre „Estado novo" inzwischen nicht allein allen anfänglichen Schwung eingebüßt hat und einfach altersschwach und anarchronistisch gewor-

den ist, sondern daß Salazars Experiment als vollständig gescheitert angesehen werden muß. Niemand wird behaupten können, die Portugiesen seien heute anders, als sie sich Salazar vor dreißig Jahren einmal wünschte: nüchtern, fleißig, sparsam, enthaltsam und fromm. Der Diktator hat diese Tugenden bis auf den heutigen Tag aber keineswegs belohnt. Nach den neunundzwanzig Jahren seiner Regierungszeit sind in Portugal immer noch vierzig Prozent der Bevölkerung Analphabeten. Man muß sogar argwöhnen, daß dieser für ein zivilisiertel Kulturland Europas beispiellose Zustand vom Regime als eine seiner wichtigsten Stützen angesehen wird. Als Beweis für diese Behauptung kann das portugiesische Wahlgesetz gelten. Danach dürfen männliche Einwohner nur wählen, wenn sie lesen und schreiben können und eine ordnungsgemäße Steuererklärung vorlegen; das Wahlrecht für Frauen ist sogar an die Vorlage des Abschlußzeugnisses eines Gymnasiums oder einer Berufsschule geknüpft. Infolgedessen gibt es in Portugal bei neun Millionen Einwohnern nur rund eine Million Wahlberechtigte. Das Heer der Analphabeten und Arbeitslosen sowie die Frauen, bei denen der Besuch eines Gymnasiums oder eine Berufsausbildung ein nur den besitzenden Ständen zugebilligtes Privileg ist, sind von der politischen Willensbildung ausgeschlossen. Indessen hat die Regierung dreißig Jahre lang nichts getan, das Analphabetentum wirksam zu bekämpfen und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Mit anderen Worten: Nur diejenigen Volksschichten dürfen wählen, deren Interessen sich zwangsläufig mit denen des Regimes decken. Salazar begründet diese Praxis so: „Ich glaube, daß Demokratie eine Fiktion ist. Ich glaube nicht an das allgemeine Stimmrecht. Ich glaube nicht an Gleichheit. Ich glaube an Hierarchie." Und: „Politische Schulung und Frauenwahlrecht sind ideologisch gefährlich."

Dennoch verrechnete sich Salazar, als er glaubte, er könne sein Regime allein durch indirekte Methoden zementieren. In den Gefängnissen sitzen gegenwärtig über dreitausend politische Häftlinge, und die Emigrationsbewegung nach Südamerika ist in den letzten Jahren trotz fieberhafter Bemühungen der Geheimpolizei, die auch die Auslandsreisen zu genehmigen hat, ständig angewachsen. Die Tatsache, daß sich das portugiesische Sozialprodukt in den Jahren zwischen 1953 und 1958 jährlich nur um 3,3 Prozent vergrößerte, während vergleichsweise die westdeutsche Zuwachsrate im selben Zeitabschnitt mehr als doppelt so hoch war; daß zum Beispiel eine Landarbeiterin in der Provinz Beira, aus der Salazar stammt, in zwölfstündiger Arbeit nicht mehr verdient, als eine Tasse Kaffee in einem zweitklassigen Lissaboner Hotel kostet — und daß Portugal den niedrigsten Lebensstandard Westeuropas besitzt, hat allmählich sogar den Widerspruch der Privilegierten, die in den ungeheuren sozialen Spannungen und im Elend der Arbeiter und kleinen Landwirte eine wachsende Gefahr für ihre eigene Stellung sehen, und den Unwillen der Kirche hervorgerufen. Die Kritik des Klerus wurde durch den Umstand erleichtert, daß Salazar, obwohl er gläubiger Katholik ist, immer auf eine strikte Trennung von Kirche und Staat gesehen hat. Mitte 1958 machte sich der Bischof von Porto, Antonio Ferreira Gomes, zum Sprecher der geistlichen Sorge um die Zukunft Portugals. In einem Brief an den Ministerpräsidenten, dessen Annahme Salazar brüsk verweigerte und der seitdem insgeheim von Hand zu Hand geht, verlangte der Bischof unter anderem die Zulassung einer christlich-demokratischen Partei und das Streikrecht für die Arbeiter. Seit der Etablierung des „Estado novo" gilt der Streik in Portugal nämlich als Verbrechen. In dem Brief hieß es dann auch sehr deutlich, die traurige Wahrheit sei, daß die Kirche in Portugal mehr und mehr das Vertrauen ihrer Gläubigen, der Abeiter und der Jugend, verliere. Der portugiesische Standesstaat habe sich in Wirklichkeit zu einem Instrument der Aus-

plünderung der Arbeiterschaft entwickelt. Hunger und Elend seien noch immer weit verbreitet. Die einzige Reaktion der Regierung auf diese nur allzu berechtigte Attacke bestand darin, daß sie vom Vatikan die Abberufung des renitenten Oberhirten verlangte. Aber der Heilige Stuhl entsprach diesem Ansinnen nicht, und plötzlich stellte sich auch einer der einflußreichsten ehemaligen Schulfreunde Salazars, der Kardinalpatriarch von Lissabon und höchste katholische Würdenträger Portugals, auf die Seite seiner Gegner.

Bei der Präsidentenwahl 1958 entluden sich die geheimen Spannungen, die die äußerlich noch immer ruhige Atmosphäre bis dahin angereichert hatten. Der oppositionelle Kandidat, der es gewagt hatte, gegen die Kreatur Salazars, den Konteradmiral Tomás, aufzutreten, errang nach offizieller Zählung 23,5 Prozent der Stimmen. Ein Fünftel der Wahlberechtigten war der Urne fern geblieben. Berücksichtigt man das inzwischen zutage gekommene Eingeständnis mehrerer regierungsamtlicher Wahlprüfer, sie hätten auf höhere Anweisung Stimmzettel und Urnen vertauscht, dann kann nicht mehr der geringste Zweifel daran bestehen, daß General Delgado selbst bei dem geltenden Wahlgesetz gesiegt hätte, wenn die Bestimmungen korrekt gehandhabt worden wären. Bei einem demokratischen Wahlmodus wäre das Ende des Salazarregimes ganz gewiß besiegelt gewesen. Für den Ministerpräsidenten enthielt das Wahlergebnis noch einige besonders bittere Pillen: Delgado errang in 12 Bezirken die Mehrheit — darunter ausgerechnet in Coimbra, wo Salazars politischer Triumphzug einst begonnen hatte, mit 37,3 Prozent; in Porto mit 31,2 Prozent und in Lissabon mit 25,3 Prozent. Die Regierung rächte sich auf charakteristische Weise. Die Volkswahl wurde auf dem Verordnungsweg sofort völlig beseitigt, und das Staatsoberhaupt soll künftig durch die Mitglieder der Nationalversammlung und der Ständekammer sowie von einem Ausschuß aus Vertretern der sogenannten überseeischen Provinzen gekürt werden.

Präsidentschaftskandidat Delgado hatte es trotz lebensgefährlicher Behinderung durch die politische Polizei gewagt, im Wahlkampf zu verkünden, er werde, sofern er in den Lissaboner São-Bento-Palast einziehen sollte, unverzüglich von dem Recht Gebrauch machen, das die 1933 von Salazar selbst geschriebene Verfassung dem Staatsoberhaupt gibt — er werde den Ministerpräsidenten entlassen. Als Quittung hierfür wurde Delgado gemaßregelt und aus der Armee ausgestoßen und mußte bei Nacht und Nebel das Land verlassen. Die Exilportugiesen betrachten den unerschrockenen Fliegergeneral, der sich unter anderem auch als Chef des Zivilflugnetzes einige Verdienste erwarb, als rechtmäßigen Präsidenten. Salazar wurde seither noch einmal eine Atempause von zwei Jahren geschenkt. Wer aber gehofft hatte, er werde diese Zeit benutzen, um seinen verbliechenen „Estado novo" entschlossen zu reformieren, das politische Leben zu regenerieren und allmählich Anstalten zu treffen, sich in den Ruhestand zurückzuziehen, sah sich betrogen. Der Handstreich vom 22. Januar konfrontierte den starrsinnigen Diktator nun mit der Möglichkeit eines gewaltsamen Umsturzes. Aber er, der vor den Wahlen von 1958 erklärt hatte, er sei jederzeit zum Rücktritt bereit, sagte jetzt, er werde „dieses Volk auch gegen seinen Willen retten". Die innerhalb der letzten sechs Wochen nachhaltiger als in den vorher verflossenen dreißig Jahren erschütterten politischen Verhältnisse in Portugal lassen aber erhebliche Zweifel darüber zu, ob dieses Volk noch gesonnen ist, sich gegen seinen Willen von Salazar „retten" zu lassen.

Die Regierung zeigte dann auch bald, daß sie die Lage durchaus richtig einschätzt. Während die Weltöffentlichkeit noch gebannt den Kurs der „Santa Maria" verfolgte, verwandelte sich die Residenz des Ministerpräsidenten in

Lissabon in eine waffenstarrende Festung; an allen Straßenecken der Hauptstadt zogen Doppelposten auf, und die strategisch wichtigen Positionen des ganzen Landes wurden von Militär besetzt. Politisch mißliebige Personen wanderten vorsorglich hinter Gefängnismauern, und die Lissaboner Zeitung „Republica" wurde für drei Tage verboten, nicht weil sie etwas, sondern weil sie nichts gebacht hatte: Sie hatte eine Verlautbarung der Regierung zur „Santa-Maria"-Affäre nicht veröffentlicht. Diese Vorsichtsmaßregeln der Regierung vermochten nicht mehr zu verhindern, daß das Selbstvertrauen der allerdings noch völlig unorganisierten Opposition durch den Handstreich des Hauptmanns Galvão entschieden wuchs. Schattenpräsident Almirante Americo Deus Rodrigues Tomás mußte drei Vertretern der Opposition gewähren, was er ihnen vorher zweimal (im März 1959 und im Oktober 1960) verweigert hatte: Er empfing sie zu einer Aussprache, in der sie ihn aufforderten, dem portugiesischen Volk wieder die Grundrechte zu gewähren, und sie gegen die „autokratische, repressive und in flagrantem Gegensatz zu den in der Verfassung gewährleisteten Bürgerrechten" stehende Regierungspolitik protestierten. Gleichzeitig richteten etwa vierzig Gelehrte, Rechtsanwälte, Schriftsteller, Ärzte, Ingenieure und Kaufleute eine Denkschrift an die Regierung, in der es unter anderem hieß: „Wir protestieren gegen die Maßnahmen beim Verbot der ‚Republica'. Wir stellen fest, daß der Fall ‚Santa Maria' bedauerliche Zustände in unserem politischen Leben aufzeigt. Wir stellen fest, daß sich eine konfuse, drohende Atmosphäre bildet, die es unmöglich macht, mit Ruhe und Überlegung unsere Probleme zu lösen. Wir stellen fest, daß sich die öffentliche Meinung immer mehr gegen die Einheitspartei der Regierung wendet. Wir behaupten, daß die nationale Einigkeit, der nationale Frieden und unsere nationale Zukunft in Europa, Afrika und Asien gefährdet sind."

Dieser Brief enthüllt zweierlei. Die Opposition wächst, sie richtet sich aber erstaunlicherweise zunächst nicht gegen die angeblichen politischen Ziele des Regimes, sondern nur gegen seine Methoden. Diese Erscheinung hat in portugiesischen Augen ihre guten Gründe. Für viele Portugiesen, die immerhin seit einem Menschenalter in einer Atomsphäre gelebt haben, die man sich, ohne sie zu kennen, als die „gute alte Zeit" vor dem ersten Weltkrieg vorstellen könnte, gilt es als keineswegs ausgemacht, daß ein plötzlicher Abtritt des Regimes dem Land sogleich die Segnungen der parlamentarischen Demokratie bescheren würde und daß diese Regierungsform das geeignete Heilmittel für seine politischen und sozialen Krankheitsmerkmale wäre. Es gibt zudem nur sehr wenige Portugiesen, die gesonnen sind, die Kolonien kampflos aufzugeben.

Portugal steht vor einem echten politischen Dilemma. Auf der einen Seite gibt es niemand, der eine Rückkehr zu den unstabilen Verhältnissen der Zeit zwischen 1910 und 1926 wünscht. Auf der anderen greift die Einsicht immer weiter um sich, daß Salazar nun lange genug regiert habe wie er wolle. Auch in dem Land hinter den sieben Bergen kann niemand den Uhrzeiger aufhalten. Ein westlicher Beobachter kennzeichnete die Verhältnisse in Portugal einmal mit der Behauptung, das Land mache unter Salazars Zepter Ferien. Aber es wäre eine romantische Idealisierung, die portugiesischen Ferien als schön und harmonisch zu bezeichnen. Und überdies macht niemand ungestraft Ferien von der Weltgeschichte. Die Geschichte lehrt, daß Bewegung, Veränderung, Entwicklung die Bestimmung der Menschheit sind und sie unabwendbar ertragen werden müssen. Wo sie sich aus der Art der Völker und ihrer Begegnung mit der Umwelt und ihren Einflüssen ergeben, verlaufen sie meistens glücklich. Sie spielen sich aber auf grausame Weise ab, wenn ihr Strom sich staut und sich plötzlich mit explosiver Kraft seine Bahn bricht. Vor dieser tödlichen Gefahr steht Portugal. „Verweile doch . . .",

kann der sterbliche Mensch, ohne sich dem Teufel auszuliefern, nicht einmal zum schönen Augenblick sagen. Salazar aber kann, auch wenn er sich mit dem Teufel verbünden sollte, nicht mehr verhindern, daß der geschichtliche Augenblick seines „Estado novo" unaufhaltsam abläuft. Wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt, wird von ihnen gezeichnet. Der portugiesische Alleinherrscher trägt das Brandmal schon auf seiner Stirn.

Wer ist Salazar?

António de Oliveira Salazar ist Altersgenosse Hitlers und der dienstälteste Gewaltherrscher dieses Jahrhunderts. Genau acht Tage, nachdem ein Zollbeamter namens Schicklgruber in dem oberösterreichischen Städtchen Braunau am Inn ein Söhnchen in die Wiege legte, das er Adolf nannte und das unter dem Namen Hitler einst zum größten Massenmörder der Weltgeschichte werden sollte, gebar eine einfache Bauersfrau in Santa Comta Dao ihren Sohn António, der seit 1932 der erfolgreichste unter den Diktatoren ist, die in den dreißiger Jahren die Macht in ihren Ländern ergriffen. Das Alter ist aber auch das einzige Merkmal, das Salazar mit Hitler gemeinsam hat. Auch von seinen übrigen Diktatoren-„Kollegen" unterscheidet er sich wie der Tag von der Nacht. Er ist nicht, wie Mussolini und Franco, an der Spitze einer Volksbewegung oder einer gewaltsamen Revolution an das Ruder gelangt. Am Beginn seiner politischen Laufbahn standen Leistungen, die auch heute noch zur Bewunderung nötigen. Salazar teilt nicht die manische Vorliebe der faschistischen Emporkömmlinge, die fast gleichzeitig mit ihm den verschiedenen Völkern Europas mit wechselndem Erfolg ihre Herrschaft aufzwangen, für äußeren Glanz und bombastische Machtdemonstrationen. Niemand hat ihn je in einer Uniform oder mit Orden behängt gesehen; niemals hat er sich an kriegerischen Abenteuern beteiligt oder sie ausgeheckt. In seinem Leben gab es keine zwielichtigen Skandale, in seinem Staat gibt es keine Korruption; er bewilligte sich nie größere Bezüge, als sie dem Gegenwert von etwa 2300 Mark entsprechen. Sein Gedankengebäude ist denkbar banal: Die berühmte Enzyklika „Rerum Novarum" Papst Leos XIII. von 1891 und die Werke des französischen Royalisten und Faschisten Charles Maurras sind sein einziges geistiges Rüstzeug.

Salazar regiert Portugal bis auf den heutigen Tag nach den einfachen Grundsätzen seiner bäuerlichen Mutter, die den angehenden Nationalökonomen lehrte, daß Schulden eine Schande seien. Er ist gläubiger Christ, und es wird bezeugt, daß er alle physische Gewaltanwendung verabscheut. Seine Gegner faßt er mit Samthandschuhen an, und die sechs verschiedenen Polizeiorganisationen, deren er sich bedient, und unter denen die Policia International e de Defesa do Estado (PIDE) die gefürchtetste ist, gelten als die lautlosesten und am sichersten arbeitenden der Welt.

António de Oliveira Salazar wurde Diktator nicht aus Machtgier, sondern aus Zwang. Aber indem er glaubte, er könne den einmal erreichten Zustand auf ewige Zeiten konservieren, irrte er und erhob den Irrtum zum Zwang. Die Tatsache, daß politisch Mißliebige in Portugal von Schergen mundtot gemacht werden, die vor jeder Exekution Samthandschuhe anziehen, ist kein Beweis dafür, daß die Diktatur Salazars besser ist als die anderen. Das zeigt sich dann auch darin, daß sie ihre außenpolitischen Probleme mit genau den gleichen Mitteln zu lösen versucht wie diese. Auch Salazar hat — wie Hitler und Mussolini — nie sehr viel von Auslandsreisen gehalten. Er setzte seinen Fuß nur dreimal über die Grenzen Portugals: Zweimal traf er sich mit seinem Nachbarn Franco, und einmal pilgerte

er nach Lourdes. So gering seine praktische Welterfahrung infolgedessen ist, so beschränkt ist seine politische Weltkenntnis. Als weitreichendste Folge dieses provinziellen Gehabes erlebt Portugal heute die äußerst prekäre Lage seines Kolonialreiches.

Kolonien als Konzentrationslager?

Nach dem durch die Emanzipation der farbigen Völker im und nach dem zweiten Weltkrieg hervorgerufenen raschen Verfall der klassischen europäischen Kolonialreiche blieb das portugiesische als einziges übrig. Die Lissaboner Regierung verwaltet heute den drittgrößten Kolonialbesitz der Erde.

Bis zu dem Handstreich des Hauptmanns Galvao schien es, als sei dieser Besitz von den revolutionären Tendenzen in der farbigen Menschheit bisher verschont geblieben. Die Portugiesen versuchten schon kurz nach dem Machtantritt Salazars, das koloniale Dilemma dadurch zu lösen, daß sie den Begriff Kolonialismus einfach aus ihrem Wörterbuch strichen: Schon damals machten sie aus ihren überseeischen Besitzungen, wie es Frankreich später mit Algerien tat, Bestandteile des Mutterlandes. Indessen hat sich herausgestellt, daß dieses Prinzip kein Allheilmittel war. Mindestens seit der „Santa-Maria"-Affäre ist offenbar geworden, daß die Ruhe in den assoziierten Gebieten nur mit Hilfe polizeilicher Terrormaßnahmen erzwungen und der Weltöffentlichkeit durch eine perfekt funktionierende Nachrichtensteuerung vorgetäuscht wurde.

Am Beginn der Kolonisation großer Weltteile durch die Portugiesen vor rund einem halben Jahrtausend stand Heinrich der Seefahrer. Von dem riesigen Imperium, zu dem er den Grundstein legte, gingen im neunzehnten Jahrhundert nur die südamerikanischen Besitzungen verloren. Die übrigen in Asien und in Afrika gelegenen Territorien unterstehen noch immer portugiesischer Herrschaft.

Die im Bereich der indonesischen Inselwelt gelegene Insel Timor ist noch portugiesisch, während die andere, bis dahin niederländische Hälfte 1947 an Indonesien fiel. In dem 19 000 Quadratkilometer großen Gebiet leben rund eine halbe Million Einwohner.

Die portugiesische Enklave Goa an der Westküste Indiens, in der knapp 800 000 Menschen leben, steckt wie ein Pfahl im indischen Fleisch. Die Regierung in Neu-Delhi hat seit 1950 schon mehrmals die Räumung des Gebiets gefordert, ohne daß sich Portugal auch nur zu Verhandlungen herbeigelassen hätte.

Das dritte und zugleich am dichtesten besiedelte portugiesische Besitztum auf asiatischem Boden ist Macao an der Mündung des Kantonflusses. Hier leben auf einem sechs Quadratmeilen großen Gebiet über 500 000 Menschen. In Macao florieren Opiumschmuggel und Spielhöllen noch üppig. Trotzdem und trotz seiner Übervölkerung wird sein Antlitz von der schläfrigen Atmosphäre der Jahrhundertwende bestimmt. Die Existenz der Stadt, die einen einzigen Anachronismus darstellt, ist bis jetzt nur der Nachsicht des chinesischen Riesen zu verdanken, der die Fliege zwischen seinen Zehen in unbegreiflichem Langmut noch nicht zerquetschte.

In Afrika besitzt Portugal vier Territorien: Die der Westküste vorgelagerten Kapverdischen Inseln mit einer Bevölkerungszahl von 200 000 Menschen; die Kolonie Mozambique in Ostafrika, die sechs Millionen Einwohner, davon 120 000 Weiße, besitzt; in Westafrika Portugiesisch-Guinea, wo 400 000 Menschen leben; sowie das an die unglückliche Kongorepublik angrenzende Angola.

Portugiesisch-Angola ist der größte Überseebesitz Lissabons und zugleich das Gebiet, an dem sich das koloniale Dilemma Portugals am deutlichsten ablesen läßt.

Es ist mit 1,2 Millionen Quadratkilometern halb so groß wie das frühere Belgisch-Kongo oder so groß wie Frankreich, Spanien und die Bundesrepublik zusammengenommen. Nachdem jahrzehntelang fast keine interessante Nachricht aus Angola drang, wurde die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit im letzten Jahr gleich zweimal auf es gelenkt. Im Frühjahr 1960 tauchten Gerüchte über größere Ölfunde auf, die dem bislang sehr armen Gebiet plötzlichen Reichtum zu verheißen schienen. Im November gestand die Regierung zum erstenmal das Vorhandensein einer politischen Opposition ein: Siebenundfünfzig farbige und weiße Personen mußten sich vor einem Militärgerichtshof wegen angeblicher Agitation gegen die „Sicherheit des Staates und die Einheit der Nation" verantworten.

Angola galt bis jetzt als Muster einer von Weißen verwalteten Kolonie. In dem von etwa 4,75 Millionen Menschen bewohnten Territorium leben rund 100 000 Portugiesen, die zum Teil schon seit vielen Generationen im Land sind und sich als Angolaner fühlen.

Nach offiziellen portugiesischen Behauptungen gibt es keine Rassenschranke. Als Beweis werden gern die etwas über 20 000 „Assimilidos" angeführt, das sind Eingeborene, die bereits einen Bildungsstand besitzen, der ihnen verfassungsmäßig die gleichen Rechte zusichert wie den Weißen. 20 000 von vier Millionen sind aber noch nicht einmal ein halbes Prozent. Niemand wird also behaupten können, daß dieses Ergebnis einen Erfolg der portugiesischen Kolonialpolitik darstellt.

Über die wahren Verhältnisse in Angola wurde die internationale Öffentlichkeit jetzt durch eine Denkschrift unterrichtet, die Henrique Galvão in seiner Eigenschaft als Distriktsgouverneur bereits 1947 an die Lissaboner Regierung gerichtet hat. Dieser Bericht, der seither in einem Geheimarchiv des Regimes vergilbte, führte damals zur Abberufung und Verurteilung des Hauptmanns als Hochverräter. Eine inzwischen nach Brasilien gelangte Kopie der Denkschrift enthüllt die tragischen Zustände in der portugiesischen Kolonie, die sich seither keineswegs gebessert, sondern eher noch verschlimmert haben.

Galvão stellte während seiner Tätigkeit in Angola unter anderem fest, daß seit vielen Jahren in den afrikanischen Besitzungen eine Emigrationswelle im Gang sei, durch die sich die einheimische Bevölkerung in zunehmendem Maß verringere. In Angola habe dieser Umstand zu einer sehr ernsten demographischen Ausblutung geführt. Infolgedessen seien viele Eingeborenendörfer verlassen und in den Grenzgebieten keine gesunden Männer mehr zu finden. Die Schätzung, daß die Kolonie seit Ende des zweiten Weltkrieges etwa eine Million Menschen verloren habe, sei sehr bescheiden. Als wesentliche Ursachen für die Abwanderung wurden in dem Bericht Mangel an Gesundheitsfürsorge, Unterernährung, Sinken der Geburtenzahlen, Kindersterblichkeit und Arbeitsgefahr genannt. Wenn man erfährt, daß Gouverneur Galvão die Maßnahmen der politischen Verwaltung der Kolonie als Ausrottungstaktik bezeichnete, wundert man sich nicht mehr über die Behandlung, die man ihm dafür in Lissabon widerfahren ließ.

„Wir alle kennen den Widerspruch zwischen den Ideen und den Gesetzen", heißt es in der Denkschrift zur Lage der Arbeiterschaft, „und der in Wirklichkeit vorhandenen Zwangsarbeit. Wir sind weit von der wirklichen Freiheit und Freiwilligkeit der Arbeit entfernt." In Angola sei der Arbeitermangel katastrophal, und um das Defizit von etwa 15 000 Arbeitskräften auszugleichen, würden verabscheuungswerte Gewalttaten verübt. „Nur die Toten sind wirklich von der Zwangsarbeit befreit. In gewisser Beziehung ist die Lage ernster als Sklaverei. Unter der Sklavenwirtschaft wurde der gekaufte Mensch, der wie ein Stück Vieh erworben war, von seinem Herrn als eine Kapitalanlage betrachtet. Der Käufer war daran interessiert, ihn gesund und stark und lebend zu erhalten, so wie er

sein Pferd oder seinen Bullen pflegte. Heute wird der Eingeborene nicht gekauft — er wird einfach von der Regierung vermietet, obgleich er den Status eines freien Menschen hat. Sein Herr braucht sich nicht um ihn zu kümmern, wenn er krank wird oder stirbt — wenn er nur arbeitet, so lange er lebt."

Der Bericht Galvãos enthüllt, daß die portugiesischen Methoden gegenüber der farbigen Bevölkerung der Überseegebiete heute noch schlimmer sind als die anderer Kolonialmächte vor einhundertfünfzig Jahren. Daß die afrikanische Emanzipationsbewegung unter solchen Umständen noch nicht auf Angola übergegriffen hat, muß beinahe als Wunder betrachtet werden. Hierfür ist natürlich vor allem auch die Tatsache verantwortlich, daß die große Masse der Eingeborenen bisher auf keine Weise auf eine spätere staatliche Selbständigkeit vorbereitet wurde und noch dumpf in mittelalterlichen Verhältnissen dahinvegetiert. Daß der Freiheitsdrang dadurch aber auf die Dauer nicht aufgehalten wird, zeigt auf schreckliche Weise das Beispiel der benachbarten ehemaligen belgischen Kolonie Kongo. Auch in Angola gärt es an allen Ecken und Enden. Der Weltsicherheitsrat hat sich bereits mehrmals mit der Lage in den portugiesischen Kolonien befaßt.

Seit der „Santa-Maria"-Affäre sind die Möglichkeiten für die politische Zukunft Angolas um eine neue bereichert worden. Die Gegner Salazars unter den weißen Angolanern drohen mit einer Sezession Angolas. Der Diktator ist allerdings nicht gewillt, den Besitz aufzugeben, obwohl dieser durch die kurzsichtige Ausbeutungspolitik nur geringen wirtschaftlichen Wert repräsentiert und die Portugiesen infolge der unsicheren Zukunft auch nicht zu langfristigen Investitionen zu bewegen sind. Die Lissaboner Regierung versucht ihre Position in Angola seit einiger Zeit dadurch zu festigen, daß sie auswanderungswilligen Portugiesen größere Kredite, Vieh und Ackerland zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stellt. Auch dieses Experiment war bisher nicht sehr erfolgreich, da es die Portugiesen offenbar vorziehen, in der Diktatur zu überleben, anstatt in der Kolonie massakriert zu werden. Trotzdem will Salazar in Afrika bleiben. „Wir sind seit fünfhundert Jahren dort", ließ er sich im Dezember vorigen Jahres vernehmen, „und wir werden noch fünfhundert Jahre aushalten!"

Für Portugal als kleines Land, das von Demokratie und Selbstbestimmung ohnedies nicht viel hält, spielen Erwägungen des internationalen Prestiges eine große Rolle. Das Festhalten am Kolonialbesitz ist in erster Linie eine Prestigefrage, die über Nacht zur Lebensfrage des Regimes werden kann. Die Lissaboner Regierung konnte sich den Emanzipationstendenzen in Afrika und den eindeutigen Resolutionen der Vereinten Nationen bislang um so leichter widersetzen, als sie die NATO-Partner auf ihrer Seite wußte. Besonders die Bundesregierung hat sich als eifriger Helfershelfer Salazars erwiesen, seitdem Franz Josef S t r a u ß im Januar 1960 mit gewaltigem Pomp in Lissabon empfangen, die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern immer enger gestaltet und die portugiesische Industrie mit westdeutschen Rüstungsaufträgen von knapp 150 Millionen Mark bedacht wurde. Daß sich die seltsame Interessenverbindung früher oder später zum Nachteil des deutschen Ansehens in Afrika auswirken muß, scheint die Bundesregierung einstweilen nicht zu stören.

Ausgerechnet ein westdeutscher Pressekommentator meinte, nachdem die Kaperung der „Santa Maria" bekannt geworden war, dem Hauptmann Galvão bescheinigen zu müssen, er habe den Galgen verdient, weil das Blut eines Menschen an seinen Hände klebe. Wieviel Blut an den — allerdings samtbehandschuhten — Händen des Diktators Salazar klebt, vergaß der Leitartikler zu erwähnen. Trotzdem kann man seiner Prophezeiung getrost beipflichten, das Stück werde als Tragödie enden — für Salazar allerdings, nicht für seine Gegner!

Wir fügen diesem Aufsatz nun noch zwei bedeutsame Dokumente an. D. Red.

a) Die Proklamation des Hauptmanns Galvão

Die Zeitung O Estado de Sao Paulo veröffentlichte am 2. Februar 1961 eine Proklamation von Henrique M. Galvão, dem Führer der portugiesischen Patrioten, die die „Santa Maria" besetzt hatten. Wir geben diesen Text nach einer Associated-Press-Meldung (vgl. die New York Times vom 3. Februar 1961) wieder:

Im Namen von General Humberto Delgado und als Kommandant der Santa Maria, unter der Vollmacht, welche seine Excellenz der General mir erteilt hat, richte ich an das Volk von Portugal die erste revolutionäre Proklamation der Portugiesischen Freiheitsbewegung für Nationale Unabhängigkeit.

Die Kaperung der Santa Maria war keine romantische Geste. Noch weit weniger war sie nur ein Plan, die Aufmerksamkeit der Welt auf das portugiesische Drama zu lenken. Die Eroberung dieses großen und schönen Schiffs, welches elf Tage lang — verfolgt von Flugzeugen und Schiffen verschiedener Nationalität — auf dem Atlantik kreuzte, bedeutet für uns alle eine Lehre und ein Fanal.

Wir wollten beweisen und haben bewiesen, daß der Diktator Antonio de Oliveira Salazar nicht unverwundbar ist. Es war ein Schlag gegen ihn, und ihn und seine Flotte machten wir vor der gesamten freien und christlichen Welt lächerlich. Morgen, wann immer und wo immer wir wiederkommen, um ihm entgegenzutreten, werden wir ihm eine weitere Niederlage bereiten.

Aber es würde schlecht zu uns passen, und wir wären Euere Stimme nicht, würden wir uns auf das Feld militärischer Aktionen beschränken. Es stimmt, daß wir der Diktatur in Portugal in gleicher Art den Krieg erklärt haben, wie wir mit der spanischen Diktatur durch Euere Gemeinschaft mit dem Iberischen Revolutionären Befreiungsausschuß (D.R.I.L.) im Kriege sind. Aber wir haben bei unseren Aktionen ein ganz festes Ziel. Es geht uns nicht nur um den Sturz Salazars. Unser Ziel ist ein revolutionäres: der Wiederaufbau der portugiesischen Gesellschaft auf einem neuen Fundament.

Ohne Hoffnung, ohne eine Zukunft, die seinem inneren Wollen entsprach, mußte das portugiesische Volk dahinleben — was immer die Gründe dafür waren. Uns aber geht es um eine entscheidende Wendung. Wir wissen, daß niemand für nebelhafte Versprechungen und schöne Worte sein Leben wagt. Dem Volke über Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit Reden zu halten, bringt nichts vorwärts.

Wir werden die Fehler der Oppositionellen nicht wiederholen, die Angst davor haben, den Diktator zu reizen und sich hinter nebelhafte Formeln flüchten. Wir sprechen eine andere Sprache: das Greifbare liegt uns näher als der leere Begriff. Unser Programm ist einfach und höchst radikal.

Unser Ziel ist eine tiefgreifende, echte, menschliche und vollständige Revolution. Unser Beginn wird die Zerstörung einer ungerechten sozialen Ordnung sein, und unser erstes Ziel ist die Bodenreform und die Reform der städtischen Gesellschaft.

Wir fordern Land für jene, die den Boden bebauen, und eine eigene Wohnstätte für jene, die ein Dach über dem Kopf verdienen. Wir werden den Großgrundbesitz genauso auflösen, wie wir das unfruchtbare Spekulantentum auflösen werden. Ohne Gnade werden wir die Privilegien der portugiesischen Plutokratie zerstören, die die Menschen von Geburt an in Reiche und Arme einteilt.

Wir sind weit von Lissabon und vom Diktator fort. Aber alles ermutigt uns in der unerschütterlichen Gewißheit, daß wir als Sieger in Lissabon einmarschieren werden, um dort die portugiesische Revolution des zwanzigsten Jahrhunderts

einzupflanzen — eine Revolution, die auch in Übersee die Tore zu Freiheit, Fortschritt und Unabhängigkeit weit aufmachen wird.

Das sind die Worte, die ich Euch in dem Augenblick zu sagen habe, in dem wir die erste militärische Aktion der Streitkräfte unter meinem Befehl siegreich durchführen. Diese Streitkräfte sind der Kern der künftigen Armee der Befreiung für Portugal und Spanien.

b) Humberto Delgado: Warum Salazar verschwinden muß

Die Londoner Zeitschrift „New Statesman" veröffentlichte am 5. Dezember 1959 einen Aufsatz von General Humberto Delgado: „Why Salazar must go". Delgado hatte sich als oppositioneller Kandidat bei den portugiesischen Präsidenten-Wahlen von 1958 der drohenden Verhaftung durch die Organe des autoritären Salazar-Regimes nur durch die Flucht nach Südamerika entziehen können. 1959 bereiste er Europa, um, wie der „New Statesman" sagt, „Hilfe für die Sache der portugiesischen Demokratie zu gewinnen". — Wir bringen im folgenden die wichtigsten Passagen dieses durch die jüngsten Ereignisse besonders aktuell gewordenen Aufsatzes in deutscher Übersetzung im Wortlaut; der Inhalt des nicht übersetzten Teiles ist in Klammern summarisch wiedergegeben.

Die Lage in Portugal kann in drei Negativen beschrieben werden: keine Freiheit, keine Moral und kein Brot. Was den ersten Punkt — keine Freiheit — angeht, so ist der Artikel 8 der Verfassung, der die Freiheit des Wortes garantiert, in der Praxis aufgehoben. Es besteht eine scharfe Zensur, unter der die Zeitungen Abzüge aller Artikel vor der Veröffentlichung vorlegen müssen. Gegen einen unserer besten Schriftsteller, Aquilino Ribeiro, wurde Anklage durch den Staatsanwalt erhoben, weil er eine realistische Novelle über das Leben im Norden von Portugal schrieb. Er hat eine Strafe von acht Jahren Gefängnis neben einer hohen Geldstrafe zu erwarten.

Oppositionsparteien sind ungesetzlich; ein Gesetz verbietet ihnen, irgendeine Organisation aufzubauen oder auch nur ihren Namen im Vereinsregister einzutragen. Infolgedessen können sie keine Büros anmieten, kein Mitgliedsregister führen oder Versammlungen abhalten. Alle sieben Jahre — so jedenfalls erzählt es das Salazar-Regime der Welt — haben Oppositionsparteien während dreißig Tagen eine legale Existenz während der sogenannten Wahlkampagne. In Wirklichkeit sind jedoch ihre Rechte selbst während dieser Zeit scharf beschränkt. So wurde z. B. während meiner Wahlkampagne im Jahre 1958 nur jeweils eines von drei Communiqués zum Abdruck in der Presse zugelassen. Die berühmte Photographie, welche der „New Statesman" im Juni 1958 veröffentlichte und welche die große Menschenmenge zeigt, die auf mich in Oporto wartete, durfte niemals in portugiesischen Zeitungen erscheinen. Der Skandal erreichte seinen Höhepunkt, als meine Sekretärin eines Morgens beim Verlassen meines Hauses verhaftet und in das Quartier der Geheimpolizei abgeführt wurde. Meine Post wurde ihr für drei Stunden abgenommen — ganz gewiß nicht nur, um die Namen und Anschriften derer festzustellen, mit denen ich in Briefwechsel stand.

Was den zweiten Punkt angeht — die Moral —, so ist es in Portugal notorisch, wie schwierig es selbst für freiberuflich tätige Männer ist, vorwärtszukommen, wenn sie von der Regierung verdächtigt werden. Ein Arzt, welcher das Regime kritisiert, kommt in keinem Hospital unter, und niemand kann im Behördendienst tätig sein, ohne Loyalitätserklärungen zu unterzeichnen. Die Fälle von Korruption sind derart weit verbreitet, daß wir beabsichtigen, sobald wir an der Macht sind, eine Untersuchung über ungesetzliche Bereicherungen zu eröffnen. In der Armee kreist der Witz, daß bestimmte Offiziere an „Coronelitis" — einer gefährlichen Erkrankung ihres „Sternsystems" — leiden, die besonders die Obersten befällt, welche dem Regime fanatisch ergeben sind. Tausende von Flugblättern

sind im Lande im Umlauf, durch die der Minister für Nationale Verteidigung und andere Minister angeklagt werden, ihren Freunden Regierungsaufträge ohne Befolgung der normalen gesetzlichen Verfahren erteilt zu haben; eine wirksame Antwort auf diese Anklagen ist niemals erfolgt. In einem offiziellen Bericht stellte der Kolonialinspektor, Henrique G a l v ã o , fest, daß mehr als 70 vom Hundert aller Kolonialbeamten mehr ausgaben, als ihr offizielles Einkommen betrug: auch darauf hatte die Regierung nichts zu sagen.

Der dritte Punkt betrifft unsere Wirtschaft — jenes Feld, auf dem Dr. Salazars Prestige im Ausland hauptsächlich beruht. Betrachten wir also einige Zahlen. Die Daten ergeben, daß die durchschnittliche Ernährung eines Portugiesen ein Glas Milch pro Tag, eine kleine Scheibe Fleisch pro Woche und ein Huhn pro Jahr enthält. In Deutschland z. B. beläuft sich der Fleischverbrauch pro Kopf und Jahr auf 130 Pounds, in Portugal auf 30 Pounds. In Europa als Ganzem verwenden die Menschen zwischen 40 und 60 v. H. ihres Einkommens für ihre Ernährung, in Portugal beläuft sich der Durchschnitt auf 75 v. H. Um es noch einfacher zu sagen: unser Einkommen pro Kopf und Jahr beläuft sich auf 200 Dollar, in den Vereinigten Staaten auf 1600 Dollar. Der portugiesische Arbeiter muß vier Arbeitsstunden für ein Pfund Fleisch arbeiten, der Amerikaner eine halbe Stunde, der Franzose zwei Stunden.

Es sollte daher niemanden wundern, daß unsere Tuberkulosesterblichkeit 58 pro Tausend ist, gegenüber z. B. 5 pro Tausend in den Niederlanden. Während 32 v. H. des Staatshaushalts für die Armee ausgegeben werden, werden weniger als 6 v. H. für öffentliche Gesundheit und weniger als 10 v. H. für Erziehung verwendet. Infolgedessen haben wir nur einen Arzt auf 1400 Einwohner, während im übrigen Europa ein Arzt auf 600 Einwohner kommt. Wir haben eine Krankenschwester auf je 3000 Einwohner, andere europäische Länder eine Schwester auf je 400 Einwohner. Eine Folge hiervon ist, daß nahezu zwei von drei portugiesischen Frauen bei einer Geburt keine medizinische Hilfe haben.

Die Ungleichheit der Einkommen ist derart himmelschreiend, daß ein Direktor einer Gesellschaft ein erklärtes Einkommen von 3 Millionen Escudos haben kann, während der Tagelohn einer Landarbeiterin 12 Escudos (bisweilen sogar nur 8 Escudos) ist, wobei sie in der schlechteren Jahreszeit nur drei Tage in der Woche Arbeit hat. In Kaufkraft bedeutet dies, daß sie mit ihrem Tagelohn gerade sechs Pfund Brot und sonst nichts kaufen kann. In Portugal sagt man, daß das gesamte Geld in den Händen von 50 Familien ist.

Eine so unhaltbare politische und wirtschaftliche Lage hat das Land gegen die Regierung aufgebracht. Dies ist der Grund, weshalb die Opposition glaubt, daß mindestens 75 v. H. der Stimmen bei der letzten Wahl für sie abgegeben wurden, und dies ist der Grund, weshalb es wahr ist, daß Dr. Salazar nur durch die Geheimpolizei — die PIDE — und die Apathie der Streitkräfte an der Macht gehalten wird.

[Delgado schildert nun, wie die Kirche „überraschenderweise" der Armee eine Lehre erteilt hat; daß sie mit der Diktatur nicht mehr einverstanden ist; daß der Bischof von Oporto Dr. Salazar die Not des Landes und seine Abscheu vor der gesamten Lage brieflich ausgedrückt hat; daß Priester gegen das Regime schreiben und Pater P e r e s t r e l o ins Gefängnis geworfen wurde.

Er schildert dann die Wahltricks der Regierung — insbesondere die Markierung der Stimmzettel durch die Papiersorten; die Stimmzettel werden den Wählern ins Haus geschickt, aber die Regierung versuchte jeden Trick, um der Opposition das Kopieren der Wählerlisten unmöglich zu machen, und die PIDE attakkierte die Autos, die die Stimmzettel nur in letzter Minute verteilen konnten,

und beschlagnahmte sie. Die Regierung versuchte die Vertreter der Opposition aus den Wahllokalen auszuschließen; wo immer sie anwesend sein konnten, gewann die Opposition mit hoher Majorität. Die Auszählung wurde offensichtlich gefälscht.]

Was nun die Zukunft angeht, so zeigen die Umstände, die ich skizziert habe, klar, daß die Diktatur nur durch eine bewaffnete Revolte gestürzt werden kann, welche nach meiner Ansicht die Armee der Nation schuldet. Glücklicherweise, wie der mißlungene Aufstand vom 12. März 1959 zeigt, beginnt die Armee aus ihrem Schlaf zu erwachen. Wenn der Augenblick der Entscheidung kommt und die Armee handelt, werden ich und meine Freunde eine provisorische Regierung bilden, die durch Verordnung die Gesetze verkünden wird, die für den Übergang zu demokratischen Methoden notwendig sind. Die Freiheiten, welche Artikel 8 unserer Verfassung garantiert, werden wieder in Kraft gesetzt werden, und ein Wahlgesetz wird veröffentlicht werden, welches der Nation ermöglicht, ihr Schicksal zu entscheiden. In der Zwischenzeit wird die provisorische Regierung dringliche Entscheidungen treffen, um der Not zu begegnen; die Lebenshaltung zu verbessern; die politischen Gefangenen durch eine allgemeine Amnestie zu befreien; und sie wird die ersten Schritte tun, um in den portugiesischen Gebieten in Übersee eine dezentralisierte Regierung und die Demokratie einzuführen.

Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund

Chaos oder Planung?

Bei der Aversion gegen soziale Planung, die in diesem Lande herrscht, und bei der damit verbundenen Interesselosigkeit gegenüber planungswissenschaftlicher Betrachtung erschien es mir zweckmäßig, der eigentlichen Darstellung des Planungswesens eine entwicklungsgeschichtliche Einleitung voranzuschicken und auch auf die Aktualität einer Planungsdiskussion zuvor hinzuweisen. Um dem ungeduldigen Leser, dem bei der längeren Einführung auf der Zunge liegen mag „Was will er nun eigentlich?", entgegenzukommen, möchte ich eine Definition der sozialen Planung voranstellen, die lediglich den Charakter einer Arbeitshypothese hat. In dieser Untersuchung wird also unter Planung die vorausschauende, konstruktive, also nicht nur „reaktive" Integration — nicht nur Koordination — der wesentlichen Faktoren eines sozialen Prozesses verstanden. Die Sozialplanung bedarf eines planungsspezifischen Organes, das durch nichts anderes als durch die Aufgabe geleitet wird und sie dynamisch, d. h. unter fortgesetzer Anpassung bewältigt. — Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die technische, die militärische und organisatorische Planung sich planungswissenschaftlicher Elemente bedient, aber Planungscharakter im Sinne der Sozialplanung hat technische Planung nicht.

Aktuelle Gründe für die Planungsdiskussion

Sozialplanung ist bisher fast immer aus einer kritischen Situation entstanden. Die Emanzipationsbewegung in den Entwicklungsgebieten mit ihrer Zuspitzung im Jahre 1960 hat eine solche Situation geschaffen. Es wird zugegeben, daß zumindest Planungsmängel die Krise mit verursacht haben. Man kann aber auch

Planlosigkeit und Planungschaos annehmen. Dementsprechend werden die unverkennbaren Folgen verschieden beurteilt, — vom Rückschlag bis zur Existenzbedrohung. Und dies galt auch für die Maßnahmen, bei denen es je nach der Auffassung um notwendige Mehrleistungen in der Entwicklungshilfe bis zur struktur- und situationsadäquaten Großplanung geht. Mit dieser Auseinandersetzung erhält die planungswissenschaftliche Betrachtung von neuem aktuelle Bedeutung. Zumindest ist die Frage berechtigt, ob und wie weit etwa die Planungssoziologie der dreißiger Jahre, die Brain-Trust-Erfahrungen des New Deal, die Konzeption des Action-Research, der Gruppendynamik und die Erfahrungen aus der neueren Teamarbeit der Projektik auf die neue Situation Anwendung finden können.

Die Wiederaufnahme bzw. die Einführung planungswissenschaftlichen Denkens stößt auf große Schwierigkeiten. Im westdeutschen Gebiet überwiegen industrielle und technische Spezialplanung, Sozial- und Wirtschaftsplanung aber hat weder beim Wiederaufbau noch bei der außerordentlichen Produktionssteigerung eine entscheidende Rolle gespielt. Die mißglückte Planung der Weimarer Epoche und der Zusammenbruch der totalitären Planung des Nazismus haben neben anderen Ursachen zu einer Blockierung des planenden Denkens geführt, die auch bei den planungswilligen Elementen in Form einer Selbstblockierung in Erscheinung tritt. Da ich selbst mich als einen der Repräsentanten der Schicksalsgemeinschaft gescheiterter Planer ansehen darf, halte ich mich für berechtigt, auf diesen psychologischen Faktor hinzuweisen.

Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten ist eine offene Planungsdiskussion notwendig. Dazu kommt eine Reihe aktueller Gründe, die zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung zwingen.

1. Es muß geklärt werden, ob bei Aufrechterhaltung eines nationalen Spieles freier Kräfte eine übernationale Planwirtschaft entwickelt werden kann.

2. Der Aufbau in den Entwicklungsländern muß überwiegend durch staatliche Planung und Planungsorgane durchgeführt werden, da die bürgerliche Schicht für die Etablierung einer privaten Wirtschaft so gut wie nicht existiert. Es gibt mehr als 80 Aufbaugebiete, mit eigenen Entwicklungsprogrammen und Planbehörden.

3. Etwa im Laufe eines Jahrzehnts haben die Sonderorgane der U. N. zusammen mit dem technischen Hilfsprogramm etwa 10 000 Projekte, größtenteils in Entwicklungsländern, geschaffen, bei denen auch planungswissenschaftliche Methoden angewandt wurden und für die Versuche wissenschaftlicher Auswertung vorliegen.

4. Die regionalen Planungen bedürfen einer planungswissenschaftlichen Betrachtung, gleichgültig, ob sie konventionell oder unter Anwendung spezieller Projektmethodik zustandegekommen sind.

5. Wir sollten nicht die Fehler, die in der ersten Industrie-Revolution und auch in der zweiten Industrie-Revolution von uns gemacht worden sind bzw. gemacht werden, auf die Entwicklungspolitik übertragen. Zu diesen Fehlern gehören existenzbedrohende Vorgänge, die unter der Bezeichnung „Zivilisationsschäden" als bekannt vorausgesetzt werden dürfen.

Entwicklungsgeschichtliche Betrachtung

Der Planungsgedanke ergab sich ganz von selbst aus der positiven Einstellung zur sozialen Evolution, wie sie etwa seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts mit der Evolutionsphilosophie von Herbert Spencer in Erscheinung trat. Der von Spencer beschriebene Entwicklungsrhythmus evolutionärer Integration und

Desintegration durch zunehmende Differenzierung schien zunächst einer automatischen Selbstregulation zu unterliegen, dann aber bei zunehmender Desintegration die Wiederherstellung des „ewigen Rhythmus" politischer und sozialer Intervention nötig zu machen. Auch in Deutschland hat die Soziologie eine derartige Richtung entwickelt. Max und Alfred Weber sind Zeugen dafür. Politisch aber wurde der Evolutionsgedanke in erster Linie vom Sozialismus vertreten. Seine Programme sind voll davon, und sie enthalten schon sehr frühzeitige Planungselemente. Vorbereitet durch jahrzehntelange wissenschaftliche Betrachtung — in Deutschland war es die von Karl Kautsky begründete „Neue Zeit", später die von Hilferding redigierte Zeitschrift „Die Gesellschaft", in Österreich „Der Kampf", die grundlegende Vorarbeiten leisteten — kam es dann zur ersten großen Planungsarbeit im Jahre 1919. Es gab eine echte Planungskommision in Deutschland, die sorgfältig durchgearbeitete Pläne zur Sozialisierung, vor allem der Schlüsselindustrien, geschaffen hat. Es gelang nicht, die Verwirklichung der Pläne durchzusetzen. Die soziale Demokratie scheiterte an der Handhabung der formalen Demokratie durch Macht- und Interessengruppen unter Mitwirkung der Mehrheit der Sozialdemokratie. Versuche, durch Sozialplanung der großen Krise von 1929 bis 1933 und damit der Machtübernahme Hitlers zu begegnen, wurden im Keim auf entsprechende Weise erstickt.

Im Gegensatz dazu gelang es zur selben Zeit, im Rahmen der amerikanischen Privatwirtschaft eine Reihe von Planungen durchzuführen, unter denen das Tennessee-Projekt von besonderer Bedeutung geworden ist. Während die Nichtplanung in Deutschland dem Nazismus den Weg bereiten half, leitete der New Deal Roosevelts den großen Aufschwung in Amerika ein. Damals gab es noch keine entwickelte Planungswissenschaft, aber eine beachtliche Zahl planungswilliger und planungsfähiger Fachleute. Der brain-trust kann als Vorläufer des für echte Planung spezifischen unabhängigen Planungsorgans angesehen werden, in dem zum ersten Mal die Einheit von Entwurf und Durchführung gegeben war. Vor der Regulation des Tennessee-Gebietes, das sieben Staaten umfaßt, bot das große Tal ein Bild trostloser Verwahrlosung. Die Wälder waren abgeholzt, der Boden erodiert, jährliche Überflutungen hatten katastrophale Zerstörungen und Hungersnot zur Folge. Die reichen Rohstoffquellen wurden nicht genützt. Die Bevölkerung war apathisch, das kulturelle Leben stand auf tiefem Niveau. In den Vereinigten Staaten herrschte die schwerste Wirtschaftskrise, die Hälfte der Produktionsstätten waren lahmgelegt, es gab 12 Millionen Arbeitslose. Not, Zwang, Gelegenheit, Einsicht, Initiative, technische Fähigkeit kamen zusammen. Es gelang, für die Planung das politische Boß-System und die reguläre Bürokratie auszuschalten. Der Kongreß gab die dazu notwendigen Vollmachten. — Wenige Jahre nach Planungsbeginn ist die Region in eine blühende Landschaft verwandelt mit wohleingerichteten hygienischen Siedlungen, auf dem Fluß hat sich ein reger Schiffsverkehr entwickelt, eine großzügige Elektrifizierung und Industrialisierung, Fabriken, Dämme, Erholungs- und Kulturstätten haben zur Entfaltung einer Einheit von natürlichen und technischen Formen geführt. Die Bevölkerung nimmt lebhaften Anteil.

Man könnte die weitere Entwicklungsgeschichte der Planung von da aus wie eine Kettenreaktion beschreiben. Das Anschauungsbild von Tennessee befruchtet die etwa zu gleicher Zeit entstehende Planungswissenschaft. Und da hierbei eine lebendige Zusammenarbeit zwischen Amerika und England besteht, strahlt die Wirkung auch auf das Inselreich aus. Die britische Planung der Schlüsselindustrien und des Gesundheitswesens wird sorgfältig vorbereitet. Weitere Aus-

wirkungen sind bei der Kriegsplanung im angelsächsischen Gebiet und auch bei der Nachkriegsplanung, besonders beim Aufbau der Sozialorgane der Vereinten Nationen und ihrer Projektik nachweisbar.

Ein zweiter Teil der entwicklgungsgeschichtlichen Betrachtung hätte sich mit den Störungen und Entartungen zu beschäftigen, für die hier nur einige wesentliche Elemente angeführt werden können. Der zweite Weltkrieg und die der Abrüstung folgende neue Aufrüstung haben zusammen mit starken Eigenkräften technisch revolutionärer Art zu einer Schwerpunktsverlegung der Planung auf Technokratie und Militarismus geführt und das Gros der Fachleute vom soziologisch-psychologischen Sektor in einer Weise abgezogen, daß für die Sozialplanung der Raum immer enger wurde. Die Planung wurde mehr und mehr mechanisiert. Die technische Revolution, Automation, Atomenergie setzen mehr und mehr die Maschine an die Stelle des Menschen. Die Maschine selbst wird zum Lenkungs- und Planungsmechanismus. Durch die gewaltige Produktionssteigerung, die Zunahme des Wohlstandes, die Befriedigung des Sicherheitsbedürfnisses erlahmt die produktionsschöpferische Initiative und Fähigkeit bzw. wird sie eingeengt auf eine verhältnismäßig dünne Wissenschafts- und Lenkungsschicht.

Zum Abschluß der entwicklungsgeschichtlichen Betrachtung muß noch darauf hingewiesen werden, daß die entwicklungspolitische Krise nicht für sich steht, sondern mit anderen lebensbedrohenden Problemen bzw. Diskrepanzen aufs engste verbunden ist. Es wurde unter Punkt 5 bei Behandlung der aktuellen Gründe für die Planungsdiskussion bereits hervorgehoben, daß die Gefahr der Übertragung der zivilisatorischen Schäden auf die Entwicklungsgebiete besteht. Unsere Existenz wird bedroht durch die rapide Zunahme der Erdbevölkerung, die Verstärkung des Druckes vom Osten, die Verengerung des Lebensraumes überhaupt und damit des Nahrungsspielraumes, die von Automation und Atomenergie ausgehende Strukturveränderung, die Zunahme der Freizeit und ihren industriellen Mißbrauch, durch kulturelle Verödung und Vermassung, das ungeordnete Wachstum der Großstädte, des Verkehrs, die Verunreinigung des Wassers und der Luft. Das alles bedeutet ein Chaos, das in verhältnismäßig kurzer Zeit zum endgültigen Verfall des sogenannten „Abendlandes" führen muß! Nur eine zielbewußte Planung kann diese Katastrophe verhüten.

Planungswissenschaftliche Betrachtung

Die erste Phase der Planungswissenschaft wird mit der Grundlegung der Planungssoziologie eingeleitet. Zu Beginn der dreißiger Jahre haben sich, stark unter dem Einfluß der vom Nationalsozialismus ausgehenden Bedrohung, in England und Amerika Soziologen mit der Betrachtung der Grundlagen der Gesellschaft im Übergang vom Liberalismus des Laissez-faire zum „Zeitalter der Planung" beschäftigt. Sie waren überzeugt, daß die soziale Ordnung zusammenbrechen müsse, wenn „die rationelle soziale Kontrolle und die Beherrschung der individuellen Impulse nicht Schritt mit der technischen Entwicklung halte." Von dieser These ausgehend, entwarf Karl Mannheim mit seiner Schule in England eine Entwicklungsgeschichte des planenden Denkens, das er als die Fähigkeit zum Sehen der Interdependenz definierte. Es seien nicht mehr die Individuen und die Einzelunternehmungen maßgebend, die durch ihren Wettbewerb die Wirtschaft gestalteten und mit Hilfe eines dem Liberalismus eigenen Selbstregulierungsmechanismus zu einem Zustand des Gleichgewichts brachten, sondern komplizierte soziale Einheiten, Riesenorganisationen in den verschiedensten Zweigen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, die nur durch Planung reguliert und beherrscht werden könnten. Gegenüber der totalitären

Lenkungsmethodik der „Planung für Gleichförmigkeit" verlangte Mannheim eine Planung für „Freiheit und Vielfalt" durch Koordination der neuen Mittel der Sozialtechniken in einer „militanten Demokratie". Es entstand eine umfangreiche Literatur, nachdem Mannheim in seinem 1935 erschienenen Hauptwerk „Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus" den Grund für eine „internationale Bibliothek der Soziologie und der sozialen Rekonstruktion" geschaffen hatte. Die zahlreichen Einzelstudien der nationalen Planung, der „schöpferischen Demobilisation", bildeten wesentliche theoretische Grundlagen der nach Kriegsende einsetzenden englischen Sozialplanung.

Die planungssoziologischen Betrachtungen beschränkten sich auf die Spitzenleistung des Entwerfens. Die exekutive Seite hielt sich noch in der konventionellen Vorstellung von erzieherischen Prozessen und administrativen Handlungen. Die Weiterentwicklung der Planungswissenschaft geht auf sozialpsychologische und sozialtechnische Erkenntnisse zurück, die vor allem in Amerika von der gruppendynamischen Betrachtung herkamen. Lewin, Lippit und White führten 1936 an der Universität Iowa Untersuchungen in Schulklassen durch, die an drei verschiedenen Prinzipien, dem der Autokratie, dem des Laissez-faire und dem der demokratischen Selbstverwaltung, orientiert waren. Die Klassen mit Gruppenentscheidung und kollektiver Verantwortung ließen die autokratischen und Laissez-faire-Klassen an Leistung und Charakterbildung weit hinter sich. In einer Reihe von Versuchen wurden die neuen Grundlagen der Produktivitätssteigerung im Erziehungswesen auf Betriebe, Sozialorganisationen und auch auf die Erwachsenenbildung mit großem Erfolg übertragen. Es entstanden gruppendynamische Institute, teils Universitäten eingegliedert, teils selbständig wie das Tavistock Institute of Human Relations in London. Die von Kurt Lewin begründete Theorie der Gruppe als einer selbständigen organischen Einheit, dynamisch wirksam in jedem Sozialfeld, wurde durch eine heute kaum mehr übersehbare Literatur und Praxis bestätigt. Wie das sich auswirkte, sei an einem Bericht, den Lilienthal, der zuerst Direktor des Tennessee-Projektes war, und dann den Aufbau der amerikanischen Atomenergiekommission übernahm, illustriert: Die Kommission bestand aus fünf Personen. Die bundesdeutsche Atomkommission ist ein Mammutgebilde von über 200 Personen, ein Beratungskörper, kein Planungsorgan. Bevor die Kommission sich dem Problem zuwandte, studierte sie die neue Kommissionstechnik. Viele Organe kommen zu sterilen Kompromissen oder brechen zusammen, weil die Mitglieder mit fertigen Meinungen an die Arbeit gehen und ihre eigenen Ideen durchzusetzen versuchen. Es galt, die Diskussion vom „Ideenzwang" freizuhalten. Jedes Problem sollte von Grund auf angegangen werden, „jedes Kommissionsmitglied sich von der Tyrannei seines eigenen Ichs" freimachen. Bevor die Kommission an die Arbeit ging, wurde auf langen, gemeinsamen Fahrten lediglich die Prozedur diskutiert, bis die Gruppe zu einer wirklichen Einheit geworden war.

Mit der Entwicklung der Verhaltenswissenschaft, der Psychologie der Beteiligung, dem dadurch möglich gewordenen Experiment der Entfaltung der schöpferischen Funktion, wird die zweite Periode der Planungswissenschaft bezeichnet. Soziologisch und politisch bedeutet das gruppendynamische Funktionieren unserer gruppendifferenzierten Gesellschaft die Begründung der funktionellen Demokratie. Nach der theoretischen Etablierung der Gruppe als Eigenstruktur und Primärgebilde für die Sozialplanung war die Einheit von Planungssoziologie, Verhaltenspsychologie in Form der Gruppendynamik und sozialer Projekttechnik gegeben. Die Anwendung und Entfaltung dieser Methodik kann als dritte Phase der Planungswissenschaft beschrieben werden. In der neuen Technik sind folgende Einheiten hergestellt: 1. Die Zu-

sammenhangs- bzw. Interdependenzbetrachtung aller Faktoren im Sinne von Karl Mannheim; 2. die einheitswissenschaftliche Zusammenfügung von Soziologie, Psychologie und Technik im Projekt, und 3. die Einheit von Entwurf, Ausführung und Bewertung. Ich weise hier auf das Projektschema hin, das ich im Jahre 1954 in meinem Buch „Konstruktive Psychologie" mitgeteilt habe[1]).

Grundsätzliche Betrachtung

Es gibt mehrere Wege, um zu einer grundsätzlichen Haltung im historischen Prozeß der Evolution zu gelangen. Man kann politisch dazu gezwungen werden. Und dies entspricht etwa der Situation, in der wir stehen. Man kann intellektuell, d. h. durch analytische Betrachtung zur Überzeugung gelangen, daß mit individueller Freiheit und freiem Spiel der Kräfte und diesen untergeordneter technischer Planung die Entwicklungskrise und die Umbauaufgaben nicht gemeistert werden können. Und schließlich ist es möglich, die gundsätzliche Haltung für eine universelle gesellschaftliche Planung rein methodisch zu gewinnen, wie das in der wissenschaftlichen Aktion oder der Projektik geschieht. Daneben und darüber hinaus ist gefühlsmäßig ein Motiv wirksam, das ich als Diskrepanz zwischen technischem Dasein und persönlichem Verhalten, als Disharmonie zwischen Sein und Bewußtsein bezeichnen möchte.

Es ist möglich, daß aus diesen Elementen in einer kritischen Situation eine Grundhaltung entsteht, aus der heraus im Gegensatz zur rein technischen „ungeplanten" Planung die Notwendigkeit einer konstruktiven Vollplanung eingesehen wird. Und daß die zunehmende Einsicht stark genug ist, die Blockierung und das Ressentiment gegen Planung und auch die entgegenstehenden Interessen zu überwinden und die Überordnung der Sozialplanung bzw. die Unter- und Einordnung der Spezialplanungen zu erreichen, mit anderen Worten: die demokratische Planung sozialdominant zu machen.

Aber ein derartiger geistiger Umstellungsprozeß ist unsicher, um so mehr, als in unserem Erziehungssystem, von der Schule bis zur Universität, die Voraussetzungen dafür bei uns fehlen. Es gibt, wie ich glaube, zwei Wege, um in der Demokratie zu dem notwendigen Unterbau, d. h. zur funktionellen Demokratie, zu gelangen. Der eine, langsame Weg, ist die Erziehungsreform. Die heutige Erziehung unterdrückt die schöpferische Funktion des einzelnen, die geradezu die Voraussetzung für demokratische Beteiligung in der geplanten Gesellschaft ist. Mit dem aus der Feudalzeit übernommenen Wertsystem läßt sich die schöpferische Funktion nicht entfalten.

Die zweite Möglichkeit, um verhältnismäßig schnell den „Projektcharakter" unserer Gesellschaft zu verwirklichen und damit eine grundsätzlich positive Einstellung zum konstruktiven Umbau der Gesellschaft zu gewinnen, liegt in der Einführung bzw. Anwendung der neuen Sozialtechniken, wie sie oben als „wissenschaftliche Aktion" etc. beschrieben worden sind. Dies erfordert allerdings den Übergang vom „induktiv-analytischen" zum „konstruktiv-deduktiven" Den-

---

[1]) 1. Diskussion des Problems (brain trust-Arbeit)
2. Survey
   a) Darstellung der objektiven Umstände
   b) Prüfung der Mittel
   c) Interviews mit den Beteiligten
3. Entscheidung über die Durchführung der Aktion
4. Entwurf eines Planes
5. Modelluntersuchung (pilot survey)
6. Feststellung des endgültigen Planes
7. Durchführung der Aktion
8. Nachuntersuchung (follow up), kritische Bewertung der Aktion.

ken. In einem Land, in dem der Gegensatz von Natur- und Geisteswissenschaften wie ein Tabu konserviert wird, ist mit großen Widerständen zu rechnen. Die bisher gemachten Versuche, etwa der Arbeitsstätte für Gruppenpädagogik „Haus Schwalbach", haben zwar keinen durchschlagenden Erfolg gehabt, aber es sind doch eine Anzahl Personen und Kreise vorhanden, die mit anderen Gruppen, etwa der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, Angehörigen von Gewerkschaften, jungen Unternehmern, von politischen Akademien zur Sammlung gebracht werden könnten. Die Internationalisierung der Planung ermöglicht außerdem die Heranziehung von Kräften vor allem aus angelsächsischen Instituten und Bewegungen, die sich mit Gruppendynamik und praktischer Projektik beschäftigen. Der Projektologe könnte also vorschlagen, in der Bundesrepublik ein Projekt zu unternehmen, etwa: „Entwicklungsplanung als Ausgangspunkt für struktur-adäquate Sozialplanung."

Über die Störung und die Regression der Sozialplanung des Westens habe ich in der entwicklungsgeschichtlichen Betrachtung einiges ausgeführt. Die Situation, in der wir uns jetzt befinden, ist aber auch gekennzeichnet durch den aus der Entwicklungspolitik sich ergebenden Planungszwang und durch die Chance der in Amerika sich anbahnenden politischen Umstellung, von der wir eine Erneuerung des New Deal auf der Basis des inzwischen erreichten planungswissenschaftlichen Fortschritts erhoffen. Aus dieser Situation ergibt sich das Recht einer kurzen Skizze der weiteren Notwendigkeiten:

1. Es muß die Überordnung der Sozialplanung bzw. die Unter- und Einordnung der technischen Planung in die Sozialplanung angestrebt werden. Mit anderen Worten: Die Sozialplanung muß sozial dominant werden.
2. Da die demokratische Planung überhaupt und vor allem gegenüber den Entwicklungsgebieten die Methode der Wahl darstellt, da sie evolutionspolitisch und strukturadäquat ist, entfällt jede Anti-Haltung. Sie hat keinen Wettbewerbscharakter. Die Kooperation steht jedem offen.
3. Es kommt entscheidend auf den Unterbau an. Um die funktionelle Demokratie, die dazu notwendig ist, zu schaffen, bedarf es einer grundlegenden Erziehungsreform, durch die die mit den bisherigen Wertsystemen unterdrückte schöpferische Funktion des Menschen freigesetzt wird.
4. Das neue Wertsystem liegt in der Entfaltung eben dieser schöpferischen Funktion. Der Ballast des antiquierten Wertsystems mit den ihm anhängenden Feudalresten fällt von selber ab. Echte Werte bleiben erhalten.

SPD und Planung

Die SPD war in Programm und Politik bis in das zwanzigste Jahrhundert hinein bei uns die evolutionspolitische Kraft und damit auch der Hauptträger des Planungsgedankens. Die Planungsarbeit des Jahres 1919 war von der falschen Vorstellung bestimmt, es genüge, durch eine Planungskommission Pläne zu erstellen, die dann von der bestehenden Exekutive ausgeführt würden. Durch den 2. Weltkrieg und danach war die SPD vor die Alternative gestellt, ihre evolutionspolitische Mission, d. h. die soziale Planung, nun aber mit der sozialen Technik der Planungswissenschaft, wiederaufzunehmen oder sich auf reaktive Sozialpolitik zu beschränken. Eine größere Zahl der SPD nahestehender oder zugehöriger Emigranten hatte die Entwicklung der Planwissenschaft mitgemacht, teilweise sogar wissenschaftlich führend, und einige von ihnen hatten sich für den Wiederaufbau der SPD zur Verfügung gestellt. Ich selbst gehörte zu ihnen. 1947/1948 hatte ich Gelegenheit, die Planungsvorbereitung in England kennen-

zulernen und auch die Tätigkeit des Tavistock Institutes. Es war möglich, in nichtsozialdemokratischen Kreisen der englischen Emigration lebendige Diskussionen über das Problem zu führen.

Die sozialdemokratische Organisation aber zeigte sich so gut wie völlig unorientiert und uninteressiert. Als ich 1948 nach Deutschland an den Ort des Parteivorstandes übersiedelte, fand ich dieselbe Situation vor. Erst im Jahre 1956, als die zweite Industrierevolution mit Atomenergie und Automation Planungsprobleme aufwarf und vor allem in Nordrhein-Westfalen der der SPD zugehörige Staatssekretär Leo Brandt nach der technischen Seite der Planung hin eine nicht übersehbare Initiative ergriff, kam es zu einer Art Planungs-Renaissance der Partei. In der Atomkommission des Parteivorstandes, der ich angehörte, wurde ein „Atomplan" ausgearbeitet, der dann auf dem Parteitag 1956 in München im Rahmen einer Resolution zur 2. Industrierevolution angenommen wurde. Die Grundsatzreferate hielten Leo Brandt und Carlo Schmid. — „Auch die Sozialdemokratie geht in einen neuen Abschnitt ihrer politischen Wirksamkeit", so hieß es. — Im Dezember 1956 wurde in Düsseldorf eine Konferenz „Die Mobilisierung des Geistes" abgehalten, an der über 300 Parlamentarier aus Bundestag und Landtagen teilnahmen. Sie sollte den ersten Schritt zur Verwirklichung der neuen Politik darstellen. Es wurden banale Reden gehalten, Forderungen an die Regierungen gestellt. Planungswissenschaftliche Gedankengänge, Erörterungen der Planungstechnik fehlten. Der Apparat nahm die Sache an sich.

Immerhin, der Zeitpunkt war gekommen, auf die neuen Methoden hinzuweisen und vor allem auf ihre Anwendung in der Partei selbst. Auf Veranlassung eines sehr prominenten Mitglieds des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion stellte ich am 13. 11. 1957 einen Modellvorschlag zur Verfügung mit dem Titel „Leistungssteigerung der Parteiarbeit".

Die Angelegenheit wurde ebensowenig weiterbehandelt wie eine Reihe ähnlicher Vorschläge, die auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gemacht worden sind. Nach kurzem Anlauf zu neuer evolutionspolitischer Planung von Aufgaben und Projekten der zweiten Industrierevolution gewann die rein formale politische Betrachtung gegenüber der konstruktiven historischen und strukturellen wieder die Oberhand. Was 1960 mit der SPD geschehen ist, muß als konsequente Folge ihres Versagens in der Programmatik zur zweiten Industrierevolution 1956/57 angesehen werden. Der Abschluß ihrer evolutionspolitischen Mission vollzieht sich in einer Situation, in der Entwicklungspolitik auf der Grundlage sozialer Planung zum Gebot der Stunde geworden ist. Es müssen neue, andere Kräfte, planungswillige, planungsfähige, das Instrument und die Organe für soziale Planung in diesem Lande schaffen.

Manfred Forster

Am Krankenbett des Dollars

Zur Problematik der westdeutschen Finanzhilfe

Amerika ist nicht mehr das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten". Wenn es noch einer authentischen Bestätigung dieser in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders aber in der Eisenhower-Ära ohnehin immer offenkundiger werdenden Tatsache bedurfte, dann präsentiert sie sich nun mit schonungsloser Realistik in der gegenwärtigen Debatte um den besorgniserregenden Stand der amerikanischen Wirtschaft, um die Probleme der Dollarsanierung sowie um die akuten Gefahren der Goldkrise. Diese Debatte findet nicht nur in den USA und nicht nur zwischen Wirtschafts- und Finanzexperten statt; sie hat sich über die Staatengrenze ebenso wie über die Zuständigkeit der Fachressorts hinweg zu einer internationalen Sache von weltweitem Aspekt ausgewachsen. Und was dabei im letzten Grunde zur Diskussion steht — man konnte es wörtlich so in der Tagespresse lesen — ist nicht mehr und nicht weniger als „die Frage des sinkenden Weltprestiges der westlichen Führungsmacht". Nach dem jüngsten Chef-Wechsel auf der Kommandobrücke dieser Macht hat die nachrückende Führungsequipe bald erkennen lassen, daß sie nicht gesonnen ist, vor den aufgeworfenen Kardinalfragen die Augen zu verschließen. Das spricht immerhin für einen neuerdings gut entwickelten Tatsachensinn in Washington, dessen konsequente und uneingeschränkte Anwendung auf die Grundkonzeption der zukünftigen US-Außenpolitik sicherlich nicht allein den spezifisch amerikanischen Wirtschaftsproblemen zugute kommen dürfte. Weit darüber hinaus wäre dies auf längere Sicht auch eine aussichtsvolle Chance für die Entwicklung zum Besseren in der Welt überhaupt, im wirtschaftlichen wie auch im politischen Raum.

Der Auftakt zur Politik dieser neuen Sachlichkeit hat ringsum Gefühle und Nerven nicht geschont, nicht die im eigenen Lande und schon gar nicht die der Freunde draußen, — wovon man, allen anderen voran, in diesen Tagen jedenfalls in Bonn ein ganz besonders tristes Lied zu singen weiß. John Fitzgerald Kennedy, das neue Staatsoberhaupt der Vereinigten Staaten, hat nämlich soeben in drei aufwühlenden Botschaften an den Kongreß und die amerikanische Öffentlichkeit (über die „Lage der Nation") den Vorhang der Illusion von dem Glück und Reichtum, der „Macht und der Herrlichkeit" der USA (kaum einen halben Monat vorher noch dekorative Kulisse für die große Abschiedsszene seines Amtsvorgängers Eisenhower) erbarmungslos aufgerissen. Und vor den Augen seines ernüchterten Publikums lag die amerikanische Wirklichkeit: Anhaltender Rückgang der US-Wirtschaft; hochgradige Arbeitslosigkeit; enorme Staatsverschuldung; „beunruhigendes" Defizit der Zahlungsbilanz; Dollarschwäche, Goldkrise, Währungssorgen. Sam Rayburn, Sprecher des Repräsentantenhauses und Fraktionschef der Demokraten, charakterisierte nach einer Besprechung mit Kennedy die gegenwärtige Wirtschaftslage Amerikas als „die schlechteste seit Beginn der dreißiger Jahre".

US-Auslandsinvestitionen schwächten den Dollar

Ein beträchtliches Maß an volkswirtschaftlicher Verantwortung für die Krisensituation der US-Wirtschaft kommt eindeutig auf das Konto des amerikanischen Industriekapitals, nachdem in den letzten Jahren eine außergewöhnliche Zunahme von Investitionen der amerikanischen Privatwirtschaft im Ausland zu konstatieren war. Nach Ermittlungen des Wirtschaftsdepartements in Washington stieg

die Summe dieser Investierungen bis Ende 1959 auf rd. 29 Milliarden Dollar (vergleichsweise waren es demgegenüber zehn Jahre vorher nicht einmal ganz 12 Milliarden Dollar). Aber nicht allein die absolute Höhe dieses Endbetrages ist beachtlich. Von nicht geringerem Gewicht ist die Frage, in welchen Wirtschaftsräumen sich das aus den Staaten abwandernde Industriekapital vornehmlich niedergelassen hat. Dabei ergibt sich aus einschlägigen statistischen Daten, daß in letzter Zeit das Interesse des Dollars einen radikalen Wechsel in seiner Marschrichtung vollzogen hat, indem es inzwischen scharf Kurs auf Westeuropa, genauer gesagt, auf die Industrieländer der EWG genommen hat.

Zu bevorzugten Zielen massierter Industriebetätigung amerikanischen Kapitals wurden seitdem so attraktive EWG-Länder wie die Bundesrepublik, Frankreich, Italien und die Niederlande. Zu dieser Entwicklung hier einige bezeichnende Vergleichszahlen: Im Jahre 1958 waren von dem bis dahin aus den Staaten abgeflossenen Investitionskapital 8,9 Milliarden Dollar in Kanada, 8,7 Milliarden in Südamerika und nur 4,4 Milliarden in Westeuropa angelegt worden. Im folgenden Jahre aber hatten sich die Proportionen bereits grundlegend verschoben. Von dem Gesamtbetrag des im Jahre 1959 untergebrachten US-Anlagekapitals landeten jetzt, an der Spitze, 439 Millionen Dollar allein in Westeuropa, 429 Millionen in Kanada, 139 Millionen in Südamerika die restlichen 145 Millionen Dollar verteilten sich auf die übrigen Länder. Aus einer anderen Statistik für die Periode der letzten fünf Jahre ergibt sich für diesen Zeitraum eine Steigerung an direkten amerikanischen Kapitalinvestitionen in den westeuropäischen Industrieländern von rd. 1,5 Milliarden Dollar im Jahre 1950 auf rd. 5 Milliarden Dollar bis Ende 1959. Im übrigen hat man allein in den letzten 20 Monaten nach einer entsprechenden Ermittlung am Anfang dieses Jahres die Neugründung von 400 Tochtergesellschaften amerikanischer Firmen in Westeuropa festgestellt.

Dieses spontane Interesse amerikanischer Konzerne an industrieller Betätigung gerade in diesem speziellen Wirtschaftsbereich erklärt sich durch die Chancen des Massenabsatzes, der sich in Europa, auf den neu entstandenen großen Märkten des EWG-Raumes, anbietet. Die amerikanische Industrie will fröhlich partizipieren, wenn und solange die Industriebetriebe in diesen Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, auf den Wellen der Hochkonjunktur reitend, ihre Produktion und Umsätze erhöhen. Die cleveren Geldleute aus USA wollen mit von der Partie sein, wenn die in diesen Gebieten „ansässigen Unternehmen" zollpolitische und sonstige Vorteile genießen. Und nicht zuletzt verspricht man sich „drüben" von den niedrigeren Löhnen Westeuropas zusätzlich höhere Gewinne.

Gefährlicher Wachstumsschwund der Wirtschaft

Sofern sich die amerikanischen Unternehmer auf diese Weise von den trüben Tatsachen der amerikanischen Wirtschaftssituation bei besseren Geschäften jenseits des Atlantik zu erholen trachteten, so gab es dazu freilich gute Gründe. Daß der gegenwärtige Zustand der amerikanischen Wirtschaft „beunruhigend" ist, wie es der neue US-Präsident seinen Landsleuten soeben nüchtern offenbart hat, war für das amerikanische Kapital längst keine Offenbarung mehr. Diese Kreise hatten den gleichen Tatbestand seit geraumer Zeit bereits an den untrüglichen Kurven ihrer erheblich rückläufigen Gewinne ablesen können. Nach den im Herbst 1960 veröffentlichten Ergebnissen eines Berichts der First National City Bank of New York — aufgrund der Auswertung repräsentativer Informationen von 764 Aktiengesellschaften aus 23 Wirtschaftsgruppen — bestätigte es sich, daß die Gewinne des dritten Quartals 1960 um 11 % hinter denen des zweiten Quartals im gleichen Jahre zurückgefallen waren.

Als einen sehr ernst zu nehmenden Ausdruck der schlechten Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten kritisierte Kennedy in seiner Wirtschaftsbotschaft das geringe Wachstum des amerikanischen Nationalproduktes, das seit 1953 jährlich nur um 2,5 % gestiegen sei. Die rechte Vorstellung von der Tragweite dieser Tatsache vermittelt ein Vergleich mit entsprechenden Werten aus der industriellen Produktion der Sowjet-Wirtschaft, den wir Allan W. Dulles, dem Bruder des verstorbenen US-Außenminister J. Foster Dulles verdanken. Diesen unverdächtigen amerikanischen Zeugen zitiert Professor Dr. Fritz Baade, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, in seinem Buch „Der Wettlauf zum Jahre 2000" (mit dem aufrüttelnden Untertitel „Unsere Zukunft — ein Paradies oder die Selbstvernichtung der Menschheit"). Baade schreibt: „Allan W. Dulles, der Leiter des amerikanischen Geheimdienstes, hat den amerikanischen Elektroingenieuren, vor denen er einen Vortrag hielt, vorgehalten, daß die Industrieproduktion in den Vereinigten Staaten im letzten Jahrzehnt nur durchschnittlich um 3,6 v. H. gestiegen sei — wenn man das Jahr 1958 mit einbezieht, sogar um weniger als 3 v. H. —, während sie in der Sowjetunion nach den amtlichen Angaben um mehr als 10 v. H. jährlich, nach der Korrektur, die Allan W. Dulles zu machen für notwendig hält, immerhin um 9 bis 10 v. H. jährlich gestiegen sei. Gleichzeitig hatte Allan W. Dulles ausgeführt, daß in Rußland vom Sozialprodukt jährlich 30 v. H. investiert werden, in den Vereinigten Staaten dagegen nur 17 bis 20 v. H."

Es besteht in diesem Sachzusammenhang kein Grund, an der Glaubwürdigkeit des Leiters des amerikanischen Geheimdienstes zu zweifeln. Dann aber liegt mindestens in dieser Disziplin die Führungsmacht des Westens gegenüber der konkurrierenden Führungsmacht des Ostblocks beim „Wettlauf zum Jahre 2000" gegenwärtig in denkbar schlechter Position.

In dieses Bild paßt auch die Meinung der Experten, die im Hinblick auf den hartnäckigen Absatzrückgang gegen Ende vorigen Jahres der USA-Wirtschaft bei entsprechender Weiterentwicklung einen Rückschlag voraussagten, dessen Ausmaß noch nicht zu erkennen sei. Im Augenblick wird es als besonders bedenklich vermerkt, daß diese Absatzstockung sich nicht auf die Waren des Massenbedarfs allein beschränkt, sondern weitgehend auch den Produktionssektor der Investitionsgüter ergriffen hat. Nachhaltig betroffen hiervon zeigen sich bereits wichtigste Industriezweige. Die Stahlindustrie war schon im Herbst 1960 mit nur der Hälfte ihrer Kapazität beschäftigt und mußte inzwischen nach Äußerung von Fachleuten weitere Auftragseinbußen hinnehmen. Die Baustoffindustrie klagt Stein und Bein über schleppende Bautätigkeit — und das in einem Lande, von dem Kennedy in seiner Kongreßrede jetzt sagen mußte, daß „noch immer 25 Millionen Amerikaner in unzureichenden Behausungen" wohnen.

Auch in der Automobilindustrie führte die schlechte Absatzlage zu alarmierenden Symptomen. Ein Überangebot an nicht verkauften Autos belagert den Markt und läuft dem Käufer nach. Es heißt, daß Personenkraftwagen in USA schon mit einer Anzahlung von 50 Dollar losgeschlagen werden. Nach letzten Meldungen werden bei drei namhaften Automobilproduzenten, General Motors, Ford und American Motors, in nächster Zeit allein 80 000 Arbeitskräfte jeweils eine Woche aussetzen müssen.

Im Februar dieses Jahres wurden durch Schließung von sieben Automobilwerken — vier Werke der Ford Motor Company und drei der Chrysler Corporation — insgesamt fast 13 000 Arbeiter entlassen. Diese Erscheinungen sind um so gravierender, als es sich hier um die Schlüsselindustrien des Landes handelt.

Vor einem anderen durchaus ernsten Problem steht die amerikanische Wirtschaftspolitik durch eine enorme Aufstockung der nicht abgesetzten landwirtschaftlichen Produkte, die auf Staatskosten gelagert werden müssen. Ein Über-

schuß an Agrarerzeugnissen im Werte von ca. 96 Milliarden Dollar (rund 400 Milliarden DM) gehört zu der unerfreulichen Hypothek, die Eisenhower dem neuen Kabinett Kennedy hinterlassen hat.

Die Experten sind pessimistisch

Die äußerst gespannte Konjunkturlage der Vereinigten Staaten hat den führenden Nationalökonomen des Landes hinreichend Material zu Expertisen über den Stand der amerikanischen Wirtschaft und über die zu erwartende Weiterentwicklung gegeben. Nach einem Korrespondentenbericht der „Welt" ging 1960 aus dem Produktionsindex der Federal Reserve Board ein Rückgang des Gesamtvolumens der industriellen Produktion in den USA hervor, der bei 167 % Jahresdurchschnitt in der Zeit 1947/49 in der ersten Hälfte 1960 auf 166 % stand und schon in der zweiten Jahreshälfte 1960 bei 165 % angekommen war. Die Ursache dieser Abwärtsentwicklung sieht man im wesentlichen in den rückläufigen Tendenzen vor allem bei der Stahl- und der Textilproduktion sowie in den Sektoren Papier- und chemische Industrie.

Bei Prognosen pflegen auch die Nationalökonomen aus vielerlei Gründen selten einer Meinung zu sein. Um so bedeutungsvoller ist es, daß auf einer Tagung der „American Statistical Association" viele Teilnehmer mit einer weiteren Rezession rechneten und sogar die überwiegende Mehrheit in der Auffassung einig war, daß die Produktion von 1961 noch unter dem Durchschnitt von 1960 liegen wird.

Mit erheblichem Absinken des Kursniveaus reagierte Wallstreet im Laufe des Jahres 1960 auf die rezessive Wirtschaftsentwicklung sowie auf den Rückgang der Gewinne und Dividendenzahlungen zahlreicher führender Unternehmungen. Der Dow-Jones-Index der Industrieaktien — er gilt als ein repräsentativer amerikanischer Börsenindex — gab in dem Zeitraum von Januar bis Anfang Dezember 1960 von 680 auf 593,5 nach. In der ‚State of Union'-Botschaft des Präsidenten über die wirtschaftliche Lage des Landes heißt es, daß die Konkursanmeldungen „ihren höchsten Stand seit der großen Depression erreicht" haben.

Arbeitslosigkeit auf dem höchsten Stand der US-Geschichte

Bei derselben Gelegenheit befaßt sich der Präsident auch mit der Arbeitslosigkeit, dem größten derzeitigen Problem der amerikanischen Wirtschaft. „Mit Ausnahme einer kurzen Periode im Jahre 1958", sagte Kennedy, „hat die Zahl der versicherten Arbeitslosen den höchsten Stand in unserer Geschichte erreicht. Von etwa fünfeinhalb Millionen arbeitslosen Amerikanern bemühen sich eine Million seit mehr als zwei Monaten um Arbeit, und in jedem Monat verlieren rund 150 000 ausgesteuerte Arbeitslose die ohnehin schon bescheidene Arbeitslosenunterstützung." Die von Kennedy festgestellte Arbeitslosenziffer von 5,5 Millionen Arbeitslosen entspricht etwa 7 % aller Erwerbstätigen. Für Februar dieses Jahres rechneten Wirtschaftsprognosen mit einem weiteren Anstieg auf etwa 6 Millionen Arbeitslose, das sind ca. 7,5 % der Beschäftigten. Da in der Wirtschaft erfahrungsgemäß nicht mehr als allenfalls 3,5 % Arbeitslose als tragbar angesehen werden, ist mit einem derart hohen Prozentsatz der kritische Punkt bereits erheblich überschritten.

Die Voraussage über die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit im laufenden Jahr ist in dieser genannten Zahlenangabe gewiß nicht zu hoch gegriffen, wenn man bedenkt, daß die von Kennedy genannte Arbeitslosenzahl von 5,5 Millionen, die einer Schätzung der Arbeitslosigkeit nach ihrem Stand von etwa Mitte Januar dieses Jahres durch US-Arbeitsminister Goldberg entspricht, schon Ende

Januar, rund zwei Wochen später, durch den neuen Stand von 5,6 Millionen um weitere 100 000 Arbeitslose überholt war. Inzwischen wurden wiederum neue Entlassungen bekannt, so aus der Uhren-, aus der Elektro-Industrie und aus anderen Industriezweigen.

Selbst Angestellte, deren Position bislang als verhältnismäßig krisensicher beurteilt wurde, bekommen nunmehr die Schärfe der amerikanischen Rezession zu spüren. In führenden Unternehmen der Elektroindustrie wurden beispielsweise zahlreiche mit 15—30 000 Dollar jährlich dotierte sogenannte „Mittelstellungen" freigesetzt.

Die unmittelbaren Auswirkungen dieser depressiven Wirtschaftsverhältnisse auf die Kosten und Preise, mit dem Ergebnis einer allgemeinen erheblichen Verteuerung der amerikanischen Lebenshaltung, konnte natürlich nicht ausbleiben. Es wurde festgestellt, daß die Ratenverpflichtungen der Amerikaner, die noch im Jahre 1946 einen Gesamtbetrag von 4,2 Milliarden Dollar ausmachten, bis 1960 auf 42 Milliarden, also in fünf Jahren auf das Zehnfache angeschwollen sind. Der Index der Lebenshaltungskosten in den USA stieg von 100 (Stand 1947/49) auf 127,4 bis November 1960 an.

Rüstung verursachte enorme Staatsverschuldung

Hinter dieser erschreckenden Höhe der privaten Verschuldung des amerikanischen Bürgers stehen die staatlichen Zahlungsverpflichtungen aus der inneren Verschuldung keineswegs zurück, so daß deren Aufbringung zu einer weiteren Quelle von Schwierigkeiten für Gegenwart und Zukunft werden muß. Noch innerhalb dieses Jahres werden 80 Milliarden Dollar alte Schulden zur Zahlung fällig. An weiteren Fälligkeiten kommen in den nächsten vier Jahren noch 62 Milliarden Dollar hinzu. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß zwischen dem gesunkenen amerikanischen Lebensstandard und dieser enormen Staatsverschuldung der USA auf der einen Seite und den im letzten Jahrzehnt geradezu gigantischen Aufwendungen dieses Staates für Rüstung und Militärhilfe ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Allein in der zweiten Hälfte dieser Periode, von 1945 bis 1949, betrugen die Geldleistungen Amerikas für Rüstungsausgaben in Übersee zusammen mit der sogenannten Auslandshilfe 106 Miliarden Dollar (annähernd 450 Milliarden DM). Im amerikanischen Etat sind schon für den offiziellen Rüstungsbedarf des Finanzjahres 1961 nicht weniger als 41,5 Milliarden Dollar angesetzt. Dauerbelastungen dieses riesenhaften Ausmaßes kann sich keine Macht der Welt, auch nicht der „reiche Onkel aus Amerika", leisten, ohne den Bestand seiner Wirtschaft und die Gesundheit seiner Finanzen zu riskieren.

In einer Analyse zur Haushaltslage der Vereinigten Staaten kommt das Institut „Finanzen und Steuern" zu der Feststellung, man müsse zugeben, daß der amerikanische Haushalt Ausgaben enthalte, die auf die Zahlungsbilanz des Landes eine defizitäre Wirkung ausübten. Unumstritten handelt es sich hier in erster Linie um die Kosten für die vorwiegend militärische Auslandshilfe und für die Stationierung amerikanischer Truppen im Ausland.

Flucht aus dem Dollar

Ein Staat, der wie in diesem Falle bei stagnierender Wirtschaft in seinen Ausgaben dermaßen über seine Verhältnisse lebt, darf sich nicht wundern, wenn das Vertrauen in seine Währung eines Tages dahin ist. Die Vereinigten Staaten haben dies bereits gründlich erfahren müssen. Der Traum vom amerikanischen Reichtum war ausgeträumt in dem Augenblick, als die Dollarkurse zu sinken begannen. Es war ein schrilles Alarmsignal, daß der Damm des Vertrauens in den Dollar — die bisher anerkannte „Leitwährung" der westlichen Welt — ernstlich

ins Rutschen geraten ist. Der Dollar war zum „heißen Geld" geworden, das man auf kürzestem Wege gegen Wertbeständigeres einzutauschen trachtete. Es begann der allgemeine Run auf die Deutsche Mark — zeitweise noch stärker eingeheizt durch die spekulativen Gerüchte um die Aufwertung der D-Mark —, es begann die große Flucht aus dem Dollar ins Gold. Heute gilt der Dollar als eine der schwächsten Währungen der Welt. Durch den seit Jahren anhaltenden Goldabfluß infolge dieser Kapitalflucht in Verbindung mit der laufenden Auswanderung von Investitionskapital und den immensen Rüstungs- und Militärhilfeausgaben im Ausland haben sich die Goldbestände der Vereinigten Staaten seit 1958 erheblich vermindert. Unter der Wirkung weiterhin anhaltender Goldabgänge ist der Wert des amerikanischen Goldschatzes inzwischen — wie die Federal Reserve Bank von New York im Februar dieses Jahres mitteilte — auf unter 17,5 Milliarden Dollar gesunken. (Allein in der Zeit vom 1. Januar bis Anfang Februar verringerten sich die amerikanischen Goldbestände weiter um 352 Millionen Dollar; das entspricht rund 1,5 Milliarden DM!) Danach ergibt sich gegenwärtig folgende ernste Situation für die amerikanische Währung: Von dem zur Zeit vorhandenen Goldbestand in Höhe der genannten 17,5 Milliarden Dollar sind durch die Notendeckungsvorschrift 12 Milliarden (nämlich 25 % der Umlaufsmittel) zur Deckung der Währung in den USA „eingefroren". Es verbleibt also eine frei verfügbare Reserve von nicht mehr als 5,5 Milliarden Dollar. Rechnet man zu diesen noch die kurzfristig kündbaren Auslandsguthaben im Werte von knapp 3 Milliarden Dollar hinzu, so steht gegenwärtig eine Gesamtreserve von praktisch nur 8,5 Milliarden Dollar der inzwischen auf 21 Milliarden Dollar angewachsenen Summe von kurzfristig fälligen Auslandsverpflichtungen zur internationalen Regulierung zur Verfügung. Angesichts dieser negativen Bilanz sind die akuten Sorgen der amerikanischen Währungs- und Finanzpolitiker nur zu verständlich, die sehr wohl wissen, daß eine Weiterentwicklung auf diesem Wege über die Dollarkrise geradezu in den Ruin des Dollars führen müßte.

Kennedy macht Bilanz

In seiner schon erwähnten ‚State of Union'-Botschaft ist Präsident Kennedy auch diesen bedrohlichen Tatsachen nicht ausgewichen, indem er feststellte: „Es ist richtig, daß sich seit 1958 die Kluft zwischen den Dollarbeträgen, die wir im Ausland ausgeben oder investieren, und den Dollarsummen, die in unser Land zurückfließen, beträchtlich erweitert hat. Dieses Gesamtdefizit unserer Zahlungsbilanz nahm innerhalb der letzten drei Jahre um fast elf Milliarden zu". In mehrfachem Sinne bedeutungsvoll war in dieser Rede Kennedys eine Anmerkung zu den finanziellen Zukunftsperspektiven der USA: „Inzwischen hat unser Land mehr als seinen Anteil an den Militär- und Auslandshilfeverpflichtungen des Westens getragen. Auf der Basis der politischen Lage wird für 1961 eine erneutes Defizit von zwei Milliarden vorausgesagt". Kennedy bestätigt damit einmal die harte Tatsache, daß unter allen mitwirkenden wirtschaftlichen und finanzpolitischen Faktoren den gewaltigen Ausgaben der Vereinigten Staaten für ihre Militärpolitik im Ausland der Kardinalanteil an der Verursachung des Defizits in der Zahlungsbilanz zukommt. Und im übrigen wird nach dieser Voraussage auch in Zukunft dem amerikanischen Haushalt — und damit dem amerikanischen Steuerzahler — die Übernahme zusätzlicher Finanzlasten für die gleichen Ausgabenzwecke aufgebürdet werden. Aber der US-Präsident ließ auch keinen Zweifel daran, daß sein Land „mehr als seinen Anteil" an der Zeche getragen habe. Das war deutlich und nachdrücklich an die Adresse jener europäischen NATO-Bündnispartner Amerikas gerichtet, denen zumal seit den Zeiten der kriegsschwangeren Dulles-Politik das Volumen amerikanischer Rüstungs- und Militär-

programme in aller Welt gar nicht kolossal genug sein konnte. Nun hat Amerika sie alle eingeladen, sich gefälligst an dieser Zeche zu beteiligen. Das geht in erster Linie, wie die bisherigen deutsch-amerikanischen Finanzverhandlungen zur Genüge dargetan haben, die Bundesrepublik Deutschland an, wo man immer am lautstärksten für alle amerikanischen Rüstungspläne Stimmung gemacht hat und wo man sich außerdem nicht genug tun konnte, mit dem eigenen „Wohlstand" zu prahlen. Wir werden noch sehen, was demnach in nächster Zeit und in weiterer Zukunft auf den westdeutschen Steuerzahler zukommt. Betrachten wir jedoch zuvor das inner-amerikanische Aktionsprogramm, das die Regierung Kennedy zur Lösung der dringendsten Probleme der amerikanischen Wirtschafts- und Währungspolitik bereits in den ersten drei Botschaften an die Nation entwickelt hat.

Man spricht von drei Hauptzielen: Überwindung der gegenwärtigen Rezession, Sanierung der Zahlungsbilanz, Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe an das Ausland. Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten sind geplant und sollen durch eine Reihe von Präsidialerlassen und Regierungsvorlagen an den Kongreß nach Vorstellung Kennedys bald verwirklicht werden. Zunächst sollen alle Kräfte mobil gemacht werden, um die gefährlich stagnierende Wirtschaft schnellstens wieder aufzumöbeln. Um die bei weitem ungenügende wirtschaftliche Wachstumsrate zu steigern, soll auf breiter Grundlage die Produktion und die industrielle Investitionstätigkeit durch Schaffung günstigerer Kapital- und Steuerbedingungen mit dem notwendigen Einsatz staatlicher Mittel und Möglichkeiten neu belebt werden. Ein neues Wohnungsbau- und Städteplanungs-Ministerium soll noch in diesem Jahre ein neues Wohnungsbauprogramm in Angriff nehmen. Die preistreibenden Produktionskosten in der Wirtschaft sollen weitgehend reduziert und der technische Fortschritt mit allen Mitteln vorangetrieben werden. Vorgesehene Sparmaßnahmen auf der Ausgabenseite des Staatshaushaltes und der Aufruf zu forcierten Exportbemühungen gehen darauf aus, das Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz wieder herzustellen. Die westlichen Länder sind aufgefordert, der bedrängten amerikanischen Währungs- und Finanzpolitik durch Begünstigung der Einfuhr amerikanischer Produkte und durch Erleichterung privater Investitionen in den USA die gebührende Schützenhilfe zu leisten. Die Goldreserven der USA sind dazu vorgesehen, den Handel wirksam zu unterstützen und die Position des Dollars zu stärken. Kurz, durch „konstruktive Maßnahmen" — es handelt sich um ein Programm von 20 Punkten — will man das Defizit überwinden und aus dem wirtschaftlichen Tief herauskommen. Gleichzeitig versicherte die Regierung Kennedy entgegen allen Abwertungsspekulationen, daß die Stabilität des Dollars (auf der Basis eines konstanten Kurswertes von 35 Dollar je Unze Feingold) unbedingt garantiert bleibt. Eine Devisenkontrolle wird nicht eingeführt und überhaupt jede Form von Protektionismus als ungeeignete Lösung abgelehnt. Im Gegenteil, Amerika will das Programm für „nationale Sicherheit" und „Auslandshilfe" weiter fortführen.

Bedenken, Kritik und Widerstände

Jugendlichen Elan und den unverwüstlichen Optimismus (der einmal zum amerikanischen Lebensstil gehörte) kann man diesem Konzept gewiß nicht absprechen, mit dem Kennedy und sein neues Kabinett an die schwere Aufgabe herangehen, das amerikanische Wirtschaftsschiff wieder flott zu machen. Aber die Aufgabe ist nicht nur schwer. Es fragt sich, ob sie überhaupt mit dieser Formel des 20-Punkte-Programms gelöst werden kann. Immerhin ist zu bedenken, daß sich die angestrebten Ziele keineswegs immer ergänzen, sondern in wesentlichen Fragen sogar scharf miteinander konkurrieren. Die geplanten Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums, der Bautätigkeit und des Exports be-

dingen erhöhte Staatsausgaben und damit zunächst neues Defizit und neue inflationistische Gefahren für die Währung. Auf der anderen Seite bleibt abzuwarten, ob die zukünftige Forcierung des amerikanischen Exports die erhofften Blüten treiben wird; ausgerechnet im gegenwärtigen Stadium, wo auf dem für die amerikanischen Waren vorgesehenen europäischen Markt der Konkurrenzkampf sich erheblich zu verschärfen beginnt, nachdem der große Nachholbedarf hier bereits weitgehend befriedigt ist, und nachdem in den hochindustrialisierten EWG-Ländern inzwischen ein Produktionsapparat entstanden ist, der fieberhaft maximale Gütermengen bis zur Überhitzung in die Hochkunjunktur gepumpt hat und auf Großumsätze zugeschnitten ist. Schließlich sieht man in Westeuropa schon wieder eine Zeit am Horizont heraufziehen, wo die Absatzfrage wieder groß geschrieben wird! Man wird also den amerikanischen Konkurrenten auf den Märkten Westeuropas kaum mit offenen Armen begrüßen.

Aus dem westlichen Ausland kamen — nach dem schnell verrauschten Beifall über Kennedys „scharfe Diagnose" und „mutige Art" — bald auch kritische Stimmen. So fragte die führende britische Wirtschaftszeitung „The Financial Times": „Ob Kennedy so viele erstrebenswerte Ziele zur gleichen Zeit erreichen und ob er sowohl den Dollar festigen als auch die heimische Wirtschaft wieder auf die Füße stellen kann?"

An den Devisenmärkten, wo der US-Dollar nach wie vor im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit steht, fanden die Vorschläge Kennedys — nach zunächst freundlicher Haltung — alsbald eine recht kühle Aufnahme. Es kam international zu einer deutlichen Abschwächung der Auszahlung in New York, weil man in den geplanten Wirtschafts- und Finanzreformen der neuen US-Regierung keine Maßnahmen sieht, die über die bisherigen Erwägungen zur Lösung der Dollarkrise hinausgehen. Auch im eigenen Kongreß findet das Kabinett Kennedy jetzt wenig Gegenliebe für seine Reformpläne. Nach neuesten Meldungen aus Washington zeigen Regierung und Kongreß schon Sorge über die Widerwilligkeit des Kongresses, sich mit dem Programm Kennedys zu befassen. Man spricht von einem hinhaltenden passiven Widerstand gegenüber den Wirtschaftsreformatoren, die so deutlich von Opfern sprechen und ankündigen, es werde schlimmer werden, bevor es besser werden kann. Gewagt wäre es, Voraussagen zu machen, wer und was in dieser intern amerikanischen Auseinandersetzung sich schließlich durchsetzen und wer in welchen Punkten am Ende nachgeben wird. Wenn es auch im Hinblick auf die Spielregeln des amerikanischen Parlamentarismus heißt: „Der Präsident ist stark, der Kongreß ist stärker" — so werden die praktischen Chancen auch von anderen, nicht-parlamentarischen Umständen mitbestimmt werden, und bis heute ist alles noch offen.

Amerika bittet zur Kasse

Sicher ist vorerst nur das eine: daß die Aufforderung Kennedys an die westeuropäischen Bündnispartner, mit einer wesentlich höheren Quote in die Kosten für die amerikanische Rüstungs- und Militärpolitik im Ausland und der Entwicklungshilfe einzusteigen, in irgend einer Form honoriert werden wird. Am sichersten gilt das für die unverblümte Forderung der Vereinigten Staaten an die Bundesregierung, für diese Zwecke — deren Ansprüchen der geschwächte Dollar nun nicht mehr gewachsen ist — so tief wie möglich in die „prallen Taschen" des bundesdeutschen Konjunkturwohlstandes zu greifen.

Im Prinzip hat Bonn keinen Augenblick gezögert, Ja zu sagen. Es war ein süßsaures Ja, denn auch in Bonn sitzen Finanzexperten, und die können vermutlich nicht schlechter rechnen als ihre amerikanischen Kollegen. Aber dann kam es zu den im Spätherbst vorigen Jahres angeknüpften, dann unterbrochenen und zur

Zeit im entscheidenden Diskussionsstadium befindlichen deutsch-amerikanischen Finanzverhandlungen. Man hat bisher viel geredet. Meist aneinander vorbei und manchmal auch zum Fenster hinaus.

Jetzt wird es ernst, denn es geht nun ans Zahlen. Nachdem den jungen Wohlstandsbürgern bisher suggeriert worden war, sie seien aus dem Gröbsten heraus und könnten nun „die sieben fetten Jahre" genießen, ist dieses Finanzhilfeproblem nun für die Regierung Adenauer die schwerste Belastung in ihrem jetzt drei Legislaturperioden währenden Dasein. Und in diesem Herbst sind die neuen Wahlen! So haben sich in Bonn, wie man hört, Fronten gebildet: Einerseits gibt es in B r e n t a n o ' s Außenministerium die forschen Ja-Sager, weil es schließlich und fast ausschließlich um die NATO und somit um die liebgewordene militante Außenpolitik geht. Natürlich wird man auf der anderen Seite — hier stehen das Wirtschafts- und das Finanzministerium — keine überzeugten Verneiner einer solchen Politik erwarten, mitten in dem auf „Rüstungspolitik um jeden Preis" eingeschworenen Adenauer-Kabinett. Und doch ist es diesmal gerade der mit den geforderten Zugeständnissen an den devisenschwachen amerikanischen NATO-Partner verbundene Preis, der den beiden Ressortministern Hemmungen bereitet, selbstverständlich nur ressortmäßig. Selbst in der Brust des Bundeskanzlers haben es die beiden Seelen, die eine für die NATO und die andere für die akute Innenpolitik, sicher nicht leicht, miteinander einig zu werden. Denn, wie gesagt: im Herbst sind die neuen Wahlen! Aber nach dem bisher letzten Stand der Dinge hat sich der Kanzler inzwischen offensichtlich für den Weg des geringeren Widerstandes entschieden. Herr von Brentano hat es in Washington nicht an ernstlichen Versicherungen der weitestgehenden Zahlungswilligkeit der Regierung „bis an die Grenze des Tragbaren" fehlen lassen. Konrad Adenauer nimmt es also doch wohl lieber mit dem steuerzahlenden deutschen Wähler als mit der immer noch tonangebenden Führungsmacht der NATO auf ...

Bevor es dazu kam, gab es freilich einige böse Mißverständnisse zwischen Bonn und Washington, und die amerikanischen Zeitungskommentare hatten zeitweise einen unter Bündnisfreunden ungewohnt kühlen Ton. Als die Bundesregierung nach monatelangem Zieren sich schließlich zu präzisierten Zahlungsangeboten über eine einmalig zu leistende Devisenhilfe durchrang — deren 6-Milliarden-DM-Summe für unsere hiesigen Begriffe immerhin schon mehr als ein Pappenstiel war — da fanden diese westdeutschen Offerten in USA statt Beifall eine ausgesprochen schlechte Presse. Auch das Bonner Angebot, mit einer einmaligen „Soforthilfe" im Betrage von rund sechs Milliarden DM der Dollarwährung unter die Arme zu greifen, kam beim USA-Präsidenten gar nicht gut an; er bemerkte dazu ungerührt, die deutschen Vorschläge würden „natürlich nicht dem Problem und dem Anlaß" gerecht. Die Amerikaner haben nun inzwischen unmißverständlich klar gemacht, was sie von der „reichen" Bundesrepublik erwarten: keinen e i n m a l i g e n Betrag (gleichgültig in welcher Höhe), sondern eine D a u e r l e i s t u n g als laufenden Beitrag Westdeutschlands zu den militärischen Ausgaben und zu den Entwicklungshilfe-Programmen der Vereinigten Staaten, und zwar in einem für amerikanische Vorstellungen ansehnlichen Umfang.

B o n n s a g t D a u e r l e i s t u n g e n z u

Außenminister von Brentano hat schon in den ersten Tagen seines Washintoner Besuches offiziell die Bereitschaft der Bundesrepublik zum Ausdruck gebracht, sich nicht auf eine einmalige Stützungsaktion der amerikanischen Zahlungsbilanz zu beschränken, sondern „die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um ihr Programm für die entwicklungsfähigen Länder in künftigen Jahren fortzusetzen". Inzwischen ist zuverlässig bekannt geworden, daß der Bundes-

außenminister in Amerika einen jährlich fälligen finanziellen Beitrag der Bundesrepublik in Höhe von einer Milliarde Dollar — rund vier Milliarden DM — definitiv zugesichert hat. Noch vor Brentanos Rückkehr aus den USA äußerte die Bundesregierung ihre „Befriedigung" über das bisherige Besuchsergebnis des Ministers, dessen Reise man einen „guten Start" nannte . . .

Nichtsdestoweniger beginnt es bereits allgemein zu dämmern, daß es in jedem Falle für Westdeutschland der Start in eine Zukunft ist, dessen Himmel nicht voller Geigen hängen wird. Die deutsch-amerikanischen Finanzgespräche sind noch im Gange, und bis zum letzten Wort in dieser Sache wird vielleicht noch eine Weile vergehen. Aber soviel darf heute schon als ziemlich sicher angenommen werden, daß die zukünftigen deutschen Zahlungsverpflichtungen für die amerikanischen Auslandsprogramme militärischer und politischer Zweckbestimmung in ihrer unteren Grenze bereits festliegen und sich nur nach oben bewegen können. Unter diesem Gesichtswinkel muß man also die gegenwärtig genannten Zahlen als vorläufig betrachten.

Im Zusammenhang mit der Amerika-Expedition von Brentanos meldete die Presse, daß, ungeachtet der deutschen Zustimmung zu den „langfristigen Lösungen" (4 Milliarden DM alljährlich!), die auf rasche Entlastung der Zahlungsbilanz zielenden Finanzvorschläge (Vorfinanzierung von Rüstungskäufen und Vorauszahlung der Schulden) weiter bestehen bleiben werden. Demnach kommen schon im ersten Jahr auf die erste Rate der vorgenannten „langfristigen Lösung" in Höhe von jährlich 4 Milliarden DM mindestens folgende weiteren Beträge hinzu: 200 Millionen Dollar (840 Millionen DM) auf noch nicht getätigte Rüstungsaufträge und weitere 125 Millionen Dollar (525 Millionen DM) als hundertprozentige Anzahlung auf Rüstungsaufträge, die bereits nach den USA vergeben wurden.

Die Zukunft wird lehren, mit welchen weiteren Beträgen die Bundesrepublik aus ihrem vorangegangenen 6-Milliarden-DM-Angebot im Laufe dieser Verhandlungen möglicherweise außerdem noch belastet werden wird (nachdem Kennedy diesen westdeutschen Zahlungsvorschlag ausschließlich wegen seines Charakterfehlers als „einmalige" deutsche Leistung von vornherein außer Diskussion gestellt hat). In diesem Vorschlag waren außer den bereits oben angeführten Beträgen noch eine Rückzahlung von 587 Millionen Dollar (2,4 Milliarden DM) enthalten. Der restliche Schuldenbetrag von 200 Millionen Dollar (rd. 800 Millionen DM) sollte stillgelegt werden zur Regelung von Entschädigungsansprüchen für in den Vereinigten Staaten beschlagnahmtes deutsches Vermögen. Auf Grund der Verpflichtung Westdeutschlands, alle Gläubiger gleich zu behandeln, würden damit zugleich auch die Schulden an Großbritannien im Betrage von 794 Millionen DM sowie an Frankreich im Betrage von 21 Millionen DM zur Zahlung fällig werden. Ferner verpflichtete sich die Bundesrepublik in ihrem Vorschlag dazu, von der amerikanischen Entwicklungsbank kontraktfreie Projekte in Entwicklungsländern in Höhe von 75 Millionen Dollar (315 Millionen DM) zu übernehmen und eine Erhöhung des westdeutschen Anteils an den Infrastrukturausgaben der NATO von 13,4 auf 20 % vorzunehmen. (Diese Anteilserhöhung wäre mit einer Mehrbelastung des Bundeshaushalts von 50 Millionen DM verbunden).

Ferner soll die Bundesbank in diesem Jahr der Weltbank einen weiteren Kredit von 250 Millionen Dollar (rd. eine Milliarde DM) zur Verfügung stellen. Außerdem gewährte sie vorschlagsgemäß der Weltbank eine Kreditverlängerung für eine Summe von 1,5 Milliarden DM aus Krediten, die zur Rückzahlung fällig werden. Es sieht nicht danach aus, daß man in Amerika bereit ist, der Bundesrepublik auch nur einen dieser angebotenen einmaligen Beträge wegen der inzwischen zugesagten Dauerleistungen zu schenken.

Diese in ihrem Gesamtgewicht kaum vorstellbaren Zahlungsverpflichtungen können sich schließlich vielleicht nach irgend einer Seite hin verändern. Aber mit einer Verminderung im Saldo sollte man nicht rechnen, wenn man sich nicht bösen Enttäuschungen aussetzen will.

Aus der Tasche des Steuerzahlers

Jedenfalls ist es jetzt schon gewiß, daß Westdeutschland sehr schweren Zeiten entgegen geht. Die Bundesdeutschen werden bald den Leibriemen enger schnallen müssen. Vielleicht wird mancher hier in ahnungsloser Unschuld solche Sorgen mit dem Gedanken an den Devisen-„Reichtum" abtun, der sich in den Milliardenbeträgen der Zahlungsüberschüsse der Bundesrepublik so prächtig ausnahm. Mancher könnte vielleicht sogar auf den Gedanken kommen, diese neuen gewaltigen Staatsausgaben könnten als willkommener finanzieller Aderlaß gegen die Gefahren der Konjunkturüberhitzung eine heilsame Kur sein. So oder so wäre es ein kapitaler Irrtum. Wir sind gar nicht so „reich", wie man uns nennt. Der Zahlungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik von 1960 hat uns den Ruf eingetragen, „reich" zu sein, und machte damit Westdeutschland langsam zur Zielscheibe unterschiedlichster Spekulationen über seinen „Wohlstand". Und gegenwärtig ist diese Vorstellung, mehr oder weniger unverhohlen ausgesprochen, die moralische Basis für die Berechtigung des Anspruchs auf wesentlich größere Unterstützung für die Vereinigten Staaten! Nach dem Monatsbericht der Bundesbank für Januar 1961, der einen vorläufigen Überblick über die wirklichen Daten der letzten Zahlungsbilanz gibt, betrug der Überschuß im Jahre 1960 rund 8 Milliarden DM, gemessen am Anstieg des Gesamtbestandes der Bundesbank an Gold und Auslandsforderungen. Tatsächlich setzt sich dieser zahlenmäßige Überschuß aus Devisen (d. h. im finanztechnischen Sinne: Wechsel, Schecks und Auszahlungen, die auf ausländische Währungen lauten und im Ausland zahlbar gestellt sind) zusammen, die vorwiegend des günstigen Zinsgefälles wegen und eine Zeitlang auch in der Erwartung der DM-Aufwertung aus dem Ausland in die Bundesrepublik einströmten, rein spekulativem Geld also, das sprunghaft und kaum ernstlich berechenbar den Platz wechselt, immer auf der Jagd nach noch höheren Gewinnen. So wie es im letzten Jahr in die Kassen der Bundesrepublik floß, wird es seinen Lauf eiligst ändern und ebenso schnell in London oder New York wieder ans Tageslicht kommen, wenn und sobald an diesen Plätzen bessere Profite zu machen sind. Und das liegt immer noch im Bereich des Möglichen. Dann wäre unser schöner Überschuß in der Zahlungsbilanz schnell dahin. Es mag daran erinnert werden, daß wir noch im Jahre 1959 ein Zahlungsbilanzdefizit von 2,1 Milliarden DM hatten. Der „Reichtum" unserer Bundesrepublik ist also ebenso jung wie flüchtig und keineswegs ein fetter „Notgroschen" für schlimme Zeiten oder „für den alten Tag".

Auch die westdeutsche Konjunktur — noch als Hochkonjunktur bestaunt oder in ihrer Überhitzung mit leisem Mißfallen betrachtet — ist kein Grund zum Übermut. Es steht nirgendwo geschrieben, daß Wirtschaftsblüten ewig blühen müssen. Strukturelle oder konjunkturelle Veränderungen in einzelnen Wirtschaftsräumen der Partnerländer der westlichen Welt können bei den heutigen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen, Querverbindungen und vertraglichen Gemeinschaften aller Art — innerhalb der EWG, der EFTA, der NATO — auf die Dauer unmöglich ohne Auswirkungen auf die Gesamtheit der übrigen Länder bleiben. Das Beispiel der Autoindustrie bietet sich gegenwärtig an: Sicher ist es kein blinder Zufall, daß im gleichen Zeitraum die US-Automobilindustrie wegen Auftragsrückgang zu Kurzarbeit und Entlassungen übergehen mußte, daß man in Großbritannien auf dem gleichen Sektor bereits von Stagnationserscheinungen spricht

und daß in der Bundesrepublik die Situation des Kraftfahrzeuggeschäfts im ganzen auch nicht mehr so rosig ist, wie sie einmal war. Durch reine Optik sollte man sich nicht täuschen lassen. In Wirklichkeit hat in der westlichen Welt schon ein ziemlich heißer Konkurrenzkampf eingesetzt; wenn er erst auf volle Touren kommt, wird es auf unseren Märkten wieder härter zugehen. So gesehen, bedeuten die kommenden zusätzlichen Dauerbelastungen Westdeutschlands aus den Verpflichtungen der Dollaraktion ein Risiko, dessen Dimensionen noch nicht zu übersehen sind.

Wenn auch die weitere Zukunft noch in einem Dunkel liegt, das die Größe der kommenden Schwierigkeiten nur erahnen läßt, die der westdeutschen Finanzpolitik auf dem hier eingeschlagenen Wege noch begegnen werden: um so deutlicher zeichnen sich jedenfalls heute schon die Konturen der schweren finanziellen Bürde ab, die der Bundesbürger schon in sehr absehbarer Zukunft zu den bisherigen Lasten wird auf die Schultern nehmen müssen. Denn welche Bezeichnungen die einzelnen Posten der amerikanischen Rechnung am Ende auch haben mögen, die Summen werden in die Milliarden gehen. Der Bundeshaushalt ist eben erst wieder vom ursprünglichen Ansatz in Höhe von 44,8 Milliarden DM auf zunächst 48,2 Milliarden DM erhöht worden, worunter ein Betrag von 1,5 Milliarden DM zusätzlicher Ausgaben für die Entwicklungshilfe der größte Einzelposten ist. In Zukunft wird sich das Haushaltsvolumen noch weiter erhöhen. Diese demnächst anlaufenden westdeutschen Milliardenzahlungen für die ständige Stützungsaktion „Dollarhilfe" wird den Steuerzahler unzweifelhaft mit fühlbarer Härte treffen. Es ist unausweislich, daß die erforderlichen Mittel unter empfindlicher zusätzlicher Belastung des laufenden Haushalts weitgehend durch Steuermittel aufgebracht werden müssen. Schon haben sich Stimmen gemeldet, die den Vorschlag einer „Entwicklungssteuer" in die Debatte warfen. Wie immer das Kind auch heißen mag, sicher wird es zu der bestgehaßten Familie der Steuern gehören. Daß es ohnedem auf die Dauer auch gar nicht zu machen ist, daß die Abwälzung dieser Lasten auf den Bürger eigentlich das Selbstverständlichste von der Welt sei, soll ein ausländischer Diplomat kürzlich mit der lakonischen Feststellung plausibel gemacht haben: „Man kann eben nicht jedes Jahr ein Volkswagenwerk verkaufen!" Der Sprecher spielte dabei auf die Tatsache an, daß zur Aufbringung des ersten, bereits im verflossenen Jahr festgelegten Betrages von annähernd drei Milliarden DM für die Entwicklungshilfe neben der bekannten Industrieanleihe und verschiedenen Beträgen aus öffentlichen Mitteln auch der Erlös aus dem Verkauf von Aktien der Wolfsburger Volkswagenwerke in Höhe von 0.5 Milliarden DM mitherangezogen worden ist.

Ein Opfer — wofür?

„Unsere Freiheit wird teurer!" überschrieb das westdeutsche Massenblatt „Bild" im November vorigen Jahres einen Artikel zu den seinerzeit abgebrochenen Finanzgesprächen der beiden amerikanischen Finanzleute, des Finanzministers Robert Anderson und des stellvertretenden Außenministers Douglas Dillon (heute Finanzminister im Kabinett Kennedy) mit den Bonner Regierungsvertretern. Diese Schlagzeile war diktiert von dem untrüglichen Journalisteninstinkt für das, was beim einfachen oder flüchtigen Leser ohne überflüssigen Gedankenaufwand „ankommt". Nun ja, für die Freiheit wird jeder vernünftige Mensch einmal etwas tiefer in die Tasche greifen, wenn es not tut. Aber da ist erst die Frage — die diese Schlagzeile erst gar nicht aufkommen läßt —: Ist es wirklich so, daß die uns bevorstehenden Milliarden-Belastungen, ihrer Zweckbestimmung nach zu urteilen, in die Erhaltung unserer Freiheit mündelsicher investiert werden?

Wir wissen, daß der deutsche Finanzbeitrag zur Förderung der beiden Programmposten „Militärische Ausgaben in Übersee" und „Entwicklungshilfe" der USA eingespannt wird. Diese militärischen Projekte der USA in Übersee sind das Kernstück jener amerikanischen Politik, die unter der Leitung des amerikanischen Außenministers Dulles aus der Regierung Eisenhower ihre grellsten Blüten trieb. Damals kam für diese Politik der verrufene Name „Politik des Kalten Krieges" auf. Dulles, der sich nicht ungern „hart am Abgrund des Krieges" bewegte, war in den Vereinigten Staaten unter den Einflußreichen mit Vorsprung der unversöhnlichste Feind aller Verständigungsbemühungen zwischen den hochgerüsteten Machtblöcken in West und Ost. Geist von diesem Geist ist noch immer die NATO! Es ist also klar: Mit westdeutschen Steuergeldern sollen demnächst Fernraketen, Abschußbasen, Atom-U-Boote und Truppen entlang der Nahtstelle zwischen Osten und Westen mitfinanziert und die Rüstungen weiter forciert werden. Gibt es etwas Unsinnigeres in dem Augenblick, da nun auch der Regierungschef der stärksten Militärmacht der westlichen Welt, Präsident Kennedy, dem „tödlichen Rüstungswettlauf" zwischen den beiden großen Machtblöcken ein Ende zu machen wünscht und darum das Gespräch über die allgemeine Rüstungskontrolle mit seinem sowjetischen Kontrahenten in sein Programm aufgenommen hat? Wären unsere Steuergelder nicht besser angelegt zur Unterstützung der von Kennedy geplanten Bemühungen, unverzüglich sämtliche möglichen Bereiche einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen Ländern zu sondieren, „um die Wunder der Wissenschaft, anstatt ihre Schrecken zu erwecken"?

Der Gedanke der Hilfeleistung für die unterentwickelten Völker durch die hochindustrialisierten und wohlhabenden Nationen ist unbestreitbar gut. Aber die bisherigen Erfahrungen aus der Praxis der politisch oder gar militärisch gezielten Verwendung und Verteilung solcher Mittel sind keine Garantie für die Verwirklichung des guten Wortes von Präsident Kennedy: „Brot für den Frieden". Von falschen Händen gelenkt, kann es leicht geschehen, daß statt dessen „Waffen für den Krieg" daraus werden.

Das ist die eigentliche Problematik des Geldopfers, das uns Westdeutschen in Form der Stützungsaktion für den US-Dollar auferlegt wird. Wer ein schweres Opfer bringen soll, muß auch sicher sein können, daß es einen Sinn hat. Dann bringt er es gern, auch wenn es sehr schwer fällt. Im anderen Falle verdient die ganze Sache nicht den guten Namen „Opfer".

Nachtrag:

Bevor noch diese Zeilen dem Drucker übergeben werden konnten, haben sich mit bestürzender Pünktlichkeit die ersten Beweise dafür eingestellt, daß Optimismus wahrlich nicht am Platze ist, wo es um die nüchterne Frage nach der Höhe und Härte der zukünftigen deutschen Zahlungsverpflichtungen geht, die sich schon aus dem bisherigen Stand der amerikanisch-deutschen Finanzverhandlungen ergeben:

So wurde inzwischen bekannt, daß die Amerikaner es bereits schlankweg abgelehnt haben, den Kongreß mit dem Bonner Diskussionsvorschlag überhaupt zu befassen, wonach von der zur sofortigen (vorfristigen) Rückzahlung an die USA angebotenen Gesamtsumme der westdeutschen Nachkriegsschulden in Höhe von 587 Millionen Dollar ein Teilbetrag von 200 Millionen Dollar (rund 800 Millionen DM) zur Abdeckung der Ansprüche aus der Beschlagnahme deutscher Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten vorsorglich reserviert werden soll. Wie es heißt, hat die Bundesregierung auch diesen Betrag „im Interesse

der deutsch-amerikanischen Freundschaft" bereits abgebucht — auf Kosten der enttäuschten Hoffnungen der betroffenen deutschen Vermögensbesitzer.

Im übrigen hat es nun Bundeswirtschaftsminister Erhard als erster klar ausgesprochen, daß die gegenwärtige Kapazität des Bundeshaushaltes eine weitere Belastung durch die übernommenen Dauerverpflichtungen zugunsten der Verbündeten in Höhe von alljährlich vier Milliarden D-Mark unmöglich verkraften könne. Kaum ist also in diesen Tagen erst der westdeutsche Haushaltsplan für das Jahr 1961 — dessen Endsumme schon gegenüber dem Vorjahr wieder um drei Milliarden DM gestiegen war — über die Regierungsvorlage von rund 45 Milliarden DM hinaus auf nunmehr über 48 Milliarden erhöht worden (ohne daß darin bereits Gelder für eine deutsche Dollarhilfe berücksichtigt sind), da steht die Bundesrepublik wiederum vor der unausweichlichen Aufblähung des Haushaltsvolumens um weitere Milliarden-Beträge. Dabei sind die deutsch-amerikanischen Finanzgespräche noch nicht am Ende.

Und schon tauchen in diesem Zusammenhang am internationalen Devisenmarkt erneut die alten Spekulationen auf eine mögliche Aufwertung der DM auf. Es soll nämlich aus Bonner Ministerien durchgesickert sein, daß man dort mit einem weiteren Anziehen der Preise in den kommenden Monaten bereits rechnet und eine D-Mark-Aufwertung als geeignetes Instrument gegen eine solche Preissteigerung ansieht, deren schlechten Eindruck — ausgerechnet im Wahljahr — die Bundesregierung mit Recht zu fürchten hat.

Soweit herrscht also schon letzte Klarheit: Mit Beginn der zukünftigen Beitragszahlungen der Bundesrepublik zur amerikanischen Rüstungs- und Militärpolitik ist es endgültig aus mit dem Traum vom sagenhaften westdeutschen „Wohlstand".

Melitta Wiedemann

Die großen Zeichen

Zum Werk von Ernst Bloch und Pierre Teilhard de Chardin

I.

Die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse unserer Zeit weiten sich mit der gleichen Schnelligkeit, mit der die jüngsten Kinder unserer Technik die Räume durcheilen und morgen vielleicht überholen werden, was einst Zeit genannt wurde.

Aber die große geistige Zusammenschau, das Fazit, die Richtstrahlen, die uns vom neuen Standort der Welteinsicht aus den Weg in die Zukunft weisen sollten, fehlen völlig. Die Philosophen, deren Namen jahrelang Klang hatten, versagen vor der Aufgabe der Gegenwart. Sie stehen geistig hilflos und deshalb verängstigt dem Äon gegenüber, der angebrochen ist, und sind — gemeinsam mit Soziologen und Kulturkritikern — in ihrem Pessimismus auf Tauchstation gegangen. Die Politiker, vollends, haben sich in der Steinzeit verschanzt!

In dieser Lage sind — praktisch zur gleichen Zeit geschrieben — zwei Bücher von säkularer Bedeutung erschienen, große Zeichen am geistigen Horizont der Zeit, deren Leuchtkraft die dichten Nebel der Furcht und Mutlosigkeit durch-

dringt und aufhellt. Den Charakter eines Zeichens ergibt auch die symbolhafte Tatsache, daß eines dieser Bücher, Ernst Blochs „Prinzip Hoffnung", im kommunistischen Bereich, Teilhard de Chardins „Mensch im Kosmos" im geistig lebendigsten Land des Westens, in Frankreich, erschienen ist, daß beide Verfasser gegen die Drift der herrschenden Meinung ihrer Umwelt gedacht und geschrieben und dabei die Zukunft in der gleichen Richtung entdeckt haben.

II.

Der dritte Band des großen Werkes von Bloch erschien zuerst in der Bundesrepublik. Danach entschloß man sich auch in der DDR, den Leipziger Philosophen zu Wort kommen zu lassen, der Marxist und dialektischer Materialist ist, aber weiter sieht, als es den Tagespolitikern gegenwärtig opportun erscheint. Er gehört zu jener geistigen Avantgarde, die den Intellektuellen um Ulbricht unheimlich erscheinen muß. Sie selbst kämpfen seit 15 Jahren darum, in der Heimat von Hegel, Marx und Engels neben dem geistigen und ideologischen Vorsprung Moskaus bestehen zu können. Und plötzlich schreibt der Denker aus Leipzig ein Buch, das die Horizonte des dialektischen Materialismus weitet, das in jene Räume vorstößt, in die ihm — wenn nicht alle Zeichen trügen — die Jugend der Völker der Sowjetunion zuerst folgen wird.

Dem großartigen Buch Blochs entspricht sein persönlicher Mut und seine Standhaftigkeit. Es hieße, Eulen nach Athen tragen, wollte man umständlich nachweisen, daß es weder leicht, noch angenehm oder bequem ist, als Philosoph in der DDR zu leben, zu lehren, zu schreiben. Nicht die wirklich Bedrohten flüchten bekanntlich, sondern die Müdegewordenen. Die neue Jugend drüben, die begeistert an der Praxis des Sozialismus arbeitet, kennt diese Schwierigkeiten nicht. Sie verwirklicht, was notwendig ist.

Etwas anderes ist es aber, auf der Höhe des Kampfes um die neue Lebensform der Gesellschaft, in der geschlossenen Festung des ideologischen Baues ein Fenster weit aufzureißen, um zwar keinem Gegner, wohl aber der Höhenluft der Zukunft Einlaß zu gewähren. Denn der Tageskampf, den die Führenden durchzustehen haben, ermüdet und führt zur Abneigung gegen alles, was nicht nach Vorgestern (auch wenn es immer noch nicht sein Ziel erreicht hat), sondern nach Übermorgen aussieht —, wobei es ein Übermorgen nicht nur für Christlich-Abendländisches geben sollte, sondern auch für Marxismus und dialektischen Materialismus mit Sicherheit geben wird. Während jedoch in der praktischen Tagespolitik der zweite Schritt nur selten vor dem ersten zweckmäßigerweise getan werden kann, ist es in der Welt der geistigen Vorschau umgekehrt: je früher die Horizonte sich weiten, um so sicherer findet die Praxis ihren Weg.

Jedenfalls, und trotz aller Mühsal: Ernst Bloch lebt und wird die Früchte seines Werkes in Ost und West reifen sehen.

III.

Der Jesuit und Paläonthologe Pierre Teilhard de Chardin ist tot. So lange er lebte, mußte er schweigen. Dem französischen Forscher von großem internationalen Ruf war es im freien Westen von seinen Oberen verboten worden, seine Einsichten der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Er hat unter diesem Verbot, wie knappe Äußerungen in vertrauten Briefen und Gesprächen beweisen, gelitten, wenn auch — wie es der Zucht des Ordensmannes und des aristokratischen Frontkämpfers im Ersten Weltkrieg entsprach — klaglos gelitten. Sein jahrelanges Schweigen war das größte Opfer, das ein Mensch bringen kann, der überzeugt ist, daß sein Wort der Sache seines religiösen Glaubens und der Sache der Menschheit zu dienen vermöchte.

Erst als de Chardin — von seinen Oberen aus der Heimat verbannt, um zu verhindern, daß er vom angebotenen Lehrstuhl in Paris aus die Geister zum Glühen brächte — vierundsiebzigjährig am Ostersonntag 1955 in New York starb, wurde die Bahn frei zur Veröffentlichung jenes Buches, in welchem er (nach zahlreichen, bedeutsamen Fachveröffentlichungen) die Summe seines Denkens zusammengefaßt hatte — „Bahnbrecher für die Christenheit eines neuen Zeitalters", wie Friedrich Heer ihn nannte, „das größte religiöse Genie des Jahrhunderts", wie die französischen Bischöfe erklärten, als sie sich während einer Bischofskonferenz zu seinem Gedächtnis von ihren Sitzen erhoben.

IV.

„Sozialismus ist so alt wie das Abendland, ja in dem ständig mitziehenden Archetyp: Goldenes Zeitalter, weit älter."

Ernst Bloch

Worum geht es im „Prinzip Hoffnung" von Ernst Bloch? Es wäre vermessen, zusammenfassen zu wollen, was Bloch in zwei Bänden auf fast 1700 Seiten an enzyklopädischem Material zur Sozial- und Geistesgeschichte der Menschheit überlegen verarbeitet hat. Ausgehend von einer Art Fazit des Überbaues, konzentriert er sich auf jene Fähigkeit, die den Menschen zu dem gemacht hat, was er ist: auf die Fähigkeit, Lebensformen und Denkgewohnheiten des Tages, die sogenannten Realitäten, denen das Tier hoffnungslos verfallen ist, souverän zu überschreiten, um bewußt eine ganz neue Zukunft nach einem inneren Bilde und aus der logischen Fortsetzung der Gegebenheiten der Gegenwart zu antizipieren. Das ist das „Prinzip Hoffnung", das Bloch in seiner berückenden Geschichte der Träume und Taten, die man Utopien nennt, expliziert. Das Ergebnis ist eine großartige, zukunftweisende Anthropologie nach Marx, Engels und Lenin, die größte geisteswissenschaftliche Leistung auf dem Boden des dialektischen Materialismus.

Wer dies Buch nicht sorgfältig durchgearbeitet hat, sollte mit Prognosen über die geschichtliche Zukunft, vor allem über die Umrisse der Gestalt des Sozialismus, des Kommunismus von morgen sehr vorsichtig sein, wenn er redlich bleiben will. „Denken heißt Überschreiten", sagt Bloch, und betont immer wieder — schlimm, daß es notwendig ist — wie sehr die Kraft des Glaubens und Strebens nicht nur im Einzelleben, sondern auch für die menschlichen Gruppen, für die Gesellschaft, die Nationen, die Menschheit, Geltung hat. Einzig in Zeiten einer niedergehenden, alten Gesellschaft, wie der heutigen im Westen, läuft eine gewisse, partielle und vergängliche Intention nur abwärts. „Die Wunschwelt", die einzig ehrliche Eigenschaft aller Menschen, ist unerforscht. Dies blühende Fragengebiet liegt in der bisherigen Philosophie fast sprachlos da ... die Hoffnung, mit ihrem positiven Korrelat: der noch unabgeschlossenen Daseinsbestimmtheit, kommt derart in der Geschichte der Wissenschaften nicht vor, am wenigsten als Funktionär des nie Gewesenen, des möglichen Neuen ... Hoffnung, Erwartung, Intention auf noch ungewordene Möglichkeit: das ist nicht nur ein Grundzug des menschlichen Bewußtseins, sondern, konkret berichtigt und erfaßt, eine Grundbestimmung innerhalb der objektiven Wirklichkeit insgesamt ... Philosophie wird Gewissen des Morgen, Parteilichkeit für die Zukunft. Das sind eigene Formulierungen Blochs über Inhalt und Zweck seines Buches.

Aber mit welcher überwältigenden Fülle und Überzeugungskraft der Beweisführung hat er seine Aufgabe durchgeführt! Bloch weist das auf Zukunft ausgerichtete Philosophieren außer bei Lenin und Marx, auf den er sich bezieht,

durch die gesamte Geschichte nach. Er findet es in sämtlichen Freiheitskriegen aller Völker, bei Moses und den Propheten, bei Plato, im aristotelischen Begriff der Materie, im Christentum, in der „Tendenz" des Leibniz, in den Kant'schen Postulaten des moralischen Bewußtseins, in Fichtes Rechtslehre, in der historischen Dialektik Hegels, natürlich (um nur wenige aus der Zahl der Dargestellten zu nennen) aber auch in allen Mythen, Religionen, Mystiken, von denen wir wissen.

Doch nicht nur die geistesgeschichtlichen, politisch-historischen, religiösen Vorläufer unserer Zeit, die so viele Utopien schon verwirklichte, zeigt und gliedert Bloch in seine Anthropologie ein; über wissenschaftliche — etwa medizinische und technische — Verwirklichungen des Möglichen in der Vergangenheit kommt er — ein „engagierter" Denker par excellence — zur Gegenwart, in der „es ist, als ob Fabriken unmittelbar über den Energie-Orgien der Sonne oder des Sirius stünden", und damit zur Entscheidungsfrage nach einer Gesellschaft, „welche diese Umwälzung der Produktivkräfte ertragen" könne. Im Gegensatz zu Jaspers aber, der sich dabei beruhigt, daß der alte Steinzeitmensch, nunmehr die Atombombe als Kopfkissen, im Gesamt der Gesellschaft weiterzudämmern habe, erhofft und fordert Bloch die Anspannung aller jener Kräfte, die den Menschen zum Menschen machen, um der Gegenwart und der Zukunft gewachsen zu sein.

Dabei stellt er Dinge ins Licht, die für von der „Psychologischen Kriegführung" des Kalten Krieges Verdummte verblüffend sein müssen: Nichts von rationalistischer Überheblichkeit! Im Gegenteil: Bloch weist nach, warum der dem dialektischen Materialismus verschworene Teil der Menschheit den Westen fürchtet; er fürchtet einen Nihilismus, der das „Vorgewaltete" der Natur, nicht nur ihre Rohstoffe, sondern vor allem ihre Gesetze nicht mehr ernst nimmt, sie nicht mehr als Realitäten, sondern nur noch als „rein logische Strukturen" werten zu dürfen glaubt — womit übrigens der um sich greifende westliche Pessimismus im Blick auf die Technik ebenso begründet erscheint wie der östliche Fortschrittsoptimismus, der den Menschen im Gesamt des „Vorgewalteten" geborgen weiß. Bloch zitiert hier Engels und Stalin, wobei in seiner Darstellung deutlich wird, wie stark im dialektischen Materialismus dieses Existenzgefühl der Geborgenheit lebendig ist.

Unmittelbar im Anschluß an seine Ausführungen über die Technik wagt es Bloch, über das „Elektron" des menschlichen (psychischen) Subjekts zu philosophieren, um ohne jede Voreingenommenheit, mit souveräner Überlegenheit, ohne Scheu davor, uralten asiatischen, vor allem indischen, aber auch europäischen, meist religiösen Praktiken nachzusinnen, die durch Willenstechnik oder Imagination unwahrscheinlich scheinende Kräfte zu entbinden vermochten.

Um zu wiederholen: es ist unmöglich, in einer kurzen Zusammenfassung auch nur eine Ahnung davon zu geben, welche Fülle Bloch in seinem „Prinzip Hoffnung" ausbreitet. Seine unerschütterlich sichere Position und Beweisführung zu den wichtigsten Problemen der gesellschaftlichen Zukunft der Völker, der Menschheit, wird ergänzt und vertieft, wenn er immer wieder die Kunst und die Künste — bis hin zu den modernsten — als Kronzeugen heranzieht. Blochs logisch kristallklare, dabei in ihrem Reichtum, ihrer Bilderpracht, ihrer Glut, ihrem verzaubernden Rhythmus durch und durch musikalische Sprache weist bereits auf seine besondere Beziehung zur Musik hin; sein Buch ist eine Fundgrube für jeden, der sich geistesgeschichtlich mit Musik befaßt.

Und diese Sprache blüht vor allem, wenn Bloch von den „Letzten Dingen" redet, vom „Numinosen, auch im religiösen Humanum", vom „Höchsten Gut" und von den „Hoffnungsbildern gegen den Tod". Hier wird — zum erstenmal —

deutlich, was hinter und nach der großen i n n e r e n Flurbereinigung des dialektischen Materialismus und des bolschewistischen Atheismus (nach dem Ende des Kalten Krieges) sich an weiten, hohen Horizonten einer neuen religiösen Wirklichkeit auftun wird. „Das Eigentliche oder Wesen ist dasjenige, was noch nicht ist, was im Kern der Dinge nach sich selbst treibt, was in der Tendenz-Latenz des Prozesses seine Genesis erwartet."

V.

„Kraft der Beschaffenheit und der biologischen Eigenheiten des Denkvorganges befinden wir uns an einem einzigartigen Platz, der den gesamten, unserer Erfahrung gegenwärtig zugänglichen Ausschnitt des Kosmos beherrscht. — Seit der ‚jugendlichen Erde' folgten wir in aufsteigender Richtung Schritt um Schritt der Reihe der Bewußtseinsfortschritte in der sich organisierenden Materie. — Die Evolution setzt sich in tausend gesellschaftlichen Phänomenen fort, die uns betreffen, deren enge Verknüpfung mit der Biologie wir nie vermutet hätten: so die Entstehung und Verbreiterung der Sprachen, so die Aufstellung und Differenzierung der neuen Industrien, so die Begründung und Übermittlung der philosophischen und religiösen Lehren ... das gesellschaftliche Phänomen: Gipfelpunkt, nicht Abschwächung des biologischen Phänomens. — Der Mensch kann außerhalb einer Vereinigung mit allen anderen Menschen in Zukunft keinerlei Entwicklung erwarten. — In welcher Form und in welcher Richtung können wir uns — den Weg des Fortschritts vorstellen? Zunächst in kollektiver und geistiger Form." — Pierre Teilhard de Chardin.

Um jedes Mißverständnis von vornherein auszuschließen: der Jesuit de Chardin lehnt den Totalitarismus, auch einen kommunistischen, als Zerrform der von ihm prophezeiten und ersehnten kollektiven Lebensform der Menschheit ab. Wie hätte es anders sein können, in den Jahren des beginnenden Kalten Krieges, angesichts des Bildes, das der Bolschewismus während des Dreißigjährigen Krieges seiner ersten Etappe bot? Aber Teilhard war auch überzeugt, daß „die Gesamtheit der Menschen heute durch die marxistische Erfahrung hindurch müsse", und er hat auch ausgesprochen, daß „die Marxisten heute an die Zukunft des Menschen glauben, während die Christen derzeit nicht daran glauben".

Die nachstehenden Hinweise stützen sich nicht nur auf Teilhards Zentralwerk: „Der Mensch im Kosmos", sondern berücksichtigen alle — außer den rein fachwissenschaftlichen — bisher deutsch oder auch nur französisch erschienenen Veröffentlichungen.

„Der Mensch im Kosmos" ist eine Kosmogenese und Kosmologie des Paläonthologen, die zu ganz aktuellen soziologischen — und damit zwangsläufig politischen — Aspekten führt und in eine großartige, religiöse Vision des Priesters Teilhard de Chardin mündet, der das Alpha des unerforschlichen Beginns der Kosmogenese sich mit dem Zusammenfall aller geistigen Kräfte des Kosmos im göttlichen Zentrum Omega vollenden sieht.

Diese Kosmologie selbst soll hier im einzelnen nicht wiedergegeben werden. Vom Ur-Weltstoff und dem Begriff der Raumzeit ausgehend, durch die großen Fristen der Dauer hindurch, sieht Teilhard in aller Entwicklung, in aller Evolution der Materie zugleich eine äußere und eine innere Seite, wobei dies „Innen" zunehmend stärker in Erscheinung tritt, eine geistige Energie (auffallend die Übereinstimmung mit Bloch), die — als radiale bezeichnet — er sich fortgesetzt zentrieren, addieren und in einer Richtung nach vorn und nach oben sich bewegen sieht, zum höchsten Pol des Kosmos, dem Punkt Omega.

Es sei hier festgestellt, daß dieser Gedankengang keinem Ergebnis der Wissenschaften von heute widerspricht, im Gegenteil, daß er sie klärt und in Zu-

sammenhang bringt, was nicht nur durch die Darstellung Teilhards evident, sondern auch durch die nach Dutzenden von illustren, gelehrten Namen zählende Schar der Herausgeber seines posthumen Werkes bestätigt wird.

Die Kritik, die zum Beispiel der Biologe P o r t m a n versucht, läuft auf Beckmesserei hinaus und trifft nicht den Kern der Sache!

Von seinen einführenden kosmogenetischen Gedanken kommt Teilhard zur Lage auf unserem Planeten und fügt den sphärischen Schichten verdichteter Materie der Erdkugel, die hinaufreichen bis in die Stratosphäre, die weiteren — und wichtigeren — Schichten der aus immer komplexeren Atomverbindungen bestehenden Riesenmoleküle hinzu, die Schicht zuerst des Prävitalen, der Vorbereitung des Lebendigen, und dann die Schicht des Lebens selbst. Man lese, wie Teilhard diese Evolution des Lebendigen, der Biosphäre, durch die Jahrmillionen schildert. In jedem Wort pulst — im Gegensatz zu dem heute im Westen so weit verbreiteten nihilistischen Pessimismus — der pneumatische Optimismus (Friedrich Heer) eines Menschen, der die Erde, ihre Geschichte, ihre Zukunft liebt, weil er an ihren Sinn glaubt.

Dann kommt der Augenblick, da Teilhard in sein eigenes, wissenschaftliches Fachgebiet vorstoßen kann. An der Spitze der Lebewesen der Erde, deren Gehirn und Zentralnervensystem sich — im Einklang mit der gesamten Anatomie — zu einer vollkommenen, leistungsfähigsten Form entwickelt hat, erscheint der Mensch, das denkende Wesen. Auf manche vorbereitenden Gestalten folgt er — gegen Ende des Quartärs — so, wie er in den Grundzügen heute noch ist. Und dieser Mensch taucht — durchaus im Gegensatz zur übrigen höheren Tierwelt — von Anfang an in Gruppen auf. Er wird zu früh geboren, und viele Monate, sogar Jahre der Reifung bis zur vollen Fähigkeit, sich fortzubringen, ist er auf die Gemeinschaft angewiesen. Das hat geradezu ungeheuerliche Folgen. In ganz kurzen Zeiträumen, in etwa dreißigtausend Jahren, ist „die Evolution seither über die anatomische Formung weit hinausgegangen, um mit ihrem lebendigsten Teil auf jene Zonen überzugreifen oder sich vielleicht sogar ganz in sie zu verlegen, die, sei es individuell oder kollektiv, der psychischen Spontaneität angehören."

Vom Neolithicum an, also „in zehn oder zwanzig Jahrtausenden hat die Menschheit — in dieser entscheidenden Periode der Sozialisation — die Erde unter sich geteilt und in ihr Wurzel gefaßt . . . Am Ende dieser Metamorphose, deren Wirklichkeit wir nur auf Grund ihrer Ergebnisse kennen, ist die ganze Welt tatsächlich von Menschen bevölkert, . . . die Traditionen bilden sich aus, . . . ein kollektives Gedächtnis entwickelt sich . . ."

Teilhard nennt diese neue Schicht des Lebendigen, das nun vom Geist bestimmt ist, die Noosphäre, die schon damals, also vor Jahrtausenden, begonnen hat, sich zusammenzuschließen und die Erde zu umgeben: „Je besser wir die Vergangenheit überblicken, um so mehr erkennen wir, daß die sog. „historischen" Zeiten, mit Einschluß des Beginns der Neuzeit, nichts anderes sind als die direkten Fortsetzungen der Jüngeren Steinzeit." Und seitdem „beginnt der Einfluß der psychischen Faktoren eindeutig die Oberhand zu gewinnen". Das Entscheidende dieser Entwicklung erkennt Teilhard in den „Kräften des Zusammenwachsens . . . In dieser vernunftgemäßen Form setzt die Geschichte in Wirklichkeit — die organischen Bewegungen des Lebens fort. — Viel feiner und reicher an biologischen Möglichkeiten sind die Erscheinungen des Zusammenschlusses: — die völlige Ausrottung (des Gegners) wird mehr und mehr eine Ausnahme oder doch zumindest eine sekundäre Erscheinung, . . . Unterdrückung ist stets von einer gewissen Assimilation begleitet, . . . die Völkerseelen öffnen sich einander

und lassen sich auf höchst bezeichnende und bemerkenswerte Weise voneinander befruchten, . . . auf dem ganzen Gebiet des Homo sapiens begegnen wir jetzt der Synthese . . . Der Geist webt den Teppich der Noosphäre und breitet ihn aus."

Teilhard schildert dann die Entwicklung der großen Kulturen und verweist dabei auf „das geheimnisvolle jüdisch-christliche Ferment, das Europa seine geistige Form gab".

Immer wieder, je mehr er sich der Gegenwart nähert, betont Teilhard die ganz neuartige, entscheidende Bedeutung der Vererbung erworbener Eigenschaften im Bereich der Noosphäre. So und nur so ist der rasante Aufstieg des Menschen — neben der Wirkung allen vielleicht eingelagerten Mutationen — in der kurzen Zeit von wenigen Jahrtausenden zum Herrn der Erde möglich: „Das gesellschaftliche Phänomen, Gipfelpunkt, nicht Abschwächung des biologischen Phänomens!" . . . „Wie können wir daran zweifeln, wenn wir sehen, wie diese Energien . . . sich unverlierbar in der höchsten, unserer Erfahrung zugänglichen Lebensform sammeln: im kollektiven Gedächtnis und in der kollektiven Intelligenz des menschlichen Biots. In diesen Mitteilungen, in diesem Austausch von Ideen . . . ist die höhere Form zu erkennen, in der sich bei uns, durch Additivität, biologische Bereicherungen fixieren, sei es auch in einer dem Leben fremderen Form . . . Je entschiedener ein Lebewesen dank der Helligkeit seines Bewußtseins aus der anonymen Masse auftaucht, um so größer wird der Teil seiner Aktivität, der durch Erziehung und Nachahmung übermittelt und gerettet werden kann . . . Durch den Menschen in die denkende Schicht der Erde übertragen, wird die Vererbung, ohne dadurch aufzuhören, im Individuum an Keime (oder Chromosome) gebunden zu sein, mit ihrem lebenskräftigsten Element in einen denkenden, kollektiven und dauernden Organismus verlegt, wo Phylogenese und Antogenese ineinander übergehen. Aus den Zellketten geht sie in die erdumfassenden Schichten der Noosphäre über. Es ist daher nicht erstaunlich, daß sie sich von diesem Augenblick an, und dank der Eigenschaften dieses neuen Milieus, im Zustand höchster Blüte, auf die bloße und einfache Übermittlung erworbener geistiger Schätze beschränkt . . . Sie gewinnt überdies die Freiheit, über sich selbst zu verfügen — sich zu geben oder sich zu verweigern . . . Zu einem entscheidenden Teil halten wir sie auch in unseren Händen: vor ihrer Zukunft für ihre Vergangenheit verantwortlich."

Man müßte Teilhard zur Gänze zitieren, um die Fülle und Fruchtbarkeit seiner Gedanken zu zeigen. Aber schon diese wenigen Sätze machen deutlich, wie sehr sein gesamtes, so unpolitisches, wissenschaftliches und in einem tiefen Sinne religiöses Werk ein Politikum ist. Wird nicht allein aus den letzten Sätzen deutlich, von welcher allgemeinmenschlichen, ja religiösen Tragweite der so weitreichend gestillte und damit immer neu entfachte Bildungshunger der Jugend des Ostblocks ist, und daß es nicht genügen kann, wenn man im Westen versucht, mit rein pragmatischen, ja profitmäßig zweckbestimmten Zielsetzungen diese Entwicklung einzuholen?

Teilhard deutet dann die Seelenängste, die Existenzangst unserer Generation als natürliche Folge der großen Metamorphose der Menschheit: „Wenn sich unser Geist den ins Unermeßliche gewachsenen Linien und Horizonten angleichen will, so muß er auf die Behaglichkeit vertrauter Enge verzichten . . . Wenn die moderne Welt diese erste Form ihrer Unruhe überwinden will, dann kann sie nur eines tun: ihre Einsichten, ohne zu zögern, bis zum Ende verfolgen."

„Nichts ändert sich unter der Sonne, sagen die Verzweifelten. Wie konntest Du dann, denkender Mensch, — außer, Du wolltest Dein Denken verleugnen — eines Tages aus der Tierheit auftauchen?"

„Zumindest hat sich, seit den Anfängen der Geschichte, nichts mehr geändert . . . und wird sich nichts mehr ändern" . . . zitiert Teilhard die Ewiggestrigen und spricht damit aus, was vielleicht — wieder ins Politische transponiert — die Entscheidungsfrage zwischen Ost und West ist: Begeisterter, gläubiger Sturm in die Zukunft — und sei es eine ungewisse Zukunft — oder ängstliches, enges Sichklammern an den unhaltbaren Zustand der Gegenwart. Es klärt vielleicht die Lage, hier an eine großartige Formulierung C. J. Burckhardts in seinem Vortrag über die Sprache vor der Bayerischen Akademie der Schönen Künste 1960 zu erinnern: „Freiheit ist das Recht und die Möglichkeit, bestehende Zustände zu ändern!"

Und noch eine Erkenntnis von höchster, politischer Relevanz legt das von Optimismus leuchtende Werk von Teilhard de Chardin ebenso nahe, wie das „Prinzip Hoffnung" von Bloch: Die unlösbare Verknüpfung geistiger Einsichten, wissenschaftlicher Erkenntnisse mit allem politischen Handeln in unserer Zeit. Wer heute nicht wenigstens einen klaren Gesamtüberblick (und möglichst konkretes Einzelwissen) über den Pegel der Wissenschaften unserer Zeit besitzt, ist für das Amt eines verantwortlichen Staatsmannes ungeeignet. Eine — leider wahre — Geschichte, die sich wie eine böse Anekdote ausnimmt, möge dies erläutern. Die Elite der deutschen Wissenschaft bemühte sich vor einigen Jahren, vom Bundeskanzler empfangen zu werden, um ihn über die tödlichen Konsequenzen der Atomwaffen aufzuklären. Die Gelehrten wurden nicht empfangen. Als sie ihre Warnung veröffentlichten, ließ Adenauer sie kommen. Die Aussprache ergab, daß der Initiator der „Politik der Stärke" (einschließlich Atomwaffen) von den tatsächlichen Wirkungen dieser Waffen nicht die geringste Ahnung hatte. Er hielt sie für etwas wie neuartige „Dicke Bertas", die in seiner Jugend vor Paris Sensation gemacht hatten . . .

„Ein Tier kann sich blindlings in eine Sackgasse oder einen Abgrund stürzen. Niemals wird der Mensch auch nur mit einem Schritt einen Weg einschlagen, von dem er weiß, daß er versperrt ist", schreibt Teilhard über die „organische Krise der Evolution", in der wir uns heute befinden und deren integrierender Bestandteil auch die politische Unruhe und Unsicherheit ist. „Die Marxisten glauben an die Zukunft der Menschheit", hat er weiter — wie erwähnt — festgestellt. Daher ihr Elan, ihr Optimismus, ihre Entschlossenheit. Sie sehen einen Weg, der nicht versperrt ist.

Und wir — der Westen? Geld allein macht tatsächlich nicht glücklich, das hat sich gezeigt. Nicht einmal „beruhigen" kann es heute!

Hier weist der Theologe Teilhard de Chardin, tief verwurzelt im abendländischen Geist, einen Weg und einen Ausweg, der allerdings nur gangbar ist, wenn wir uns entschließen könnten, „auf die Behaglichkeit vertrauter Enge zu verzichten". Teilhard spricht von den „großen Vorzeichen": „Die Biologie sieht sich auf der Höhe ihres Lehrgebäudes — dazu geführt, die Gesellschaft der denkenden Wesen als die augenblicklich letzte Form der Schöpfungen der Evolution zu betrachten." Die Gesellschaft, nicht das isolierte Individuum! — „Man braucht nicht nur mit dem Intelligenzwert der isolierten menschlichen Einheiten zu rechnen, sondern darf eine Steigerung durch kollektive Zusammenfassung dieser zweckmäßig einander zugeordneten Elemente in Betracht ziehen."

Tausend Millionen Menschen, Russen und Chinesen mit ihren Anliegern, haben in ihrem „Glauben an den Menschen" mit eiserner Konsequenz und bewunderungswürdiger Opferbereitschaft, kollektiv fasziniert vom Geist, von der Wissenschaft, den Weg nach vorwärts angetreten!

In politischer Anwendung der Gedanken Teilhard de Chardins könnte Europa — immer noch Vortrupp des Westens — sich diesem, im Sinn der Evolution Teilhards zwangsläufigen Marsch (die Alternative wäre nur der Untergang) unter eigenen Feldzeichen, in eigener Verantwortung anschließen, wenn es die Kraft aufbrächte, nicht nur im Lippenbekenntnis, sondern real anzuerkennen, daß ein „Pol von höchster Anziehungskraft und Beständigkeit über dem ichbewußten Leben leuchtet ... daß es keine Fortsetzung und keinen Fortschritt, weder im Bereich des individuellen Handelns, das nur durch die Hoffnung auf Unvergänglichkeit einen Impuls empfangen kann, noch in dem der kollektiven Anziehungskräfte, die sich ohne die Einwirkung siegreicher Liebe nicht verbinden könnten, geben kann. Weder individuell noch in der Gemeinschaft könnte sich das Gefüge der Noosphäre anders schließen als unter dem Einfluß eines Zentrums Omega."

Damit kommen wir zu der religiös-christlichen Vision Teilhards. Sein Buch ist zwar auch in seinem nur wissenschaftlichen Teil verständlich und gültig. Es ist deshalb zu hoffen, daß es — ebenso wie das von Ernst Bloch — auch auf russisch erscheinen möge. Aber für Menschen des Westens, soweit sie Christentum, Liebe, Personalität, Freiheit existenziell ernst nehmen — nicht bloß als Tarnfarbe brauchen, um überholte Besitzverhältnisse und Gesellschaftsordnungen aufrecht erhalten zu können — für Menschen also spezifisch abendländischer Prägung, bedeutet gerade dieser metaphysische Teil der Kosmologie Teilhards wirklich eine Anweisung zum contemplativen, glückseligen, wie zum aktiven, auch politisch aktiven Leben im Sinn der Aufgaben unserer Zeit.

„Um die Evolution in den unteren Stadien anzuregen, konnte der bewußte Pol der Welt, natürlich nur biologisch verhüllt, in unpersönlicher Form wirken. Jetzt aber ist es ihm möglich, auf die denkenden Wesen, die wir geworden sind, von Zentrum zu Zentrum zu strahlen — auf persönliche Weise ... Hier enthüllt sich die Wichtigkeit des Phänomens Christentum für die Wissenschaft ... Seit seinem Bestand hat es danach gestrebt, die Totalität des erschauten Weltbildes seinen Theorien und Errungenschaften einzuverleiben — Personalismus und Universalismus" —, ungeachtet der Auffassung, die Teilhard in einem Gespräch mit V i a l l e t äußerte, wonach „das h e u t i g e Christentum vom Kommenden so weit entfernt ist wie der Affe vom Menschen."

Dennoch ist das Christentum auch heute, nach Teilhard, „in erster Linie wirklich durch die Weite der spontanen Bewegung, die es innerhalb der Menschheit hervorbringen konnte — unter den kräftigsten und fruchtbarsten Strömungen, die die Geschichte der Noosphäre bis heute verzeichnet." Dazu kommt „ein qualitativer Wert, das ... Aufkommen eines spezifisch neuen Bewußtseinszustandes: hier denke ich an die christliche Liebe". Die christliche Liebe sieht Teilhard als die geistig höchste und reinste Kraft in dem „neuen Sprung nach vorwärts ... wenn sich jenseits der elementaren Menschwerdung, die im einzelnen Individuum gipfelt, eine zweite Menschwerdung über uns vollzieht, diesmal eine kollektive, die die ganze Art umfaßt".

Alle Zitate können von der Kraft und dem Glanz der Bücher Teilhard de Chardins nur einen schwachen Begriff geben. Man lese sie selbst.

Bei diesem Bericht fällt mir ein langes Gespräch ein, das ich Anfang der vierziger Jahre in Stockholm mit Sven H e d i n führte. Der große Forschungsreisende erwähnte dabei, im Zusammenhang religiös-weltanschaulicher Probleme, seine Begegnung mit Teilhard de Chardin in den Weiten Asiens und schloß nachdenklich: „Dieser Mann war ein Wunder!"

Jedenfalls gehören seine Bücher, vor allem „Der Mensch im Kosmos", gemeinsam mit dem „Prinzip Hoffnung" von Ernst Bloch, zu den wenigen Werken dieses Jahrhunderts, die geeignet sind, Geschichte zu machen, die Geschichte machen würden, wenn der Westen fähig würde, die Zeichen der Zeit zu verstehen.

Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung; Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/Main (1959)
Pierre Teilhard de Chardin, Der Mensch im Kosmos; C. H. Beck, München (1959)
Pierre Teilhard de Chardin, Geheimnis und Verheißung der Erde. Reisebriefe; Karl Alber-Verlag, Freiburg (1958)
Pierre Teilhard de Chardin, Pilger der Zukunft. Neue Reisebriefe; Karl Alber-Verlag, Freiburg (1959)
François Albert Viallet, Zwischen Alpha und Omega; Glock & Lutz Verlag, Nürnberg
Pierre Teilhard de Chardin, La vision du passé; Edition de Seuil, Paris (1957)
Nicolas Corte, La vie et l'âme de Pierre Teilhard de Chardin; Edition Fayard, Paris (1957)
Pierre Teilhard de Chardin, Comment je crois (private Abschrift)
Pierre Teilhard de Chardin, Le groupe zoologique humain; Edition Albin Michel, Paris (1956)
Pierre Teilhard de Chardin, Le milieu divin; Edition de Seuil (1957)
Pierre Teilhard de Chardin, L'Apparition de l'Homme; Edition du Seuil, Paris (1956)

Die Offenbarungen des Dr. Richard Jaeger

Selbstporträt eines Bundestagsvizepräsidenten

Der maßgebliche CSU-Bundestagsabgeordnete (seit 1949) und Vizepräsident des Bundestages (seit 1953) Dr. Richard Jaeger hat vor kurzem wieder einmal Aufsehen erregt: durch die Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe in schweren Fällen von Landesverrat und durch die Denunziation der gegen die Todesstrafe vorgebrachten grundsätzlichen ethischen und juristischen Bedenken.

Die jüngsten Ausführungen Dr. Jaegers haben nicht zum erstenmal erkennen lassen, wes Geistes Kind dieser „christliche Abendländer" ist. Sie zeigen aber mit erschreckender Deutlichkeit, was dieser Staat und die Welt in Zukunft von Leuten dieses Schlages zu erwarten haben! Jedermann muß rechtzeitig, ehe es abermals zu spät ist, wissen, was in der Bundesrepublik längst wieder möglich ist und wer diese Bundesrepublik repräsentiert. Wäre die Mentalität dieses „christlich-demokratischen" Politikers wirklich typisch für das „christliche Abendland" — gerade als Christ und als Demokrat müßte man dann allerdings im Interesse des Friedens und der Freiheit aller Völker den „Untergang" eines solchen, seine eigene christliche und humanistische Tradition verratenden „Abendlandes" wünschen!

Wir haben im folgenden einige der aufschlußreichsten Äußerungen Dr. Jaegers aus den letzten Jahren zusammengestellt. Es handelt sich um eine improvisierte Liste, die beliebig erweitert werden könnte und die wir zu gegebener Zeit auch erweitern sowie durch nicht minder eindeutige Selbstporträts anderer führender „christlich-demokratischer" Politiker ergänzen werden. D. Red.

Am 25. Februar 1955 erklärte Dr. Jaeger im Bundestag: „Die eine Hälfte der Welt wird von Gentlemen geführt, die andere Hälfte von Banditen."

Am 21. März 1958 sagte Jaeger im Bundestag: Man könne doch nicht moralisch die USA und die UdSSR auf eine Stufe stellen. Die Menschen im Kreml seien „völlig unberechenbar, moralischen Kategorien nicht zugänglich".

In der Münchner „Abendzeitung" forderte Dr. Jaeger am 3. Juli 1958 mehr Verständnis für das Franco-System, das zur „Rettung Spaniens vor dem Kommunismus" unvermeidlich gewesen und heute eine Bastion des „christlichen Abendlandes" sei. Außerdem verlangte er eine „vorurteilslose Würdigung" der „Legion Condor" (der deutschen Hilfstruppe für Franco im spanischen Bürgerkrieg 1936—39. D. Red.).

Am 5. November 1958 hatte der sowjetische Botschafter in Bonn in einem Vortrag im Bayerischen Rundfunk die sowjetische Deutschland-Politik erläutert. Dr. Jaeger erklärte daraufhin vor der Presse in Bonn: Herr Smirnow sei für die Bundesrepublik Staatsfeind Nr. 1 und die Bundesregierung werde den Bayerischen Rundfunk und die anderen Sender unter Staatsaufsicht stellen. „Jetzt haben wir die Handhabe dazu — jetzt wird es Zeit."

In der Bundestagsdebatte vom 30. Juni 1960 sagte Dr. Jaeger u. a.: „Ein Staat, der seine jungen Bürger aufrufen muß, ihn zu verteidigen, kann sich nicht selber als provisorisch verstehen, sondern kann nur davon sprechen, daß seine östlichen Grenzen provisorisch sind und daß selbstverständlich das gesamte deutsche Volk nach der Wiedervereinigung das Recht hat, wie es im Grundgesetz steht, sich auf Grund einer frei gewählten Nationalversammlung eine neue Verfassung zu geben, die aber in geistiger und politischer Hinsicht auf der Grundlage des Grundgesetzes beruhen wird...

43 Jahre der sowjetischen Politik sollten jeden von uns erkennen lassen, daß dieses System, mag es sich äußerlich wandeln, mag es in der Taktik wechseln, in seinem Wesen genau so dämonisch und diabolisch ist, wie es in seiner ersten Stunde gewesen war... Wir sind in einer Partei, die den christlichen Namen nicht als Anspruch, sondern als Verpflichtung führt, auf Grund der christlichen Welterkenntnis von der Macht des Bösen mehr überzeugt, als es manche andere sind, und wir meinen, daß sich diese Macht des Bösen in der Weltgeschichte noch nie so drastisch enthüllt hat wie in den 43 Jahren sowjetischer Politik..."

In der „Abendzeitung" berichtete Dr. Jaeger am 14. Juli 1960 über einen Besuch bei dem spanischen Diktator General Franco: „Nachdenklich verläßt man nach fast einstündiger Unterhaltung den Prado. Sollen wir Deutsche wirklich, wie unsere Opposition wünscht, die Friedenshand zurückweisen, die uns aus Spanien entgegengestreckt wird? Haben wir mit unserer jüngsten Vergangenheit das Recht, die politische Gouvernante anderer Länder zu spielen? Hat der Westen nicht ein Interesse daran, daß die Stabilität, die Spanien 21 Jahre inneren Frieden geschenkt hat, aufrechterhalten bleibt?"

Ebenfalls in der „Abendzeitung" schrieb Jaeger am 15. 9. 60 unter der Überschrift „Musterfall Lumumba": „Man braucht sich nur vorstellen, Frankreich hätte Algerien ebenso überraschend geräumt wie Belgien den Kongo. Was den eineinhalb Millionen Europäern dann geschehen wäre, kann man sich vorstellen, wenn man weiß, welche Greueltaten die Banden der sogenannten algerischen Freiheitsbewegung schon heute an friedlichen französischen Farmern und ihren Familien begehen... Mindestens ein halbes, wenn nicht ein ganzes Jahrhundert hätte Afrika noch europäische Herrschaft gebraucht... Die Phantastereien, daß das Ende des sogenannten Kolonialismus ein Zeitalter der Demokratie in Afrika bringen werde, sind von der geschichtlichen Entwicklung widerlegt. Wo Europa weicht, bricht das Chaos aus."

In der „Abendzeitung" vom 5./6. Januar 1961: „Das deutsche Volk darf dem Himmel dankbar sein, der uns Konrad Adenauer so lange erhalten hat und seine Arbeit so sichtbar segnet. Ist wirklich jemand so vermessen, daß er dem Kanzler trotz alledem den Abschied geben möchte?"

In der Sendereihe „Politik aus erster Hand" des Bayerischen Rundfunks bezeichnete Dr. Jaeger am 8. Februar 1961 das Fehlen der Todesstrafe als den größten Mangel des heutigen deutschen Strafrechts. Er forderte ihre Wiedereinführung für Mord und schweren Landesverrat, z. B. für den ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten F r e n z e l. Der Widerstand gegen die Todesstrafe beruhe auf „veralteten juristischen und philosophischen Vorurteilen aus der marxistischen und liberalen Mottenkiste" des 19. Jahrhunderts.

Buchbesprechungen

Die Bundesrepublik im Brennspiegel

E.-N. Dzelepy: Le mythe Adenauer (195 S.)
E.-N. Dzelepy: Désatomiser l'Europe? (165 S.)

Beide im Verlag Les Editions politiques, Brüssel.

In den 1959 und 1958 erschienenen Bänden betrachtet der Verfasser, dessen Namen im westlichen Ausland durch zahlreiche Veröffentlichungen bekannt ist, die bundesdeutsche Politik gleichsam unter einem Vergrößerungsglas. Anhand deutscher und internationaler Quellen, deren Stichhaltigkeit durch einen fast schwindelerregenden Reichtum gewährleistet ist, geht er ihr Schritt für Schritt nach, verfolgt sie in all ihren Winkelzügen und wirklichen oder nur vorgetäuschten Widersprüchen. Immer wieder kommen die Exponenten dieser Politik selbst zu Wort, und man gewinnt den Eindruck, daß sie sich auf diese Weise am besten enthüllen. Es genügt, sie zu zitieren, nachdem man ihren Spuren über einen längeren Zeitraum nachgegangen ist. D z e l e p y operiert mit der Peinlichkeit und Geduld eines Forschers.

Den A d e n a u e r - Mythus nennt er „die erstaunlichste Erscheinung" dieses Nachkriegs. An die separatistische Episode nach dem ersten Weltkrieg anknüpfend, unterstreicht er, daß der Bundeskanzler schon damals nicht an eine rheinische Republik dachte, sondern an einen „westdeutschen Staat", wie er etwa drei Jahrzehnte später Wirklichkeit werden sollte. Adenauers Differenzen mit dem zu Frankreich tendierenden D o r t e n lagen auf dieser Linie und nicht auf der der „Reichsfreundlichkeit", wie es höfische Biographen hinstellen. Aus der von W e y m a r verfaßten autorisierten Lebensbeschreibung geht trotz aller Schönfärberei hervor, daß Adenauer noch während des Krieges eine Spaltung zwischen Rußland und dem Westen in seine politischen Überlegungen einkalkulierte. „Das unnatürliche Bündnis zwischen Amerika und Rußland würde dann zerfallen ... die Welt würde aufgeteilt in einen demokratischen und kommunistischen Machtblock." (Weymar, S. 209.) Das war der Kompaß seiner Nachkriegspolitik, die große Chance seines Lebens, die Grundlage seiner Alterslaufbahn. Dzelepy weist, immer auf Quellen gestützt, nach, daß Adenauer — im Gegensatz zu einer heutigen Legende — schon vor dem Koreakrieg, spätestens im Dezember 1948 (also eineinhalb Jahre vorher), für die westdeutsche Aufrüstung eintrat (siehe seine Erklärungen vor den Bonner Auslandskorrespondenten am 25. 2. 1952). Was ihn freilich nicht davon abhielt, noch ein Jahr danach zu versichern: „Ich bin im Prinzip gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik ..." (4. 12. 1949.) Getreu seiner Auffassung vom notwendigen Bruch des „unnatürlichen Bündnisses" arbeitete er systematisch und beharrlich an der Spaltung zwischen Ost und West, die auch die Spaltung Deutschlands besiegelte. Sein Biograph Weymar selbst schreibt, daß

Dokumente zum Zeitgeschehen

Kennedy unterbindet Hetzreden

Präsident Kennedy will seine Ostpolitik nicht durch feindselige Bemerkungen amerikanischer Militärs und Regierungsbeamter gegenüber der Sowjetunion gestört sehen. Wie das Weiße Haus am Wochenende bestätigte, hat Kennedy Anweisung gegeben, daß alle militärischen und zivilen Angehörigen der Staatsverwaltung in öffentlichen Erklärungen einmütig die Politik der neuen Regierung zum Ausdruck bringen sollen. Als erster mußte Admiral Burke eine Rede umschreiben.

Wie der einflußreiche republikanische Senator Bridges am Wochenende mitteilte, wollte Burke in seiner Rede zum Ausdruck bringen, daß man den Sowjets nicht trauen könne. Auf Anweisung des Weißen Hauses sei die Rede so umgeschrieben worden, daß sie nur noch die Forderung nach einer starken Seemacht angesichts möglicher künftiger Gefahren enthielt und als schärfste Bemerkung einen Hinweis auf „den kommunistischen Ehrgeiz, die Welt zu beherrschen".

Der Mittag vom 30. 1. 61

Kennedy verurteilt politischen Mißbrauch der Religion

Die New York Times vom 10. Februar 1961 berichtete über zwei kurze Ansprachen des Präsidenten K e n n e d y vor nahezu 1000 Personen anläßlich des neunten alljährlich von der International Christian Leadership veranstalteten Presidential Prayer Breakfast: „Kennedy sagte heute, daß man die Religion nicht als eine Waffe im Kalten Krieg betrachten solle, sondern als ein großes Reservoir geistiger Kräfte, um die Aufgaben zu lösen, welche die Nation vor sich hat. Eine starke religiöse Überzeugung sei unerläßlich. Religiöse Freiheit und religiöse Überzeugung hätten „der amerikanischen Gesellschaft ihren Stempel aufgeprägt" ... Während er das Prinzip religiöser Freiheit voll anerkannte, betonte Mr. Kennedy wiederholt, daß „Freiheit keine Bedeutung habe, wenn sie nicht Hand in Hand mit der Überzeugung geht". Ein System der Freiheit, sagte er, darf man nicht mit einem System verwechseln, das aus „Gleichgültigkeit, Uninteressiertheit, Zynismus und Materialismus" besteht. „Im Gegenteil müssen wir durch unser Leben demonstrieren — gleich wo unsere Verantwortung liegt — daß wir uns tiefe Sorgen machen."

Harriman: Abrüstungsabkommen möglich

Der von Präsident Kennedy zu seinem Reisebotschafter ernannte ehemalige US-Botschafter in Moskau, Averell Harriman, hat am Dienstag vor dem außenpolitischen Senatsausschuß erklärt, seiner Ansicht nach sei die Erreichung eines kontrollierten Kernwaffenversuchsverbots und einer kontrollierten Abrüstung möglich. Er glaube, daß Chrustschow einen „großen Konflikt" mit dem Westen vermeiden wolle. Der sowjetische Regierungschef sei auch über das Wettrüsten besorgt, da die dafür notwendigen Ausgaben seine Pläne hinsichtlich der Hebung des sowjetischen Lebensstandards durchkreuzten.

Die Tat (Zürich) vom 2. 2. 61

Abrüstungsgespräche in Warschau

In Warschau haben kürzlich informelle Gespräche zwischen westlichen und östlichen Politikern über die Abrüstung begonnen. Zu den Erörterungen im Palast der Künste und Wissenschaften werden weder westliche noch östliche Journalisten zugelassen. Als Gastgeber wirkt der stellvertretende Vorsitzende des polnischen Staatsrates, Dr. Oskar Lange, der früher Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Chicago war. In den letzten Jahren haben bereits drei ähnliche Zusammenkünfte im Westen stattgefunden.

Unter den Teilnehmern befinden sich der britische Friedens-Nobelpreisträger Noel-Baker, der Labourabgeordnete Zilliacus, der französische Abrüstungsexperte Jules Moch, der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg, der schwedische Senator Branting, der ita-

lienische Senator Parri, der norwegische Parlamentarier Finn Moe, der belgische Senator Henri Rolin und der ehemalige demokratische Abgeordnete Charles Porter aus Oregon. Porter erklärte, er werde dem Vorsitzenden des Unterausschusses für Abrüstungsfragen, Senator Hubert Humphrey, über die Ergebnisse der Tagung Bericht erstatten.

Neue Zürcher Zeitung v. 5. 2. 61

Britisch-sowjetische Koexistenz-Konferenz

Am 23. Februar läuft in Steyning in der Grafschaft Sussex, im bekannten Wiston-House, besser unter dem Namen Wilton-Park bekannt, eine großangelegte anglo-sowjetische Koexistenzkonferenz an. Die Gesellschaft für russisch-britische Beziehungen in Moskau hat eine Einladung der Gesellschaft für anglo-russische Beziehungen in London angenommen, ein Team von 15 bis 20 Prominenten, Koexistenzialisten, nach England zu senden, um mit den britischen Gegenspielern während vier Tagen in der aufgelockerten Atmosphäre eines englischen Landhauses sämtliche Aspekte der Koexistenz durchzuackern. Die beiden Teams koexistieren während der ganzen Dauer der Beratungen unter einem Dach, und die Idee der Engländer geht dahin, drei Arbeitsgruppen zu bilden — eine solche für politische, eine für wirtschaftliche und eine für kulturelle Probleme —, welche einen konkreten Plan für eine Vertiefung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf allen drei Sektoren ausarbeiten sollen.

Basler Nachrichten v. 8. 2. 61

West-Ost-Gespräch in Kiel

Die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Rüstungsbeschränkung wollen führende Wissenschaftler aus West und Ost vom 5. bis 10. März in Kiel erörtern. Der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, Professor Baade, hat mit dem Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Moskau, Prof. Arzumanjan, eine Vereinbarung hierüber getroffen.

Frankfurter Rundschau v. 18. II. 61

Petition für ein Kernwaffenverbot

Dr. Linus Pauling, Nobelpreisträger für Chemie, überreichte am Donnerstag Generalsekretär Hammarskjöld eine Petition, die von 720 Wissenschaftlern und Intellektuellen verschiedener Nationalitäten unterzeichnet wurde und in der verlangt wird, daß die Kernwaffen verboten werden. In der Petition wird insbesondere auf die Gefahr hingewiesen, welche die Anhäufung der Nuklearwaffen darstelle.

Dr. Pauling erklärte vor Pressevertretern, die Petition sei u. a. von 38 Nobelpreisträgern, 21 Mitgliedern der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und 110 Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften der Vereinigten Staaten unterzeichnet worden.

Neue Zürcher Zeitung v. 18. II. 61

Chrustschow will auf endgültigen Atomversuchsstop dringen

Ministerpräsident Chrustschow hat dem amerikanischen „Ausschuß für gesunde Atompolitik" in einer Botschaft versichert, daß die Sowjetunion von der Notwendigkeit einer Beendigung des gefährlichen und ruinösen Wettrüstens zutiefst überzeugt sei. Sie wünsche aufrichtig, daß 1961 die Sicherung eines friedlichen und ruhigen Lebens auf diesem Planeten bringe. Bei der Wiederaufnahme der Genfer Atomkonferenz werde die Sowjetunion alles versuchen, um ein Abkommen über die Beendigung aller Atomversuche zu erreichen.

Frankfurter Rundschau v. 16. II. 61

Englische Atomwaffengegner auf dem Marsch

Mehrere tausend Manifestanten, die für die Abrüstung der Kernwaffen eintreten, marschierten am Samstag nach dem amerikanischen Stützpunkt von Soutruislip in der Grafschaft Middlessex, wo sie den Behörden des Stützpunktes ein Schreiben an Präsident Kennedy übergaben.

Die Tat (Zürich) v. 13. II. 61

Atomwaffengegner rufen zu neuer Kampagne auf

Der „ständige Kongreß aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik" hat kürzlich auf einer Präsidiumstagung in Münster/Westfalen zu einer neuen Kampagne gegen die Bestrebungen zur atomaren Aufrüstung aufgerufen. Den Atomwaffengegnern und ihren Organisationen wurde empfohlen, durch Meinungsbefragungen in Wohnvierteln, Gewerkschaftseinheiten und Belegschaften „den Nachweis zu erbringen, daß sich an der Ablehnung der Atomrüstung durch die Bevölkerung nichts geändert" habe. Insbesondere die Funktionäre der Arbeitsausschüsse „Kampf dem Atomtod" wurden aufgerufen, „angesichts der Haltung der SPD nicht in ihrem Kampf zu resignieren".

Frankfurter Rundschau v. 16. II. 61

Norwegische Atomwaffen-Gegner sammeln sich

Nachdem die norwegische Arbeiterpartei im September vorigen Jahres beschlossen hatte, sich der gegen die NATO feindlich eingestellten Elemente am linken Flügel zu entledigen, haben nun drei führende Linkssozialisten des Kreises um die Zeitschrift „Orientierung" die Initiative zur Bildung einer neuen Partei ergriffen. Die Initianten forderten am Donnerstag in der linksliberalen und neutralistisch eingestellten Osloer Zeitung „Dagbladet" alle Norweger, die Atomwaffen auf norwegischem Boden entschieden ablehnen, auf, sich zu einer neuen Partei zusammenzuschließen.

Der Vorstand der Arbeiterpartei hatte im Herbst 1960 in einer Resolution festgestellt, daß eine Mitarbeit in der Zeitschrift „Orientierung" mit der Zugehörigkeit zur Arbeiterpartei nicht vereinbar sei. Mehrere örtliche Parteiorganisationen sahen sich daraufhin gezwungen, verschiedene prominente Mitglieder auszuschließen. Die Gruppe um die „Orientierung" war immer mehr zu einem Sammelbecken für die Linksopposition in der Arbeiterpartei geworden, die konsequent für einen Austritt Norwegens aus der NATO und eine neutrale Verteidigungspolitik im Rahmen einer nordischen Zusammenarbeit agitieren.

Die drei Politiker, die zur Bildung einer neuen Partei einladen, sind der Schriftsteller Hölmebakk, Professor Gjesing und ein junger Akademiker Maurseth, ein Mitglied des Redaktionskomitees der „Orientierung" und früherer Präsident des linkssozialistischen Studentenverbandes.

Neue Zürcher Zeitung v. 5. II. 61

Lord Home: China sollte in die UNO aufgenommen werden

Die Zulassung Rotchinas zu internationalen Konferenzen und zu den Vereinten Nationen wurde am Mittwoch im britischen Oberhaus von Außenminister Lord Home gefordert. Die heutigen Tatsachen erforderten einen solchen Schritt, von dem die Stabilität der Lage in Südostasien in der Zukunft abhänge. Trotz der chinesischen Aggressionen in Tibet, Indien und an anderen Orten sei es die Meinung der britischen Regierung, daß dieses Land in die UNO aufgenommen und an allgemeinen Abrüstungsverhandlungen teilnehmen solle, wenn auch eine Abrüstung dadurch nicht früher erfolgen könne. Aus Regierungskreisen verlautete, daß auch Premierminister Harold Macmillan im April mit Präsident Kennedy dieses Thema erörtern werde.

Die Tat (Zürich) v. 11. II. 61

Stassen will Aufnahme beider Teile Deutschlands in die UN

Der ehemalige Gouverneur und Abrüstungssachverständige der Regierung Eisenhower, Harold Stassen, hat in einem Schreiben an Präsident Kennedy die Zulassung der Volksrepublik China — neben Formosa — und beider Teile Deutschlands zu den Vereinten Nationen gefordert. Er begründet seine Forderung damit, daß beide Teile Deutschlands außerhalb der UN die Gefahr eines zukünftigen Krieges bedeuteten.

Frankfurter Rundschau v. 16. II. 61

Dehler kritisiert die Außenpolitik

Der Vizepräsident des deutschen Bundestages, Dr. Dehler, hat in Winsen/Luhe im Kreis Harburg gesagt, er werde „niemals die Zustimmung für eine Koalition geben, in

der die jetzige Außenpolitik der Bundesregierung weitergeführt wird". Dehler sprach auf eine FDP-Kundgebung.

FAZ v. 15. II. 61

Besuch in Ostberlin

Mehrere britische Parlamentarier, Angehörige der Labour Party, sind zu einem dreitägigen Informationsbesuch in Ost-Berlin eingetroffen. Der Reisegesellschaft gehören unter anderen das Oberhausmitglied Lord Gavin Farindon, die Unterhausmitglieder Sir Plummer, John Mendelsohn und Richard Kelly an.

FAZ v. 3. II. 61

Delegation Malis in Ostberlin

In Ostberlin ist am Samstag abend eine Delegation der afrikanischen Republik Mali unter Leitung des Staatssekretärs für Informationen, Mamadou Gologo, eingetroffen. Wie die ostdeutsche Nachrichtenagentur „ADN" meldet, wurde die Abordnung, die der DDR einen offiziellen Besuch abstattet, von Vertretern des Außenministeriums empfangen.

Neue Zürcher Zeitung v. 22. II. 61

Strauß fordert „Nationalen Leitungsstab"

Bundesverteidigungsminister Strauß strebt eine neue Institution für eine koordinierte Landesverteidigung, einen „Nationalen Leitungsstab", an, der im Ernstfall über den militärischen Bereich hinaus auch für die Zivilverteidigung und Fragen des Notstandes weitgehende Vollmachten haben soll.

Diese Institution soll nach den Vorstellungen des Ministers jetzt geschaffen werden, damit sie im Verteidigungsfall oder nach Verkündigung des Notstandes sofort einsatzfähig ist.

Ohne eine Änderung des Grundgesetzes wird das nicht möglich sein, weil nach der Verfassung nicht einmal der Kanzler über den Minister hinweg einem Beamten des Verteidigungs- oder Innenministeriums direkte Weisungen geben kann, von den Behörden der Landesregierungen oder Kommunalverwaltungen gar nicht zu reden.

Nach dem Scheitern des Regierungsentwurfs für einen Notstandsartikel im Grundgesetz rechneten unterrichtete Kreise nicht mehr damit, daß Strauß mit seinem Vorschlag noch vor den Wahlen an die Öffentlichkeit treten würde. Zur Verblüffung Bonns tat er dies in einem am Wochenende veröffentlichten Interview doch.

Da nach dem Grundgesetz im Verteidigungsfall die Befehls- und Kommandogewalt über die Bundeswehr, soweit sie nicht an die NATO abgetreten ist, vom Verteidigungsminister auf den Bundeskanzler übergeht, müßte der Kanzler auch den „Nationalen Leitungsstab" führen. Wie groß der ihm zur Verfügung stehende Apparat sein soll, ist noch nicht bekannt. Offenbar sind darüber auch die Gespräche innerhalb der Regierung noch nicht abgeschlossen, obwohl Strauß schon formulierte Vorschläge ausgearbeitet hat.

Fest steht jedenfalls, daß in dem Leitungsstab die Bundesminister für Verteidigung, Inneres, Wirtschaft, Finanzen und Verkehr entweder selbst oder durch hohe Beamte ihrer Ministerien vertreten sein sollen. Ihre Vollmachten sollten nach den Plänen von Strauß im Ernstfall für eine Weisungsbefugnis in allen Fragen der Landesverteidigung, also auch für Zivilverteidigung und Notstandsrecht, ausreichen.

Eine besondere Rolle sollte nach den Vorstellungen des Ministers dabei dem Generalinspekteur der Bundeswehr zufallen, weil die der NATO unterstellten Truppen im Verteidigungsfall ohnehin seiner Führung entzogen sind. Strauß will damit die Rolle des Generalinspekteurs aufwerten.

Die Welt v. 30. I. 61

Strauß in Vilshofen: Kirchen und Kanonen

Im Zusammenhang mit der Lage der Kirchen in der Zone erklärte der Bundesverteidigungsminister: „Es werden bald Zeiten kommen, wo eine Kaserne genauso wichtig ist wie eine Kirche."

FAZ v. 16. II. 61

Bonner Vorauszahlungen

Bundesverteidigungsminister Strauß hat dem Bundestag auf eine schriftliche Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion mitgeteilt, daß die Bundesregierung in den Jahren 1959 und 1960 Vorauszahlungen für Rüstungsgüter in Höhe von 4,173 Mrd. DM geleistet hat, ohne daß dafür die Lieferungen bereits erfolgt sind. 2,045 Mrd. DM wurden davon 1959 geleistet, 2,128 Mrd. DM im Jahre 1960. Von diesen Summen sind in den USA 1,653 Milliarden DM deponiert. Die Vorauszahlungen für Rüstungsgüter in der Bundesrepublik betragen 1,154 Milliarden DM. Die übrigen Vorauszahlungen betreffen England mit 316 Mill. DM und das sonstige Ausland mit 1,050 Mrd. DM. Für 2,291 Mrd. DM Vorauszahlungen im In- und Ausland sind 1960 Rüstungsgüter geliefert worden. Die Frage der FDP, wie hoch die Summe der Vorauszahlungen für Rüstungsgüter sei, die für das Jahr 1961 geplant sind, lehnte der Verteidigungsminister ab, zu beantworten, weil Angaben hierüber noch nicht gemacht werden könnten. Der Minister stellte in seiner Antwort ferner fest, daß die Vorauszahlungen an die USA, England und die Türkei „aus politischen Gründen entsprechend den Beschlüssen der Bundesregierung geleistet worden sind".

Stuttgarter Zeitung v. 17. II. 61

Das Übungsgelände der Bundeswehr auf Sardinien

Wie die Agentur „Tass" am Sonntag bekanntgab, hat der sowjetische Botschafter in Rom, Kozyrew, dem italienischen Außenminister Segni in der letzten Woche eine Note überreicht, in der die italienische Regierung vor den Folgen gewarnt wird, welche die Einräumung von Stützpunkten für die deutsche Bundeswehr auf Sardinien nach sich ziehen könnte. Italien habe der Bundesrepublik offenbar bereits militärische Stützpunkte sowie die Benützung eines Raketenversuchsgeländes zugesagt. Dies stelle einen weiteren gefährlichen Schritt dar. Es sei offensichtlich, daß Bundeswehrsoldaten auf Sardinien bereits militärische Übungen durchführten; „durch diese Handlungen verletzt die italienische Regierung die Verpflichtungen, die sie durch den Friedensvertrag auf sich genommen hat".

Neue Zürcher Zeitung v. 7. II. 61

Opposition gegen Übungsplätze der Bundeswehr in England

Abgeordnete der britischen Labourpartei übten am Mittwoch im Unterhaus scharfe Kritik an Verteidigungsminister Watkinson wegen seiner Absicht, deutschen Truppen britische Übungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Der Labourabgeordnete Grenwood fragte den Verteidigungsminister: „Wollen Sie etwa als der Mann in die Geschichte eingehen, der Hitlers gescheiterte Pläne verwirklichte und deutsche Soldaten auf britischen Boden ließ?" Ein anderer Laboursprecher, Allaun, verlangte von Watkinson die Garantie, daß die Übungen sich auf herkömmliche Waffen beschränken und daß keine ehemaligen nationalsozialistischen Offiziere daran teilnehmen sollten.

Neue Zürcher Zeitung v. 10. II. 61

Manöver „Winterschild" forderte viertes Todesopfer

Ein viertes Todesopfer forderte das große Manöver „Winterschild" in Nordbayern, an dem seit sechs Tagen 60 000 NATO-Soldaten und rund 15 000 Fahrzeuge teilnehmen. Der 22jährige Bundeswehrgefreite Johann Meier aus Vilseck (Landkreis Amberg) erlag im Krankenhaus den schweren Verletzungen, die er am Wochenende bei einem Manöverunfall auf der Bundesstraße 15 bei Regenstauf erlitten hatte.

Bisher ereigneten sich während der großen Winterfeldübung rund 200 Unfälle, bei denen 49 Personen verletzt und vier Menschen getötet wurden.

Der Mittag v. 8. II. 61

Schaden 12 Millionen DM

Etwa zwölf Millionen Mark werden die im Manöver „Winterschild II" angerichteten Schäden betragen. Der Schaden ist etwa doppelt so hoch wie bei dem vorhergehenden Wintermanöver „Winterschild I".

Die Welt v. 20. II. 61

Bonn will Briefgeheimnis einschränken

Der Bundestag hat am Mittwochabend einen Gesetzentwurf verabschiedet, der künftig die Beamten der Hauptzollämter ermächtigen soll, unter Einschränkung des Briefgeheimnisses alle Postsendungen sowie Gepäck zu öffnen und zu durchsuchen, wenn „tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen", daß staatsfeindliches Propagandamaterial in die Bundesrepublik gebracht werden soll.

Damit soll ein Vorgehen der Zollämter rechtlich sanktioniert werden, das bisher bereits vielfach praktiziert wurde. Das Gesetz verbietet ferner, Filme in die Bundesrepublik einzuführen, die geeignet sind, gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung zu wirken. Jeder eingeführte Film muß dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft vorgelegt werden.

Frankfurter Rundschau v. 10. II. 61

Jaeger will politische Todesstrafe

Für die Wiedereinführung der Todesstrafe für Mord und die schwersten Fälle von Landesverrat sprach sich am Mittwoch in München der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Richard Jaeger, aus.

In der Sendung des Bayerischen Rundfunks „Politik aus erster Hand" erklärte Dr. Jaeger (CDU), seiner Ansicht nach hätte auch der ehemalige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Frenzel die Todesstrafe verdient.

Wer am laufenden Band militärische Geheimdokumente an den Ostblock liefere, sagte Dr. Jaeger, der gefährde die Sicherheit und das Leben aller. Wer den möglichen Gegnern Einzelheiten oder gar die Grundzüge der Verteidigungsplanung verrate, mindere das Moment der Abschreckung und vermehre die Kriegsgefahr. Er versündige sich damit nicht nur an der Freiheit des Landes, sondern auch am Leben seiner Mitmenschen.

Dr. Jaeger, der Jurist ist, bezeichnete das im Grundgesetz ausgesprochene Verbot der Todesstrafe als den „größten Mangel" des heutigen Strafrechts. Er führte den Widerstand weiter Kreise des Bundesparlaments gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe „auf veraltete juristische und philosophische Vorurteile aus der marxistischen und liberalen Mottenkiste des vorigen Jahrhunderts" zurück.

Frankfurter Rundschau v. 10. II. 61

CDU-„Familien-Politik"

Auch 60jährige Frauen sollten für den Notdienst verpflichtet werden können. Das meinte Elisabeth Schwarzhaupt, CDU-Bundestagsabgeordnete und Oberkirchenrätin, vor der Evangelischen Akademie Arnoldshain. Bisher 50 Jahre Altersgrenze in den Entwürfen für ein Notstandsgesetz.

Abendpost v. 10. II. 61

Bundesdeutsche Sirenen-Gesänge

Im Sommer werden in der Bundesrepublik zum ersten Male die neuen Luftschutzsirenen heulen, die gegenwärtig in allen Städten und Gemeinden mit einem Kostenaufwand von rund 3000 Mark pro Stück installiert werden. Sie werden von den zehn Luftschutzwarnämtern „ferngelenkt", die sich gegenwärtig in vollem Aufbau befinden. Allesamt „hängen" sie an der Luftfernmeldezentrale des Bundesinnenministeriums, das in Bad Godesberg eingerichtet wird. Das LS-Warnamt III (für große Gebiete Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens zuständig) in Rodenberg (Deister) ist gegenwärtig am weitesten fortgeschritten und wurde jetzt der Öffentlichkeit vorgeführt.

Der Mittag v. 4. II. 61

Warnung vor Notstandsgesetz

Der von Bundesinnenminister Schröder vorgelegte Entwurf eines Notstansgesetzes geht nach Ansicht des Marburger Universitätsprofessors Abendroth weit über die Bestimmungen des Artikels 48 der Weimarer Verfassung hinaus. Vor dem DGB-Forum in München sagte Abendroth, zwar übertrage Schröders Gesetzentwurf das Recht der Ausrufung des Ausnahmezustandes dem Parlament, bei „Gefahr im Verzuge" könne jedoch der Bundes-

präsident mit Gegenzeichnung des Kanzlers allein den Ausnahmezustand verhängen. „Die Vorschaltung des Parlaments ist nur eine Augenwischerei, denn sobald die Bundesregierung den Notstand proklamiert, kann sie machen, was sie will." Abendroth wertete die Bemühungen Schröders um das Notstandsgesetz als den Versuch, den Rechtsstaat unter dem Vorwand der Verteidigung gegen den Bolschewismus aufzuweichen. Mit der antibolschewistischen Hysterie habe Hitler das deutsche Volk in den Krieg getrieben. Sie werde heute dazu benützt, um die Voraussetzungen für die Transformation des Rechtsstaates zunächst in einen diktatorialen Verwaltungsstaat und später in einen Staat des Ermächtigungsgesetzes zu schaffen. Abendroth bedauerte, daß die SPD nicht ausreichenden Widerstand gegen den Gesetzentwurf Schröders leiste. Der Notstandsgesetzentwurf sei indessen noch harmlos gegenüber dem geplanten Notdienstgesetz, welches die Bürger der Bundesrepublik zu „Sklavenarbeitern" machen könne, wenn der Notstand eintrete. Abendroth sagte, das Bundesinnenministerium habe zu diesem Gesetzentwurf drei Verordnungen Hitlers systematisiert und teilweise abgeschrieben.

Süddeutsche Zeitung v. 15. II. 61

Niemöller greift Dibelius an

Zu überraschend scharfen Auseinandersetzungen zwischen prominenten Kirchenvertretern kam es gestern, am zweiten Tage der dritten Generalsynode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Zugleich wurde der tiefe Zwiespalt der evangelischen Christen über das Problem der Atomwaffen erneut deutlich. Die Auseinandersetzung gipfelte in einem ungewöhnlich scharfen Angriff des hessischen Kirchenpräsidenten Niemöller gegen den EKD-Ratsvorsitzenden und Bischof von Berlin-Brandenburg, Dibelius. Es sei billig, sagte Niemöller in einem kritischen Überblick über die Entwicklung der evangelischen Kirche der Nachkriegsjahre, sich an die von Dibelius verkündete „Kirche von Fleisch und Blut" zu klammern.

Niemöller warf Dibelius vor, in Fragen der Tauf- und Konfirmationspraxis doktrinär zu sein und den Geistlichen einen Gewissenszwang aufzuerlegen.

In scharfen Worten geißelte Niemöller den „Konformismus", der sich in der evangelischen Kirche breitgemacht habe. Niemand wage es mehr, an den Beschluß einer EKD-Synode zu erinnern, daß Deutsche nicht auf Deutsche schießen dürften. Wörtlich sagte der hessische Kirchenpräsident: „Der Staat hat seine Gewissensinquisition eingeführt, und die Kirche hat dazu geschwiegen."

In der Diskussion über den Rechenschaftsbericht von Dibelius forderte der Magdeburger Präses Kreyssig die Entfernung aller „Eichmanns" von leitenden Posten in Deutschland. Kreyssig verlangte auch, die intellektuellen Urheber der Verbrechen Eichmanns zur Rechenschaft zu ziehen. Der Präses der evangelischen Kirche in Westfalen, Wilm, warnte vor einem „Aufweichen" in der Frage der Euthanasie. Unter Hinweis auf bevorstehende Prozesse gegen den Euthanasiearzt Heyde und einen Kieler Professor sowie auf Äußerungen der Hamburger Ärztekammer zur Frage der Tötung kranker Menschen sagte Wilm, heute werde versucht, diese Morde damit zu entschuldigen, daß den Ärzten mangelndes Unrechtsbewußtsein bescheinigt werde.

Der Ostberliner Theologieprofessor Vogel, der in den letzten Jahren wiederholt als scharfer Kritiker von Bischof Dibelius hervorgetreten ist, wandte sich in einem temperamentvollen Diskussionsbeitrag gegen die „Selbstzufriedenheit und Selbstgerechtigkeit" der evangelischen Kirche. Er warf ihr vor, sie weiche den entscheidenden Zeitproblemen aus. „Die Kirche schuldet der Menschheit eine Antwort auf die Atomfrage", rief Vogel aus. Aber die Kirche drücke sich an einer klaren Antwort vorbei. „Bekenntnisse zur Ohnmacht" seien nicht das Gebot der Stunde.

Der Mittag v. 15. II. 61

Aus der Bonner „Gesellschaft"

Kürzlich lud in Bonn der Präsident des „Bundes der rumänischen Verbände und Institutionen in Deutschland", General Jon Gheorge, ehemaliger Gesandter des Diktators Antonescu bei Hitler, zum Tag der Wiedervereinigung Rumäniens (1859). Als Schirmherr fungierte „Seine Königliche Hoheit Prinz Nicolae von Rumänien". Das dürfte Nicola Brana sein, dem Mitte der dreißiger Jahre infolge einer morganatischen Ehe und

angeblich tätlicher Auseinandersetzungen mit König Carol der Prinzentitel aberkannt wurde und der heute noch Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen ist. Die demokratisch gesinnten Rumänen halten sich dagegen in erster Linie an Ex-König Michael. Der Generalsekretär des erwähnten Bundes, Ion V. Emilian, früher führend bei paramilitärischen Einheiten der antisemitischen Cuza-Bewegung, scheint bei der Feier nicht anwesend gewesen zu sein. Einer der Vizepräsidenten ist Georg Agrita-Acrivu, seit 1930 bei der Eisernen Garde und später bei der berüchtigten Bukarester Legionärspolizei. Am 2. Februar trifft sich in Bonn die „Deutsch-slowakische Gesellschaft". Dazu gehören Professor Ferdinand Durcansky, früher Außenminister der von Hitler geschaffenen „selbständigen" Slowakei, und Dr. Franz Tiso, einst Botschafter dieses Staates in Moskau. Es folgt ein Empfang für den „Bund der Freiheit", worin auch einige in der Bundesrepublik lebende osteuropäische Fascisten und Quislinge tätig sind.

Beide Male tritt, wie schon bei der Rumänenfeier, der Vorsitzende des christlich-demokratischen Fraktionsunterausschusses für Ostfragen, Waldemar Kraft, als deutsche Hauptperson auf. Bis 1939 führend in der deutschen Volksgruppe Polens tätig, gründete Kraft 1950 und leitete bis 1954 die Früchtlingspartei BHE. Er war stellvertretender Ministerpräsident, Finanz- und Justizminister in Schleswig-Holstein von 1950 bis 1953. Das war die Zeit, da in diesem Bundesland jene large Praxis der Entnazifizierungskammern wohlwollend geduldet wurde, die viel zu den jetzt sich häufenden Skandalen (Pensionen an die Hitlermitarbeiter Schlegelberger und Lautz) beigetragen hat. 1953 ins Koalitionskabinett Adenauer aufgenommen, trat er 1955 vor Oberländer zu den Christlichen Demokraten (CDU) über. Im Gegensatz zu diesem, verlor er 1956 sein Ministeramt. Nun aber profitiert er indirekt davon, daß sein Mitüberläufer und Kollege im „Landesverband Oder-Neisse" der CDU ins zweite Glied treten mußte. Bei den maßgebenden Außenpolitikern der Fraktion sowie in der Regierung beginnt man freilich zu merken, daß es etwas unüberlegt war, diesem Mann den Vorsitz der ostpolitischen Fraktionsarbeit zu übertragen. In Umkehrung einer Parole derer, denen Kraft einst kräftig diente, erlebt man jetzt „wenig Freude durch Kraft".

Basler Nachrichten v. 1. II. 61

Demonstration gegen den Mord an Lumumba auch vor der deutschen Botschaft!

Auch aus der Hauptstadt Ghanas und aus Casablanca wurden Protestdemonstrationen gemeldet. In Accra marschierten Demonstranten auch auf die deutsche Botschaft.

Westfälische Rundschau v. 16. II. 61

Indien für Entmilitarisierung und Neutralisierung von Laos und Kongo

Indien hat die Vereinigten Staaten dringend ersucht, alles zu unternehmen, um im Interesse des Weltfriedens die Entmilitarisierung und Neutralisierung des Königreiches Laos und des Kongos zu erwirken. Der Botschafter Indiens in den Vereinigten Staaten, Chagla, legte am Montagnachmittag während einer halbstündigen Unterredung mit Staatssekretär Dean Rusk den Standpunkt seiner Regierung dar. Chagla wandte sich gegen weitere Waffenlieferungen durch die UdSSR und die USA an Laos. In bezug auf den Kongo befürwortete er die Freilassung Lumumbas, die Wiedereinberufung des Parlaments und eine Festigung der Autorität der UNO.

Basler Nachrichten v. 7. II 61

Weiße Söldner für Tschombé

Mehr als 300 weiße Südafrikaner haben sich am Montag bei einem Rekrutierungsagenten um die Aufnahme in die Armee Katangas beworben. Der Vertreter, Stuart Finlay-Bisset, erklärte, er habe zwei Piloten und acht Personen für Flugzeugwartung fest verpflichtet und suche vier weitere Piloten. Die südafrikanische Sicherheitspolizei habe keine Einwände gegen die Rekrutierung erhoben, solange sie nicht in großem Rahmen betrieben werde. Wie Finlay-Bisset ausführte, hat ihn der Präsident von Katanga, Moïse Tshombé, ermächtigt, insgesamt 17 Personen für die Bedienung von sieben neuen französischen Düsenjägern anzuwerben. Am Dienstag will der Vertreter nach Kapstadt reisen, um Verteidigungsminister James Fouché einen „Höflichkeitsbesuch" abzustatten. Finlay-Bisset wies die Berichte zurück, wonach zwischen Vertretern der

Südafrikanischen Union und Katangas Verhandlungen über eine Waffenhilfe im Gange seien.

Basler Nachrichten v. 7. II. 61

Südafrikanische Flugzeuge für Katanga?

Der Führer der Nationaldemokratischen Partei von Südrhodesien, Nkomo, warf am Dienstag der Südafrikanischen Union vor, sie liefere dem Katanga Flugzeuge. Nkomo wandte sich außerdem gegen die angebliche Rekrutierung von Freiwilligen für den Katanga in Südafrika und Südrhodesien. Man habe es hier mit einem „Komplott von Rhodesien und Südafrika gegen den Kongo" zu tun. Nkomo kritisierte auch Generalsekretär Hammarskjöld, weil er dagegen nichts unternehme.

Neue Zürcher Zeitung v. 9. II. 61

Gleich und gleich gesellt sich gern ...

Von Hauptmann Russel Cargill werden zur Zeit Hunderte von Südafrikanern mit einiger militärischer Erfahrung für die katangische Armee angeworben. Die Freiwilligen unterzeichnen einen Vertrag für sechs Monate und erhalten 114 Pfundsterling monatlich.

Ein anderer katangischer Werber, der 17 Piloten und Besatzungsleute für Düsenjäger rekrutiert hat, ist am Freitag mit seiner Liste von Südafrika nach Lusaka weitergereist.

Neue Zürcher Zeitung v. 13. II. 61

Über 1000 politische Gefangene in Katanga

In Katanga befinden sich allein in den zwei Gefängnissen von Buluo und Kasapa mehr als 1000 politische Häftlinge. Dies geht aus einem Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz über seine Tätigkeit im Kongo hervor.

Die internationale Juristen-Kommission in Genf hat am Donnerstag in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten Katangas, Tschombe, eine unparteiische Untersuchung des Todes von Lumumba gefordert.

Die Welt v. 17. II. 61

Politischer Mord in Algier

Gedungene Mörder haben für ein „Honorar" von insgesamt 2000 Neuen Francs (rund 1600 Mark) am 25. Januar den liberalen algerischen Rechtsanwalt Pierre Popie in seinem Büro in Algier umgebracht. Die Mörder befinden sich in Haft und haben, wie die Staatsanwaltschaft in Algier am Montag bekanntgab, ein volles Geständnis abgelegt. Zwei Angehörige der französischen Streitkräfte in Algerien, der 25 Jahre alte Claude Peintre und der 35jährige Leon Dauvergne, haben danach den Rechtsanwalt unter einem Vorwand aufgesucht und ihn dann erstochen. Dauvergne war vor der Tat von seiner Einheit desertiert, Peintre befand sich auf Genesungsurlaub. Die Staatsanwaltschaft in Algier hat die Ermittlungen nach den Auftraggebern eingeleitet. Der ermordete Rechtsanwalt hätte einige Tage später im Pariser „Barrikaden-Prozeß" aussagen sollen.

Stuttgarter Zeitung v. 15. II. 61

Portugiesen müssen in Angola Artillerie einsetzen

Trotz der Versicherung in Lissabon, die Unruhen in Portugiesisch-Angola seien niedergeschlagen, sind die Städte Muceque und Sao Paulo bei Luanda noch immer von einem dichten, mit Artillerie verstärkten Militärkordon abgesperrt. Mit den aus dem Mutterland herbeigeflogenen Truppen wird die Gesamtstärke der portugiesischen Militärstreitkräfte auf 25 000 bis 30 000 Mann geschätzt. Ein erheblicher Teil des Militärs ist zur Überwachung der Grenzen nach Kongo eingesetzt. Das politische Rückgrat des Widerstandes in Angola bildet die „Angolesische Volksunion", deren Hauptquartier in Léopoldville ist. Der Führer der Volksunion, Roberto Holden, äußert sich zuversichtlich, daß das Ende der Regierung Salazar und der portugiesischen Herrschaft über Angola „nur noch eine Zeitfrage" ist.

Frankfurter Rundschau v. 17. II. 61

Massenentlassungen bei General Motors

Die amerikanische Automobilgesellschaft General Motors wird in der Woche zum 18. Februar ihre neun B-O-P-Werke, in denen Buick-, Oldsmobile- und Pontiac-Wagen hergestellt werden, schließen. Von dieser Maßnahme werden rund 45 000 Beschäftigte betroffen. Wie die Gesellschaft hierzu mitteilt, ist dies die erste größere Produktionsunterbrechung bei General Motors, seit die neuen diesjährigen Modelle auf den Markt gebracht wurden. Die Ford Motor Comp. hat dagegen die beabsichtigte Schließung ihrer Motorenwerke Brook in Cleveland, die am 11. Februar für eine Woche wirksam werden sollte, auf unbestimmte Zeit verschoben. Von dieser Produktionsunterbrechung wären 5000 Beschäftigte betroffen worden.

Stuttgarter Zeitung v. 6. II. 61

Fortdauer der Rezession erwartet

Fünf Wirtschaftsfachleute aus Regierung und Industrie haben am 9. Februar zu Beginn der „Hearings" des Wirtschaftsausschusses beider Häuser des Kongresses über die Wirtschaftsbotschaften von Eisenhower und Kennedy die Ansicht geäußert, daß sich die Rezession in den Vereinigten Staaten sogar noch verstärken werde, ehe sie wieder von einer konjunkturellen Aufwärtsentwicklung abgelöst werde. Der Vizepräsident und wirtschaftliche Leiter der F. W. Dodge Corporation, Dr. George Cline Smith, warnte aber davor, überstürzt zu viele Maßnahmen gegen die Rezession zu treffen, die plötzlich einen inflationären Boom auslösen könnten. Der Leiter des Büros für Arbeitsstatistik im Arbeitsministerium, Ewan Clague, prophezeite, daß die Zahl der Arbeitslosen, die jetzt 5,4 Millionen beträgt, auch nach dem Einsetzen eines Aufschwunges noch ein Vierteljahr lang ansteigen werde. Nach seiner Schätzung werde das Nationalprodukt auf 525 Milliarden Dollar ansteigen müssen, wenn die Arbeitslosigkeit im letzten Quartal 1961 nicht größer werden solle als im vierten Quartal 1960.

Das amerikanische Arbeitsministerium hat jetzt 25 weitere Industriestädte und -gebiete seiner Liste von Gebieten mit besonders großer Arbeitslosigkeit zugefügt. Ein Sprecher bezeichnete die Situation als die schlimmste seit dem Zweiten Weltkrieg. Zu den neuen Notstandsgebieten, in denen die Arbeitslosigkeit mehr als sechs Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung beträgt, gehören dem Vernehmen nach Philadelphia, Cleveland, Baltimore, Los Angeles, Newark, St. Louis und Kansas City. Nach der Übersicht des Arbeitsministeriums hat die Arbeitslosigkeit in den 150 Industriestädten und -gebieten von November bis Januar um rund 50 Prozent zugenommen. Trotz dieser Entwicklung erreichte die Zahl der Beschäftigten mit 64 452 000 im Januar den bisher höchsten Stand für diesen Monat seit dem Kriege. Diese hohe Beschäftigungszahl ist aber auf die Zunahme der Erwerbstätigen im Handel, bei den Banken und bei staatlichen und kommunalen Behörden zurückzuführen. Die Zahl der Industriearbeiter hat gegenüber dem gleichen Monat vor einem Jahr um 900 000 abgenommen.

FAZ v. 11. II. 61

Schlimmer als erwartet

Das Arbeitslosenproblem in den USA ist zur Zeit ernster als je seit den Jahren der großen Wirtschaftskrise um 1930. Diese Meinung vertrat gestern der Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses, Rayburn, nach einer Unterredung mit Präsident Kennedy und Arbeitsminister Goldberg. Goldberg ist von einer dreitägigen Reise durch Gegenden, in denen die Arbeitslosigkeit am meisten verbreitet ist, nach Washington zurückgekehrt. Er sagte, die Lage sei schlimmer, als er erwartet habe/

Der Mittag v. 15. II. 61

Ein „Wirtschaftsinstitut des sozialistischen Weltsystems" in Moskau

Bei der Sowjetakademie der Wissenschaften soll auf Beschluß des Akademie-Präsidiums ein „Institut für Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems" gebildet werden. Seine Aufgabe wird es sein, „Forschungen über allgemeine Wirtschaftsprobleme und die Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems sowie über Pro-

bleme des friedlichen Wirtschaftswettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus" zu betreiben. Das neue wissenschaftliche Forschungsinstitut soll es ermöglichen, die „Kräfte der Wissenschaft auf aktuelle Aufgaben zu konzentrieren und das Niveau der theoretischen Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Ökonomie des Sozialismus zu verbessern".

Vorgesehen ist der Aufbau folgender Abteilungen: „Allgemeine sozial-wirtschaftliche Probleme des sozialistischen Weltsystems", „Planung und internationale sozialistische Arbeitsteilung", „Industrie- und Transportwirtschaft", „Ökonomie der Landwirtschaft", „Außenhandel und Preisbildung auf dem sozialistischen Weltmarkt" und „Wirtschaftskontakte zwischen sozialistischen und kapitalistischen sowie unterentwickelten Ländern". Vorgesehen ist des weiteren die Bildung zweier Abteilungen für Information und wissenschaftliche Statistik.

Basler Nachrichten v. 7. II. 61

Rüstungsaufträge sollen Borgward „sanieren"

Durchaus optimistisch beurteilt der Aufsichtsratsvorsitzende der vom Bremer Senat mit einem Grundkapital von 50 Millionen Mark gegründeten „Borgward-Werke AG", Dr. Johannes Semler aus München, die Lage der Borgward-Gruppe ...

Der Aufsichtsratsvorsitzende wird schon in Kürze in Bonn mit maßgebenden Vertretern der zuständigen Ministerien über eine Auftragserteilung von Fahrzeugen für die Bundeswehr an die Borgward-Werke AG. verhandeln. Der Bund hat sich schon bereit erklärt, nach einer Sanierung des Unternehmens indirekte Hilfe zu gewähren.

Westfälische Rundschau v. 18./19. II. 61

Japanischer Stahl nach China?

Die größte japanische Stahlfirma, die Yawatawerke, sind bereit, Stahl an die Volksrepublik China zu liefern. Wie der stellvertretende Direktor der Werke, Inajama, mitteilte, werde an japanische Stahllieferungen in Höhe von jährlich vorläufig 100 000 Tonnen gedacht, sobald der japanisch-chinesische Handel formell wieder geregelt worden ist. Die Yawatawerke sind auch bereit, die Lieferungen über Firmen zu leiten, die von der Volksrepublik China als freundlich gesinnt betrachtet werden. Japanische Wirtschaftsexperten erklären, daß die Mitteilung Inajamas zu einem Zeitpunkt erfolgt, an dem die japanischen Stahlexporte eine leicht abfallende Tendenz zeigen

FAZ v. 21. II. 61

Erklärung von Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg

Verschiedene Presseveröffentlichungen veranlassen mich, folgende Erklärung abzugeben:

Ich verwahre mich dagegen, daß private briefliche Äußerungen meinerseits ohne mein Einverständnis veröffentlicht werden und daß dabei Sätze aus dem Zusammenhang gerissen und mit Kommentaren vermengt werden, um dadurch zu erreichen, die Folgerichtigkeit meiner politischen Haltung in Frage zu stellen.

Seit Jahren verfolge ich mit großer Sorge den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung. Von Anfang an befürchtete ich, daß ihre atomare Aufrüstungspolitik die uns gestellte Aufgabe der Lösung der deutschen Frage unmöglich machen oder mindestens ad calendas Graecas verschieben würde. Daß die Bundesregierung niemals auch nur den Versuch unternommen hat, in Verhandlungen über eine Zone der Entspannung in Mitteleuropa nach den Vorschlägen westlicher Staatsmänner und Politiker einzutreten, habe ich von jeher als folgenschweres Versäumnis angesehen. Meines Erachtens ist es auch heute noch nicht zu spät, den Versuch einer Politik der bewaffneten Neutralität zu unternehmen, der selbstverständlich nur im Einvernehmen mit unseren westlichen Verbündeten durchgeführt werden kann.

Ich begrüße daher die Gründung der Deutschen Friedens-Union, die nach ihrem Programm in der Richtung dieser politischen Konzeption die Initiative ergriffen hat.

Meine ablehnende Haltung bei der Gründung der DFU bezieht sich weder auf die politische Zielsetzung dieser Partei noch auf die Haltung ihrer Gründer, deren Integrität, soweit sie mir persönlich bekannt sind, ich keinen Augenblick angezweifelt habe.

München, den 18. Februar 1961

gez.: Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg

Erklärung des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union zur Botschaft des amerikanischen Präsidenten Kennedy „über die Lage der Nation"

Die Deutsche Friedens-Union begrüßt Kennedy's „Botschaft über die Lage der Nation", weil in ihr die Entspannungs-Bereitschaft der USA deutlich geworden ist. Der Rüstungswettlauf hat den USA keine Vorteile gebracht und sie wirtschaftlich in eine immer ernstere Krisensituation geführt. Präsident Kennedy hat diese Tatsache mit nüchternem Realismus ausgesprochen und unerschrocken auf neue politische Ansätze hingewiesen. Er bezeichnete die Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion sowie der Volksrepublik China als die erste und wichtigste Aufgabe der amerikanischen Politik. Das ist bemerkenswert und deutet auf mehr als nur einen Stilwandel der US-Außenpolitik hin. Die Warnung Kennedy's vor einer Ausdehnung des Wettrüstens auf neue Länder und neue Atommächte läßt darauf schließen, daß die USA an einem ernsthaften Abbau der Spannungen interessiert sind. Die Bundesregierung sah sich nicht in der Lage, zu dieser bedeutenden Rede des neuen amerikanischen Präsidenten sofort Stellung zu nehmen. Es ist das erste Mal, daß Bonn nicht unverzüglich auf die programmatische Stellungnahme eines USA-Präsidenten reagiert. Die Vermutung liegt nahe, daß die der weltpolitischen Lage angepaßte Rede Kennedy's das offensichtliche Dilemma der Bundesregierung noch vergrößert hat. Während der Bundeskanzler mit einigen zögernden Entspannungs-Gesten gegenüber Polen der amerikanischen Politik entgegenzukommen scheint, hat sein Verteidigungsminister vollendete Tatsachen zu schaffen und den beschleunigten Aufbau der Bundeswehr durchzuführen. Strauß fordert den Ausbau der NATO zu einer „Gemeinschaft des Sieges im Kalten Krieg", der erst dann aufhören könne, wenn der Kommunismus aus der Welt verschwunden ist. Das bedeutet in der Konsequenz die Forderung, den lebensgefährlichen Rüstungswettlauf fortzusetzen, den der US-Präsident einschränken möchte. — Der Parteivorstand der SPD unterstützt diesen Amoklauf in einem Augenblick, in dem die Welt des Kalten Krieges müde ist und die Politik der Bundesregierung scheitern muß.

Die Deutsche Friedens-Union sieht in der Erklärung des amerikanischen Präsidenten ihre Forderung nach internationaler Entspannung bestätigt. Die DFU hat mit ihren Forderungen nach einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, nach militärischer Neutralisierung Deutschlands unter internationaler Sicherheitsgarantie und nach Verständigung zwischen beiden Teilen Deutschlands eine neue, zur Entspannung führende deutsche Politik entwickelt.

Köln, den 31. Januar 1961

Presseerklärung der Deutschen Friedens-Union zu den Behauptungen des Harry Roth

Auf der Zentralen Arbeitnehmerkonferenz der SPD in Hamburg hat der durch den stellvertretenden Parteivorsitzenden Herbert Wehner vorgestellte Doppelagent Harry Roth behauptet, die Deutsche Friedens-Union würde im kommenden Bundestagswahlkampf durch Gelder der SED finanziert werden. Die DFU weist diese Behauptung entschieden zurück, sie hat bereits Strafanzeige wegen Verleumdung gegen den Sprecher des SPD-Parteivorstandes gestellt, weil dieser die neue Partei als östlich gesteuert bezeichnet hatte.

Der Bundesvorstand der DFU bedauert, daß der stellvertretende Vorsitzende der SPD sich nunmehr eines Beauftragten des dem Bundesinnenminister Schröder unterstehenden Verfassungsschutzamtes bedient hat, um die Gegner der Rüstungspolitik diffamieren zu lassen. Der Vorgang erinnert an den Fall der SPD-Abgeordneten Schroth und Scharley, die der Bundeskanzler im Wahlkampf als östlich finanziert bezeichnete, um der damaligen

entspannungsfreundlichen Politik der SPD zu schaden. Nach den Wahlen mußte er diese Behauptungen zurücknehmen. Im Bundestag für sein Verhalten von der SPD zur Rede gestellt, erwiderte der Herr Bundeskanzler: „Lernen Sie von meinen Methoden." Es scheint, daß Herbert Wehner diesen Rat angenommen hat.

Der Bundesvorstand der DFU sieht in der Zusammenarbeit mit zwielichtigen Agenten und in der Verwendung von Verleumdungsmethoden grundsätzlich ein Symptom für eine ausweglos gewordene Politik. Offenbar ist die SPD gezwungen, in demselben Maße, wie sie sich der Regierungspolitik anpaßt, auch deren Praktiken und Methoden zu übernehmen.

Köln, 30. Januar 1961

Das Vorstandsmitglied der DFU und Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Albert Berg, hat am 31. Januar 1961 bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen Verleumdung gegen H. Roth erstattet. (S. u. a. „Die Welt" vom 3. Februar 1961)

Arno Behrisch, MdB

Offener Brief an alle Sozialdemokraten

Bonn, Bundeshaus, den 24. Februar 1961

„Wir sind nicht russisch und nicht amerikanisch, wir sind nicht britisch und nicht französisch, wir sind als Sozialdemokraten die Vertreter der Interessen des deutschen Volkes." Mit diesen Worten umriß Kurt Schumacher nach 1945 die Politik der SPD. Damit wurde wieder angeknüpft an die beste Tradition der deutschen Außenpolitik, wie sie besonders von Gustav Stresemann herausgearbeitet worden war. Deutschlands geographische Lage macht es zu einem Land der Mitte, zu einer Brücke, nicht aber zu einem Brückenkopf. Deutsche Politik muß auf Ausgleich und Entspannung bedacht sein, muß sich nach diesem schrecklichsten aller Kriege um korrekte Nachbarschaft nach allen Seiten bemühen. Nur so ist die Sicherung des Völkerfriedens und die Festigung der Demokratie möglich, wofür die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung unzählige Opfer gebracht hat.

So war es nur konsequent, wenn die deutsche Sozialdemokratie nach 1950 mit allen Kräften gegen die von Konrad Adenauer und der CDU/CSU eingefädelte Block- und Machtpolitik den Kampf aufnahm, die unser Land im Ernstfall zu einem einzigen Friedhof machen muß und die es in ein Wettrüsten verstrickt, das unsere menschlichen und wirtschaftlichen Kräfte übersteigt. Zum dritten Male in diesem Jahrhundert beteiligt sich damit eine deutsche Regierung am Wettrüsten. Schon heute hat die Bundesregierung nahezu hundert Milliarden DM für die Rüstung ausgegeben. Damit hat das halbe Deutschland mehr aufgewendet, als Hitler von 1933 bis 1939 in seine Kriegsvorbereitungen steckte. Wettrüsten aber, das lehrt die Geschichte, führt zum Krieg. — Zum nationalen Selbstmord aber wird jede deutsche Politik, die für unser Land Atomwaffen fordert. Die SPD hat das mit ihrer aufrüttelnden Aktion „Kampf dem Atomtod" unmißverständlich zum Ausdruck gebracht.

Dem Kampf gegen die Blockpolitik und die Atombesessenheit der CDU/CSU fügte unsere Partei zugleich noch ein positives Dokument hinzu, womit wir der „Verpflichtung, für die Einheit Deutschlands zu wirken, die nicht verjährt", wie Erich Ollenhauer in Hannover richtig sagte, gerecht wurden: unseren Deutschland-Plan. Jener Deutschland-Plan, den man auch den Wehner-Plan nannte und von dem Carlo Schmid und Fritz Erler sagten, er sei die „allerletzte Chance" und sie würden mit aller Kraft für ihn kämpfen.

Dieser Deutschland-Plan deckte sich weitgehend mit gleichlautenden Überlegungen von so unterschiedlichen Männern wie Eden, Rapacki, Undén, Tito und Nehru. Er sollte „den Weg endlich für eine Politik des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit in Europa frei machen". Und er war die einzig echte Alternative zur illusionistischen „Anschlußpolitik" der CDU/CSU, ging er doch auch von der von Prof. Nell-Breuning so überzeugend dargestellten Idee aus, daß man die beiden deutschen Teile unter wechselseitigen Opfern aneinander angleichen müsse. Denn so nur konnte man den Nachbarn Deutschlands — besonders aber den östlichen Nachbarn, die die unbeschreib-

lichen Schrecken des Hitlerschen Vernichtungskrieges unauslöschlich in Erinnerung haben — das Gefühl geben, gegen eine Wiederkehr der Schrecken einigermaßen gesichert zu sein.

Es ist richtig, daß unserer Oppositionspolitik bei den Wahlen kein durchschlagender Erfolg beschieden war. Doch jede Frucht hat ihre Reifezeit. Heute ist mühelos zu erkennen, daß die weltpolitischen Vorstellungen des neuen amerikanischen Präsidenten weitgehend in Übereinstimmung stehen mit der Politik, die wir bis vor nicht zu langer Zeit verfochten haben. Eine vernichtende Abrechnung mit Adenauers vollkommen verfehlter Politik ist greifbar nahe. Und da geschieht das Unfaßbare:

Willy Brandt, Herbert Wehner und Fritz Erler sind auf den Einfall gekommen, die CDU/CSU in einem selbstzerstörerischen Richtungswechsel rechts überholen zu wollen. Wenn man schon amerikanische Wahlmethoden kopieren muß, dann bitte ganz. Und es war Kennedy, der sich bei jeder Gelegenheit von der Politik seiner Gegenspieler soweit wie möglich distanzierte. Bei uns aber ist man ängstlich bemüht, jeden Unterschied auszuwischen und die Gegensätze zu verschleiern. Die g a n z e Politik der CDU/CSU, die wir viele Jahre mit solcher Leidenschaft bekämpft haben, versuchen wir nun als gut und richtig hinzustellen, und versprechen, „es nicht anders, sondern nur besser zu machen". Doch der Wähler, der angesichts der Lasten und Gefahren, die sich sehr deutlich abzuzeichnen beginnen, bereit gewesen wäre, unser Programm zu prüfen, muß sich hinsichtlich unserer neuen Politik fragen, wozu er SPD wählen soll, wenn diese Partei ihm jetzt zu verstehen gibt, daß letztlich doch alles richtig war, was die CDU bisher gemacht hat.

Gewiß, gar mancher meint, der Zweck heilige die Mittel und es sei alles nur Taktik. Doch das ist ein Irrtum! Die Befürworter der neuen Linie meinen es ja ernst mit ihrer Schwenkung.

Die neue Politik, die Brandt, Wehner und Erler vertreten, begann im Anschluß an die gescheiterte Gipfelkonferenz mit einem kompletten Selbstbetrug. Man sagte, nun bestünde keine Alternative mehr zu Adenauers Politik. Man begann den lahmen Gaul der gemeinsamen Außenpolitik aufzuzäumen. Doch die Partei Adenauers hat den Lebensinteressen unseres Volkes zuwider gehandelt. Und sie tat das nicht aus Irrtum, sondern weil diese Partei von einem kleinen Klüngel geführt und mißbraucht wird, der seine egoistischen Interessen über das Volkswohl stellt. Kurt Schumacher nannte sie „die Unkorrigierbaren". Und zu deren Politik, die der Wiedervereinigung nicht dient, die die Spannungen verschärft und die Kriegsgefahr erhöht, suchen wir nun den Anschluß? So sind wir dabei, alles zu erreichen, was Adenauer will. Noch nie aber war die Opposition zu Adenauers Politik so notwendig wie heute, wenn wir die deutsche Not wenden wollen. Und zu diesem Zeitpunkt streichen Brandt, Wehner und Erler die Flagge und proklamieren den totalen politischen Bankrott, indem sie erklären, „es gibt keine außenpolitische Alternative mehr."

Es gibt sie! Unsere bisherige Politik der Verhandlungen, der Entspannung, der Atomwaffenfreiheit und der Rüstungsbegrenzung, u n s e r Deutschland-Plan, ist die echte und einzig mögliche und notwendige Alternative. Die nüchterne Beurteilung der Lage durch Kennedy weist darauf hin. Unsere Voraus-Sicht bestätigt sich. Darum handelten die Delegierten auf dem Parteitag in Hannover richtig, als sie Erich Ollenhauers Bekenntnis zum Kampf und nicht zur Gemeinschaftsduselei beklatschten.

Doch was ist geschehen? Nicht der Wille jener 300 setzte sich durch, sondern die Absicht jenes Häufleins, das die Hände nicht rührte. In Hannover siegte der Apparat über die Partei, der (engere) Vorstandswille über die Mitgliedschaft. Und nun will es scheinen, als könne keine Kraft Willy Brandt davon abhalten, die Rolle des Hans im Glück bis zum bitteren Ende, bis zur Wahlniederlage der Partei zu übernehmen. In Hannover war er noch davon überzeugt, der Partei mit der neuen Linie fünf Millionen neue Wähler zuzuführen. Inzwischen reduzierte sich die Siegeszuversicht auf die Hoffnung, stärkste Partei zu werden. Es gibt aber auch schon Überlegungen, die sich mit der Beibehaltung der Sperrminorität für Verfassungsänderungen begnügen. Auf jeden Fall zeigen die jüngsten Ergebnisse der Meinungsforschung, daß Hannover und was dann kam ein Schlag ins Wasser war und daß die SPD in der Wählergunst rückläufig ist.

Was ist zu tun? Ich habe die Kapitulationspolitik und die Anbiederung an Strauß ständig in der „Oberfränkischen Volkszeitung" vorsichtig und wiederholt zu kritisieren ver-

sucht. Das Ergebnis ist ein Parteiverfahren gegen mich, das feststellen soll, ob ich „parteischädigend" gehandelt habe. Aber in Hof, wo ich „schädigend" gewirkt haben soll, wächst die Partei, gewinnt sie bei Wahlen, ist sie immun gegen alle Unterwanderung. Doch der Apparat hat sich ein Mittel ausgedacht: Entweder duldet Behrisch, daß ihm ein Maulkorb angelegt wird, oder sein Mandat wird einem gefügigeren Lehnsträger zugespielt. Da gibt es keine Wahl mehr für mich; ich habe einen Wählerauftrag zu erfüllen.

Ich kann nicht im stillen Kämmerlein versuchen, die Partei gesund zu beten. Ich bin in dieser Lage verpflichtet, meinem Gewissen zu folgen und weiterhin für die Ansichten zu kämpfen, die noch vor kurzer Zeit parteioffiziell waren. Das kann ich nicht in der SPD. Darum erkläre ich hiermit formell den Austritt aus meiner Partei, der ich über 30 Jahre gedient habe. Ich werde immer Sozialist bleiben. Aber ich suche mir für den Kampf die Plattform der Deutschen Friedens-Union, der jeder Sozialdemokrat die Stimme geben sollte, damit Adenauers Politik jene heilsame Niederlage erleidet, die unser Volk allein noch retten kann. Die DFU vertritt heute die besten Gedanken aus der besten Zeit sozialdemokratischer Oppositionspolitik. Laßt uns den Kampf aufnehmen gegen die Pantoffel-Sozialisten. Laßt uns die Atomwaffen vernichten, bevor diese „Waffen" uns ausrotten. Laßt uns kämpfen für ein blockfreies Deutschland. Wir können Adenauer nur schlagen, wenn wir sichtbar etwas anderes wollen als die CDU/CSU. Das aber ist es, was der SPD gegenwärtig am meisten fehlt. Wir müssen die Schminke abwaschen und der SPD wieder ein eigenes Gesicht geben. Vorwärts, es wird gehn!

Arno Behrisch, MdB

Nach Redaktionsschluß: Durch ein technisches Versehen beginnt dieses Heft mit der Seitenzahl 195, statt 193.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch - Frank Allaun, M. P. - Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred v. Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Wilhelm R. Beyer - Dr. Achim v. Borries - Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S. J. - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Harold Davies, M. P. - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard - Klaus Ehrler, Master of Arts - Prof. Dr. Fritz Eichholtz — Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hans Magnus Enzensberger - Dr. Hermann Etzel - Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick - RA Erwin Fischer — Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. - Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz v. Frankenberg und Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Joh. Harder - Prof. Dr. Wilhelm Hasenack - Esther Sophia Hayiron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Rolf Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand † - Hans Henny Jahnn † - Dr. Viktor Kadalie - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Dr. Eugen Koller - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Dr. Carlo Levi - Prof. Dr. Hanns Linhardt - Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Wladimir Massitsch - Dr. Basil Mathiopoulos - Prof. Dr. L. L. Matthias - Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter v. Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Mârton von Pâkozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Helmut Ridder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Dr. Seiei Shinohara - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Heinrich Steege - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strathmann - Herbert Stubenrauch - Stephen Swingler, M. P. - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Reinhard Tietz - P. A. Timberlake - Dr. Ing. Jan Friedrich Tönnies - Hellmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - William Warbey M. P. - Philipp Wehr, MdB † - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus, M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein, Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Stuttgart. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 2,— DM, zuzüglich 0,15 DM Porto oder 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.